

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— Nr. 42. —

(Nr. 3199.) Gesetz, betreffend die Ermäßigung der Briefporto-Taxe. Vom 21. Dezember 1849.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen *rc. rc.*

verordnen auf den Antrag Unseres Staatsministeriums unter Zustimmung beider Kammern, in Betreff der Ermäßigung der Briefporto-Taxe, was folgt:

§. 1.

Das Briefporto für die innerhalb des Preussischen Postgebietes gewechselte Korrespondenz soll betragen:

- a) nach Maaßgabe der Entfernung:
- | | | |
|---|---|------|
| unter und bis 10 Meilen | 1 | Sgr. |
| über 10 bis 20 Meilen | 2 | = |
| und auf alle weitere Entfernungen | 3 | = |
- für den einfachen Brief;

- b) nach Maaßgabe des Gewichts:
- unter 1 Loth Zollgewicht (1,14 Loth preussisch, . Verordnung vom 31. Oktober 1839., Gesetzsammlung S. 325.) das einfache,
- | | |
|-----------------------------|-----------------|
| von 1 Loth bis excl. 2 Loth | das zweifache, |
| = 2 = = 3 = | das dreifache, |
| = 3 = = 4 = | das vierfache, |
| = 4 = = 8 = | das fünffache, |
| = 8 = = 16 = | das sechsfache, |
- Porto, so lange, bis das Porto nach der Paket-Taxe mehr beträgt.

§. 2.

Die Postverwaltung wird ermächtigt, in den mit fremden Postbehörden zu treffenden Vereinbarungen das Preussische Porto nach dem Verhältnisse des im §. 1. verordneten Portotarifs festzusetzen, in soweit das bei der betreffenden Korrespondenz in Anwendung kommende fremde Porto nach annähernd gleichen Sätzen normirt wird.

Jahrgang 1849. (Nr. 3199.)

70

§. 3.

Ausgegeben zu Berlin den 22. Dezember 1849.

§. 3.

Die Postverwaltung hat die Anfertigung und den Verkauf von Stempeln einzuleiten, mittelst deren durch Befestigung auf dem Briefe das Frankiren von Briefen nach Maaßgabe des Tarifs bewirkt werden kann. Die weiteren Anordnungen wegen Benutzung solcher Stempel, sowie wegen des dabei zu bewilligenden Rabatts, hat die gedachte Verwaltung durch ein Reglement zu treffen.

§. 4.

Für alle nicht zur Korrespondenz gehörigen Arten von Postsendungen, für welche die Briefporto-Taxe der Erhebung des Porto zum Grunde liegt, tritt die durch gegenwärtiges Gesetz eingeführte Taxe an die Stelle der bisherigen Briefporto-Taxe.

§. 5.

An Bestellgeld für die Paket- und Geldsendungen ist für die Bestellung einer jeden Adresse oder eines jeden Geldscheins, ebenso wie für die Bestellung eines jeden Briefes, $\frac{1}{2}$ Sgr. zu erheben.

§. 6.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1850. in Kraft.
Urkundlich unter Unserer höchstehenden Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insigne.

Gegeben Bellevue, den 21. Dezember 1849.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha.
v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Schleinitz.

(Nr. 3200.) Gesetz, betreffend die Aufhebung des zu Gunsten des Militair-Waisenhauses zu Potsdam bisher bestandenen Intelligenz-Insertionszwanges und der amtlichen Intelligenzblätter. Vom 21. Dezember 1849.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

verordnen unter Zustimmung der Kammern, was folgt:

§. 1.

Der bisher zu Gunsten des Militair-Waisenhauses zu Potsdam bestandene Intelligenz-Insertionszwang wird mit dem 1. Januar 1850. gänzlich aufgehoben.

§. 2.

Von eben der Zeit (§. 1.) ab, hört zugleich überall die amtliche Ausgabe von Intelligenzblättern auf. Der Minister des Innern ist ermächtigt, wenn es sich als zweckmäßig ergiebt, für Berlin ein besonderes Amtsblatt nebst Anzeiger zu gründen.

§. 3.

In allen Fällen, in welchen die Gesetze eine Bekanntmachung durch das Intelligenzblatt vorschreiben, tritt mit dem 1. Januar 1850. an deren Stelle eine Bekanntmachung durch den öffentlichen Anzeiger des Amtsblattes.

Wo die Publikation solcher Bekanntmachungen sowohl durch das Intelligenzblatt, wie durch den Anzeiger vorgeschrieben ist, genügt die Publikation durch den letzteren.

§. 4.

Dem Militair-Waisenhause zu Potsdam wird für die Entziehung der ihm stiftungsmäßig bisher aus dem Intelligenz-Insertionszwange und der Herausgabe von Intelligenzblättern zuständigen Einkünfte vom 1. Januar 1850. ab aus der Staatskasse eine jährliche Entschädigungsrente von vierzig tausend Thalern gezahlt.

Auch übernimmt der Staat die in Folge der Aufhebung des bisherigen Intelligenz-Insertionszwanges und Intelligenzblattwesens etwa zu gewährenden Entschädigungen an Beamte und sonstige Interessenten.

Urkundlich unter Unserer höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Bellevue, den 21. Dezember 1849.

(L. S.) **Friedrich Wilhelm.**

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha.
v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Schleinitz.

R e g i s t e r

zur Gesetz-Sammlung, Jahrgang 1849.

Bemerkung. Die am Schlusse der einzelnen Sätze befindlichen Zahlen weisen auf die Seiten hin. — Abkürzungen: *N. E.* (Allerhöchster Erlass.)
G. (Gesetz.) *V.* (Verordnung.)

S a c h r e g i s t e r.

A.

Abgaben, Natural-, Feststellung der Normalpreise für deren Ablösung durch Distrikts-Kommissionen. (*G. v. 19. Novbr. 49.*) 413—416. — siehe auch Besitzveränderungs-Abgaben, Gemeinde-Abgaben, Innungs-Gebühren und Abgaben, desgl. Staatssteuern.

Abgeordnete, Wahl derselben zur zweiten Kammer. (*V. v. 30. Mai 49. §§. 26—31.*) 209. — wählbar zu solchen ist jeder Preusse, der das dreißigste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte, in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses, nicht verloren hat und bereits ein Jahr lang dem preussischen Staatsverbande angehört. (ebend. §. 29.) 209. — zum Volks Hause des deutschen Parlaments, Ausführung deren Wahlen. (*V. v. 26. Novbr. 49.*) 419—430. — letztere finden am 31. Janr. 1850 statt. (ebend. §. 38.) 429. — s. auch Kammern und Volks Haus.

Ablohnung der Fabrikarbeiter und der denselben gleichstehenden Personen mit Waaren, statt in Baarzahlung, ist strafbar. (*V. v. 9. Febr. 49. §§. 50—55.*) 104. 105. — wer deshalb bestraft worden ist, bleibt auch von der Theilnahme an der Wahl der Mitglieder eines Gewerberaths und deren Stellvertreter ausgeschlossen. (ebend. §. 7. Nr. 5.) 94. 95. — s. auch Fabrikarbeiter.

Ablösungen der Realassen, Feststellung der bei solchen anzunehmenden Normalpreise und Normal-Marktorde durch Bildung von Distrikts-Kommissionen. (*G. v. 19. Novbr. 49.*) 413—416. — endgültige Entscheidung des Revisions-Kollegiums für Landes-Kultursachen im Wege des Rekurses in diesen Angelegenheiten. (ebend. §. 2.) 413.

Abtheilungsdirigenten, deren Anstellung bei den Appellationsgerichten. (*V. v. 2. Janr. 49. §. 25.*) 8.

Abwesende Verbrecher, siehe Ioh.

Adoption, siehe Kindesstatt.

A.

Advokaten, hinsichtlich deren Anstellung für bestimmte Gerichtsbezirke es bei den bestehenden Bestimmungen verbleibt, nehmen den Amtscharakter: „Rechtsanwalt“ an. (*V. v. 2. Janr. 49. §. 30.*) 10. — siehe ferner Rechtsanwalte.

Agenten, diplomatische, dieselben können durch königliche Verfügung jederzeit mit Gewährung des vorschreibungsmässigen Wartegeldes einstweilig in den Ruhezustand versetzt werden. (*V. v. 11. Juli 49. §. 94.*) 290.

Aggravations-Mitteln, dasselbe findet in den nach der Verordnung v. 3. Janr. 49. behandelten Untersuchungsfällen nicht ferner statt. (das. §. 160.) 42.

Agnitionsresolutive, deren Abfassung und Vollstreckung gehört zur Kompetenz der Einzelrichter. (*V. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 2.*) 7.

Altenberge, Ort, siehe Chausseebau Nr. 22.

Alter, siehe Lebensalter.

Amortisation von Wechseln, siehe Wechsel-Amortisation. — siehe auch Pfandbriefe, Eisenbahnen u.

Ämter, öffentliche, der Verlust derselben wird durch die Verurtheilung zu Zuchthausstrafe, Festungsarbeit, zu einer andern Freiheitsstrafe von einjähriger oder längerer Dauer, zu einer schweren Strafe, zu immerwährender oder zeitiger Unfähigkeit zu öffentlichen Ämtern, zu Entziehung oder Einschränkung staatsbürgerlicher Rechte oder zu der Stellung unter Polizeiaufsicht, von selbst verwirkt, ohne daß darauf besonders erkannt wird. (*V. v. 10. Juli 49. §. 9.*) 255. — (*V. v. 11. Juli 49. §. 10.*) 273. — s. auch Amtsentsetzung und Amtssuspension.

Amtsblätter, nach Aufhebung der amtlichen Ausgabe von Intelligenzblättern ist der Minister des Innern ermächtigt, wenn es sich als zweckmässig ergibt, für Berlin

Amtsblätter, (Fortf.)

ein besonderes Amtsblatt nebst Anzeiger zu gründen. (W. v. 21. Dezbr. 49. §. 2.) 441. — Bekanntmachung jeder rechtskräftigen Verurtheilung wegen verbotwidriger Lohnabfindung der Fabrikarbeiter u. durch solche in denjenigen Kreisen, in welchen der Verurtheilte und der betheiligte Arbeiter ihren Wohnsitz haben, auf Kosten des erstern. (W. v. 9. Febr. 49. §. 75.) 110. — öffentlicher Anzeiger für dieselben, in allen Fällen, in welchen die Gesetze eine Bekanntmachung durch das Intelligenzblatt vorschreiben, tritt mit dem 1. Janr. 1850. an deren Stelle eine Bekanntmachung durch jenen ein. (W. v. 21. Dezbr. 49. §. 3.) 441.

Amtsentsetzung (Dienstentsetzung, Kassation), deren Untersuchung und Entscheidung in erster Instanz erfolgt mit Zuziehung eines Gerichtsschreibers durch Gerichtsabtheilungen, welche aus drei Mitgliedern bestehen. (W. v. 3. Janr. 49. §§. 27. und 38.) 19. 21. — die Kompetenz der Einzelrichter ist davon ausgeschlossen. (ebend. §§. 27. 38.) 19. 21. — von Mitgliedern des Gewerkeraths und deren Stellvertretern, Verfahren bei solcher. (W. v. 9. Febr. 49. §. 15.) 97. — desgl. von Mitgliedern und Stellvertretern der Gewerbegerichte. (W. v. 9. Febr. 49. §. 13.) 114. s. auch **Ämter**.

Amtshandlungen der Behörden und einzelnen Beamten, Aussetzung derselben am 22. und 29. Janr. 49., den Tagen der Wahlen für die Kammern, gleichwie an Sonn- und Festtagen. (A. E. v. 5. Janr. 49.) 48. — desgl. am 17. Juli 49., dem Tage der stattfindenden Wahlen zur zweiten Kammer. (A. E. v. 9. Juli 49.) 251.

Amts suspension (einstweilige oder zeitweise Entfernung von den Dienstverrichtungen), deren Verhängung gegen richterliche Beamte im gewöhnlichen oder im Disziplinar-Strafverfahren. (W. v. 10. Juli 49. §. 18. Nr. 3. §§. 46—49. 83.) 257. 262. 263. 269. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (W. v. 11. Juli. 49. §§. 52—58.) 280. 281. — Anordnungen wegen theilweiser oder gänzlicher Innebehaltung des Dienst Einkommens während ders., Verwendung des letztern und Gewährung nur eines zum nothdürftigen Unterhalte erforderlichen Betrages bei vorläufig ausgesprochener Dienstentlassung oder Amtsentsetzung. (ebend. §§. 18. 50. 51.) 257. 263. — (§§. 53. 55—58.) 280. 281. — bei Freisprechungen ist der inne behaltene Theil des Dienst Einkommens vollständig nachzuzahlen. (ebend. §. 52.) 263. — (§. 57.) 281. — der Mitglieder des Gewerbe-raths und deren Stellvertreter, Verfahren bei solcher (W. v. 9. Febr. 49. §. 15.) 97. — desgl. derjenigen der Gewerbegerichte. (W. v. 9. Febr. 49. §. 13.) 114.

Amtstitel, siehe Titel.

Amtsverbrechen, welche nur mit Amtsentsetzung, Kassation und Unfähigkeits-Erklärung zu allen öffentlichen Ämtern bedroht sind, deren gerichtliche Untersuchung und Entscheidung in erster Instanz. (W. v. 3. Janr. 49. §. 38. Nr. 3.) 21. — wegen welcher eine Bestrafung nach den bestehenden Gesetzen auf Grund eines gerichtlichen Verfahrens stattfindet. (W. v. 10. Juli 49. §. 2.) 253. — (W. v. 11. Juli 49. §. 2.) 271. — die Bestimmung des §. 333. Tit. 20. Thl. II. des Allg. L. R. ist nicht anwendbar, wenn nicht die Verletzung der Amtspflicht von dem Richter oder dem Beamten in der Absicht verübt worden ist, sich oder Andern Vortheil zu verschaffen, oder dem Staate oder Andern Nachtheil zuzufügen. (ebend. §. 3.) 254. — (§. 4.) 272.

Angeklagte, über deren Verhaftung oder Freilassung steht dem Gerichte während des ganzen Laufes der Untersuchung die Beschlussnahme zu. (W. v. 3. Janr. 49. §. 13.) 16. — Beschwerden über letztere gehören vor das zuständige Appellationsgericht, bei dessen Entscheidung es bewendet. (ebend. §. 13.) 16. — Freilassung ders., wenn das Gericht auf die Anklage des Staatsanwalts die Eröffnung der Untersuchung für nicht zulässig erachtet. (W. v. 3. Janr. 49. §. 40.) 22. — Verfahren gegen solche in Untersuchungen erster Instanz wegen Vergehen. (W. v. 3. Janr. 49. §§. 30—37.) 19—21. — gegen solche sind Zwangsmittel jeder Art, durch welche dieselben zu irgend einer Erklärung genöthigt werden sollen, unzulässig. (W. v. 3. Janr. 49. §. 18.) 17. — Anordnungen für deren Vertheidigung. (W. v. 3. Janr. 49. §§. 16. 17.) 16. 17. — in Haft befindliche, deren Freilassung darf durch Einlegung eines Rechtsmittels von Seiten des Staatsanwalts niemals verzögert werden, wenn das Urtheil eine Freiheitsstrafe gegen sie nicht verhängt hat. (W. v. 3. Janr. 49. §. 157.) 42. — ist letzteres der Fall, so hält das von dem Staatsanwalt gegen das Urtheil eingelegte Rechtsmittel den Antritt der Strafe nicht auf. (ebend. §. 158.) 42. — dagegen wird durch die Einlegung der Appellation oder Nichtigkeitsbeschwerde von Seiten des Angeklagten die Vollstreckung der Strafe aufgehalten. (§. 159.) 42. — zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt, deren vorläufige Abführung nach der Strafanstalt, ist, selbst mit dessen Einwilligung, nicht ferner zulässig. (§. 159.) 42. — schwerer Verbrechen, Verfahren gegen solche. (W. v. 3. Janr. 49. §§. 79—82.) 28. 29. — verhaftete, vor den Kriegsgerichten während des Belagerungszustandes, deren Verweisung an den ordentlichen Richter findet statt, wenn das Kriegsgericht sich für nicht kompetent erachtet, in welchem Falle es über die Fortdauer oder Aufhebung der Haft im Urtheile zugleich besondere

Angeklagte, (Fortf.)

sondere Verfügung erläßt. (B. v. 10. Mai 49. §. 13. Nr. 4.) 169. 170. — f. auch Untersuchungen, Erkenntnisse, Rechtsmittel u.; desgl. Vertheidigung.

Anhalt-Röthen, Herzogthum, dasselbe ist dem zwischen den Staaten des Zollvereins bestehenden Münzkartel vom 21. Oktbr. 1845 beigetreten. (Minist.-Bekanntmach. v. 31. Aug. 49.) 356.

Anholt, Ort und Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 23.

Anklage-Prozeß, nur auf dessen Erhebung, nicht ferner von Amtswegen, sollen die Gerichte bei Einleitung und Führung der Untersuchungen wegen einer Gesetzesübertretung einschreiten. (B. v. 3. Janr. 49. §. 1.) 14. — wegen Vergehen, Verfahren rücksichtlich ders. in Untersuchungen erster Instanz. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 29—37.) 19—21. — desgl. wegen geringer Verbrechen. (ebend. §§. 38—59.) 21—24. — desgl. in Untersuchungen wegen schwerer Verbrechen, politischer und Preßverbrechen. (ebend. §§. 75—78.) 28.

Anklageschriften, der Staatsanwälte, was in solchen zur förmlichen Untersuchung gegen eine bestimmte Person enthalten sein muß. (B. v. 3. Janr. 49. §. 39.) 21. — Verathung und Beschlußnahme des Gerichts darüber, ohne Beisein des Staatsanwalts. (ebend. §. 40.) 21.

Anreizungen, öffentliche, zur Begehung strafbarer Handlungen, Strafbestimmungen für solche. (B. v. 30. Juni 49. §§. 13—19. 31.) 228—230. 232.

Anschlagzetteln, in Städten und Ortschaften, für welche Gegenstände und Zwecke solche nur zulässig sind. (B. v. 30. Juni 49. §. 8.) 227. — Strafen für Übertretungen der desfalligen Vorschriften. (§. 11.) 228. — Bezeichnung der Stellen durch eine allgemeine und öffentlich bekannt gemachte Verfügung der Ortspolizeibehörde, an welchen solche als hiezu ungeeignet nicht stattfinden dürfen. (ebend. §. 8.) 227. — auf die amtlichen Bekanntmachungen öffentlicher Behörden sind die vorstehenden Bestimmungen nicht anwendbar. (ebend. §. 8.) 227.

Anstalten, öffentliche, die besondere Regelung der Arbeiten in solchen bleibt vorbehalten, daher die Bestimmungen der Verord. v. 9. Febr. 49. über Handwerks-, Zünfts- und Fabrikenverhältnisse, auf solche keine Anwendung finden. (§. 76. der gedachten Verord.) 110.

Anstellungen, anderweitige, der durch die neue Organisation disponibel werdenden richterlichen Beamten. (B. v. 2. Janr. 49. §. 26.) 9. — desgl. der bei den aufgehobenen Privatgerichten angestellt gewesenen Richter, Subaltern- und Unterbeamten. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 4—7.) 2. 3.

Anstellungssachen, dieselben verbleiben den Appellationsgerichten in ihrem Ressort. (B. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 6. und §. 35.) 9. 11.

Anwälte, siehe Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Polizeianwälte.

Anzeiger, öffentlicher, zu den Regierungs- = Amtsblättern, siehe Amtsblätter.

Appellation, Rechtsmittel, gegen die von den Einzelrichtern und den Gerichtsabtheilungen für gewisse Verbrechen (§§. 27. 38. der Verord. v. 3. Janr. 49.) gefällten Urtheile, Vorschriften für dieselbe. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 126—137.) 36—39. — die Verhandlung und Entscheidung zweiter Instanz erfolgt von einer aus fünf Mitglieder nebst einem Gerichtsschreiber bestehenden Abtheilung des zuständigen Appellationsgerichts (ebend. §. 132.) 38. — mündliches und weiteres Verfahren in ders. (ebend. §§. 133—136.) 38. — gegen ein Appellationsurtheil über die in dem obigen §. 27. gedachten Vergehen findet ein weiteres Rechtsmittel nicht statt. (ebend. §. 137.) 39. — durch die Einlegung ders. von Seiten des Angeklagten wird die Vollstreckung der Strafe aufgehalten. (Verord. v. 3. Janr. 49. §. 159.) 42. — Verfahren in der Appellations- = Instanz für Disziplinar- = Strafsachen gegen richterliche Beamte. (Verordn. vom 10. Juli 49. §. 44.) 261. — in wie weit die Appellation gegen die Entscheidungen der Gewerbegerichte stattfinden kann, ist nach der in den verschiedenen Landestheilen bestehenden allgemeinen Prozeßgesetzgebung zu beurtheilen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 54.) 123. — jedoch entscheidet über dieselbe das Handelsgericht, oder wo ein solches nicht besteht, das Kreis- oder Stadtgericht des Bezirks. (ebend. §. 54.) 123. — f. auch Rechtsmittel, desgl. Berufung.

Appellationsgerichte, diese Bezeichnung erhalten fortan sämtliche Oberlandesgerichte, das Kammergericht zu Berlin und das Ober-Appellationsgericht zu Greifswald, welche sämtlich unter Vorbehalt weiterer Bestimmung bestehen bleiben. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 24. 25.) 8. — sie theilen sich nach Bedürfnis in Senate und sollen aus einem (Ersten) Präsidenten, einem oder mehreren Senatspräsidenten oder Abtheilungs-Dirigenten und aus der erforderlichen Anzahl von Räten bestehen. (ebend. §. 25.) 8. — etatsmäßiges Mitglied ders. kann Niemand werden, welcher nicht mindestens vier Jahre bisher bei einem Obergerichte und künftig bei einem Kreis- oder Stadtgerichte als Richter oder definitiv als Staatsanwalt angestellt gewesen ist. (B. v. 2. Janr. 49. §. 37.) 12. — Assessoren können bei denselben nur vorübergehend zu einer nach den Geschäftsverhältnissen notwendigen Aushülfe

Appellationsgerichte, (Fortf.)

oder zur Stellvertretung beschäftigt werden. (ebend. §. 25.) 8. 9. — Ressort und Kompetenz derselben (ebend. §§. 25. und 35.) 9. 11. — dies. entscheiden die Kompetenz-Streitigkeiten der Gerichtsbehörden hinsichtlich der zu dem Ressort der letztern übergehenden Sachen. (V. v. 2. Janr. 49. §. 16.) 5. — auch können dieselben die Führung des Hypothekenbuchs über einen zusammen gehörigen Komplex von Gütern, welche in den Bezirken verschiedener Gerichte gelegen sind, so wie eintretenden Falls die Leitung von Sequestrationen und Subhastationen derselben, Einem dieser Gerichte übertragen. (ebend. §. 16.) 5. — vor solchen findet eine Verhandlung und Entscheidung des Rechtsstreits in erster Instanz in den Fällen der §§. 131. bis 147. Tit. 2. Thl. I. der allg. Gerichtsordnung nicht weiter statt, vielmehr können dies. nur einem andern Gerichte erster Instanz übertragen werden. (V. v. 2. Janr. 49. §. 17.) 5. — Abgabe der Rechtsangelegenheiten der Eximirten an die ordentlichen Gerichte seitens derselb. (ebend. §. 25.) 9. — kommt es bei Gegenständen ihres Ressorts auf eine Depositalverwaltung an, so bedienen sich dieselben des Depositoriums des am Orte befindlichen Gerichts erster Instanz. (ebend. §. 25.) 9. — ihre eigenen Depositorien werden aufgelöst. (ebend. §. 25.) 9. — Anwendung der Gebührntaxe für Obergerichte v. 23. Aug. 1815. bei denselben. (V. v. 2. Janr. 49. §. 29.) 10. — den bei denselben künftig anzustellenden Rechtsanwaltschaften soll in der Regel die gleichzeitige Funktion eines Notars nicht beigelegt werden. (V. v. 2. Janr. 49. §. 30.) 10. — Wiederanstellung disponibel werdender richterlicher Beamten bei denselb. (ebend. §. 26.) 9. — Erledigung deren Aufträge durch Einzelrichter des Gerichtsbezirks. (V. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 9.) 8. — Entscheidung ders. auf die Beschwerden der Staatsanwälte über die von den Gerichten zurückgewiesene Eröffnung einer Untersuchung. (V. v. 3. Janr. 49. §. 12.) 16. — auf deren Vorschlag bestimmt der Justizminister die zur Abhaltung der Schwurgerichte bei schweren Verbrechen geeigneten Gerichtsbehörden und die ihnen anzuweisenden Bezirke (V. v. 2. Janr. 49. §. 22.) 7. — vor solche gehören die Beschwerden über die Beschlüsse der Gerichte wegen Verhaftung oder Freilassung der Angeklagten, bei deren Entscheidung es dann bewendet. (V. v. 3. Janr. 49. §. 13.) 16. — (einschließlich des Appellationsgerichtshofes zu Köln und des Justizsenats zu Ehrenbreitstein) als Disziplinargerichte in Ansehung ihrer Mitglieder, mit Ausschluß der Präsidenten und Direktoren, und in Ansehung aller übrigen Richter ihres Gerichtsprengels. (V. v. 10. Juli

Appellationsgerichte, (Fortf.)

49. §§. 20. 21. 25—28. 31. 32.) 257—260. — einer aus drei Mitgliedern bestehenden Abtheilung des Appellationsgerichts gebührt die Entscheidung über den Rekurs gegen Urtheile in Polizeistrafsachen erster Instanz, wogegen ein weiteres Rechtsmittel nicht stattfindet. (Verord. vom 3. Januar 49. §§. 168—170.) 43. 44. — auch steht dem Appellationsgerichte im polizeilichen Mandatsverfahren die Entscheidung auf die Beschwerde des Angeschuldigten über die Zurückweisung des dagegen eingelegten Revisionsgesuchs zu. (ebend. §§. 176. 177.) 45. — von denselben ist die gegen Mitglieder und Stellvertreter der Gewerbegerichte durch deren Vorsitzenden verhängte Amtsususpension zu bestätigen oder aufzuheben. (V. v. 9. Febr. 49. §. 13.) 114. — denselben sind die Namen der zum Vorsitzenden und Stellvertreter des Gewerbegerichts Gewählten anzuzeigen. (ebend. §. 14.) 115. — das Ober-Appellationsgericht zu Greifswald, in Neuvorpommern, bleibt unter Vorbehalt weiterer Bestimmung bestehen, es erhält aber die Bezeichnung: „Appellationsgericht“. (V. v. 2. Janr. 49. §§. 24. u. 25.) 8. — in den Rechtsachen aus dem Bezirke desselben bildet das Obertribunal zu Berlin die dritte und höchste Instanz. (ebend. §. 28.) 9. — Einführung eines gleichmäßigen, auf Mündlichkeit und Öffentlichkeit beruhenden Verfahrens in Civilprozessen in dessen Bezirk, unter Aufhebung der bisherigen, demselben entgegenstehenden Prozedurvorschriften. (V. v. 21. Juli 49.) 307—333. — siehe auch Prozesse.

Appellationsgerichtshof, Rheinischer, zu Köln, Bestrafung der Verletzungen der Amtspflicht in dessen Bezirk, sowie der Dienstvergehen der Untersuchungsrichter oder Friedensrichter, als Beamte der gerichtlichen Polizei. (V. v. 10. Juli 49. §§. 80. u. 81.) 269. — f. auch Gerichtsschreiber, Gerichtsvollzieher u.

Appellationsinstanz, dieselbe bilden die Appellationsgerichte für alle Appellationsachen ihres Bezirke. (V. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 1.) 9.

Arbeiten, welche derselben zu den unter den einzelnen Handwerken begriffenen Verrichtungen gehören, darüber hat der Gewerberath, mit Berücksichtigung der über ihre Abgrenzung getroffenen Anordnungen, nach den Verhältnissen des öffentlichen Gewerbebetriebes zu entscheiden. (V. v. 9. Febr. 49. §. 28.) 99. f. — in öffentlichen Anstalten, deren besondere Regelung bleibt vorbehalten, daher die Bestimmungen der Verord. v. 9. Febr. 49, über Handwerks-, Innungs- und Fabrikverhältnisse, auf solche keine Anwendung finden. (§. 76. der gedachten Verord.) 110.

Arbeitgeber, (Handwerksmeister, Fabrikhaber) deren Vertretung im Gewerberathe. (V. v. 9. Febr. 49. §§. 5—14. 19.) 94—98. — s. auch Meister, Fabrikhaber.

Arbeitnehmer, (Gesellen, Gehülfen, Werkführer, Fabrikarbeiter) deren Vertretung im Gewerberathe. (Verord. v. 9. Febr. 49. §§. 5—14. 19.) 94—98. — s. auch Gesellen, Fabrikarbeiter u.

Arbeitszeit, tägliche, der Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter, dieselbe ist vom Gewerberathe für die einzelnen Handwerks- und Fabrikzweige nach Anhörung der Betheiligten festzusetzen. (V. v. 9. Febr. 49. §. 49.) 104. — zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen ist, vorbehaltlich der anderweitigen Vereinbarung in Dringlichkeitsfällen, Niemand verpflichtet. (ebend. §. 49.) 104.

Armenkassen, Orts-, alle Zahlungen und Abgaben, welche bisher bei der Ausnahme neuer Mitglieder in eine Innung und bei der Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge an dieselben zu entrichten waren, sind aufgehoben. (V. v. 9. Febr. 49. §. 63.) 107. — denselben sollen die Forderungen der Fabrikhaber und der denselben gleichstehenden Personen an deren Arbeiter, Gehülfen u. für die ihnen behufs der Anrechnung bei der Lohnzahlung kreditirten Baaren zufallen, in Ermangelung von Arbeiter-Hülfskassen. (V. v. 9. Febr. 49. §§. 50. 51. 55.) 104. 105.

Armenunterstützung, aus öffentlichen Mitteln, schließt von der Theilnahme an den Wahlen für die zweite Kammer aus. (V. v. 30. Mai 49. §. 8.) 206. — desgl. an den Wahlen zum Volkshaufe des deutschen Parlaments. (V. v. 26. Novbr. 49. §. 3. Nr. 3.) 419.

Auswalder Kreisobligationen, auf den Inhaber lautend, zum Betrage von 100,000 Rthlr., deren Ausfertigung und Ausgabe als Anleihe, mit fünf Prozent jährl. Verzinsung auf die den Obligationen beigefügten Zinskupons, zur Ausführung der für Rechnung des Kreises einzuleitenden Chausseebauten. (Allerh. Privil. v. 14. April 49.) 177—179. — allmähliche Tilgung derselben binnen spätestens 42 Jahren, von Vollenbung der gedachten Chausseebauten ab gerechnet, aus dem vom Kreise aufzubringenden Tilgungsfonds, nach der durch das Loos zu bestimmenden Folgeordnung. (ebend.) 177.

Arrestschlag, s. Beschlagnahme.

Arweiden, Ort, s. Chausseebau Nr. 1.

Ärzte, approbirte, Wählbarkeit derselben zu Geschworenen. (V. v. 3. Janr. 49. §. 63.) 25.

Aßeburg, von der, Graf, s. Chausseebau Nr. 14.

Assessoren, deren Ernennung durch den Justizminister im Namen des Königs. (V. v. 2. Janr. 49. §. 36.) 12. — dieselben können bei den Appellationsgerichten nur vorübergehend zu einer nach den Geschäftsverhältnissen nothwendigen Aushilfe, oder zur Stellvertretung beschäftigt werden. (V. v. 2. Janr. 49. §. 25.) 8. 9. — bei den Kreis- und Stadtgerichten als unbefoldete Mitglieder. (ebend. §. 36.) 12. — s. auch Gerichtsassessoren.

Auditeure, in wie weit auf solche die Disziplinarvorschriften und Bestimmungen der Verord. v. 10. Juli 49. anwendbar sind. (§§. 67. Nr. 72. 73. 76. 77. 79. ders.) 267. 268. 269.

Aufenthalt, sechsmonatlicher in einer Gemeinde, durch solchen wird auch die Zulassung als stimmberechtigter Urwähler bei den Wahlen für die zweite Kammer bedingt. (V. v. 30. Mai 49. §. 8.) 206.

Aufforderungen, öffentliche, zur Begehung strafbarer Handlungen, Strafbestimmungen für solche. (V. v. 30. Juni 49. §§. 13—19. 31.) 228—230. 232.

Aufkauf von Lebensmitteln auf Wochenmärkten, dessen Beschränkung für gewisse Klassen von Käufern auf eine bestimmte Zeit. (V. v. 9. Febr. 49. §. 71.) 109.

Ausläufe, s. Volksausläufe.

Ausnahmegebühren bei Innungen, s. Innungsgebühren.

Aufruhr, Strafen für diejenigen, welche zu dessen Verbreitung an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Zusammenkünften Fahnen, Zeichen oder Symbole ausstellen, verkaufen oder sonst verbreiten. (V. v. 30. Juni 49. §. 15. Nr. 1.) 229. — siehe auch Volksausläufe.

Aufsätze, schriftliche, in wie fern die polizeiliche Erlaubniß zu deren Abfassung für Andere, als Gewerbebetrieb, zu versagen ist. (V. v. 9. Febr. 49. §. 68.) 108.

Aufsichtsinstanz, solche bilden für alle Kreis- und Stadtgerichte die Appellationsgerichte ihres Sprengels. (V. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 3. u. §. 35.) 9. 11.

Ausstände, siehe Volksausläufe.

Aufträge, deren Übernahme für Andere, siehe Geschäftsvermittler.

Aufzüge, öffentliche, zu solchen müssen deren Unternehmer, Ordner oder Leiter die ortspolizeiliche Genehmigung nachsuchen. (V. v. 29. Juni 49. §§. 10. u. 11.) 223. — Strafe für die Übertretung dieser Vorschrift. (ebend. §. 17.) 224.

Auktionen, öffentliche, von neuen Handwerkerwaaren, siehe leg.

Auseinandersetzungsbehörden, (General = Kommissionen, landwirthschaftliche Regierungs = Abtheilungen und Revisions = Kollegium für Landeskultursachen), in wie weit auf solche die Disziplinar = Vorschriften der Verord. v. 10. Juli 49. anwendbar sind. (§§. 67. Nr. 1. 68 — 71. ders.) 267.

Ausgetretene Militairpflichtige, siehe leg.

Auskultatoren, in wie fern solche ohne weiteres Verfahren aus dem Dienste entlassen werden können. (V. v. 11. Juli 49. §. 91.) 289.

Ausländer, in wie fern solche zum Betriebe eines stehenden Gewerbes im diesseitigen Inlande zugelassen werden können. (V. v. 9. Febr. 49. §. 67.) 108. — Verfahren mit Gesuchen ausländischer Gewerbetreibenden um die Naturalisation im Inlande, nach §. 8. des Ges. v. 31. Dezbr. 42. — Ges. = Samml. 1843. S. 15. — (V. v. 9. Febr. 49. §. 67.) 108. — diese Bestimmungen finden auf Angehörige deutscher Staaten nur so lange Anwendung, als nicht für dieselben die gegenseitige Zulassung der Gewerbetreibenden zur Ansässigmachung und zum Gewerbebetriebe nach gleichen Grundsätzen geregelt ist. (ebend. §. 67.) 108.

B.

Baarzahlung, deren Leistung an Fabrikarbeiter und sonstige Personen, die mit der Anfertigung der Fabrikate für Fabrikinhaber und für diejenigen, welche mit Ganz- oder Halbfabrikaten Handel treiben, beschäftigt sind. (V. v. 9. Febr. 49. §§. 50 — 55.) 104. 105. — Strafbestimmungen für die Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §§. 74. 75.) 109. 110. — Verwendung der deshalb erkannten Geldbußen. (ebend. §. 75.) 110.

Bäcker, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (V. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109. — dieselben können von der Ortspolizeibehörde angehalten werden, die Preise und das Gewicht ihrer Waaren für gewisse Zeiträume durch einen von außen sichtbaren Anschlag am Verkaufsorte zur Kenntniß des Publikums zu bringen. (V. v. 9. Febr. 49. §. 72.) 109. — auch können solche angehalten werden, in ihren Verkaufsorten eine Waage mit den erforderlichen geeichten Gewichten aufzustellen. (ebend. §. 73.) 109. — Bestrafung derselben für Überschreitungen der aufgestellten Taxen, nach §. 186. der Gewerbe = Ord. (§. 72.) 109.

Bäckwaaren, deren Verkäufer haben mit den Bäckern gleiche Verpflichtungen. (V. v. 9. Febr. 49. §§. 72. u. 73.) 109. — s. ferner Bäcker.

Bagatellsachen, solche sind ohne Unterschied alle diejenigen Prozesse, deren nach Gelde zu schätzender Gegenstand 50 Rthlr. nicht übersteigt. (V. v. 2. Janr. 49. §. 20.) 6. — Kompetenz der Einzelrichter zu deren Verhandlung und Entscheidung. (ebend. §§. 20. 22.) 6. 7. — Rekursverfahren in solchen und Verkündung des Rekursbescheides in öffentlicher Sitzung, mit Bezug auf die A. R. O. vom 8. Aug. 1832. §. 3. Lit. d. (Verord. v. 2. Janr. 49. §. 34.) 11. — in den Prozessen über solche bewendet es rücksichtlich der für den Anwalt aufgewendeten Ausgaben bei den bestehenden Vorschriften. (ebend. §. 29.) 10.

Bank, Preussische, Belegung der für den gerichtlichen Depositatverkehr entbehrlichen Gelder bei derselben, und Theilnehmung der einzelnen Massen an diesen Bankaktivis und den davon aufkommenden Zinsen. (V. v. 18. Juli 49. §§. 18. u. 19.) 299. 300. 304. 305.

Bank, Privat-, ritterschaftliche, in Pommern, neue Statuten für dieselbe und Allerhöchste Genehmigung zur Ausstellung von Noten unter den in jenen festgesetzten Bedingungen. (v. 24. August 49.) 359 — 374.

Tit. I. Von dem Zwecke und den Fonds der Bank. (§§. 1 — 8.) 359 — 362.

Dieselbe ist eine Aktien-Gesellschaft, welche den Zweck hat, den Umlauf des Geldes zu befördern, Kapitalien nutzbar zu machen, Handel und Gewerbe zu unterstützen und einer übermäßigen Steigung des Zinsfußes vorzubeugen. (§. 1.) 359. — das gesammte Aktien-Kapital von 2 Millionen Thalern ist zu vier vom Hundert verzinslich. (§. 2.) 360. — Theilnahme an dem verbleibenden Gewinn durch Dividenden und Bildung eines Reservefonds. (§§. 3. 4.) 360. — Disposition über die von der ritterschaftlichen Privatbank bei der General = Staatskasse niedergelegten 500,000 Rthlr. in Staatschuldscheinen. (§. 8.) 361. f.

Tit. II. Von der Verfassung und Verwaltung der Bank. (§§. 9 — 23.) 362 — 366.

Die Bank bleibt unter die Oberaufsicht des Staats gestellt, welche von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten durch einen Kommissarius ausgeübt wird. (§. 9.) 362. — Bankdirektion in Stettin, Kuratorium der Bank und Beschlüsse der Gesellschaft in ihren General-Versammlungen. (§§. 10 — 23.) 362 — 366.

Tit. III. Von den Geschäften der Bank. (§§. 24 — 40.) 366 — 370.

Tit. IV. Von den Rechten der Bank. (§§. 41 — 47.) 370. 371. Die Statuten vom 23. Janr. 1833. und der am 12. Mai 1833. bestätigte Gesellschafts-Vertrag werden aufgehoben. (§. 47.) 371.

Barmen, Stadt, vierzehntägige Verlängerung der Zahlungszeit der in ders. vom 10. bis 25. Mai 49. zahlbaren Wechsel und anderer Handelspapiere. (B. v. 17. Mai 49.) 175. — dieser Verordnung haben beide Kammern ihre Genehmigung erteilt. (Staatsminist.=Bekanntmach. vom 6. Oktbr. 49.) 378.

Bäuerliche Erbfolge, in der Provinz Westphalen, der über solche unter dem 18. Dezbr. 1848. erlassenen Verordnung haben beide Kammern ihre Genehmigung erteilt. (Staatsminist.=Bekanntmach. v. 13. Novbr. 49.) 406.

Bäuerliche Grundstücke, siehe Ländliche Grundstücke.

Baumeister, dieselben sind nicht befugt, bei der Leitung von Bauunternehmungen die Arbeiten derjenigen Handwerke, für welche sie das Befähigungszeugniß der Regierung nicht besitzen, oder den vorgeschriebenen Nachweis der Befähigung nicht geführt haben, ohne Zuziehung geprüfter Meister ausführen zu lassen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 25.) 99. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Bauten, öffentliche, (mit Einschluß der Festungsbauhöfe), deren besondere Regelung bleibt vorbehalten, daher die Bestimmungen der Verord. v. 9. Febr. 49. über Handwerks- u. Innungsverhältnisse, auf solche keine Anwendung finden. (§. 76. der gedachten Verord.) 110.

Beamte, in Disziplinarsachen gegen solche wird durch die Vorschriften der Verord. v. 3. Janr. 49. über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungssachen, nichts geändert. (das. §. 181.) 46. — auf Probe, Kündigung oder sonst auf Widerruf angestellt, deren Dienstentlassung ohne förmliches Disziplinarverfahren, wenn sie nicht vorher ohne einen solchen Vorbehalt in einem andern Amte angestellt waren. (B. v. 11. Juli 49. §. 90.) 288. f. — zur Disposition gestellte, Anwendung der Disziplinar-Verordnung v. 11. Juli 49. auf solche. (§. 102. ders.) 291. — öffentliche, Bestrafung der denselben in Ausübung ihres Berufs oder in Beziehung auf solchen zugefügten Beleidigungen. (B. v. 30. Juni 49. §§. 23. u. 31.) 231. 232. — Verfolgung solcher Bestrafung durch die Staatsanwaltschaft nur auf Antrag des Beleidigten. (ebend. §. 34.) 233. — öffentl. Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils, in der durch letzteres zu bestimmenden Art und Weise, auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234. — Wählbarkeit ders. zu Geschworenen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63.) 25. —

Beamte, (Fortf.)

nicht richterliche, Bestimmungen über die Dienstvergehen derselben, sowie über die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand. (Verord. v. 11. Juli 49.) 271 — 292. — diese Verordnung findet auf alle in unmittelbarem oder mittelbarem Staatsdienste stehenden Beamten Anwendung, die nicht unter die Bestimmungen der die Richter betreffenden Verordnung vom 10. Juli 49. fallen; sie ist jedoch nicht anwendbar auf Geistliche und Kirchenbeamte. (§. 1.) 271.

Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen über Dienstvergehen und deren Bestrafung. (§§. 2—20.) 271—274. Dienstvergehen überhaupt (§. 2.) 271. — Amtsverbrechen. (§§. 3. 4.) 271. 272. — Bloße Dienstvergehen. (§§. 5—7.) 272. — Disziplinar- und gerichtliches Verfahren wegen der nämlichen Thatfachen. (§§. 8. 9.) 272. 273. — Verlust des Amtes als Folge anderer Strafen. (§. 10.) 273. — Unerlaubte Entfernung vom Amte (§§. 11—15.) 273. 274. — Zustellung der Vorladungen u. (§. 16.) 274. — Disziplinarstrafen (§§. 17—20.) 274.

Zweiter Abschnitt. Von dem Disziplinar-Verfahren. (§§. 21—51.) 275—280.

Verfahren für Ordnungsstrafen. (§§. 21—23.) 275. — Verfahren wegen Entfernung aus dem Amte. (§§. 24. 25.) 275. 276. — entscheidende Behörden erster Instanz. (§§. 26—29.) 276. — Kompetenz-Streitigkeiten. (§§. 30—33.) 277. — Voruntersuchung (§§. 34—36.) 277. — mündliche Verhandlung vor der entscheidenden Behörde erster Instanz. (§§. 37—41.) 278. — Entscheidung erster Instanz. (§§. 42—44.) 278. 279. — Berufung an das Staatsministerium. (§§. 45—51.) 279. 280.

Dritter Abschnitt. Vorläufige Dienstenthebung. (§§. 52—58.) 280. 281.

— Suspension kraft des Gesetzes. (§§. 52. 53.) 280. — Suspension durch Verfügung. (§. 54.) 281. — Einfluß der Suspension auf das Diensteinkommen. (§§. 55—57.) 281. — Vorläufige Unterfügung der Ausübung der Amtsverrichtungen. (§. 58.) 281.

Vierter Abschnitt. Nähere und besondere Bestimmungen in Betreff der Beamten der Justiz-Verwaltung. (§§. 59—83.) 281—287.

1. Ordnungsstrafen gegen verschiedene Justizbeamte. (§§. 60—69.) 282—284. — gegen Beamte der Staatsanwaltschaft und der gerichtlichen Polizei. (§§. 61. 62.) 282. — gegen Bureau- und Unterbeamte. (§. 63.) 282. — gegen Gerichtsschreiber, Gerichtsvollzieher bei den Rheinischen Gerichten. (§. 64.) 282. 283. — gegen Parfesschreiber. (§. 65.) 283. — gegen Bureau- und Unterbeamte bei den General-Kommissionen und dem Revisions-Kollegium, so wie gegen Spezial-Kommissarien. (§§. 66. 67.) 283. — gegen Bü-

Beamte, (Fortf.)

Bureau- und Unterbeamte bei dem General-Auditoriate und dessen Unterbehörden. (§. 68.) 283. — Beschwerden gegen Ordnungsstrafen. (§. 69.) 283, 284.
 2. Entfernung aus dem Amte. (§§. 70—83.) 284—287.
 — Staatsanwälte und Beamte der gerichtlichen Polizei. (§. 70.) 284. — Bureau- und Unterbeamte. (§. 71.) 284. — Besondere Bestimmungen für Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher. (§. 72.) 285. — desgl. für Advokaten, Rechtsanwälte und Notarien. (§§. 73—80.) 285, 286. — Dienstvergehen der Advokaten und Rechtsanwälte in den Sitzungen. (§§. 81, 82.) 286, 287. — Erlebigung des Amtes eines Rechtsanwaltes, Notars, Gerichtsvollziehers. (§. 83.) 287.

Fünfter Abschnitt. Besondere Bestimmungen in Betreff der Gemeindebeamten. (§. 84.) 287.

Sechster Abschnitt. Besondere Bestimmungen in Betreff der Militärbeamten. (§§. 85—89.) 287, 288.

Siebenter Abschnitt. Besondere Bestimmungen in Betreff der Entlassung von Beamten, welche auf Widerruf angestellt sind, der Referendarien *cc.* (§§. 90—93.) 288, 289.

Achter Abschnitt. Verfügungen im Interesse des Dienstes, welche nicht Gegenstand eines Disziplinarverfahrens sind. (§§. 94—102.) 289—291. — Versetzung ohne Strafe, mit Wartegelds-Bewilligung und Pension bei einstweiliger Versetzung in den Ruhestand. (§. 94.) 289, 290. — gänzliche Versetzung in den Ruhestand. (§§. 95—102.) 290, 291.

Besondere Bestimmung für den Bezirk des Rheinischen Rechts wegen Verfolgung und Bestrafung der Verletzungen der Amtspflicht in der bisherigen Weise und nach den bestehenden Gesetzen, von welchen durch die Bestimmungen der §§. 3. u. 5. der gegenwärtigen Verordnung nichts geändert wird. (§. 103.) 291.

Übergangs-Bestimmungen. Beendigung der bereits eröffneten gerichtlichen Untersuchungen in der bisherigen Weise und Vollstreckung der bisherigen Strafresolutive. (§. 104.) 291, 292. — Aufhebung aller dieser Verordnung entgegenstehenden Vorschriften. (§. 105.) 292. — einstweilige Versetzung nicht richterlicher Beamten in den Ruhestand mit Bewilligung von Wartegeld. (Verord. vom 11. Juli 49. §§. 50, 94.) 280, 289, 290. — gänzliche Versetzung richterlicher und nicht richterlicher Beamten in den Ruhestand, siehe Pensionierungen. — f. auch Gemeindebeamte, Besoldungen, Dienst-einkommen, Dienstentlassung *cc.* — richterliche Beamte, f. Richter.

Beglaubigungen, gerichtliche, deren Ertheilung verbleibt den Appellationsgerichten in bisheriger Art. (W. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 5 u. §. 35.) 9, 11.

Behörden, öffentliche, Aussetzung deren Amtshandlungen am 22. u. 29. Janr. 49., den Tagen der Wahlen für die Kammern, gleichwie an Sonn- und Fest-

Behörden, öffentliche, (Fortf.)

tagen. (N. E. v. 5. Jan. 49.) 48. — desgl. am 17. Juli 49., dem Tage der stattfindenden Wahlen zur zweiten Kammer. (N. E. v. 9. Juli 49.) 251. — auf deren amtliche Bekanntmachungen sind die wegen der Anschlagezettel und Plakate getroffenen Bestimmungen nicht anwendbar. (W. v. 30. Juni 49. §. 8.) 227. — Verpflichtung der Herausgeber öffentl. Blätter zur Aufnahme amtlicher Bekanntmachungen ders. gegen Entrichtung der üblichen Einrückungsgebühren. (W. v. 30. Juni 49. §. 6.) 227. — Strafe für deren Verweigerung. (ebend. §. 10.) 228. — deren Entgegnungen zur Berichtigung der in Zeitungen und Zeitschriften erwähnten Thatsachen sind die Herausgeber derselben resp. unentgeltlich aufzunehmen verpflichtet. (W. v. 30. Juni 49. §. 7.) 227. — Strafe für dessen Verweigerung. (§. 10.) 228. — Bestrafung der denselben in Ausübung ihres Berufs oder in Beziehung auf solchen zugefügten Beleidigungen. (W. v. 30. Juni 49. §§. 23. u. 31.) 231, 232. — Verfolgung solcher Bestrafung durch die Staatsanwaltschaft nur auf Antrag des Beleidigten. (§. 34.) 233. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234. — Strafe für denjenigen, der zum Ungehorsam gegen deren Anordnungen öffentlich auffordert oder anreizt. (W. v. 30. Juni 49. §§. 16. und 31.) 229, 232. — (Civil- und Militär-), wer sich des Angriffs oder des Widerstandes gegen deren Abgeordnete an einem im Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke, in offener Gewalt und mit Waffen oder gefährlichen Werkzeugen versehen, schuldig macht, wird kriegsrechtlich mit dem Tode bestraft. (W. v. 10. Mai 49. §. 8.) 167. — f. auch Provinzial-, Verwaltungs-, Polizei- *cc.* Behörden, Regierungen *cc.*

Beistände, welche der Klasse der Gewerbetreibenden nicht angehören, deren Zuziehung zu den Verhandlungen vor den Gewerbegerichten und deren Vergleichsausschüssen ist nicht gestattet. (W. v. 9. Febr. 49. §. 49.) 122. — f. auch Rechtsanwälte.

Bekanntmachungen, amtliche, Verpflichtung der Herausgeber von Zeitungen und Zeitschriften zu deren Aufnahme in dieselben, gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren. (W. v. 30. Juni 49. §. 6.) 227. — Strafe für deren Verweigerung. (§. 10.) 228. — auf solche sind die wegen der Anschlagezettel und Plakate getroffenen Anordnungen nicht anwendbar. (ebd. §. 8.) 227. — deren Publikation durch die Intelligenzblätter gesetzlich vorgeschrieben worden, sollen vom 1. Janr. 1850. ab durch den öffentlichen Anzeiger der Amtsblätter erfolgen. (W. v. 21. Dezbr. 49. §. 3.) 441. — die öffentliche Bekanntmachung gefällter Erkenntnisse wegen einer öffentlich begangenen Handlung, welche durch die §§. 18—24. oder

Bekanntmachungen, (Fortf.)

oder durch §. 29. der Verord. v. 30. Juni 49. vorgesehn ist, kann in der durch jene zu bestimmenden Art und Weise auf Kosten des Verurtheilten angeordnet werden. (§. 36. ders.) 234. — jeder rechtskräftigen Verurtheilung wegen verbotwidriger Lohnabfindung der Fabrikarbeiter u., durch die Amtsblätter oder andere öffentliche Blätter in denjenigen Kreisen, in welchen der Verurtheilte und der betheiligte Arbeiter ihren Wohnsitz haben, auf Kosten des erstern. (B. v. 9. Febr. 49. §. 75.) 110.

Belagerungszustand, allgemeine Bestimmungen über denselben. (B. v. 10. Mai 49.) 165—171. — Befugniß der Festungs-Kommandanten und der kommandirenden Generale zur Erklärung desselben für den Fall eines Krieges. (§. 1.) 165. — desgl. seitens des Staatsministeriums, resp. des obersten Militärbefehlshabers, für den Fall eines Aufstands, sowol in Kriegs- als in Friedenszeiten. (§. 2.) 165. f. — öffentliche Verkündung desselben, so wie dessen demnächstiger Aufhebung. (§. 3.) 166. — Übergang der vollziehenden Gewalt an den Militärbefehlshaber. (§. 4.) 166. — Suspension der Art. 5. 6. 7. 24. 25. 26. 27. 28. der Verfassungs-Urkunde während desselben. (§. 5.) 166. — auch außer demselben können im Falle des Krieges oder Aufstands die Art. 5. 6. 24. 25. 26. 27. 28. der Verf.-Urk. vom Staatsministerium zeit- und distriktsweise außer Kraft gesetzt werden. (B. v. 10. Mai 49. §. 16.) 170. 171. — Ausübung der Militärgerichtsbarkeit während desselben. (§§. 6. 7.) 166. 167. — Bestrafung der während desselben verübten Verbrechen. (§§. 8—10.) 167. 168. — Errichtung von Kriegsgerichten und Verfahren vor dens. (§§. 11—13.) 168—170. — Verfahren bei Aufhebung der Wirksamkeit ders. (§§. 14. 15.) 170. — andere Fassung des ebengedachten §. 15. (B. v. 4. Juli 49.) 250.

Beleidigungen, siehe Injurien.

Bergämter, Ober-, als entscheidende Disziplinarbehörden in erster Instanz gegen nicht richterliche Beamte ihres Ressorts. (B. v. 11. Juli 49. §. 26. Nr. 2 und §§. 28. 29. 33.) 276. 277. — Verfahren u. Entscheidung ders. (ebend. §§. 33—44.) 277—279. — Berufung an das Staatsministerium gegen deren Entscheidungen (§§. 45—51.) 279. 280.

Bergisch-Märkische Eisenbahn, siehe Eisenbahnen Nr. 8.

Bergwerksachen, für solche wird unter Abänderung des Edikts vom 21. Febr. 1816. und der Kabinetts-Order v. 6. Juli u. 12. Oktbr. 1837. der Spezial-Gerichtsstand Jahrgang 1849.

Bergwerksachen, (Fortf.)

aufgehoben, und treten bei den dort bezeichneten Rechtsstreitigkeiten die ordentlichen Gerichte ein, auch in erster Instanz. (B. v. 2. Janr. 49. §. 13.) 4. — Zuziehung zweier, von dem Oberbergamte des Bezirks zu bezeichnenden bergmännischen Sachverständigen zu den mündlichen Verhandlungen mit vollem Stimmrechte. (ebend. §. 13.) 4.

Bergwerksverein, Cölnener, zu Cöln, die Bildung einer Aktiengesellschaft unter diesem Namen ist mittelst allerhöchsten Erlasses v. 22. Oktbr. 49. genehmigt und das Gesellschaftsstatut desselben v. 14. Juli 49. bestätigt. (Minist.-Bekanntmach. v. 10. Novbr. 49.) 404. — das Statut nebst der allerhöchsten Bestätigungs-Urkunde gelangt durch das Amtsblatt der Regierung in Cöln zur öffentlichen Kenntniß. (ebend.) 404.

Berlin, Haupt- und Residenzstadt, die Einrichtung des Stadt-, Vormundschafts- und Kriminalgerichts daselbst wird durch besondere Instruktionen geregelt. (B. v. 2. Janr. 49. §. 20.) 7. — in Stelle des Gesetzes v. 17. Juli 46., wegen des Verfahrens in den bei dem dortigen Kammergerichte und Kriminalgerichte zu führenden Untersuchungen, tritt nunmehr die Verordnung v. 3. Janr. 49. (§. 183. ders.) 46. — der Minister des Innern ist ermächtigt, wenn es sich als zweckmäßig ergibt, für solche ein besonderes Amtsblatt nebst Anzeiger zu gründen. (B. v. 21. Dezbr. 49. §. 2.) 441. — s. auch Chausseebau Nr. 2.

Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn, siehe Eisenbahnen Nr. 3.

Bernau, Dit, siehe Chausseebau Nr. 3.

Berufung, an den obersten Gerichtshof, gegen die von den Appellationsgerichten in Disziplinar-Estrassachen gegen richterliche Beamte erlassenen Urtheile. (B. v. 10. Juli 49. §§. 41—45.) 261. 262. — an das Staatsministerium gegen die in Disziplinar-Estrassachen wider nicht richterliche Beamte getroffenen Entscheidungen. (B. v. 11. Juli 49. §§. 45—51.) 279. 280. — s. auch Rechtsmittel.

Bescheinigungen, gerichtliche, deren Ertheilung verbleibt den Appellationsgerichten in bisheriger Art. (B. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 5. u. §. 35.) 9. 11.

Beschlagnahme (Arrestschlag), deren vorläufige Ausführung gehört zur Kompetenz der Einzelrichter. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 2.) 7. — solche ist von dem Staatsanwalt, wenn nicht Gefahr im Verzuge obwaltet, nicht selbst vorzunehmen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 7.) 15. — deren Ausführung seitens der Gerichte, der Polizeibehörden und Sicherheitsbeamten. (ebend.

Beschlagnahme (Arrestschlag), (Fortf.)

§§. 4. 5. 7.) 14. 15. — im Bezirke des Rheinischen Appellationsgerichtshofes zu Köln hat über die Aufhebung oder Fortdauer der Beschlagnahme von Druckschriften der Untersuchungsrichter allemal an die Rathskammer zu deren Beschlußnahme zu berichten. (B. v. 30. Juni 49. §. 33.) 233. — auch wird an den dort geltenden Bestimmungen über die Regulirung des Gerichtsstandes — Strafprozeßordnung Art. 525. bis 541. — nichts geändert. (ebend. §. 38.) 234. — vorläufige, von Druckschriften, durch die Staatsanwaltschaft und deren Organe und weitere Verfolgung ders. vor der zuständigen Gerichtsbehörde. (ebend. §§. 32—35.) 232—234. — der in gerichtlichen Depositorien aufbewahrten Dokumente und deren Wiederaufhebung. (B. v. 18. Juli 49. §. 6.) 297. — solche kann rücksichtlich der der ritterschaftlichen Privatbank von Pommern anvertrauten Gelder niemals stattfinden. (Statuten der Bank v. 24. Aug. 49. §. 45.) 374.

Beschwerdeinstanz, solche bilden für alle Kreis- und Stadtgerichte die Appellationsgerichte ihres Sprengels. (B. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 3. u. §. 35.) 9. 11.

Beschwerden über gerichtliche Verfügungen in prozeßualischen Angelegenheiten. deren Führung und Erledigung in dem zulässigen Instanzenzuge. (Verord. v. 2. Janr. 49. §. 35.) 11. — diejenigen über Disziplin, Geschäftsbetrieb oder Verzögerungen (§. 37 der Verord. v. 21. Juli 46.) sind hinsichtlich aller Rechtsangelegenheiten im Aufsichtswege, demnach schließlich durch den Justizminister zu erledigen. (ebend. §. 35.) 11. — solche stehen den Staatsanwälten innerhalb einer zehntägigen präklusivischen Frist bei den Appellationsgerichten — über die von den Gerichten zurückgewiesene Eröffnung einer Untersuchung offen. (Verord. v. 3. Janr. 49. §. 12.) 16. — bei der Entscheidung jener Gerichte muß es dann aber verbleiben. (ebend. §. 12.) 16. — über die Entscheidungen des Gewerberaths, deren Führung bei den Regierungen, mit Ausschluß des Rechtsweges. (Verord. v. 9. Febr. 49. §§. 2. 28. 35. 36. 47. 49.) 94. 99. 101. 103. — f. auch Justizministerium, Staatsministerium, Ober-Tribunal 2c.

Besitzveränderungs-Abgaben, die Bestimmungen wegen amtlicher Eistirung der Prozesse über die Verpflichtung zu deren Entrichtung (§. 2. Nr. 2. Lit. G. und Nr. 3. des Gesetzes v. 9. Oktbr. 1848.) beziehen sich auch auf diejenigen Prozesse, in welchen bereits bezahlte Besitzveränderungs-Abgaben zurückgefordert werden, sofern hierbei Streit über die Existenz der Verpflichtung zu deren Entrichtung entsteht. (Dekl. v. 3. Juli 49.) 249. — dieser Deklaration haben beide Kam-

Besitzveränderungs-Abgaben, (Fortf.)

mern ihre Genehmigung erteilt. (Staatsminist.-Bekanntmach. v. 12. Septbr. 49.) 377.

Besoldungen (Gehälter), deren theilweise Innebehaltung und Verwendung bei Amtsaussetzungen. (Verord. v. 10. Juli 49. §§. 47. 50. 51.) 262. 263. — (Verord. v. 11. Juli 49. §§. 53. 55—58.) 280. 281. — deren Entziehung wegen unerlaubter Entfernung vom Amte im Wege des Disziplinar-Strafverfahrens. (ebend. §§. 10. 12.) 255 f. — (§§. 11. u. 13.) 273. — bei Freisprechungen ist der innebehaltene Theil derselben vollständig nachzuzahlen. (ebend. §. 52.) 263. — (§. 57.) 281. — dreimonatliche Fortzahlung derselben nach Anklündigung der eintretenden Pensionirung. (ebend. §. 66.) 266. — (§. 98.) 291. — f. auch Dienst Einkommen.

Bestellgeld, für Briefe, Adressen und Geldscheine, dessen Erhebung seitens der Postanstalten mit $\frac{1}{2}$ Sgr. (B. v. 21. Dezbr. 49. §. 5.) 440.

Betten, gebrauchte, in wie fern die polizeiliche Erlaubniß zu dem Handel mit solchen zu versagen ist. (Verord. v. 9. Febr. 49. §. 68.) 108.

Beurlaubte des Soldatenstandes (der Linie und Landwehr), Strafe für deren Aufforderung oder Anreizung, der Einberufungs-Ordre nicht zu folgen. (Verordn. v. 23. Mai u. G. v. 19. Novbr. 49.) 180. 417. — f. auch Soldatenstand.

Beutler, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Bevollmächtigte, Zulassung von solchen bei dem Untersuchungsverfahren wegen Polizeivergehen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 164.) 43. — in wie weit solche zu den Verhandlungen vor den Gewerbegerichten und deren Vergleichsausschüssen zugelassen werden können. (B. v. 9. Febr. 49. §. 50.) 122.

Bewaffnete Macht, Aufbietung derselben gegen Widerseßlichkeiten in den für aufgelöst erklärten Versammlungen. (B. v. 29. Mai 49. §. 6.) 222. — Bestrafung der den Mitgliedern derselben in Ausübung ihres Berufs oder in Beziehung auf solchen zugesügten Beleidigungen. (B. v. 30. Juni 49. §§. 23. u. 31.) 231. 232. — Verfolgung solcher Bestrafung durch die Staatsanwaltschaft nur auf Antrag des Beleidigten. (§. 34.) 233. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils in der durch Letzteres zu bestimmenden Art und Weise auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234.

Bewaffnete Macht, (Fortf.)

234. — wer an einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke sich gegen dieselbe des Angriffs oder des Widerstandes, in offener Gewalt und mit Waffen oder gefährlichen Werkzeugen versehen, schuldig macht, wird mit dem Tode bestraft. (B. v. 10. Mai 49. §. 8.) 167.

Beweisaufnahme, (Beweisführung), in gerichtlichen Untersuchungen, wegen Vergehen und Verbrechen, Vorschriften für dieselbe. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 14. 19—22. 30—35. 41. 44. 49.) 16. 17. 18. 19. 20. 22. 23. — desgl. wegen schwerer Verbrechen, sowie wegen politischer und Preßverbrechen. (ebend. §§. 79. 98.) 28. 31. — im Disziplinar-Strafverfahren gegen richterliche Beamte. (B. v. 10. Juli 49. §§. 33. 36. 63. 64.) 260. 266. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (B. v. 11. Juli 49. §§. 34. 40.) 277. 278. — über die Wahrheit behaupteter oder verbreiteter Thatsachen gegen beschuldigte Verläumdung durch solche. (B. v. 30. Juni 49. §§. 25—28.) 231. 232. — vor den Gewerbegerichten und deren Vergleichsausschüssen. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 20. 32—37.) 116. 118—120. — durch Zeugen, siehe diese.

Bezirksrichter, siehe Einzelrichter.

Bibliothek, Landes-, in Berlin und Universitäts-Bibliothek der betreffenden Provinz, Verpflichtung der Verleger von Druckschriften, von jedem ihrer Verlagsartikel ein Exemplar an diese unentgeltlich einzusenden. (B. v. 30. Juni 49. §. 4.) 226.

Bildliche Darstellungen, mit oder ohne Schrift, werden den Druckschriften im Sinne der Verordnung vom 30. Juni 49. gleichgestellt. (§. 30. ders.) 232. — siehe ferner Druckschriften.

Birnbauische Kreisstände, siehe Chausseebau Nr. 12.

Bitterfelder Kreisstände, siehe Chausseebau Nr. 13.

Wittgänge, kirchliche, solche gehören nicht zu denjenigen öffentlichen Aufzügen, welche einer vorgängigen Genehmigung oder einer Anzeige bedürfen. (B. v. 29. Juni 49. §. 11.) 223.

Blätter, öffentliche, durch solche wird die Erklärung des Belagerungszustandes, sowie dessen Aufhebung, zur allgemeinen Kenntniß gebracht. (B. v. 10. Mai 49. §. 3.) 166. — s. auch Amtsblätter, Zeitungen, Zeit-schriften; desgl. Bekanntmachungen.

Bodungen, Groß-, Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 20.

Bommern, Ort und Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 24.

Boten, siehe Unterbeamte.

Böttcher, Groß- und Klein-, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Brandschütz, Dorf, siehe Deichverband.

Brandstiftung, vorsätzliche, an einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke, deren kriegsrechtliche Bestrafung mit dem Tode. (B. v. 10. Mai 49.) 167.

Braunsberg, Stadt, siehe Eisenbahnen Nr. 1.

Bredenen, Ort, siehe Chausseebau Nr. 26.

Breest, Ort, siehe Chausseebau Nr. 9.

Breitenworbis, Ort und Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 20.

Breslau, Stadt, Errichtung einer Handelskammer für deren Bezirk. (A. E. v. 30. März 49.) 146. — Errichtung eines Gewerbegerichts für deren Gemeindebezirk. (A. E. v. 22. Oktbr. 49.) 431. — s. auch Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft.

Briefporto-Taxe, deren Ermäßigung innerhalb des Preussischen Postgebiets nach Maßgabe der Entfernung und des Gewichts, vom 1. Janr. 1850. ab. (B. v. 21. Dezbr. 49.) 439. 440. — Anwendung ders. bei Vereinbarungen mit fremden Postbehörden. (ebend. §. 2.) 439. — Bestempelung frankirter Briefe. (§. 3.) 440. — Erhebung des Briefbestellgeldes mit $\frac{1}{2}$ Sgr. (§. 5.) 440.

Bromberg, Stadt, siehe Eisenbahnen. Nr. 1.

Brunnenbaumeister, Nachweis deren Befähigung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45. der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Jan. 45. vorgeschriebene Zeugniß der Regierung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 24.) 99.

Buchbinder, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Buchdrucker, siehe Drucker.

Büchsenmacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Buckau, Ortschaft, siehe Gewerbegerichte.

Bürgerliche Rechte, deren Verlust in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses, schließt von der Theilnahme an den Wahlen für die zweite Kammer aus. (B. v. 30. Mai 49. S. 8.) 208. — auch von der Wählbarkeit zum Abgeordneten der letztern. (ebend. S. 29.) 209. — desgl. von den Wahlen zum Volksause des deutschen Parlaments. (B. v. 26. Novbr. 49. S. 9.) 425. — diejenigen, welche sich nicht im Vollgenusse befinden, sind von der Theilnahme an der Wahl der Mitglieder des Gewerberaths und deren Stellvertreter ausgeschlossen. (B. v. 9. Febr. 49. S. 7. Nr. 1.) 94. 95.

Bürgerrecht, die Untersuchung und Entscheidung über Verbrechen, welche den Verlust desselben unbedingt zur Folge haben, erfolgt in erster Instanz mit Zuziehung eines Gerichtsschreibers durch Gerichts Abtheilungen, welche aus drei Mitgliedern bestehen. (B. v. 3. Jarr. 49. §§. 27. u. 38.) 19. 21. — die Kompetenz der Einzelrichter ist davon ausgeschlossen. (ebend. §§. 27. 38.) 19. 21.

Bürgerwehren, Aussetzung deren Errichtung und Umformung nach dem Gesetze vom 17. Oktbr. 1848, bis letzteres auf Grund der revidirten Verfassung und nach Erlass der neuen Gemeinde-Ordnung einer Revision unterworfen worden ist. (B. v. 24. Oktbr. 49.) 402. — Zurückgabe der denselben zur Ausrüstung vom Staate verabreichten Waffen. (ebend. S. 2.) 402.

Bürstenbinder, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. S. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. S. 74.) 109.

C.

(Ca—Cl—Co—Cr—Cu— siehe Ka. Kl. u. f. w., mit Ausschluß der Eigennamen.)

Chausseebau, Ausführung desselben auf einzelnen Straßen und Straßenstrecken, und zwar

A. in der Provinz Preußen.

- 1) von Königsberg in Pr. nach Alweiden, dem Magistrate ersgedachter Stadt ist allerhöchst das Recht zur Erhebung eines Chausseegeldes für eine halbe Meile verliehen, sowie auch die allgemeinen Bestimmungen wegen der Chausseepolizei = Vergehen auf die bezeichnete Straße Anwendung finden sollen. (A. E. v. 15. Septbr. 49.) 379.

B. in der Provinz Brandenburg.

- 2) vom Rosenthaler Thore bei Berlin über den Ge-

Chausseebau, (Fortf.)

sundbrunnen und Reinickendorf zum Anschlusse an die Berlin = Stettiner Chaussee, dessen Ausführung für Rechnung der Stadt Berlin, mit Allerhöchster Bewilligung des Rechts zur Chausseegeld = Erhebung und Anwendung der allgem. Vorschriften wegen der Chaussee = Polizeivergehen. (A. E. v. 13. Aug. 49.) 351.

- 3) von Bernau nach Weissenfee, zum Anschluß an die Berlin = Stettiner = Staats = Chaussee, dessen Ausführung durch eine Aktiengesellschaft mit Allerhöchster Genehmigung und Bewilligung des Rechts zur Erhebung eines Chausseegeldes, sowie mit Anwendung der allgemeinen Bestimmungen wegen der Chaussee = polizei = Vergehen. (A. E. v. 17. Septbr. 49.) 380.

- 4) auf der Jüterbogk = Luckenwalder Straße, für solche wird den Kreisständen des Jüterbogk = Luckenwalder Kreises das Recht zur Erhebung eines Wegegeldes nach dem Chausseegeld = Tarife v. 29. Febr. 1840. verliehen. (A. E. v. 9. März 49.) 161. — auch sollen die dem letztern angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee = Polizei = Vergehen auf jene Straße Anwendung finden. (ebend.) 161.

- 5) von Neustadt = Eberswalde nach Oberberg, Bestätigung der Statuten der für denselben unter dem Namen: „Neustadt = Eberswalde = Oderberger Chausseegesellschaft“ gebildeten Aktiengesellschaft, mittheilt Allerhöchsten Erlasses v. 6. Aug. 49. (Minist. = Bekanntmachung v. 4. Septbr. 49.) 357. — Die Statuten selbst werden durch das Amtsblatt der Regierung in Potsdam zur öffentlichen Kenntniß gelangen. (ebend.) 357.

- 6) von Rheinsberg über Lindow, zum Anschlusse an die Neustadt = Ruppiner Straße, dessen Ausführung durch die Stände des Ruppiner Kreises, mit Allerhöchster Genehmigung und Verleihung der Befugniß zur Chausseegeld = Erhebung und zur Anwendung der allgemeinen Bestimmungen wegen der Chaussee = Polizeivergehen. (A. E. v. 22. Oktbr. 49.) 432.

- 7) im Arnswalder Kreise, zu dessen Ausführung ist den Ständen dieses Kreises eine Anleihe von 100,000 Rthlr. durch Ausfertigung und Ausgabe auf den Inhaber lautender Kreisobligationen, mit jährlicher Verzinsung zu fünf Prozent, gestattet. (Allerh. Priv. v. 14. Apr. 49.) 177—179.

C. in der Provinz Pommern.

- 8) in Altpommern, zu dessen Förderung wird von der Altpommerschen Landstube eine Anleihe im Betrage

Chausseebau, (Fortf.)

trage von 300,000 Rthlr. durch Ausfertigung und Ausgabe auf den Inhaber lautender, mit fünf Prozent jährlich zu verzinsenden „Pommerschen Provinzial-Chausseebau-Obligationen“ eröffnet, deren allmälige Tilgung aus dem dafür bestimmten Fonds vom Jahre 1852. ab durch jährliche Ausloosung erfolgen wird. (Priv. v. 4. Mai 49.) 213—215.

- 9) von Brest nach Klempenow, zu welchem wird den Demminer Kreisständen das Expropriationsrecht, sowie das Recht der Entnahme von Chaussee-Neubau- und Unterhaltungs-Materialien von benachbarten Grundstücken, nach den Vorschriften der Verordn. v. 11. Juni 1823. verliehen. (A. E. v. 28. Novbr. 48.) 73.

D. in der Provinz Schlesien.

- 10) von Frankenstein über Silberberg und Neudorf einerseits nach Volpersdorf, zum Anschlusse an die Volpersdorf-Neuroder Chaussee, und andererseits nach Louisenhain, zum Anschlusse an die Neurode-Gläser Chaussee, dessen Ausführung durch die zu diesem Zwecke gebildete Baugesellschaft, mit Allerhöchster Genehmigung des Rechts zur Chaussee-geld-Erhebung sowie zur Anwendung der allgemeinen Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Vergehen. (A. E. v. 9. Oktbr. 49.) 380.

- 11) von Groß-Strehlitz nach Krappitz, mit Allerhöchster Bewilligung des Rechts zur Erhebung eines Chausseegeldes seitens der Baugesellschaft und Anwendung der allgemeinen Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Vergehen. (A. E. v. 29. Juni 49.) 336.)

E. in der Provinz Posen.

- 12) von Zirkle nach Kwidz, den Ständen des Birnbaumischen Kreises ist Allerhöchst die Befugniß, für die gedachte Straßenstrecke als Wegegeld die Hälfte der Sätze des jetzmaligen Staats-Chausseegeld-Tarifs während eines Zeitraums von zehn Jahren zu erheben, unter der Bedingung verliehen, daß die etwaigen Einnahme-Überschüsse vorzugsweise zur Veränderung der, auf einzelnen Strecken jener Straße das vorgeschriebene Maß von sechs Zoll für die laufende Ruthe überschreitenden Strigungen verwendet werden. (A. E. u. Tarif vom 20. April 49.) 239—241.

F. in der Provinz Sachsen.

- 13) von der Stadt Börbig bis Stumsdorf, seitens der Stände des Bitterfelder Kreises, mit Allerhöch-

Chausseebau, (Fortf.)

ster Bewilligung des Rechts der Expropriation, der Erhebung eines Chausseegeldes u. (A. E. v. 21. Juli 49.) 337.

- 14) von Meisdorf nach der Anhalt-Bernburgschen Grenze in der Richtung auf Ballenstedt, von dem Grafen von der Asseburg ausgeführt, Allerhöchste Verleihung des Rechts zur Erhebung eines Chausseegeldes auf der gedachten Straße, sowie des Rechts der Anwendung der allgemeinen Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizeivergehen auf jene Straße sowohl, als auch auf die damit in Anschluß stehende, gleichfalls von dem Grafen von der Asseburg erbaute Straße von Ermseleben nach Harzgerode. (A. E. v. 22. Septbr. 49.) 377.

- 15) Bewilligung des Rechts für die Stadt Langensalza zur Erhebung eines Chausseegeldes auf der in ihrer Feldmark belegenen chausfirten Strecke der Langensalza-Tennstädter Straße und der dieselbe mit der Heiligenstadt-Gothaer Chaussee verbindenden Chausseestrecke für eine Viertelmeile nach dem Chausseegeldtarif vom 29. Febr. 1849, unter Anwendung der dem letztern angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizeivergehen, auf die vorgebachten Straßenstrecken. (A. E. v. 30. März 49.) 173.

- 16) von Tennstädt nach Langensalza, dessen Ausführung seitens der Stadt Tennstädt auf der in ihrer Feldmark belegenen Strecke, mit Allerhöchster Bewilligung des Rechts der Expropriation, der Chausseegeld-Erhebung für eine halbe Meile und der Anwendung der allgemeinen Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizeivergehen. (A. E. v. 21. Juli 49.) 336.

- 17) von Schleusingen über Ratscher und Wiedersbach bis zur Sachsen-Meiningerischen Landesgrenze in der Richtung auf Eisfeld, Ausführung desselben von den Ständen des Kreises Schleusingen, mit Verleihung des Rechts der Expropriation, sowie des Rechts der Entnahme von Chaussee-Neubau- und Unterhaltungs-Materialien von benachbarten Grundstücken, nach den Vorschriften der Verordn. v. 11. Juni 1823. (A. E. v. 28. Novbr. 48.) 74. — desgl. zur Erhebung eines Chausseegeldes nach dem für die Staats-Chausseen geltenden Chausseegeld-Tarif v. 29. Febr. 1840. (ebend.) 74. — Anwendung aller für die letztern bestehenden polizeilichen Bestimmungen, insbesondere der Verordn. v. 7. Juni 1844. auf obige Straße. (ebend.) 74.

Chausseebau, (Fortf.)

- 18) von Ratscher bis zum Gasthose zu Engelan, Ausführung desselben seitens der Gemeinden Ratscher, Hefengereuth, Oberrod und Waldau, im Kreise Schleusingen, mit Allerhöchster Bewilligung des Expropriationsrechts, sowie des Rechts zur Erhebung des Chausseegeldes für Eine Meile nach dem jedesmal für Staatsstraßen bestehenden Tarif. (A. E. v. 15. Juni 49.) 252. — auch sollen die dem Chausseegeld-Tarife v. 29. Febr. 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizei-Vergehen auf obige Gemeinde-Chaussee Anwendung finden. (ebend.) 252.
- 19) einer Verbindungsstraße zwischen Worbis und der Berlin-Casseler Chaussee in der Richtung nach Wernrode, Ausführung desselben von den Ständen des Kreises Worbis, mit Verleihung des Rechts der Expropriation, sowie des Rechts der Entnahme von Chaussee-Neubau- und Unterhaltungs-Materialien von benachbarten Grundstücken, nach den Vorschriften der Verordn. v. 11. Juni 1825. (A. E. v. 28. Novbr. 48.) 89. — desgl. zur Erhebung eines Chausseegeldes in Höhe des Satzes für eine halbe Meile nach dem für die Staats-Chausseen geltenden Tarif v. 29. Febr. 1840. (ebend.) 89. — Anwendung aller für die letzteren bestehenden polizeilichen Bestimmungen, insbesondere der Verord. v. 7. Juni 1844 auf obige Straße. (ebend.) 89.
- 20) zwischen Breitenworbis und Mackerode, Ausführung der ersten Meile desselben von Breitenworbis aus, durch die Gemeinden Breitenworbis, Haynrode und Neustadt, mit Allerhöchster Bewilligung des Rechts der Expropriation, sowie des Rechts zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungsmaterialien, nach Maßgabe der für die Staatschausseen geltenden Bestimmungen. (A. E. v. 9. März 49.) 181. — zugleich wird den Unternehmern das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach dem Chausseegeldtarif vom 29. Febr. 1840 bewilligt; auch sollen die diesem Tarif angehängten Vorschriften wegen der Chausseepolizei-Vergehen auf die gedachte Straße Anwendung finden. (ebend.) 181. — Fortsetzung dieses Chausseebaues zwischen Breitenworbis nach Mackenrode in ihrer gesammten Ausdehnung seitens der Gemeinden Breitenworbis, Haynrode, Neustadt, Groß-Bodungen, Wernigerode, Eschenrode, Limlingerode und Mackenrode, mit dem Rechte der Expropriation, der Erhebung eines Chausseegeldes und der Anwendung der allgemeinen Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-vergehen. (A. E. v. 13. August 49.) 352.

Chausseebau, (Fortf.)

- 21) von der Hannoverschen Grenze bei Steina über Sachsa, Neuhaus und Clettenberg nach Holbach, zum Anschlusse an die Straße von Nordhausen nach Nirei, dessen Ausführung von den Gemeinden Sachsa und Clettenberg, mit Allerhöchster Bewilligung des Expropriationsrechts, sowie des Rechts zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungsmaterialien nach Maßgabe der für die Staatschausseen geltenden Bestimmungen, auch des Rechts zur Erhebung des Chausseegeldes, nach dem jedesmal für Staatsstraßen bestehenden Tarif. (A. E. v. 15. Juni 49.) 204. — auch sollen die dem Chausseegeldtarif v. 29. Febr. 1840 angehängten Vorschriften wegen der Chausseepolizei-vergehen auf die gedachte Straße Anwendung finden. (ebend.) 204.

G. in der Provinz Westphalen.

- 22) von Altenberge über Laer und Horstmar nach Schöppingen, dessen Ausführung seitens der betreffenden Gemeinden mit Allerhöchster Bewilligung des Rechts der Expropriation, sowie des Rechts zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungsmaterialien nach Maßgabe der für die Staatschausseen geltenden Vorschriften. (A. E. v. 9. März 49.) 162. — zugleich wird den betreffenden Gemeinden das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach dem Chausseegeldtarif v. 29. Febr. 1840. verliehen; auch sollen die dem letztern angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-vergehen auf obige Gemeinde-Chaussee Anwendung finden. (ebend.) 162.
- 23) von Anholt bis zur Niederländischen Grenze, in der Richtung auf Gendringen, dessen Ausführung seitens der Gemeinde Anholt, mit Verleihung des Rechts zur Erhebung des Chausseegeldes nach dem jedesmal für die Staatschausseen geltenden Chausseegeldtarif. (A. E. v. 9. März 49.) 161. — auch sollen die dem Chausseegeldtarife vom 29. Febr. 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-vergehen auf die gedachte Straße Anwendung finden. (ebend.) 161.
- 24) von Bommern nach Wetter, dessen Ausführung seitens der Gemeinden Bengern und Bommern, im Kreise Hagen, mit Allerhöchster Verleihung des Rechts zur Expropriation, sowie des Rechts zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungsmaterialien, nach Maßgabe der für die Staatschausseen geltenden Bestimmungen. (A. E. v. 9. März 49.) 162. — zugleich wird den gedachten Gemeinden das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach dem Chaus-

Chausseebau, (Fortf.)

Chausseegelddtarife v. 29. Febr. 1840 verliehen, auch sollen die dem letztern angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf jene Gemeindechauffee Anwendung finden. (ebend.) 162.

- 25) von Nierenhof bis Hattingen, dessen Ausführung seitens der Stadt Hattingen, mit Anwendung des Rechts der Expropriation, sowie des Rechts zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungsmaterialien nach Maßgabe der für die Staatschauffeen geltenden Vorschriften, ingleichen der dem Chausseegelddtarife vom 29. Febr. 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen. (A. E. v. 9. März 49.) 138. — zur Unterhaltung dieser Gemeindechauffee wird die Erhebung des Chausseegeldes für eine Meile nach den Sätzen des allgemeinen Chausseegelddtarifs bewilligt. (ebend.) 138.

H. in der Rheinprovinz.

- 26) von Kettwig über die Reisenburg nach Brede-ney, Ausführung desselben von der Gemeinde Kettwig, mit Verleihung des Rechts der Entnahme von Chaussee-Neubau- und Unterhaltungsmaterialien von benachbarten Grundstücken, nach den Vorschriften der Verord. v. 11. Juni 1825. (A. E. v. 4. Dezbr. 48.) 75. — desgl. zur Erhebung eines Chausseegeldes für eine Meile nach dem für die Staats-Chauffeen geltenden jedesmaligen Chausseegeldd-Tarif. (ebend.) 75. — Anwendung aller für die letztern bestehenden polizeilichen Bestimmungen, insbesondere der Verord. v. 7. Juni 1844 auf obige Straße. (ebend.) 75.

Chauffeen, Aufhebung der Verpflichtung zur unentgeltlichen Hülfsleistung bei Räumung des Schnees von dens. (B. v. 6. Janr. 49.) 80. — mit Bezug auf die Verord. v. 8. März 1832 soll vielmehr dafür das zu der Zeit am Orte gewöhnliche Tagelohn aus der Chausseebaukasse gezahlt werden. (ebend.) 80. — obiger Verordnung haben beide Kammern ihre Genehmigung erteilt. (Staatsminist. = Bekanntmach. vom 4. Oktbr. 49.) 378.

Civil-Prozesse, siehe Prozesse.

Civil-Supernumerarien, als solche bei den Gerichten einzutreten, bleibt den Subalternbeamten der aufgehobenen Privatgerichte überlassen, wenn sie von jenen dazu geeignet befunden worden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 5.) 2. — in Ansehung deren Entlassung kommen die darauf bezüglichen besondern Bestimmungen zur Anwendung. (B. v. 11. Juli 49. §. 92.) 289.

Clettenberg, Ort und Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 21.

Cölner Bergwerksverein, zu Cöln, siehe Bergwerksverein.

Cölner Stadtoobligationen, auf den Inhaber lautend, zum Betrage von Einer Million Thalern, deren Ausfertigung und Emission als Anleihe behufs der für Rechnung der Stadt Cöln auszuführenden öffentlichen Arbeiten und andern außerordentlichen Ausgaben, insbesondere zur Abbürdung der frühern städtischen Anleihe von 200,000 Rthlr. (Allerh. Privil. v. 1. Mai 49.) 163. f. — jährl. Verzinsung ders. mit fünf Prozent auf die bei den Obligationen befindlichen Zinskoupons. (ebend.) 163 f. — Kündbarkeit ders. von Seiten der Stadt Cöln nach 6 Jahren. (ebend.) 163. — zu deren Tilgung ist vom 1. Janr. 1851. ab jährl. ein halb Prozent nebst den Zinsen der getilgten Obligationen zu verwenden. (ebend.) 163.

Cöln-Mindener Eisenbahn und Cöln-Minden-Thüringer Verbindungsbahn, f. Eisenbahnen Nr. 6. und 7.



Dampfschiffe, Patentirung zu deren Führung auf dem Rhein, in Folge des Zusatz-Artikels XIX. zur Rheinschiffahrts-Acte vom 31. März 1831 (Genehmigungs-Urkunde vom 10. Septbr. 49.) 375. — Vergütung der Reisekosten bei Militärdienst- und Versetzungsreisen mit solchen. (Regulativ v. 28. Dezbr. 48. §. 2. Nr. 1. u. 2.) 82. 83.

Danzig, Stadt, f. Eisenbahnen Nr. 2.

Darstellungen, bildliche und andere, Verfolgung und Bestrafung der durch solche zugesügten Beleidigungen und sonst begangenen strafbaren Handlungen. (Verord. v. 30. Juni 49. §§. 20—23. 30. 39.) 230. 231. 234 f.

Degradation, in Civilämtern, mit welcher in den bisherigen Gesetzen Verletzungen der Amtspflicht bedroht sind, statt deren soll nunmehr nur im Disziplinarverfahren die Strafe für bloße Dienstvergehen eintreten. (B. v. 10. Juli 49. §. 4.) 254. — (B. v. 11. Juli 49. §. 5.) 272.

Deichbaugesellschaft zur Melioration des Nieder-Oderbruchs, f. Oderbruch.

Deichverband, Herrnprotsch-Brandschützer, unter den Eigenthümern aller in der am linken Oderufer von dem Dorfe Herrnprotsch bis zum Dorfe Brandschütz sich erstreckenden Niederung beliegenden Grundstücke, in Gemeinschaft mit der theilhaftigen fiskalischen Forstverwaltung, zur gemeinsamen Anlegung und Unterhaltung eines zum Schutze gegen die Übersfluthungen der

Deichverband, Herrnproltsch-Brandschützer, (Fortf.)

der Oder und Weistritz zu erbauenden Deiches, Statut für denselben (v. 2. Oktbr. 49.) 383—402.

Erster Abschnitt. Umfang und Zweck des Deichverbandes. (§§. 1—4.) 383, 384.

Zweiter Abschnitt. Verpflichtungen der Deichgenossen, Geldleistungen, Bestimmung der Höhe derselben und Veranlagung nach der Deichrolle. (§§. 5.—12.) 384—387. — Berichtigung der Deichrollen. (§§. 13—15.) 387, 388. — Erlaß und Stundung der Deichkassen-Beiträge. (§§. 16—19.) 388, 389. — Natural-Hülfsleistungen. (§§. 20—23.) 389.

Dritter Abschnitt. Beschränkungen des Eigenthums an den Grundstücken. (§§. 24—32.) 390, 391.

Vierter Abschnitt. Aufsichtsrechte der Staatsbehörden. (§§. 33—40.) 391, 392.

Fünfter Abschnitt. Von den Deichbehörden und deren Verwaltung, Deichamt und Deichbeamte. (§§. 41—100.) 392—400.

Sechster Abschnitt. Von der Vertretung der Deichgenossen bei dem Deichamte. (§§. 101—106.) 401, 402.

Allgemeine Bestimmung. Abänderungen des vorstehenden Deichstatuts dürfen nur unter landesherrlicher Genehmigung erfolgen. (§. 107.) 402.

Demminer Kreisstände, siehe Chausseebau Nr. 9.

Deposital-Extrakte, vollständige, bei den Gerichten, solche sollen nur dann noch gefertigt werden, wenn dazu besonderer Anlaß vorliegt. (B. v. 18. Juli 49. §. 22.) 301. — Statt der jährlichen sind über die vorhandenen Massen bloße Bestands-Anzeigen zu den Akten zu erstatten. (ebend. §. 22.) 301.

Deposital-Kassen-Revisionen (Visitationen) gerichtliche, Vorschriften für solche. (B. v. 18. Juli 49. §. 21.) 300 f.

Deposital-Kuratoren, bei den Gerichten, Übertragung der Verwaltung des Amtes eines zweiten an einen Subalternbeamten und Funktionen beider Kuratoren. (B. v. 18. Juli 49. §§. 2, 9, 12, 13, 15.) 295, 297, 298, 299.

Deposital-Mandate, das durch die A. R. D. vom 17. Juli 1832. u. 17. Juli 1837. gestattete Verfahren, wonach das Ein- und Nachtragen ders. in die Kontrollbücher einem höheren Subalternbeamten des Gerichts übertragen werden kann, soll fortan bei allen Gerichten in Anwendung kommen. (B. v. 18. Juli 49. §. 10.) 298. — eine besondere Vergütung für dieses Geschäft findet nicht statt. (ebend. §. 10.) 298. — Fassung ders. zur Annahme, Asservation und Herausgabe von Depositis. (ebend. §. 11.) 298.

Deposital-Massen, gerichtliche, das durch die A. R. D. v. 22. März 1837. bei Transferirungen ders. gestattete Verfahren findet fortan bei allen Gerichten An-

Deposital-Massen, gerichtliche, (Fortf.)

wendung. (B. v. 18. Juli 49. §. 17.) 299. — f. ferner Depositalordnung.

Depositalordnung, vom 15. Septbr. 1783., einige Abänderungen derselben. (B. v. 18. Juli 49.) 295, bis 305.

zu §. 6. Tit. II. wegen Vereinigung des Judizial- und Pupillen-Depositoriums unter dem Namen „Depositorium des Gerichts.“ (§. 1.) 295.

zu §§. 1—3, 60. ff. 77. ff. Tit. II., die Verwaltung des Amtes eines zweiten Depositalkurators durch einen Subalternbeamten und die Funktionen desselben, sowie die des ersten Kurators betr. (§. 2.) 295.

zu §§. 11—13, Tit. I. — §§. 13, 14, Tit. II. Anordnungen für die sichere Aufbewahrung der Dokumente, für die Buchführung über dieselben und für die Ausgabe ders. (§§. 3—8.) 296, 297, 302, 303.

die Vorschrift des §. 24. Tit. II. der Depositalordnung, wonach ein Depositalkurator nicht zugleich als Dezerent an das Depositorium verfügen soll, wird aufgehoben. (§. 9.) 297.

zu §§. 37, 44, 89, 174, Tit. II. wegen Übertragung des Ein- und Nachtragens der Depositalmandate in die Kontrollbücher an einen der höheren Subalternbeamten des Gerichts. (§. 10.) 298.

zu §. 26. Lit. d. und §. 128. Nr. 4, Tit. II., betr. die Fassung der Mandate zur Annahme, Asservation und Herausgabe von Depositis. (§. 11.) 298.

zu §§. 57, 58, 153, 323, 460, Tit. II. wegen der den Kuratoren obliegenden Verpflichtungen hinsichtlich der an das Depositorium eingehenden Befehle und der Anlegung eines Arrestes. (§. 12.) 298.

zu §. 167. Tit. II. wegen Bescheinigung der Handzeichen bei Quittungen. (§. 13.) 208.

zu §§. 73. ff. 169. ff. Tit. II., die Protokollführung und die Übertragungen in die Kassenbücher betr. (§. 14.) 298, f.

zu §§. 182—184, Tit. II. betr. die Zahlung der abzusen-
den Summe an den Rendanten zur Übermachung an den Empfänger. (§. 15.) 299.

zu §§. 185—187, Tit. II., daß bei Sendungen aus dem Depositorio mit der Post der Postschein bei einem Geldbetrage von 10 Thalern oder weniger als Rechnungsbelag genüge. (§. 16.) 299.

zu §§. 191 ff. Tit. II., daß das durch die Kabinettsordre vom 22. März 1837. gestattete Verfahren bei Transferirungen fortan bei allen Gerichten Anwendung finde. (§. 17.) 299.

zu §§. 209. ff. Tit. II. wegen Belegung der für den Depositalverkehr einbehaltenden Gelder bei der Bank und Theilnehmung der einzelnen Massen an dergl. Bankaktivis und den davon aufkommenden Zinsen. (§§. 18. und 19.) 299, 300, 304, 305.

die im §. 214. Tit. II. vorgeschriebenen monatlichen Designationen über die bei der Bank zu belegenden oder
von

Depositalordnung, (Fortf.)

von derselben etwa einzuziehenden Gelder fallen fort. (§. 18.) 299.

zu §§. 409—422. Tit. II., das Verfahren bei der Abnahme der Deposital-Rechnungen betr. (§. 20.) 300.

zu §§. 423. ff. Tit. II., bezgl. bei der Abnahme einer ordentlichen Kassensivitation am Schlusse des Kassensjahres und mindestens einer außerordentlichen Revision im Laufe des Kassensjahres. (§. 21.) 300.

Bestands-Anzeigen über die vorhandenen Massen und Fertigung vollständiger Deposital-Ertrags nur dann, wenn dazu besonderer Anlaß vorliegt. (§§. 22.) 301.

Alle, der obigen Verordnung entgegenstehenden Vorschriften werden aufgehoben, und tritt dieselbe mit dem 1. Aug. d. J. in Kraft, demgemäß auch die erforderlichen Verzeichnisse und Kontrollen anzulegen sind. (§. 23.) 301.

Deposital-Rechnungsabnahme, gerichtliche, Vorschriften für solche. (V. v. 18. Juli 49. §. 20.) 300.

Depositorien, (Judizial- und Pupillen-), deren Vereinigung bei den einzelnen Gerichten unter dem Namen: „Depositorium des Gerichts.“ (Verord. v. 18. Juli 49. §. 1.) 295. — eigene, der Appellationsgerichte, deren Auflösung. (V. v. 2. Janr. 49. §. 25.) 9. — kommt es in dem Ressort der letztern auf eine Depositalverwaltung an, so bedienen sie sich des Depositoriums des am Orte befindlichen Gerichts erster Instanz. (ebend. §. 25.) 9.

Deputationen der Kreisgerichte, s. leg.

Deserteure, gegen solche soll, anstatt der Vermögens-Konfiskation, auf Geldbuße von fünfzig bis Eintausend Thalern erkannt werden. (V. v. 4. Janr. 49.) 47. 48.

Deutsches Parlament, s. Parlament.

Diäten, s. Tagegelder.

Diebstähle, deren Untersuchung und Entscheidung in erster Instanz. (V. v. 3. Janr. 49. §. 38. Nr. 4. §§. 57. 59.) 21. 24. — bezgl. vor Schwurgerichten. (ebend. §§. 60. 112. 117—125.) 24. 34. 35. 36. — s. auch Erkenntnisse u. Rechtsmittel.

Dienstboten, s. Gesinde.

Dienste, (Hand- und Spann-), Ermittlung der Normalpreise für deren Ablösung. (Ges. v. 19. Novbr. 49. §. 4. A.) 444.

Dienst Einkommen, Anordnungen wegen theilweiser oder gänzlicher Innebehaltung desselben während der Amtsususpension eines Richters, Verwendung desselben und Gewährung eines zum nothdürftigen Unterhalte erforderlichen Betrages bei vorläufig ausgesprochener Dienstentlassung oder Amtsentsetzung. (Verord. v. 10. Juli 49. §§. 47. 50. 51.) 262. 263. — bezgl. bei Jahrgang 1849.

Dienst Einkommen, (Fortf.)

nicht richterlichen Beamten. (Verord. v. 11. Juli 49. §§. 53. 55—58.) 280. 281. — dessen Entziehung wegen unerlaubter Entfernung vom Amte im Wege des Disziplinarverfahrens. (Verord. v. 10. Juli 49. §§. 10. und 12.) 255. f. — (Verord. v. 11. Juli 49. §§. 11 u. 13.) 273. — bei Freisprechungen ist der innebehaltene Theil des Dienst Einkommens vollständig nachzuzahlen. (ebend. §. 52.) 263 — (§. 57.) 281. — volles, ist den auf Grund der Kündigung entlassenen Beamten in allen Fällen bis zum Ablaufe der Kündigung zu gewähren. (Verord. v. 11. Juli 49. §. 90.) 288. f. — s. auch Besoldungen, Wartegeld und Pensionirungen.

Dienstentlassung, deren Verhängung gegen Richter (richterliche Beamte) im Wege des Disziplinar-Strafverfahrens. (Verord. v. 10. Juli 49. §§. 2. 4. 11. 13. 14. 18.) 253. 254. 255. 256. 257. — bezgl. gegen nicht richterliche Beamte. (Verord. v. 11. Juli 49. §§. 3. 5. 12. 14. 15. 19. 20.) 271. 272. 273. 274. — dieselbe muß im Disziplinarstrafverfahren gegen Beamte insbesondere dann erfolgen, wenn solche die Pflicht der Treue verlegen, oder den Muth, den ihr Beruf erfordert, nicht betheiligen, oder wenn sie sich einer feindseligen Parteinahme gegen die Staatsregierung schuldig gemacht haben. (Verord. v. 11. Juli 49. §. 20.) 274. — die Strafe zieht den Verlust des Titels und Pensionsanspruchs von selbst nach sich; es wird darauf nicht besonders erkannt. (Verord. v. 10. Juli 49. §. 18. Nr. 4.) 257. — (Verord. v. 11. Juli 49. §. 19. Nr. 2.) 274. — wegen unerlaubter Entfernung vom Amte, im Wege des Disziplinarverfahrens. (Verord. v. 10. Juli 49. §§. 10—14.) 255. 256. — (Verord. v. 11. Juli 49. §§. 11—15.) 273. 274. — der auf Probe, auf Kündigung oder sonst auf Widerruf angestellten Beamten. (V. v. 11. Juli 49. §. 90.) 288 f. — der Referendarien oder Auskultatoren, in wie weit solche ohne weiteres Verfahren stattfinden kann. (§. 91.) 289. — der Supernumerarien nach den darauf bezüglichen besondern Bestimmungen. (§. 92.) 289. — über die Entlassung der bei den obersten Verwaltungsbehörden u. angestellten Kanzleidiener, Boten, Kastellane u. entscheidet im Disziplinarverfahren endgültig der betreffende Minister. (ebend. §. 93.) 289.

Dienstentsetzung (Kassation), siehe Amtsentsetzung.

Dienstleistungen, gewerbsweise auf öffentlichen Straßen und Plätzen, so wie in Wirthshäusern, in wie fern die polizeiliche Erlaubniß zu solchen zu versagen ist. (V. v. 9. Febr. 49. §. 68.) 108.

Dienstreisen, siehe Reise- und Umzugskosten, bezgl. Tagegelder.

Dienst-

Dienstunkosten, deren Fortfall bei Dienstverletzungen ist nicht als eine Verkürzung im Einkommen anzusehen. (B. v. 11. Juli 49. §. 94. Nr. 1.) 299.

Dienstvergehen der Richter, Bestimmungen über dieselben und deren Bestrafung. (B. v. 10. Juli 49.) 253—270. — der nicht richterlichen Beamten, desgl. (B. v. 11. Juli 49.) 271—292. — solche sind alle Verletzungen der Pflichten, welche dem Richter, wie jedem Beamten, durch sein Amt auferlegt worden. (B. v. 10. und 11. Juli 49. §§. 1. 2.) 253. 271. — zu diesen Pflichten gehört, daß der Beamte sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens würdig beweiße, die sein Beruf erfordert. (ebend.) 253. 271. — welche Verletzungen der Amtspflicht als bloße Dienstvergehen zu betrachten und nur im Disziplinarverfahren zu verfolgen und zu bestrafen sind. (B. v. 10. Juli 49. §. 4.) 254. — (B. v. 11. Juli 49. §. 5.) 272. — siehe auch Richter und Beamte.

Dienstverletzung, unfreiwillige, deren Ausspruch und Ausführung gegen richterliche Beamte. (B. v. 10. Juli 49. §§. 53—57.) 263. 264. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (B. v. 11. Juli 49. §§. 50. 94. Nr. 1.) 280. 289.

Dirschau, Stadt, siehe Eisenbahnen Nr. 1 und 2.

Dismembrationen von Grundstücken, s. Parzellierungen.

Disposition, auf die zu solcher gestellten Beamten finden die Vorschriften der Verord. v. 11. Juli 49., die nicht richterlichen Beamten betr., ebenfalls Anwendung. (§. 102. ders.) 291.

Distrikts-Kommissionen, deren Bildung für die Feststellung der bei Ablösungen der Reallasten anzunehmenden Normal-Preise und Normal-Markttorte. (G. v. 19. Novbr. 49. §§. 2. u. 3.) 413. 414. — Vorschriften für deren Verfahren. (ebend. §§. 4—6.) 414—416. — Gewährung von Tagegeltern und Reisekosten für die Mitglieder ders. aus der Staatskasse. (ebend. §. 5.) 416.

Disziplinargerichte, zuständige, solche sind:

das Ober-Tribunal in Ansehung seiner Mitglieder und der Präsidenten und Direktoren der Appellationsgerichte;

der Rheinische Revisions- und Kassationshof in Ansehung seiner Mitglieder, der Präsidenten des Rheinischen Appellationsgerichts- und des Direktors des Justizsenats zu Ehrenbreitstein;

die Appellationsgerichte, einschließlich des Appellationsgerichtshofes zu Köln und des Justizsenats zu Ehrenbreitstein, in Ansehung ihrer Mitglieder, mit Ausschluß der Präsidenten und Direktoren und in Ansehung aller übrigen Richter ihres Gerichtsprengels.

Disziplinargerichte, (Fortf.)

(B. v. 10. Juli 49. §. 21.) 257. f. — Erledigung der Disziplinarsachen bei solchen. (ebend. §§. 22—27.) 258. 259. — Entscheidung der Streitigkeiten über die Kompetenz der Appellationsgerichte. (§. 28.) 259. — Führung der Voruntersuchungen. (§§. 29—34.) 259. 260. — mündliche Verhandlung. (§§. 35—40.) 260. 261. — Berufung. (§§. 41—45.) 261. 262.

Disziplinarhof, in Berlin, als entscheidende Behörde erster Instanz in Disziplinar-Strafsachen gegen diejenigen nicht richterlichen Beamten, zu deren Anstellung eine von dem Könige oder von den Ministerien ausgehende Ernennung, Bestätigung oder Genehmigung erforderlich ist. (Verord. v. 11. Juli 49. §§. 26. 31. 32.) 276. 277. — Verfahren und Entscheidung desselben. (ebend. §§. 34—44.) 277—279. — Berufung an das Staatsministerium gegen dessen Entscheidungen. (§§. 45—51.) 279. 280.

Disziplinarsachen, gegen Beamte, bei solchen wird durch die Vorschriften der B. v. 3. Janr. 49. nichts geändert. (das. §. 181.) 46. — dieselben verbleiben den Appellationsgerichten in ihrem Ressort. (B. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 6. und §. 35.) 9. 11. — siehe auch Disziplinar-Strafverfahren, Richter und Beamte.

Disziplinarstrafen, gegen Beamte, dieselben bestehen in Ordnungsstrafen (Warnung, Verweis, Gelbbuße) und Entfernung aus dem Amte. (B. v. 10. Juli 49. §§. 18. u. 19.) 257. — (Verord. v. 11. Juli 49. §§. 17—20.) 274. — s. auch Ordnungsstrafen, Amtssuspension, Dienstentlassung etc.

Disziplinar-Strafverfahren, gegen Richter (richterliche Beamte), Vorschriften für dasselbe. (Verord. v. 10. Juli 49.) 253—270. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (B. v. 11. Juli 49.) 271—292. — welche Verletzungen der Amtspflicht als bloße Dienstvergehen zu betrachten, und nur im Disziplinarverfahren zu verfolgen und zu bestrafen sind. (B. v. 10. Juli 49. §. 4.) 254. — (B. v. 11. Juli 49. §. 5.) 272. — dasselbe wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Handlung, welche den Gegenstand der Anschuldigung bildet, ein gemeines Verbrechen oder Vergehen, eine Übertretung oder ein Amtsverbrechen darstellt, daß wegen derselben eine strafgerichtliche Verfolgung eingeleitet, eine Freisprechung erfolgt, oder eine solche Verurteilung ergangen ist, die weder auf den Verlust des Amtes lautet, noch denselben kraft des Gesetzes nach sich zieht. (B. v. 10. Juli 49. §. 7.) 254. 255. — (B. v. 11. Juli 49. §. 8.) 272. 273. — dasselbe darf jedoch wegen der nämlichen Thatfachen im Laufe der gerichtlichen Untersuchung nicht eingeleitet werden, wenn

Disziplinar=Strafverfahren, (Fortf.)

es nicht durch das Interesse des Dienstes dringend geboten wird. (B. v. 10. Juli 49. §. 8.) 255. — (B. v. 11. Juli 49. §. 9.) 273.

Disziplinar=Untersuchungen, gegen richterliche

Beamte, deren Einleitung, Führung und Entscheidung. (B. v. 10. Juli 49. §§. 20—45. 83.) 257—262. 269.

— desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (B. v. 11. Juli 49. §§. 24—51. 104.) 275—280. 292.

Disziplinarvergehen, in der Sitzung eines Gerichts

vorgefallen oder ermittelt, deren sofortige disziplinarische Ahndung. (B. v. 30. Juni 49. §. 40.) 235.

Dokumente, Vorschriften für deren Aufbewahrung

und Buchführung in gerichtlichen Depositorien und für die Herausgabe derselben aus letzteren. (B. v. 18. Juli 49. §§. 3—7.) 296. 297.

Dolmetscher, können in einer und derselben Sache

nicht auch zugleich Geschworene sein. (B. v. 3. Janr. 49. §. 95.) 31.

Drechsler, aller Art, Nachweis deren Befähigung zum

Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Drucker, (Buchdrucker), dessen Name und Wohnort muß

auf jeder Druckschrift genannt sein. (B. v. 30. Juni 49. §. 1.) 226. — Strafe für Zuwiderhandlung dagegen. (ebend. §. 10.) 228. — Verantwortlichkeit desselben für den Inhalt einer Druckschrift. (ebend. §. 12.) 228.

Druckschriften, auf solchen muß der Name und Wohn-

ort des Druckers und für deren Verbreitung außerdem der Name und Wohnort entweder des Verlegers oder des Kommissionärs, oder endlich des Verfassers oder Herausgebers, welche ein Werk im Selbstverlage erscheinen lassen, genannt sein. (B. v. 30. Juni 49. §. 1.) 226. — Strafen für Zuwiderhandlungen dagegen. (§. 10.) 228. — diejenigen, welche den vorstehenden Vorschriften nicht entsprechen, dürfen von Niemandem verbreitet werden. (ebend. §. 3.) 226. — Strafe für Übertretung dieser Vorschrift. (§. 10.) 228. — zu deren Ausruf, Verkauf, Vertheilung, Anheftung oder Anschlagung auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten ist die ortspolizeiliche Erlaubniß erforderlich, die immer mit sich geführt werden muß, auch jederzeit zurückgezogen werden kann. (ebend. §. 9.) 228. — Strafe für Übertretung dieser Vorschrift. (§. 11.) 228. — Verantwortlichkeit des Verfassers, des Herausgebers, des Verlegers oder Kommissionärs, des Druckers

Druckschriften, (Fortf.)

und des Verbreiters einer Druckschrift für deren Inhalt. (§. 12.) 228. — Verfolgung anderweitiger vorliegender Thatfachen, welche nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen eine wissenschaftliche Theilnahme an der durch die Druckschrift begangenen strafbaren Handlung begründen. (ebend. §. 12.) 228. — welche die Sittlichkeit verletzen, Strafe für deren Verkauf, Vertheilung oder sonstige Verbreitung, sowie für deren Ausstellung oder Anschlagung an öffentlichen Orten. (ebend. §. 24.) 231. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils in der durch letzteres zu bestimmenden Art und Weise, auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234. — zur Verbreitung bestimmte, deren vorläufige Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft und deren Organe, wenn sie den Vorschriften der §§. 1. u. 2. der obigen Verordnung nicht genügen, oder wenn ihr Inhalt sich als Thatbestand einer strafbaren Handlung darstellt. (ebend. §. 32.) 232. 233. — weitere Verfolgung ders. bei der zuständigen Gerichtsbehörde. (§§. 32. 33. u. 38.) 232. 233. 234. — wenn der Inhalt einer Druckschrift sich als Thatbestand einer strafbaren Handlung darstellt, so ist die Vernichtung aller vorfindlichen Exemplare und der dazu bestimmten Platten und Formen auszusprechen. (B. v. 30. Juni 49. §. 37.) 234. — ist die Druckschrift ihrem Inhalte nach eine erlaubte, so wird nur auf Vernichtung der geschilderten Stellen und desjenigen Theils der Platten und Formen erkannt, auf welchem sich diese Stellen befinden, (ebend. §. 37.) 234. — s. auch Zeitungen und Zeit-schriften.

G.

Gekunsteter, auf den Straßen, siehe Dienstleistungen.

Gefährliche, mittelst solcher sind abwesende und flüchtige Verbrecher auf den Antrag des Staatsanwalts vorzuladen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 25.) 18. — die §§. 577. 578. 580. 581. 585. u. 587. der Kriminal.=Ord. treten außer Kraft; wogegen es bei den Vorschriften der §§. 579. 582. 583. 584. u. 586. daselbst verbleibt. (ebend. §. 25.) 18.

**Gegen, in Prozessen über die civilrechtliche Trennung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit ders. ist die geistliche Gerichtsbarkeit aufgehoben und alle dergl. Rechtsangelegenheiten gehören vor die ordentlichen Gerichte. (B. v. 2. Janr. 49. §. 1.) 1. — die über deren Scheidung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit nach der Verord. v. 28. Juni 1844. (Ges. Samml. S. 184. ff.) zu behandeln-
c***

Ghen, (Fortf.)

delnden Prozesse gehen wieder auf die ordentlichen, persönlichen Gerichte über, unter Abänderung der §§. 1. 2. u. 56. und Aufhebung des §. 3. jener Verordnung, wonach in erster Instanz drei und in zweiter Instanz fünf Richter genügen sollen. (V. v. 2. Janr. 49. §. 12.) 4. — Wahrnehmung der Geschäfte des Staatsanwalts bei solchen Prozessen. (ebend. §. 12.) 4.

Ghesachen, in der königlichen Familie, rüchftlich derselben behält es bei der Hausverfassung sein Bewenden. (V. v. 2. Janr. 49. §. 11.) 4.

Ghrenbreitstein, siehe Justizsenat.

Ghrenkränkungen, siehe Injurien.

Ghrenrath, unter den Justizkommissarien, Advokaten und Notarien, die über dessen Bildung bestehende Verordnung v. 30. April 47. bleibt mit gewissen Modifikationen in Kraft. (V. v. 11. Juli 49. §. 75.) 285.

Ghrenrechte, die Untersuchung und Entscheidung über Verbrechen, welche den Verlust jener unbedingt zur Folge haben, erfolgen in erster Instanz mit Zuziehung eines Gerichtsschreibers durch Gerichtsabtheilungen, welche aus drei Mitgliedern bestehen. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 27. u. 38.) 19. 21. — die Kompetenz der Einzelrichter ist davon ausgeschlossen. (ebend. §§. 27. u. 38.) 19. 21. — siehe auch bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte.

Ghrenstrafen, Kompetenz der Einzelrichter, in erster Instanz auf solche neben den Strafen für Vergehen zu erkennen. (V. v. 3. Janr. 49. §. 27.) 19. — in welchen Fällen diese Kompetenz ausgeschlossen bleibt. (ebend. §. 27.) 19.

Gidesleistung, in der Beweisführung vor den Gewerbegerichten. (V. v. 9. Febr. 49. §§. 32—35.) 118—120. — bei der Aufnahme des Beweises durch den Eid ist von denselben wie bei der Abnahme der Zeugeneide zu verfahren. (ebend. §. 37.) 120. — Vorladung zur Ableistung eines angetragenen oder zurückgeschobenen Eides vor denselben. (ebend. §. 37.) 120. — Begründung des Restitutionsgesuchs wegen versäumter Ableistung eines rechtskräftig erkannten Eides durch das Erbieten des Ausgebliebenen zur Ableistung des Eides. (V. v. 9. Febr. 49. §. 53.) 123. — der Zeugen in dem Verfahren vor den Gewerbegerichten. (ebend. §§. 34. 35.) 119. — Zeugen oder Sachverständige eidlich zu vernehmen, oder Eide aufzuerlegen, ist der Vergleichsanschuss der Gewerbegerichte nicht befugt. (V. v. 9. Febr. 49. §. 20.) 116. — der Geschworenen in Untersuchungen wegen schwerer Verbrechen. (V. v. 3. Janr. 49. §. 97.) 31. — seitens der Mitglieder der während des erklärten Belagerungszu-

Gidesleistung, (Fortf.)

standes angeordneten Kriegsgerichte, sowie seitens des zu denselben als Gerichtsschreiber angezogenen Beamten der Civilverwaltung. (V. v. 10. Mai 49. §. 12.) 168. 169. — siehe auch Zeugen.

Gingangszoll, dessen Festsetzung für alle ungereinigte Soda vom 1. Mai 49. ab auf 1 Rthlr. für den Zentner. (A. E. v. 3. März 49.) 129.

Ginrückungsgebühren, (Insertionskosten), deren Entrichtung für die Aufnahme amtlicher Bekanntmachungen in Zeitungen und Zeitschriften. (V. v. 30. Juni 49. §. 6.) 227. — in wie weit solche für Entgegnungen zur Berichtigung der in dergleichen öffentlichen Blättern erwähnten Thatsachen von deren Herausgebern nicht gefordert werden können. (ebend. §. 7.) 227.

Ginzelrichter, (Bezirksrichter, Gerichtskommissarien), deren Bestellung in Verbindung mit Kreis- und Stadtgerichten. (V. v. 2. Janr. 49. §§. 18. 20. 21.) 6. 7. — sie erfolgt bei der ersten Abtheilung dieser Gerichte durch den Direktor für die von denselben zu verhandelnden und zu entscheidenden Bagatell-, Injurien- und Untersuchungsfachen. (ebend. §. 20.) 6. — nähere Bezeichnung der zur Kompetenz derselben gehörenden Gegenstände. (ebend. §. 22.) 7. 8. — Kompetenz derselben in Untersuchungen erster Instanz wegen Vergehen, unter Zuziehung eines Gerichtsschreibers. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 27. 37.) 18. 19. 20. 21. — auf solche findet die Gebührentaxe v. 23. Aug. 1815. für sämtliche Untergerichte Anwendung. (V. v. 2. Janr. 49. §. 29.) 10.

Eisenbahnen, (Eisenbahn = Anlagen, Eisenbahngesellschaften.)

I. Allgemeine Bestimmungen und Anordnungen rüchftlich derselben.

— An die Stelle des durch die A. R. D. v. 1. März 47. (Ges. Samml. 112.) angeordneten Gerichtsstandes ders. bei Entschädigungsansprüchen tritt der dingliche Gerichtsstand bei demjenigen ordentlichen Gerichte, in dessen Bezirk das expropriirte oder beschädigte Grundstück gelegen ist, wenn der Kläger nicht vorzieht, im persönlichen Gerichtsstande der Eisenbahngesellschaft zu klagen. (V. v. 2. Janr. 49. §. 9.) 3. — Vergütung der Reisekosten bei Militär-Dienst- und Versetzungseisen auf solchen. (Regulativ v. 28. Dezbr. 48. §. 1. Nr. 1—4.) 81. 82. — Bestrafung der Vergehen gegen die mit denselben in Verbindung stehenden Telegraphen-Anstalten. (V. v. 15. Juni 49.) 217—219. — (s. ferner Telegraphen-Anstalten.)

II. An-

Eisenbahnen, (Fortf.)**II. Anlegung und Fortführung einzelner Eisenbahnen.**

- 1) Ostbahn (nach Königsberg in Pr.), deren Ausführung für Rechnung des Staats, einschließlich des Baues der Brücken über die Weichsel undogat und der durch die Eisenbahn-Anlage bedingten Strom- und Deichregulirungen an diesen beiden Strömen, vorläufig von dem Kreuzungspunkte der Ostbahn mit der Stargard-Posener Eisenbahn ab, in der Richtung über Bromberg, Dirschau, Marienburg, Elbing, Braunsberg nach Königsberg. (G. v. 7. Dezbr. 49.) 437. — Beschaffung der Geldmittel zu solcher, event. durch eine nach dem Bedürfnis des fortschreitenden Baues allmählig zu realisirende verzinsliche und in angemessener Frist zu amortisirende Staatsanleihe. (ebend. S. 2.) 437. — Einsetzung einer besondern Behörde zur Fortsetzung des Baues derselben, sowie demnächst zur Verwaltung des Unternehmens und zur Leitung des Betriebes auf der Bahn, unter dem Namen: „Königliche Direktion der Ostbahn“. (A. E. v. 5. Novbr. 49.) 404. — Letztere soll von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten unmittelbar ressortiren. (ebend.) 404.
- 2) Zweigbahn von Dirschau nach Danzig, unverweilte Vorschreitung mit den Erdarbeiten für dieselbe, soweit als es zur Beschäftigung erwerbloser Arbeiter nothwendig wird. (A. E. v. 4. Mai 49.) 174. — Anwendung des Rechts der Expropriation auf dieselbe; sowie des Rechts zur vorübergehenden Benutzung fremder Grundstücke nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmen v. 3. Novbr. 1838. (ebend.) 174. — weitere Ausführung ders. für Rechnung des Staats u. Beschaffung der dazu erforderlichen Geldmittel. (G. v. 7. Dezbr. 49. S. 1. Nr. 1. u. S. 2.) 437.
- 3) Berlin-Potsdam-Magdeburger, einige Abänderungen des unterm 17. Aug. 1845 für dieselbe Allerhöchst bestätigten Gesellschaftstatuts, und zwar in §§. 15. 24. 27. 32. 45. 46. 47. 52. u. 56. (Bestät.-Urk. v. 28. Aug. 49.) 353—355. — die Vorschrift des §. 54 gedachten Statuts soll ganz fortfallen. (ebend.) 355. — Aufnahme einer fernern Anleihe von 1,000,000 Thalern zur Beschaffung der zur Tilgung bringender Schulden, zur Ausführung einiger noch rückständiger, konzessionsmäßiger Bauten und zur möglichsten Vollendung des zweiten Geleises nöthigen Geldmittel, gegen Ausstellung und Emission auf den Inhaber lautender und mit Zinscoupons verse-

Eisenbahnen, (Fortf.)

- hener Prioritäts-Obligationen, mit der Bezeichnung Lit. D. (Allerh. Privilegium v. 27. Juni 49.) 243—248. — jährliche Verzinsung derselb. mit fünf Prozent. (ebend. S. 2.) 243. — allmähliche Tilgung derselb. aus dem dafür bestimmten Fonds durch jährliche Ausloosung. (§§. 5. u. 9.) 244. 246. — in welchen Fällen die Inhaber der obigen Obligationen berechtigt sind, deren Nennwerth von der Eisenbahngesellschaft zurück zu fordern. (S. 8.) 245. — die Verwendung dieser neuen Anleihe erfolgt nach einem, vom Handelsminister vorzuschreibenden und in der Ausführung durch seine Anordnungen zu sichernden Plane. (§. 12.) 247.
- 4) Niederschlesisch-Märkische, Abänderung der §§. 11. 28. 36. (Nr. 1.) 37. 38. 42. 44. 47. 51. 53. 62. 68. und 71. des Allerhöchst unterm 27. Novbr. 1843 bestätigten Gesellschafts-Statuts für dieselbe, durch die in dem vierten Nachtrage zu letzterm zusammen gestellten Bestimmungen. (Allerh. Bestät.-Urkunde v. 23. Febr. 49. nebst Nachtrag.) 135—138.
 - 5) Westphälische, von der Kurhessischen Grenze bei Haubeda ab, über Warburg, Paderborn, Lippstadt, Soest nach Hamm, deren Ausführung für Rechnung des Staats. (G. v. 7. Dezbr. 49. S. 1. Nr. 2.) 437. — Beschaffung der dazu erforderlichen Geldmittel. (ebend. S. 2.) 437. — Errichtung einer Königlichen Kommission für dieselbe, welcher in Angelegenheiten der ihr übertragenen Geschäfte alle Befugnisse einer öffentlichen Behörde zustehen sollen. (A. E. v. 2. Febr. 49.) 127. — dieselbe ressortirt unmittelbar von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. (ebend.) 127. — sie soll fortan den Namen: „Königliche Direktion der Westphälischen Eisenbahn“ führen. (A. E. v. 5. Novbr. 49.) 404. — vorläufige Ausführung der Bahnstrecke von Lippstadt über Soest nach Hamm durch dieselbe, behufs der nützlichen Beschäftigung der arbeitenden Volksklassen. (A. E. v. 2. Febr. 49.) 127. — Verleihung des Expropriationsrechts für dieselbe, sowie des Rechts zur vorübergehenden Benutzung fremder Grundstücke nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§. 8—19 des Gesetzes v. 3. Novbr. 38. (ebend.) 127.
 - 6) Köln-Mindener, Aufnahme einer fernern Anleihe von 3,500,000 Rthlr. behufs der Vervollständigung der Bauten und Anlagen, sowie zur Vermehrung der Betriebsmittel für dieselbe, gegen Ausstellung und Emission auf den Inhaber lautender

und

Eisenbahnen, (Fortf.)

und mit Zinscheinen versehener Prioritätsobligationen. (Allerh. Privil. v. 30. März 49.) 147—157. — jährliche Verzinsung ders. mit fünf Prozent. (ebend. §. 2.) 148. — allmälige Tilgung derselben aus dem dafür bestimmten Fonds durch jährl. Ausloosung. (ebend. §. 3.) 148. 154—157. — in welchen Fällen die Inhaber der obigen Obligationen berechtigt sind, die Kapitalbeträge nebst Zinsen von der Eisenbahngesellschaft zurückzufordern. (ebend. §. 5.) 149. — der letztern bleibt das Recht vorbehalten, mit Genehmigung des Staats eine fernere Anleihe zum Betrage von 2 Millionen Thalern unter gleichen Amortisations-Bedingungen und zu gleicher Priorität mit den nach dem gegenwärtigen Privilegium zu emittirenden Obligationen zu machen. (ebend. §. 4.) 148. 149. — eine weitere Vermehrung des Gesellschaftskapitals darf hiernächst nur dann erfolgen, wenn den früheren Prioritätsobligationen nebst Zinsen das Vorzugsrecht ausdrücklich eingeräumt und sicher gestellt ist. (ebend. §. 4.) 149.

7) Cöln-Minden-Thüringer Verbindungsbahn, deren Erwerbung für den Staat, nach Maßgabe des unterm 23. Dezbr. 1848. mit den Bevollmächtigten der Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages, behufs der Ausführung der Westphälischen Eisenbahn. (G. v. 7. Dezbr. 49. §. 1. Nr. 2.) 437. — s. auch Eisenbahnen Nr. 5.

8) Bergisch-Märkische, Aufnahme einer ferneren Anleihe von 300,000 Rthlr. zur Deckung der für Bauarbeiten und Betriebsmittel durch unvorhergesehene Fälle erhöhten Ausgaben, gegen Ausstellung und Emission auf den Inhaber lautender Prioritäts-Obligationen zu gleichem Betrage. (Privil. v. 28. Juli 49.) 339—345. — jährliche Verzinsung derselben mit 5 Prozent auf die den Obligationen beizufügenden Zinskoupons. (ebend. §. 3.) 340. 345. — allmälige Tilgung derselben aus dem dafür bestimmten Fonds durch jährliche Ausloosung. (SS. 4. 8—11.) 340. 341. 342. — in welchen Fällen die Inhaber der obigen Obligationen berechtigt sind, deren Nennwerth von der Eisenbahngesellschaft zurückzufordern. (§. 7.) 341.

9) Saarbrücker, Vollendung derselben für Rechnung des Staats. (G. v. 7. Dezbr. 49. §. 1. Nr. 3.) 437. — Beschaffung der dazu erforderlichen Geldmittel. (ebend. §. 2.) 437.

Elberfeld, Stadt, vierzehntägige Verlängerung der Zahlungszeit der in ders. v. 10. bis 25. Mai 49. zahl-

Elberfeld, Stadt, (Fortf.)

baren Wechsel und anderer Handelspapiere. (B. v. 17. Mai 49.) 175. — dieser Verordnung haben beide Kammern ihre Genehmigung ertheilt. (Staatsminist.-Bekanntmach. v. 6. Oktbr. 49.) 378.

Elbing, Stadt, siehe Eisenbahnen Nr. 1.

Engelau, Ort, siehe Chausseebau Nr. 18.

Entgegnungen, behufs der Berichtigung der in Zeitungen und Zeitschriften erwähnten Thatfachen, zu welcher sich die theilhaftige öffentliche Behörde oder die angegriffene Privatperson veranlaßt findet, Verpflichtung der Herausgeber jener Blätter zur resp. unentgeltlichen Aufnahme in dies. (B. v. 30. Juni 49. §. 7.) 227. — Strafe für Verweigerung der letztern. (ebend. §. 10.) 228.

Erbfolge, bäuerliche, in der Provinz Westphalen, der über solche unter dem 18. Dezbr. 1848 erlassenen Verordnung haben beide Kammern ihre Genehmigung ertheilt. (Staatsminist.-Bekanntmach. v. 13. Novbr. 49.) 406.

Ergänzungsrichter, siehe Richter.

Erkenntnisse (Urteil), Form für deren Ausfertigung. (B. v. 2. Janr. 49. §. 33.) 11. — in der Überschrift führen sie die Worte: „Im Namen des Königs“. (ebend. §. 33.) 11. — deren Verkündung ist ohne Beschränkung öffentlich. (ebend. §. 32.) 11. — Abfassung ders. in Untersuchungen bei den Gerichten durch Stimmenmehrheit. (B. v. 3. Janr. 49. §. 26.) 18. — eine Bestätigung ders. durch den Justizminister findet nicht ferner statt. (ebend. §. 26.) 18. — deren Fällung nach freier Überzeugung des Richters, ob der Angeklagte schuldig oder nicht schuldig sei. (B. v. 3. Janr. 49. §. 22.) 18. — auf vorläufige Lossprechung (Freisprechung von der Instanz) soll nicht mehr erkannt werden. (ebend. §. 22.) 18. — der für schuldig Erklärte ist zur vollen gesetzlichen Strafe zu verurtheilen. (ebend. §. 23.) 18. — deren Fällung und Verkündung im Disziplinar-Strafverfahren gegen richterliche Beamte. (B. v. 10. Juli 49. §. 38.) 261. — desgl. der Entscheidungen gegen nicht richterliche Beamte. (B. v. 11. Juli 49. §. 42.) 278. — deren Abfassung und Publikation in Untersuchungen wegen Vergehen und Verbrechen. (B. v. 3. Janr. 49. SS. 27. 30. 34—37. 57—59.) 19. 20. 24. — deren Aufnahme in die Protokolle. (ebend. SS. 37. u. 99.) 20. 31. 32. — Fällung ders. in Untersuchungen vor Schwurgerichten wegen schwerer Verbrechen, sowie wegen politischer und Presseverbrechen (ebend. SS. 117—125.) 35. 36. — ist die That, daran der Angeklagte für schuldig erklärt worden ist, durch ein Straf-

gesetz

Erkenntnisse, (Fortf.)

gesetz nicht vorgesehen, so spricht der Gerichtshof den Angeklagten frei. (ebend. §. 125.) 36. — wegen einer öffentlich begangenen Handlung, welche durch die §§. 18—24. oder durch §. 29. der Verord. v. 30. Juni 49. vorgesehen ist, deren öffentliche Bekanntmachung kann in der im Erkenntnisse zu bestimmenden Art und Weise auf Kosten des Verurtheilten angeordnet werden. (B. v. 30. Juni 49. §. 36.) 234. — deren Abfassung, Ausfertigung und Bekanntmachung in Streitigkeiten vor den Gewerbegerichten. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 32. 38. 43. 44. 47.) 118. 120. 121. 122. — Zulässigkeit von Rechtsmitteln gegen dieselben (ebend. §§. 51—54.) 123. — Vollstreckung ders. (S. 55.) 123. 124. — rechtskräftige, über die Bestrafung verbotwidriger Lohnberechnungen zwischen Fabrikhabern und denjenigen, welche mit Ganz- oder Halb-Fabrikaten Handel treiben, einerseits, und ihren Arbeitern andererseits, öffentliche Bekanntmachung der Verurtheilung durch solche auf Kosten des Verurtheilten. (B. v. 9. Febr. 49. §. 75.) 110. — s. auch Rechtsmittel, Appellation, Nichtigkeitsbeschwerde, Restitution etc.

Ermsleben, Ort, siehe Chausseebau Nr. 14.

Erpressung, an einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke, deren kriegsgerichtliche Untersuchung und Bestrafung. (B. v. 10. Mai 49. §. 10.) 168.

Erstschießen, durch welches wird die während des Belagerungszustandes kriegsrechtlich erkannte und bestätigte Todesstrafe vollstreckt. (B. v. 10. Mai 49. §. 13. Nr. 8.) 170.

Eschenrode, Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 20.

Stats, neue, sollen die Gerichtsbehörden erhalten, bis wohin die vorhandenen Fonds zur Besoldung der erforderlichen Beamten nach der Bestimmung des Justizministers verwendet werden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 39.) 13.

Evangelische Kirchensachen, siehe leg.

Ezekution, im Verwaltungswege, durch welche erfolgt nöthigenfalls die Einziehung der Beiträge der Gewerbetreibenden zu den Kosten für die laufende Geschäftsführung des Gewerberaths. (B. v. 9. Febr. 49. §. 21.) 98. — desgl. der Beiträge derselben zu den Kosten der laufenden Geschäftsverwaltung der Gewerbegerichte. (B. v. 9. Febr. 49. §. 16.) 115. — auf Grund eines vor dem Vergleichsausschusse des Gewerbegerichts oder einer Innung abgeschlossenen Vergleichs kann die Vollstreckung der Ezekution erfolgen. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 21. 25.) 116. 117. — desgl. bei Aufbringung der Beiträge der Gesellen, Gehülfen

Ezekution, (Fortf.)

und Fabrikarbeiter zu den für dieselben bestehenden Unterstützungskassen und ähnlichen Einrichtungen. (ebend. §. 59.) 106.

Eximirter Gerichtsstand, dessen Aufhebung. (B. v. 2. Jan. 49. §§. 9—17.) 3—5. — Abgabe der Rechtsangelegenheiten der Eximirten von den Appellationsgerichten an die ordentlichen Gerichte. (ebend. §. 25.) 9. — siehe ferner Gerichtsstand.

Expropriation, von Grundstücken, Gerichtsstand der Eisenbahngesellschaften bei Entschädigungsansprüchen an dieselben hinsichtlich jener. (B. v. 2. Janr. 49. §. 9.) 3. — Verleihung des Rechts zu derselben bei Eisenbahn- und Chausseebauten, siehe Eisenbahnen und Chausseebau.

F.

Fabrikarbeiter, und denselben gleichstehende Personen, allgemeine Bestimmungen über deren Verhältnisse. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 49—55.) 104. 105. — als solche sind nicht bloß diejenigen anzusehen, welche in der Betriebsstätte beschäftigt werden, sondern auch diejenigen, welche außerhalb der Betriebsstätte mit eigenen oder fremden Werkzeugen, mit oder ohne Verwendung von Zuthaten, die ihnen von Fabrikhabern, Faktoren, Ausgebern oder Verlegern gegebenen Rohstoffe oder Halbfabrikate zur Herstellung von Waaren für das Geschäft derselben gegen Bezahlung verarbeiten. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 111. — die Befolgung der Vorschriften über deren Annahme und Behandlung hat der Gewerberath zu überwachen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 93. 94. — die tägliche Arbeitszeit derselben ist vom Gewerberathe für die einzelnen Fabrikzweige, nach Anhörung der Betheiligten, festzusetzen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 49.) 104. — deren Lohnzahlung soll in baarem Gelde erfolgen, daher ihnen in Stelle desselben keine Waaren kreditirt werden dürfen. (§§. 50—55.) 104. 105. — Strafbestimmungen für die Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §§. 74. 75.) 109. 110. — Verwendung der deshalb erkannten Geldbußen. (ebend. §. 75.) 110. — die Bestrafung wegen deren Ablohnung durch Waaren schließt von der Theilnahme an der Wahl der Mitglieder eines Gewerberaths und deren Stellvertreter aus. (B. v. 9. Febr. 49. §. 7. Nr. 3.) 94. 95. — dagegen können denselben Wohnung, Feuerungsbedarf, Landnutzung, regelmäßige Beköstigung, Arzneien und ärztliche Hülfen, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den von ihnen anzufertigenden Fabrikaten, unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabreicht werden. (S. 50.)

Fabrikarbeiter, (Forts.)

50.) 104. — Erledigung der Streitigkeiten zwischen dens. und den Fabrikinhabern, Faktoren, Ausgebern und Verlegern, über Arbeits- und Lohnverhältnisse, durch die Gewerbegerichte im Wege der gütlichen Vermittelung oder durch Erkenntniß. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 111. — Errichtung von Hilfs- und Unterstützungskassen für dieselben und Aufbringung der Beiträge zu solchen. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 58. 59.) 106.

Fabrikate, deren Erzeugung zu den Nebenbeschäftigungen der Landleute der Gegend gehört, oder durch Tagelöhner bewirkt wird, auf solche finden die Bestimmungen des §. 23. der Verord. v. 9. Febr. 49. wegen Nachweises der Befähigung zum selbstständigen, handwerksmäßigen Gewerbebetriebe, keine Anwendung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 30.) 100. — die durch örtliche Verhältnisse bedingten näheren Festsetzungen hierüber bleiben der Regierung, nach Anhörung des Gewerberaths und der Kommunalbehörde, vorbehalten. (ebend. §. 30.) 100.

Fabrikbetrieb, die allgemeinen Interessen desselben hat der Gewerberath in seinem Bezirke wahrzunehmen und die zur Förderung desselben geeigneten Einrichtungen zu berathen und anzuregen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 93. — auch ist derselbe mit seinen Ansichten und Vorschlägen in allen Angelegenheiten zu hören, bei denen es sich um Anordnungen handelt, welche in die Verhältnisse des Fabrikbetriebes eingreifen. (ebend. §. 2.) 93. f.

Fabriken, (Fabrikanstalten), auf den Betrieb von solchen finden die Bestimmungen des §. 23. der Verord. v. 9. Febr. 49. wegen Nachweises der Befähigung zum selbstständigen Gewerbebetriebe, keine Anwendung. (dasselbst §. 30.) 100. — der Militärverwaltung, zur Beschaffung militärischer Bedürfnisse bestimmt, die Verhältnisse derselben bleiben der besondern Regelung vorbehalten, daher die Bestimmungen der Verord. v. 9. Febr. 49. über Handwerks-, Innungs- und Fabrikverhältnisse, auf solche keine Anwendung finden. (§. 76. der gedachten Verord.) 110.

Fabrikenstand, Wahl der Mitglieder des Gewerberaths und deren Stellvertreter zum dritten Theile aus dems. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 3 — 14. 49.) 94 — 98. — desgl. der Mitglieder der Gewerbegerichte. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 4. u. 5.) 111. 112.

Fabrikgehülfen, Erledigung deren Streitigkeiten mit ihren Fabrikinhabern über Arbeits- und Lohnverhältnisse, durch die Gewerbegerichte im Wege der gütlichen Vermittelung oder nöthigenfalls durch Erkenntniß. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 111.

Fabrikinhaber, in wie fern denselben die Beschäftigung von Handwerksgesellen nur gestattet ist. (B. v. 9. Febr. 49. §. 31.) 100. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109. — diejenigen, welche ein den Bestimmungen der §§. 23. und 26. der Verord. v. 9. Febr. 49. unterliegendes Gewerbe betreiben, ohne die Befähigung zum handwerksmäßigen Betriebe desselben nachgewiesen zu haben, dürfen außerhalb ihrer Fabrikstätten keine Gesellen oder Gehülfen beschäftigen. (dasselbst §. 32.) 100. — die Lohnzahlung ihrer Arbeiter soll in baarem Gelde erfolgen, nicht in Kreditirung von Waaren. (ebend. §§. 50 — 55.) 104. 105. — Strafbestimmungen für die Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §§. 74. 75.) 109. 110. — Verwendung der deshalb erkannten Geldbußen. (§. 75.) 110. — welche wegen Ablohnung der Fabrikarbeiter mit Waaren bestraft worden sind, können an den Wahlen für die Gewerbegerichte nicht theilnehmen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 6. Nr. 5.) 112. — Erledigung deren Streitigkeiten mit den von ihnen beschäftigten Werkführern und Fabrikarbeitern, sowie mit ihren Fabriklehrlingen und Fabrikgehülfen über Arbeits-, Lohn- und Lehrverhältnisse durch die Gewerbegerichte im Wege der gütlichen Vermittelung oder nöthigenfalls durch Erkenntniß. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 111. — siehe auch Fabrikarbeiter.

Fabriklehrlinge, Erledigung deren Streitigkeiten mit ihren Fabrikinhabern über Arbeits- und Lehrverhältnisse durch die Gewerbegerichte im Wege der gütlichen Vermittelung oder nöthigenfalls durch Erkenntniß. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 111.

Fahnen, zur Erregung von Aufruhr oder zur Störung des öffentlichen Friedens, Strafbestimmung für diejenigen, welche solche an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Zusammenkünften ausstellen, verkaufen oder sonst verbreiten. (B. v. 30. Juni 49. §. 15. Nr. 1.) 229.

Familien-Fideikommiß-Sachen (Familien-Stiftungs-Sachen) dieselben verbleiben den Appellationsgerichten, so lange über solche von der Gesetzgebung nicht anderweit bestimmt worden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 4. u. §. 35.) 9. 11.

Familieneschlüsse, in der königlichen Familie, rücksichtlich derselben behält es bei der Hausverfassung sein Bewenden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 11.) 4.

Färber, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Feilenhauer, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Feldjägerkorps, auf dasselbe finden die Bestimmungen des Allerh. Erlasses vom 28. Dezbr. 48. wegen Bewilligung von Tagegeldern bei Militärdienst- und Versezungsreisen keine Anwendung. (das. §. 9.) 87.

Feldsteine, von benachbarten Grundstücken zum Chaufseebau, siehe leg.

Festtage, zum Arbeiten an solchen sind Gesellen, Gehülften, Lehrlinge und Fabrikarbeiter nicht verpflichtet, vorbehaltlich der anderweitigen Vereinbarung in Dringlichkeitsfällen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 49.) 104.

Festungen, Besetzung der Kriegsgerichte in denselben während des erklärten Belagerungszustandes. (B. v. 10. Mai 49. §. 11.) 168. — s. auch Festungskommandanten.

Festungsarbeit, die Verurtheilung zu solcher zieht den Verlust des Amtes oder der Pension von selbst nach sich, ohne daß darauf besonders erkannt wird. (B. v. 10. Juli 49. §. 9.) 255. — (B. v. 11. Juli 49. §. 10.) 273.

Festungsbauhöfe, die Verhältnisse derselben bleiben der besondern Regelung vorbehalten, daher die Bestimmungen der Verord. v. 9. Febr. 49. über Handwerks- und Innungsverhältnisse auf solche keine Anwendung finden. (§. 76. der gedachten Verord.) 110.

Festungs-Kommandanten, dieselben sind beauftragt, für den Fall eines Krieges, die ihnen anvertrauten Festungen mit ihren Rayonbezirken in den Belagerungszustand zu erklären. (B. v. 10. Mai 49. §. 1.) 165. — auch provisorisch, sowohl in Kriegs- als in Friedenszeiten für den Fall eines Aufruhrs. (ebend. §. 2.) 166. — Ausübung der höhern Militärgerichtsbarkeit seitens ders. über sämtliche zur Besatzung gehörenden Militärpersonen während des erklärten Belagerungszustandes. (ebend. §. 7.) 167.

Fideikommissachen, dieselben verbleiben den Appellationsgerichten, so lange über solche von der Gesetzgebung nicht anderweit bestimmt worden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 4. u. §. 35.) 9. 11.

Finanzministerium, (Finanzminister), dasselbe bestimmt mit dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten den Zinsfuß für die späteren Emissionen der von der Reichsbankgesellschaft zur Melioration des Nieder-Oderbruchs ausgestellten, auf jeden Inhaber lautenden Obligationen über eine Anleihe von 1,300,000

Finanzministerium, (Finanzminister), (Forst.)

Rithr. (Allerh. Privil. v. 5. Novbr. 49.) 408. — Ermächtigung desselben zur eventuellen Aufnahme einer Staatsanleihe von höchstens einundzwanzig Millionen Thalern für den etwa nicht zu deckenden Mehrbedarf behufs Ausführung des Baues der Ostbahn, der Westphälischen und der Saarbrücker Eisenbahn. (B. v. 7. Dezbr. 49. §. 2.) 437. 438.

Fischereifrevel, an den Landesgrenzen mit fremden Staaten, s. Forstfrevel.

Fiskalischer Untersuchungsprozeß, derselbe findet ferner nicht statt. (B. v. 3. Janr. 49. §. 182.) 46. — s. auch Untersuchungen.

Fiskus, dessen privilegiirter Gerichtsstand wird, soweit er bisher noch stattgefunden hat, allgemein aufgehoben. (B. v. 2. Janr. 49. §. 9.) 3. — alle Zahlungen und Abgaben, welche bisher bei der Aufnahme neuer Mitglieder in eine Innung und bei der Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge an denselben zu entrichten waren, sind aufgehoben, wogegen die dafür zu gewährenden Gegenleistungen wegfallen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 63.) 107.

Fleischer, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Flüchtige Verbrecher, s. leg.

Forderungen aus den Verhältnissen zwischen Fabrikinhabern und deren Arbeitern, s. Fabrikarbeiter und Lohnzahlungen. — aus den Kriegsjahren von 1806—7 und 1812—15. — s. Kriegslieferungen.

Formen, zu unerlaubten Druckschriften, deren Vernichtung. (B. v. 30. Juni 49. §. 37.) 234.

Forstfrevel (Jagd- und Fischereifrevel), Vertrag wegen deren Verhütung und Bestrafung an den gegenseitigen Landesgrenzen, mit dem Großherzogthum Luxemburg. (v. 9. Febr. 49.) 131—135.

Forstrügesachen, dies. gehören zur Kompetenz der Einzelrichter. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 3.) 8.

Frankenstein, Ort, s. Chausseebau Nr. 10.

Frankfurt, a. d. Od., Stadt, s. Messe.

Frauenzimmer (weibliche Personen), deren Beschäftigung bei Handwerksmeistern im Gewerbebetriebe der Leptern unterliegt keiner Beschränkung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 47.) 103.

Freieigemplare, zwei, Verpflichtung der Verleger von Druckschriften zur Einsendung derselben von jedem ihrer Verlagsartikel, und zwar eines an die Landesbibliothek zu Berlin, das andere an die Universitätsbibliothek der betreffenden Provinz. (B. v. 30. Juni 49. §. 4.) 226.

Freigesprochene, von der Anklage wegen schwerer Vergehen, so wie wegen politischer oder Preßverbrechen, deren sofortige Freilassung, wenn dieselben nicht durch Urkunden oder Zeugenaussagen eines andern Verbrechens oder Vergehens beschuldigt sind. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 118. 119.) 35. 36. — auch Freigesprochene vor den Kriegsgerichten werden sofort der Haft entlassen. (B. v. 10. Mai 49. §. 13. Nr. 4.) 169. — f. auch Freisprechung und Freilassung.

Freiheitsstrafe, eine vorläufige Abführung des zu einer solchen Verurtheilten nach der Strafanstalt ist, selbst mit dessen Einwilligung, nicht ferner zulässig. (B. v. 3. Janr. 49. Nr. 159.) 42. — von einjähriger oder längerer Dauer, die Verurtheilung zu solcher zieht den Verlust des Amtes oder der Pension von selbst nach sich, ohne daß darauf besonders erkannt wird. (B. v. 10. Juli 49. §. 9.) 255. — (B. v. 11. Juli, §. 10.) 273. — bis zu sechs Wochen, Vergehen, welche in den Gesetzen mit solcher bedroht sind, deren Untersuchung und Entscheidung in erster Instanz erfolgt durch kommissarisch dazu bestellte Einzelrichter, mit Zuziehung eines Gerichtsschreibers. (B. v. 3. Janr. 49. §. 27.) 18. 19.

Freilassung der Angeklagten, über solche steht dem Gerichte während des ganzen Laufs der Untersuchung die Beschlußnahme zu. (B. v. 3. Janr. 49. §. 13.) 16. — Beschwerden über letztere gehören vor das zuständige Appellationsgericht, bei dessen Entscheidung es bewendet. (ebend. §. 13.) 16. — dieselbe darf durch Einlegung eines Rechtsmittels von Seiten des Staatsanwalts niemals verzögert werden, wenn das Urtheil eine Freiheitsstrafe gegen den Angeklagten nicht verhängt hat. (ebend. §. 157.) 42. — f. auch Freisprechung und Freigesprochene.

Freisprechung, gerichtliche, gegen Richter und nicht richterliche Beamte, wegen beschuldigter Verbrechen und Vergehen, durch solche wird das Disziplinarverfahren gegen dieselben nicht ausgeschlossen. (B. v. 10. Juli 49. §. 7.) 254. f. — (B. v. 11. Juli 49. §. 8.) 272. f. — im Disziplinar-Strafverfahren, nach solcher muß der während der Amtsusension innebehaltene Theil des Dienstinkommens vollständig nachgezahlt werden. (B. v. 10. Juli 49. §. 52.) 263. — (B. v. 11. Juli 47. §. 57.) 281. — von der Instanz (vorläufige Losprechung), auf solche soll in Untersuchungen nicht mehr erkannt werden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 22.) 18. — f. auch Freigesprochene.

Friedensrichter, als Beamte der gerichtlichen Polizei, im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln, deren Bestrafung für Dienstvergehen. (B. v. 10. Juli 49. §. 81.) 269.

Friedenszeit, Erklärung des Belagerungszustandes auch während derselben für den Fall eines Aufruhrs, Suspension einiger Artikel der Verfassungs-Urkunde v. 5. Dezbr. 48. und Errichtung von Kriegsgerichten. (B. v. 10. Mai 49.) 165—171. — f. auch Belagerungszustand.

Fristen, in Untersuchungsachen, bei deren Versäumniß trägt der Säumige die dadurch verursachten Kosten. (B. v. 3. Janr. 49. §. 179.) 46.

Fuhrkosten, f. Reisekosten.

G.

Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft zu Breslau, deren Bildung ist mittelst allerhöchsten Erlasses vom 5. Novbr. 49. genehmigt und deren Gesellschaftsstatut v. 9. Juli 49. bestätigt. (Minist.-Bekanntmachung v. 13. Novbr. 49.) 405. — das Statut nebst der allerhöchsten Bestätigungs-Urkunde gelangt durch das Amtsblatt der Regierung in Breslau zur öffentlichen Kenntniß. (ebend.) 405.

Gebühren (Sporteln), deren Liquidation und Einziehung für Rechnung der Staatskasse bei Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit. (B. v. 2. Janr. 49. §. 2.) 1. — für solche ist bei dem gerichtlichen Verfahren vor dem Gewerbegerichte zur Kasse des letztern ein Pauschquantum von 15 Sgr. bis zu 5 Rthlr. zu erheben. (B. v. 9. Febr. 49. §. 57.) 124. — bei dem Verfahren vor dem Vergleichsausschusse aber nur ein Pauschquantum von 5 bis zu 15 Sgr. (ebend. §. 56.) 124. — bei den Gewerbegerichten eingehend, deren Verwendung zu den Kosten der laufenden Geschäftsführung ders. (B. v. 9. Febr. 49. §. 16.) 115. — f. auch Gebührentaxen, Innungsgebühren, desgl. Kosten.

Gebührenfreiheit, für die ritterschaftliche Privatbank von Pommern, in ihren Prozessen als Institut. (Statuten ders. v. 24. Aug. 49. §. 42.) 370. — für die von der Schlesiischen Landschaft pro informatione extrahierten Hypothekenscheine behufs Bewilligung eines neuen landschaftlichen Pfandbriefdarlehns. (M. E. v. 11. Mai 49.) 182 f.

Gebührentaxen, gerichtliche, bestehende, dieselben sollen einer Revision unterworfen werden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 29.) 10. — bis dahin werden in Civilprozessen die Gebühren nach der Gebührentaxe vom 9. Oktober 1833. und vom 26. Juli 1847. angesetzt. (ebend. §. 29.) 10. — Anwendung derjenigen vom 23. August 1815. resp. bei den Appellationsgerichten, den Kreis- und Stadtgerichten und den Einzelrichtern. (ebend. §. 29.)

Gebührentaxen, (Fortf.)

10. — deren Bestimmung in Injurienfällen, welche im Civilprozeß verhandelt sind. (ebend. §. 29.) 10. — Erstattung der in Prozessen für den Anwalt aufgewendeten Ausgaben von dem zu den Prozeßkosten verurtheilten Gegner. (ebend. §. 29.) 10.

Gefangene, kriegsrechtliche Bestrafung deren Befreiung während des Belagerungszustandes. (B. v. 10. Mai 49. §§. 9 u. 10.) 167. 168.

Gefängnisse der aufgehobenen Privatgerichte, deren Benutzung seitens des Staats für die neuen Gerichte. (B. v. 2. Janr. 49. §. 3.) 2.

Gehälter, s. Besoldungen und Dienst Einkommen.

Gehülfen (Handwerksgehülfen), allgemeine Bestimmungen über deren Verhältnisse (B. v. 9. Febr. 49. §§. 46. bis 49. 51.) 103. 104. — Feststellung der in Ortsstatuten aufzunehmenden Anordnungen über deren Verhältnisse. (ebend. §. 46.) 103. — die Befolgung der Vorschriften über deren Annahme und Behandlung hat der Gewerberath zu überwachen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 93. 94. — Wahrnehmung ihrer Interessen in Innungsangelegenheiten. (ebend. §. 46.) 103. — Handwerksmeister dürfen sich zu den technischen Arbeiten ihres Gewerbes nur der Gehülfen ihres Handwerks bedienen, so weit nicht von dem Gewerberathe eine Ausnahme gestattet wird. (§. 47.) 103. — Strafbestimmung für Übertretung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109. — eben so dürfen Gehülfen in ihrem Gewerbe nur bei Meistern ihres Handwerks in Arbeit treten. (§. 48.) 103. — Festsetzung deren täglicher Arbeitszeit durch den Gewerberath für die einzelnen Handwerkszweige. (§. 49.) 104. — Erlebigung deren Streitigkeiten mit ihren selbstständigen Gewerbetreibenden über Arbeits- und Lohnverhältnisse, durch die Gewerbegerichte im Wege der gütlichen Vermittelung oder nöthigenfalls durch Erkenntniß. (B. v. 9. Februar 49. §. 2.) 111. — in Stelle des Verfahrens vor dem Vergleichsausschusse der Gewerbegerichte (§§. 17. ff.) tritt für Streitigkeiten von Innungsmitgliedern mit ihren Gehülfen das Vergleichsverfahren vor einem Vergleichsausschusse der Innungen ein. (ebend. §. 25.) 117. — arbeitssuchende erkrankte, oder aus andern Gründen hilfsbedürftig, Errichtung von Unterstützungskassen für dieselben und Aufbringung der Beiträge zu letztern. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 57—59.) 105. 106. — desgl. von Einrichtungen zu deren Fortbildung. (§. 57.) 105. f.

Geistliche, auf solche ist die Verordnung vom 11. Juli 49., betr. die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, nicht anwendbar. (§. 1.

Geistliche, (Fortf.)

ders.) 271. — deren zeitliche Befreiung von der Klassensteuer hört mit dem 1. Janr. 1850. auf. (B. v. 7. Dezbr. 49.) 436.

Geistliche Gerichtsbarkeit, deren Aufhebung in allen weltlichen Angelegenheiten, namentlich auch in Prozessen über die civilrechtliche Trennung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit einer Ehe. (B. v. 2. Janr. 49. §. 1.) 1.

Selbstgießer, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Geldstrafen (Geldbußen), deren Verhängung gegen Beamte als Ordnungsstrafe. (B. v. 10. Juli 49. §. 18.) 257. — (B. v. 11. Juli 49. §. 18.) 274. — bis zu 50 Rthlr., Vergehen, welche in den Gesetzen mit solcher bedroht sind, deren Untersuchung und Entscheidung in erster Instanz erfolgt durch kommissarisch dazu bestellte Einzelrichter, mit Zuziehung eines Gerichtsschreibers. (B. v. 3. Janr. 49. §. 27.) 18. 19. — für gehörig vorgeladene, aber ausgebliebene Zeugen in Untersuchungssachen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 20.) 17. — für verbotene Lohnberechnungen zwischen Fabrikinhabern und denjenigen, welche mit Ganz- oder Halbfabrikaten Handel treiben, einerseits, und ihren Arbeitern, andererseits, deren Verwendung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 75.) 110. — bei den Gewerbegerichten eingehend, deren Verwendung zu den Kosten der laufenden Geschäftsführung ders. (B. v. 9. Febr. 49. §. 16.) 115. — von fünfzig bis eintausend Thalern, für Deserture und ausgetretene Militairpflichtige, statt der zeitlichen Vermögens-Konfiskation. (B. v. 4. Janr. 49.) 47. 48.

Gemeinde-Abgaben (Kommunal-Abgaben und Steuern), direkte, nach Maßgabe deren Entrichtung, in Stelle der Klassensteuer, werden die Urwähler bei den Wahlen für die zweite Kammer in drei Abtheilungen getheilt. (B. v. 30. Mai 49. §§. 10—13.) 206. 207.

Gemeindebeamte (Kommunalbeamte), Disziplinar-Strafverfahren gegen dieselben. (B. v. 11. Juli 49. §. 84.) 287.

Gemeindekassen, alle Zahlungen und Abgaben, welche bisher bei der Aufnahme neuer Mitglieder in eine Innung und bei der Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge an dieselben zu entrichten waren, sind aufgehoben, wogegen die dafür zu gewährenden Gegenleistungen wegfallen (B. v. 9. Febr. 49. §. 63.) 107.

Gendarmerie, Land-, auf das Korps derselben finden die Bestimmungen des Allerhöchsten Erlasses vom 28. Dezbr. 48, wegen Bewilligung von Tagegeldern bei Militärdienst- und Versetzungsreisen, keine Anwendung. (daselbst §. 9.) 87.

General-Auditoriat (General-Auditeur) und Mitglieder, in wie weit auf solche und die demselben untergeordneten Auditoren die Disziplinar-Vorschriften der Verordnung v. 10. Juli 49. anwendbar sind. (§§. 67. Nr. 2. 72—79. ders.) 267. 268. 269. — Wahrnehmung der Verrichtungen der Staatsanwaltschaft bei dems. (ebend. §. 78.) 269.

Generale, kommandirende, dieselben sind befugt, für den Fall eines Krieges den Bezirk des Armeekorps oder einzelne Theile desselben zum Zweck der Bertheiligung in den Belagerungszustand zu erklären. (V. v. 10. Mai 49. §. 1.) 165. — sie bestimmen die Sprengel der einzelnen Kriegsgerichte, wenn eine ganze Provinz oder ein Theil derselben in Belagerungszustand erklärt ist. (ebend. §. 11.) 168. — deren Bestätigung bedürfen die während des Letztern in Friedenszeiten von den Kriegsgerichten gefällten Todesurtheile. (ebend. §. 7.) 167.

General-Kommissionen für landwirthschaftliche Angel. (und die ihre Stelle vertretenden Regierungs-Abtheilungen), in wie weit auf solche die Disziplinar-Vorschriften der Verord. v. 10. Juli 49. anwendbar sind. (§§. 67. Nr. 1. 68—71. ders.) 267.

General-Prokuratoren, Rheinische, deren Befugnisse in Disziplinar-Strassachen. (V. v. 10. Juli 49. §. 8.) 255. — (V. v. 11. Juli 49. §§. 61. 64. 76.) 282. 283. 285. — s. auch Ober-Staatsanwälte und Staatsanwaltschaft.

Gerber, aller Art, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (V. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Gerichtliche Polizeibeamte, siehe Leh.

Gerichtliches Verfahren, siehe Rechtsverfahren und Prozesse, desgl. Rechtsmittel.

Gerichtsassessoren, zu solchen werden Referendarien, welche die große Staatsprüfung zurückgelegt haben, bis zu ihrer anderweitigen Anstellung bestellt, und einem Kreis- oder Stadtgerichte als unbefoldete Mitglieder überwiesen. (V. v. 2. Janr. 49. §. 36.) 12. — die Verleihung des vollen Stimmrechts an solche hängt von der Bestimmung des Justizministers ab. (ebend. §. 36.) 12. — s. auch Assessoren.

Gerichtsbarkeit, dieselbe soll fortan überall nur durch vom Staate bestellte Gerichtsbehörden im Namen des Königs ausgeübt werden. (V. v. 2. Janr. 49. §. 1.) 1. — Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit, der standesherrlichen, städtischen und Patrimonialgerichtsbarkeit jeder Art. (ebend. §§. 1—8.) 1—3. — desgl. der geistlichen Gerichtsbarkeit in allen weltlichen Angelegenheiten, namentlich auch in Eheprozessen. (ebend. §. 1.) 1. — in Folge jener Aufhebung gehen nicht bloß die Nutzungen und sonstigen Gerechtsame, sondern auch alle Lasten der Privatgerichtsbarkeit auf den Staat über. (ebend. §. 2.) 1. — Auseinanderlegung wegen der am Tage des Überganges rückständigen Sporteln. (ebend. §. 2.) 1. — Übergabe und Benutzung der vorhandenen Geschäfts-Utensilien, Gerichtsgebäude und Gefängnisse. (ebend. §. 3.) 2. — Fürsorge für die zeitherigen Privat-Richter, Subaltern- und Unterbeamte. (ebend. §§. 4—7.) 2. 3. — freiwillige, die Aufnahme der Akte derselben, einschließlich lektwilliger Dispositionen, gehört zur Kompetenz der Einzelrichter. (V. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 7.) 8. — Umfang der Gerichtsbarkeit der Gewergerichte. (V. v. 9. Febr. 49. §. 3.) 111. — siehe auch Gerichtsstand.

Gerichtsbehörden (Justizbehörden, Gerichte), vom Staate bestellt, nur durch solche soll die Gerichtsbarkeit überall im Namen des Königs ausgeübt werden. (V. v. 2. Janr. 49. §. 1.) 1. — Aufhebung sämtlicher Privatgerichte und Auseinanderlegung mit denselben wegen deren zeitherigen Nutzungen, Gerechtsamen, Sporteln, Lasten und Kriminalkosten. (ebend. §. 2.) 1. — Überlassung deren Geschäfts-Utensilien, Gerichtsgebäude und Gefängnisse an die neuen Gerichte zur Benutzung. (ebend. §. 3.) 2. — Fürsorge für die bei den aufgehobenen Privatgerichten lebenslanglich angestellten Richter, desgl. für die in Neu-Vorpommern zugleich auch als städtische Beamte fungirenden Richter. (ebend. §§. 4. 6. u. 7.) 23. — desgl. für die Subaltern- und Unterbeamten jener Privatgerichte. (ebend. §§. 5. 6. u. 7.) 2. 3. — das Verhältniß der Städte in denjenigen Provinzen, in welchen bereits früher königliche Gerichte an die Stelle der städtischen getreten sind, erleidet bis zu dessen anderweiter Regulirung durch die obige Verord. v. 2. Janr. 49. keine Veränderung. (ebend. §. 8.) 3. — die anderweitige Organisation derselben soll sich bis dahin, daß im Wege der Gesetzgebung die Hindernisse einer durchgreifenden und gleichförmigen Umgestaltung im ganzen Umfange der Monarchie beseitigt sein werden, möglichst an die bestehenden Gerichts-Einrichtungen anschließen. (V. v. 2. Janr. 49. §. 18.) 5. — die Gerichte erster Instanz bestehen in Kreis- und Stadtgerichten, in Verbindung mit Einzel-

Gerichtsbehörden, (Fortf.)

zefrichtern. (ebend. §§. 19—23.) 6—8. — erster Instanz, deren Kompetenzstreitigkeiten hinsichtlich der zu ihrem Ressort übergehenden Sachen haben die Obergerichte zu entscheiden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 16.) 5. — die Justizverwaltung in zweiter Instanz wird durch Appellationsgerichte ausgeübt. (ebend. §§. 24—26.) 8, 9. — in letzter Instanz durch das Ober-Tribunal in Berlin. (ebend. §§. 27, 28.) 9. — Gebühren-Taxen bei denselben. (§. 29.) 10. — Verhältnisse der Rechtsanwälte und Notarien in deren Bezirken. (§§. 30, 31.) 10. — allgemeine Bestimmungen über das Verfahren bei den Gerichten. (§§. 32—35.) 10, 11. — Ernennung und Qualifikation der Justizbeamten bei dens. (§§. 36, 37.) 12. — Verhältniß ders. zu den Verwaltungsbehörden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 38.) 12, 13. — sie sollen sich gegenseitig bei Erledigung der ihnen obliegenden Geschäfte innerhalb ihres Ressorts Unterstützung leisten. (ebend. §. 38.) 12. — die Verwaltungsbehörden sind jedoch nicht ferner befugt, in Angelegenheiten ihres Ressorts den Justiz-Unterbehörden Anweisungen zu ertheilen, und sie zu deren Befolgung anzuhalten. (ebend. §. 38.) 12, 13. — die diesem entgegenstehende Bestimmung der Order v. 31. Dezbr. 1825 unter D. Nr. XII. (Gef.-Samml. von 1826. S. 11.) wird aufgehoben. (B. v. 2. Janr. 49. §. 38.) 13. — Aufstellung neuer Etats für dieselben, bis wohin die vorhandenen Fonds zur Befoldung der erforderlichen Beamten nach der Bestimmung des Justizministers verwendet werden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 39.) 13. — obige Verordnung tritt mit dem 1. Apr. 1849 in Kraft, event. ist der nothwendig werdende spätere Zeitpunkt von dem Justizminister zu bestimmen und öffentlich bekannt zu machen. (§. 41.) 13. — Strafverfahren ders. gegen Ruhestörer in ihren öffentlichen Sitzungssälen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 180.) 46. — bezgl. sofortige Abhandlung der in dem Sitzungssaale eines Gerichts begangenen strafbaren Handlungen, sowie der darin vorgefallenen oder ermittelten Disziplinarvergehungen, ohne Mitwirkung von Geschworenen. (B. v. 30. Juni 49. §. 40.) 235.

Gerichtsboten, Wahl, Anstellung, Vereidung und Befoldung eines solchen bei den Gewerbegerichten. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 15, 16.) 115. — derselbe versteht zugleich die Geschäfte eines Exekutors. (ebend. §. 15.) 115.

Gerichts-Deputationen, siehe Kreisgerichte.

Gerichtsgebäude, besondere, der aufgehobenen Privatgerichte, deren Benutzung seitens des Staats für die neuen Gerichte. (B. v. 2. Janr. 49. §. 3.) 2.

Gerichtskommissarien, siehe Einzelrichter.

Gerichtsordnung, Allgemeine,**Thl. I. (Prozessordnung.)**

Tit. 2. §§. 131 bis 147, in den darin gedachten Fällen findet eine Verhandlung und Entscheidung des Rechtsstreits in erster Instanz vor dem Obergerichte nicht weiter statt, vielmehr kann dieselbe nur einem andern Gerichte erster Instanz übertragen werden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 17.) 5.

Gerichtsschreiber, deren Zuziehung bei Untersuchung und Entscheidung von Vergehen in erster Instanz durch kommissarisch dazu bestellte Einzelrichter. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 27, 37.) 19, 20, 21. — als solcher wird zur Führung des Protokolls bei dem während des Belagerungszustandes angeordneten Kriegsgerichte ein von dem Vorsitzenden des letztern zu bezeichnender und von ihm zu vereidigender Beamter der Civilverwaltung zugezogen. (B. v. 10. Mai 49. §. 12.) 169. — Disziplinar-Strafverfahren gegen dies. (B. v. 11. Juli 49. §. 72.) 285. — Wahl, Anstellung, Vereidung und Befoldung eines solchen bei den Gewerbegerichten. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 15, 16.) 115. — derselbe muß die Aktuariatsprüfung bestanden haben. (ebend. §. 15.) 115. — Führung von Protokollbüchern seitens ders. (ebend. §§. 18, 26.) 116, 117. — siehe auch Protokolle.

Gerichtsstand, Jedermann steht rücksichtlich desselben fortan unter dem ordentlichen Gerichte, welches für den Ort oder Bezirk zunächst und unmittelbar bestellt ist, und jedes Grundstück gehört im dinglichen Gerichtsstande vor das ordentliche Gericht desjenigen Sprengels, in welchem es gelegen ist. (B. v. 2. Janr. 49. §. 9.) 3. — Aufhebung des eximirten und privilegierten Gerichtsstandes für Personen, Grundstücke und Gerechtigkeiten, bezgl. des privilegierten Gerichtsstandes des Fiskus. (ebend. §. 9.) 3. — Gerichtsstand der Korporationen und anderer moralischer Personen bei dem ordentlichen Gerichte, in dessen Bezirke der Vorstand ders. seinen Sitz hat. (ebend. §. 9.) 3. — bezgl. der Eisenbahngesellschaften. (ebend. §. 9.) 3. — die von Obigem abweichenden Vorschriften der Verord. v. 16. Juni 1834. (Gef. Samml. S. 75. ff.) über die Einrichtung der Justizbehörden im Großherz. Posen, treten außer Kraft. (ebend. §. 9.) 3. — Aufhebung der Ausnahmen in den §§. 1. u. 2. des Gesetzes vom 11. Aug. 1848. (Gef. Samml. S. 201) hinsichtlich des Gerichtsstandes der Richter, der gerichtlichen Polizeibeamten und der Patrimonialgerichtsherrn in Untersuchungs- und Injurien-Sachen. (ebend. §. 10.) 4. — anderweitige Regulirung des Militärgerichtsstandes in Strafsachen, so wie des Gerichtsstandes der Studirenden. (ebend. §. 10.) 4. — rücksichtlich der Rechtsstreitigkeiten unter Mit-

Gerichtsstand, (Fortf.)

Mitgliedern der Königl. Familie, so wie der nicht streitigen Rechtsangelegenheiten der zur Königl. Familie gehörigen Personen behält es bei der Hausverfassung sein Bewenden. (ebend. §. 11.) 4. — die Prozesse über Scheidung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit einer Ehe gehen wieder auf die ordentlichen persönlichen Gerichte über, mit Abänderung, resp. Aufhebung der §§. 1. 2. 3. u. 56. der Verord. vom 28. Juni 44. (B. v. 2. Janr. 49. §. 12.) 4. — Aufhebung des Spezial-Gerichtsstandes für Bergwerksachen, unter Abänderung des Edikts v. 21. Febr. 16. und der Kabinettsorder v. 6. Juli u. 12. Oktbr. 37. (B. v. 2. Janr. 49. §. 13.) 4. — die Bestätigung einer Annahme an Kindes Statt (§. 667. Tit. 2. Thl. II. des A. L. R.) gehört fortan vor das ordentl. persönliche Gericht, auch genügt zur subhastationsfreien Veräußerung unbeweglicher Güter der Pflegebefohlenen (§. 586. Tit. 18. Thl. II. A. L. R. und Kabinetts-Ordrer v. 10. Nov. 1830. Ges. Samml. S. 144) der Beschluß des kompetenten kollegialischen Gerichts. (ebend. §. 14.) 5. — Exemtionen in Beziehung auf die in einzelnen Provinzen noch bestehenden besondern Provinzial- oder statutarischen Rechte. (ebend. §. 15.) 5. — Entscheidung von Kompetenzfreiigkeiten der Gerichtsbehörden erster Instanz, desgl. wegen Führung des Hypothekenbuchs und Leitung von Sequestrationen und Subhastationen über einen zusammen gehörigen Komplex von Gütern in den Bezirken verschiedener Gerichte. (ebend. §. 16.) 5. — Verhandlung und Entscheidung von Rechtsstreiten in erster Instanz in den Fällen der §§. 131. bis 147. Tit. 2. Thl. I. der Allg. Gerichts-Ordn. durch Beauftragung eines andern Gerichts erster Instanz. (ebend. §. 17.) 5. — für Wechselklagen. (Einführungs-Ordn. zur allgem. deutschen Wechsel-Ordnung, v. 6. Jan. 49. §§. 5. und 6.) 50. — in dem weitem Verfahren wegen der Beschlagnahme unerlaubter Druckschriften. (B. v. 30. Juni 49. §§. 32. 33. und 38.) 232. 233. 234. — in dem Bezirke des Rheinischen Appellationsgerichtshofes zu Köln wird an den dort geltenden Bestimmungen über die Regulirung des Gerichtsstandes (Strafprozeß-Ordnung Art. 525—541.) nichts geändert. (ebend. §. 38.) 234. — s. auch Gerichtsbarkeit. — desgl. Militair-Gerichtsstand.

Gerichtsvollzieher, im Bezirke des Appellationsgerichtshofes in Köln, auch dieselben gehören zu den Gerichtsbeamten, welche Wechselproteste aufnehmen können. (Einführungs-Ordn. zur allgem. deutschen Wechsel-Ordn. v. 6. Jan. 49. §. 3.) 50. — Niederlegung ihres Amtes bei körperlicher oder geistiger Unfähigkeit (B. v. 11. Juli 49. §. 83.) 287. — Disziplinar-Strafverfahren gegen dieselb. (ebend. §. 72.) 285.

Gernrode, Ort, s. Chausseebau Nr. 19.

Gesandte, dieselben können durch Königl. Verfügung jederzeit mit Gewährung des vorschriftsmäßigen Wartegeldes einstweilig in den Ruhestand versetzt werden. (B. v. 11. Juli 49. §. 94.) 290.

Geschäfts-Ofikale und Utensilien, der aufgehobenen Privatgerichte, deren Übergabe an die neuen Gerichte des Staats, so weit sie für letztere erforderlich sind. (B. v. 2. Jan. 49. §. 3.) 2. — für die Gewerberäthe, deren Beschaffung und Unterhaltung liegt den Gemeinden ob. (B. v. 9. Febr. 49. §. 21.) 98. — wo Staatsgebäude entbehrliche und für die Gewerberäthe geeignete Räumlichkeiten darbieten, werden diese den Gewerberäthen überwiesen werden. (ebend. §. 21.) 98. — für die Gewerbegerichte, deren Beschaffung und Unterhaltung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 16.) 115.

Geschäftsregulativ, dessen Aufstellung für die Kreis- und Stadtgerichte. (B. v. 2. Jan. 49. §§. 20. 21. 22.) 7. 8.

Geschäftsvermittler (Geschäftsträger, Kommissaire), in wie fern zu deren Gewerbebetriebe die polizeiliche Genehmigung zu versagen ist. (B. v. 9. Febr. 49. §. 68.) 108. — im Verkehr mit Druckschriften, Nennung deren Namen und Wohnort auf letztern. (B. v. 30. Juni 49. §§. 1. u. 2.) 226. — Strafe für Zuwiderhandlung dagegen. (ebend. §. 10.) 228. — Verantwortlichkeit derselben für den Inhalt einer Druckschrift. (ebend. §. 12.) 228.

Geschworene, dieselben werden bei den Untersuchungen wegen schwerer Verbrechen, so wie wegen politischer und Preßverbrechen, dem aus 5 Richtern und einem Gerichtsschreiber bestehenden Gerichte als beisitzende Richter zugeordnet. (B. v. 3. Janr. 49. §. 60.) 24. — wer dazu wählbar ist. (ebend. §§. 62. 63.) 25. — wer nicht. (ebend. §§. 63. u. 95.) 25. 31. — Aufstellung der Geschworenen-Listen und Auswahlen aus solchen. (ebend. §§. 62—74.) 25—27. — Strafbarkeit der Geschworenen, wenn solche ohne genügende Entschuldigung nicht erscheinen, oder sich entfernen. (§. 72.) 27. — Eidesleistung ders. (ebend. §. 97.) 31. — Reiseentschädigung ders. für jede Meile der Hin- und der Herreise mit 8 Sgr.; Diäten werden ihnen nicht gezahlt. (§. 74.) 27. — diejenigen, welche an den Verhandlungen des Schwurgerichts für die betreffende Sitzungsperiode Theil genommen haben, dürfen ohne ihre Einwilligung während eines Jahres nicht wieder einberufen werden. (ebend. §. 68.) 26. 27. — Bestrafung der dens. in Ausübung ihres Berufs oder in Beziehung auf solchen zugesügten Beleidigungen. (B. v. 30. Juni 49. §§. 23. u. 31.) 231. 232. — Verfolgung solcher Bestrafung durch

Geschworene, (Fortf.)

durch die Staatsanwaltschaft nur auf Antrag der Beleidigten. (ebend. §. 34.) 233. — Öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils in der durch Letzt. zu bestimmenden Art und Weise, auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234.

Gesellen (Handwerksgesellen), allgemeine Bestimmungen über deren Verhältnisse. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 46—49.) 103. 104. — Feststellung der in Ortsstatuten aufzunehmenden Anordnungen über deren Verhältnisse. (ebend. §. 46.) 103. — Wahrnehmung ihrer Interessen in Innungsangelegenheiten. (ebend. §. 46.) 103. — Handwerksmeister dürfen sich zu den technischen Arbeiten ihres Gewerbes nur der Gesellen ihres Handwerks bedienen, soweit nicht von dem Gewerberathe eine Ausnahme gestattet wird. (§. 47.) 103. — Strafbestimmung für Übertretung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109. — ebenso dürfen Gesellen in ihrem Gewerbe nur bei Meistern ihres Handwerks in Arbeit treten. (§. 48.) 103. — Festsetzung deren täglicher Arbeitszeit durch den Gewerberath für die einzelnen Handwerkszweige. (§. 49.) 104. — über die Errichtung, Vereinigung oder Auflösung von Verbindungen unter dens. ist der Gewerberath mit seinen Ansichten u. Vorschlägen zu hören. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 93. 94. — auch hat derselbe die Befolgung der Vorschriften über deren Prüfung, Annahme und Behandlung zu überwachen. (ebend. §. 2.) 93. 94. — Erledigung deren Streitigkeiten mit ihren selbstständigen Gewerbetreibenden über Arbeits- und Lohnverhältnisse durch die Gewerbegerichte im Wege der gütlichen Vermittelung oder nöthigenfalls durch Erkenntniß. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 111. — in Stelle des Verfahrens vor dem Vergleichsausschusse der Gewerbegerichte (§§. 17. und folg.) tritt für Streitigkeiten von Innungsgegnossen mit ihren Gesellen, das Vergleichsverfahren vor einem Vergleichsausschusse der Innungen ein. (ebend. §. 25.) 117. — Anordnungen für die von denselben abzulegenden Meisterprüfungen. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 35. 37—43.) 101—103.

Gesellen-Prüfungen der Lehrlinge, Anordnungen für solche. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 36—43.) 101—103.

Gesellen-Unterstützungskassen, Anordnung für deren Errichtung und Ausbringung der Beiträge zu solchen. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 56—59.) 105. 106.

Gesunde, männliches, kann zu Geschworenen nicht berufen werden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 7.) 25.

Gesuche, jeder Art, welche Eingefessene des Gerichtsbezirks in ihren Rechtsangelegenheiten zum Protokoll geben wollen, deren Aufnahme und Weiterbeförderung gehört zur Kompetenz der Einzelrichter. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 6.) 8.

Gewerbebetrieb, handwerksmäßiger, allgemeine Vorschriften für denselben. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 23—34.) 98—101. — selbstständiger, die Untersuchung und Entscheidung über den Verlust des Rechts zu demselben erfolgt in erster Instanz mit Zuziehung eines Gerichtsschreibers durch Gerichtsabtheilungen, welche aus drei Mitgliedern bestehen. (B. v. 3. Jan. 49. §§. 27. und 38.) 19. 21. — die Kompetenz der Einzelrichter ist davon ausgeschlossen. (ebend. §§. 27. 38.) 19. 21. — auf den Verlust der Befugniß zu demselben kann die wiederholte Übertretung der in den §§. 23. 25. 26. 29. 31. 32. 33. 47. 69. der B. v. 9. Febr. 49. enthaltenen Verbotsbestimmungen im Handwerks- und Fabrikbetrieb, neben der Strafe, erkannt werden. (§. 74. der vorgedachten Verord.) 109. — in wie fern zu dem Betriebe stehender Gewerbe im diesseitigen Inlande Ausländer zugelassen werden können. (B. v. 9. Febr. 49. §. 67.) 108.

Gewerbegerichte, besondere, in welchen die Rechtspflege durch sachkundige, von den Berufsgenossen freigewählte Richter verwaltet oder mitverwaltet wird, deren Errichtung an Orten, wo sich dazu ein Bedürfniß ergibt. (B. v. 2. Janr. 49. §. 18.) 6. — deren Errichtung in der ganzen Monarchie, mit Ausschluß des Bezirks des Appellationsgerichtshofes in Cöln, für welchen eine Revision der bestehenden Gesetzgebung vorbehalten wird. (B. v. 9. Febr. 49.) 110—124.

Erster Abschnitt. Errichtung und Bestimmung derselben. §§. 1—16.) 110—115. — für jeden Ort oder Bezirk soll ein solches errichtet werden, wo wegen eines erheblichen, gewerblichen Verkehrs ein Bedürfniß dazu vorhanden ist. (§. 1.) 110. f. — gütliche Vermittelung ders. und Ausübung der Gerichtsbarkeit von dens. (§§. 2. und 3.) 111. — Wahl deren Mitglieder und Stellvertreter, des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters, so wie eines Gerichtsschreibers und eines Gerichtsboten (Trefutors), deren Vereidigung und Einführung. (§§. 4—15.) 111—115. — die Mitglieder und Stellvertreter sind zu einem Theile aus der Klasse der selbstständigen Handwerker, Fabrikhaber etc. und zum andern Theile aus der Klasse der Gesellen, Gehülften, Werkführer und Fabrikarbeiter auf 4 Jahre von den im Gerichtsbezirke wohnenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu wählen. (§. 4.) 111. — Beschaffung und Unterhaltung der nöthigen Geschäftsräume, Ausbringung der Kosten für die laufende Geschäftsführung, mit Einschluß der Befoldungen des Gerichtsschreibers und des Gerichtsboten, (§. 16.) 115.

Gewerbegerichte, (Fortf.)

Zweiter Abschnitt. Verfahren vor dem Vergleichsausschusse. (§§. 17—25.) 115—117. — den Vergleichsausschuß bilden zwei Mitglieder des Gewerbegerichts, von welchen Einer zur Klasse der Arbeitgeber, der Andere zur Klasse der Arbeitnehmer gehören muß. (§. 18.) 115. — der erstere hat die Befugnisse des Vorsitzenden. (§. 41.) 121. — Verfahren vor demselben. (§§. 17—21.) 115. 116. — eventuelle Verweisung der Streitsache an das Gericht. (§§. 22. 23.) 116. — Tragung der Kosten des Verfahrens vor dem Vergleichsausschusse. (§. 24.) 116. 117. — für Streitigkeiten der Innungsge nossen mit ihren Gehül fen, Gesellen und Lehrlingen tritt das Vergleichsverfahren vor einem Vergleichsausschusse der Innung ein. (§. 25.) 117.

Dritter Abschnitt. Verfahren vor dem Gewerbegerichte. (§§. 26—38.) 117—120. — Verhandlungen vor versammeltem Gerichte über die zur Entscheidung desselben gelangenden Streitigkeiten. (§. 26.) 117. — Vorladungen zu diesem Verfahren. (§§. 26—28.) 117. 118. — Klagebeantwortungs-Termin, Beweisführung, Zeugenvernehmung und Ableistung angetragener oder zurückgegebener Eide. (§§. 30—37.) 118—120. — Fällung und Publikation des Erkenntnisses und Tragung der Kosten des Verfahrens. (§. 38.) 120.

Vierter Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen über das Verfahren vor dem Vergleichs-Ausschusse und vor dem Gewerbegerichte. (§§. 39—50.) 120—122. — Aufstellung eines Geschäftsregulativs. (§. 39.) 120. — die Sitzungen des Gewerbegerichts sind öffentlich, jedoch müssen sich sämtliche, nicht theilhabende Personen daraus entfernen, sobald dies vom Vorsitzenden nach dem Beschlusse des Gerichts angeordnet wird. (§. 40.) 40. — Maßregeln gegen Störung der Ruhe und Ordnung während der Verhandlungen vor dem Gerichte. (§§. 41. 42.) 121. — Abfassung und Ausfertigung der Entscheidungen und Beschlüsse. (§§. 43. 44.) 121. — in welchen Fällen einzelne Gerichtsmitglieder von den Verhandlungen ausgeschlossen werden können. (§. 45.) 121. — Anberaumung der Termine und Vorladung zu dens. (§§. 46—48.) 122. — Zulassung von Vertretern, Beiständen und Bevollmächtigten. (§§. 49. 50.) 122.

Fünfter Abschnitt. Von den Rechtsmitteln. (§§. 51—55.) 123. 124. — Einlegung der Requisition gegen Kontumazial-Bescheide. (§§. 51—53.) 123. — Einlegung anderer Rechtsmittel, namentlich des Rekurses, der Appellation, der Revision und der Nichtigkeitsbeschwerde (§. 54.) 123. — die Erkenntnisse und Bescheide der Gewerbegerichte sind, ungeachtet der dagegen etwa zulässigen Rechtsmittel, auf den Antrag des Klägers sogleich vollstreckbar. (§. 55.) 123. — jedoch mit Ausschluß der Vollstreckung des Personal-Arrestes gegen den Beklagten, oder in Fällen der Kautionseistung seitens des letztern. (§. 55.) 124.

Sechster Abschnitt. Stempel und Gebühren. (§§. 56. u. 57.) 124. — Stempelfreiheit für Vergleiche und deren Ausfertigung und Gebühren-Pauschquantum von 5 bis 15 Sgr.

Gewerbegerichte, (Fortf.)

für das Verfahren vor dem Vergleichsausschusse. (§. 56.) 124. — Pauschquantum von 15 Sgr. bis zu 5 Mthlr. für das gerichtliche Verfahren vor dem Gewerbegerichte; dagegen kommen in Ansehung der Stempel die allgemeinen Vorschriften zur Anwendung (§. 57.) 124.

Schlußbestimmungen. Alle dem vorstehenden Gesetze entgegenstehenden allgemeinen und besonderen gesetzlichen Bestimmungen werden aufgehoben. (§. 58.) 124. — so weit in diesem Gesetze nicht etwas Anderes bestimmt ist, kommen in dem den Gewerbegerichten überwiesenen Rechtsangelegenheiten, die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung (§. 59.) 124.

Errichtung von Gewerbegerichten für einzelne Städte und Bezirke, und zwar:

- 1) für den Polizeibezirk der Stadt Stettin, mit Einschluß der Ortschaft Kupfermühle, und Anweisung seines Sitzes in gedachter Stadt. (A. E. v. 2. Oktbr. 49.) 403.
- 2) für den Gemeindebezirk der Stadt Breslau, und Sitz desselben in Ixterer. (A. E. v. 22. Oktbr. 49.) 431.
- 3) für die Städte Magdeburg, Neustadt-Magdeburg und Eubenburg, und für die Ortschaft Buckau. (A. E. v. 25. Mai 49.) 242. — Sitz desselben in Magdeburg. (ebend.) 242.
- 4) für die Grafschaft Wernigerode. (A. E. v. 15. Juni 49.) 294. — Sitz desselben in der Stadt Wernigerode. (ebend.) 294.
- 5) für den Gemeinde-Bezirk der Stadt Halle, welches daselbst seinen Sitz haben soll. (A. E. v. 11. Juli 49.) 347.

Gewerbeordnung, Allgemeine, vom 17. Janr. 1845., Anordnungen und Abänderungen rücksichtlich ders. (B. v. 9. Febr. 49.) 93—110.

I. Errichtung von Gewerberäthen. (§§. 1—22.) 93—98.

II. Handwerksmäßiger Gewerbebetrieb (§§. 23—34.) 98—101.

III. Prüfungen der Handwerker. (§§. 35—43.) 101—103.

IV. Verhältnisse der Lehrlinge, Gesellen, Gehül fen und Fabrikarbeiter (§§. 44—55.) 103—105.

V. Unterstützungs-kassen und ähnliche Einrichtungen. (§§. 56—59.) 105. 106.

VI. Innungsgebühren und Abgaben. (§§. 60—66.) 106. 107.

VII. Allgemeine Bestimmungen. (§§. 67—73.) 108. 109. — (§§. 76. 77.) 110.

VIII. Strafbestimmungen. (§§. 74. 75.) 109. — Errichtung von Gewerbegerichten. (B. v. 9. Febr. 49.) 110—124. — siehe ferner Gewerbegerichte, Gewerberäthe u.

Gewerberäthe, deren Errichtung. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 1—22.) 93—98. — für jeden Ort oder Bezirk, wo wegen eines erheblichen gewerblichen Verkehrs ein Bedürfnis zu einem Gewerberathe obwaltet, soll ein solcher auf den Antrag von Gewerbetreibenden, nach Anhörung der gewerblichen und kaufmännischen Korporationen und der Gemeindevertreter, mit Genehmigung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten errichtet werden. (ebend. §. 1.) 93. — Bestimmung und Funktionen ders. (§. 2.) 93. 94. — die Mitglieder des Gewerberaths sind zu gleichen Theilen aus dem Handwerkerstande, aus dem Fabrikenstande und aus dem Handelsstande seines Bezirks zu wählen, wonach derselbe in drei Abtheilungen zerfällt, deren jede mindestens aus fünf Mitgliedern bestehen soll. (§§. 3—5.) 94. — Verfahren bei der Wahl der Mitglieder und deren Stellvertreter. (§§. 5—12.) 94—96. — Einführung, Verpflichtung ders. durch Handschlag und Auscheiden ders. (§§. 13. 14.) 96. — unentgeltliche Verwaltung ihres Amts. (§. 15.) 97. — Amtssuspension und Amtsentsetzung ders. (§. 15.) 97. — Wahl eines Vorsitzenden und dessen Stellvertreters bei jeder Abtheilung, aus der Mitte ihrer Mitglieder. (§. 19.) 97. — Wahl, Verpflichtung und Besoldung eines Schriftführers und eines Voten. (§. 20.) 98. — Aufbringung dieser Besoldung durch Beiträge der Gewerbetreibenden des Bezirks. (ebend. §. 21.) 98. — Geschäftsgang, Geschäftsführung, Geschäftsräume und Aufbringung der dazu erforderlichen Kosten durch Beiträge der Gewerbetreibenden. (§§. 16—21.) 97. 98. — in denjenigen Orten, für welche ein Gewerberath nicht besteht, sind die demselben zugewiesenen Angelegenheiten von der Kommunal- Behörde zu erledigen. (§. 22.) 98. — dieselben sind über die Zulassung von Ausländern zum stehenden Gewerbebetriebe, sowie über die Gesuche ausländischer Gewerbetreibenden um Naturalisation, zu hören. (B. v. 9. Febr. 49. §. 67.) 108. — desgl. über die Fortsetzung des herkömmlichen Wochenmarkterverkehrs mit Handwerkerwaaren seitens einheimischer Verkäufer, mit Ausschließung auswärtiger. (ebend. §. 70.) 108. f.

Gewerbeschulen, durch deren Besuch können Lehrlinge von dem Gewerberathe, mit Zustimmung des Lehrherrn, in kürzerer als dreijähriger Frist zur Gesellen-Prüfung zugelassen werden. (B. v. 9. Febr. 49. §. 36.) 101.

Gewerbesteuer, diejenigen, welche nicht wenigstens jährlich 24 Rthlr. ders. entrichten, können zu Geschworenen nicht berufen werden. (B. v. 3. Jan. 49. §. 63 Nr. 9.) 25. — Ausnahmen von diesem Prinzip. (ebend. §. 63.) 25. — Befreiung der ritterschaftlichen Pommer- Jahrgang 1849.

Gewerbesteuer, (Fortf.)

merschen Privathank von ders. hinsichtlich ihres kaufmännischen Verkehrs. (Statuten der Bank v. 24. Aug. 49. §. 44.) 371. — siehe auch Staatssteuern.

Gewerbetreibende, selbstständige, Erledigung deren Streitigkeiten mit ihren Gesellen, Gehülfen und Lehrlingen über Arbeits-, Lohn- oder Lehrverhältnisse durch die Gewerbegerichte im Wege der gütlichen Vermittelung oder nöthigenfalls durch Erkenntnis. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 111. — in Stelle des Verfahrens vor dem Vergleichsausschusse der Gewerbegerichte (§§. 17. und folg.) tritt für Streitigkeiten von Innungsgegnossen mit ihren Gehülfen, Gesellen und Lehrlingen, das Vergleichsverfahren vor einem Vergleichsausschusse der Innungen ein. (ebend. §. 25.) 117. — ausländische, Verfahren bei deren Gesuchen um Naturalisation im diesseitigen Inlande, in Folge des §. 8. des Gesetzes vom 31. Dezbr. 42. — Ges.-Samml. 1843. S. 15. — (B. v. 9. Febr. 49. §. 67.) 108.

Gewicht, für Waaren, dessen Bekanntmachung durch Aufschlag in den Verkaufslökalen ders. (B. v. 9. Febr. 49. §. 73.) 109. — zum Nachwiegen sind in letztern Waagen mit den erforderlichen gereichten Gewichten aufzustellen. (ebend. §. 73.) 109.

Glaser, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Glag, Kreis, f. Handelskammern.

Glockengießer, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Goldarbeiter, } Nachweis deren Befähigung zum
Goldschläger, } Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Görliß, Stadt und Kreis, Errichtung einer Handelskammer für dieselben. (A. E. v. 19. Novbr. 49.) 435. — Sitz ders. in ersterer. (ebend.) 435.

Greifswald, f. Appellationsgerichte, Hofgericht u. Konsistorium; desgl. Prozesse.

Grundsteuer, diejenigen, welche nicht wenigstens jährlich 20 Rthlr. derselben (ausschließlich der Beiscläge) entrichten, können zu Geschworenen nicht berufen werden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 9.) 25. — Ausnahmen von diesem Prinzip. (ebend. §. 63.) 25. — f. auch Staatssteuern.

Grund-

Grundsteuerfreiheiten, bestehende, vorbereitende Maßregeln zu deren verheißenen Aufhebung. (B. v. 29. Juni 49.) 237. 238. — vorläufige Aufstellung der Steuervertheilungs-Nachweisungen. (ebend. §. 1.) 237. — Bildung von Kreiskommissionen oder Kreis-Abtheilungs-Kommissionen zur Mitwirkung für jene Zwecke. (§§. 2 — 6.) 237. 238. — Verpflichtung aller Behörden, Gemeinden und Privatpersonen, die in ihren Händen befindlichen Flurkarten, Risse, Pläne u. und sonstige Schriftstücke den Kommissionen und deren Vorsitzenden zur Einsicht und Benutzung zugänglich zu stellen. (ebend. §. 7.) 238.

Grundstücke, über deren Zertheilung, Abzweigung und Abtrennung können fortan auch von Notarien rechtsgültig Verträge aufgenommen werden, in Anwendung des §. 2. des Gesetzes vom 3. Janr. 45. (B. v. 2. Janr. 49. §. 31.) 10. — sie sind aber verpflichtet, solche Verträge an die betreffende Hypothekenbehörde einzusenden. (ebend. §. 31.) 10. — (unbewegliche Güter), der Pflegebefohlenen, deren subhastationsfreie Veräußerung. (B. v. 2. Janr. 49. §. 14.) 5. — s. auch ländliche Grundstücke.

Gürtler, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Güter, zusammengehöriger Komplex von solchen, in verschiedenen Gerichtsbezirken belegen, Führung des Hypothekenbuches über solche und Leitung von Sequestrationen und Subhastationen derselben. (B. v. 2. Janr. 49. §. 16.) 5. — unbewegliche Güter der Pflegebefohlenen, deren subhastationsfreie Veräußerung. (B. v. 2. Janr. 49. §. 14.) 5.

H.

Habelschwerdt, Kreis, s. Handelskammern.

Hafengelder, in dem Tarif für deren Erhebung in Stettin v. 25. Aug. 48. (Ges.-Samml. S. 249.) soll es unter I. B. 16., statt: „Kreide für je 3 Centner 1 Sgr.“ heißen: „Kreide für je 36 Ctr. 1 Sgr.“ (Minist.-Berichtigung vom 30. Decbr. 48.) 91. — die Tarife derselben für den Hafen von Pillau, vom 18. Oktbr. 1838. und für den Hafen von Memel v. 19. April 1844. bleiben beide mit den inzwischen auf Grund besonderer Anordnungen eingetretenen Ermäßigungen einzelner Abgaben bis auf Weiteres in Kraft. (A. E. v. 12. Janr. 49.) 92.

Halle, Stadt, Errichtung eines Gewerbegerichts für deren Gemeinbezirk, welches daselbst seinen Sitz haben soll. (A. E. v. 11. Juli 49.) 347.

Hamm, Stadt, s. Eisenbahnen Nr. 5.

Handdienste, Ermittlung der Normalpreise für deren Ablösung. (B. v. 19. Novbr. 49. §. 4. A.) 414.

Handelsgerichte, besondere, in welchen die Rechtspflege durch sachkundige von den Berufsgenossen frei gewählte Richter verwaltet oder mit verwaltet wird, deren Errichtung an Orten, wo sich dazu ein Bedürfnis ergibt. (B. v. 2. Janr. 49. §. 18.) 6. — dieselben entscheiden über den Rekurs und die Appellation gegen die Bescheide und Erkenntnisse der Gewerbegerichte. (B. v. 9. Febr. 49. §. 54.) 123. — wo jene nicht bestehen, entscheidet das Kreis- oder Stadtgericht des Bezirks darüber. (ebend. §. 54.) 123. — wo solche bestehen, ist bei diesen die Amortisation von Wechseln nachzusuchen. (Einführungs-Ord. zur allgem. deutschen Wechselordnung, v. 6. Janr. 49. §. 2.) 49. — im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln, vor solche gehören die Klagen aus eigenen Wechseln auch dann, wenn sie weder von Handeltreibenden unterschrieben sind, noch Handelsgeschäfte zur Veranlassung haben — Art. 636. 637. des Rheinischen Handels-Gesetzbuches —. (B. v. 6. Janr. 49. §. 6.) 50.

Handelskammern, Personen, welche durch einen Beschluß ders. von deren Mitgliedschaft ausgeschlossen sind, können auch nicht an der Wahl der Mitglieder eines Gewerberaths und deren Stellvertreter theilnehmen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 7. Nr. 3.) 94. 95.

Errichtung derselben für einzelne Städte und Kreise, und zwar:

- 1) für den Bezirk der Stadt Breslau (A. E. v. 30. März 49.) 146.
- 2) für die Kreise Glatz und Habelschwerdt, im Breslauer Regierungsbezirke. (A. E. vom 16. März 49.) 145. — Sitz ders. in der Stadt Glatz. (ebend.) 145.
- 3) für die Kreise Reichenbach, Schweidnitz und Waldenburg. (A. E. v. 16. März 49.) 145. — Sitz ders. in der Stadt Schweidnitz. (ebend.) 145.
- 4) für die Kreise Hirschberg und Schönau, im Regierungsbezirke Liegnitz. (A. E. v. 30. Juli 49.) 348. — Sitz derselben in der Stadt Hirschberg. (ebend.) 348.
- 5) für den Kreis Landeshut, im Regierungsbezirke Liegnitz. (A. E. v. 30. Juli 49.) 349. — Sitz ders. in der Stadt Landeshut. (ebend.) 349.
- 6) für die Stadt und den Kreis Görtz. (A. E. v. 19. Novbr. 49.) 435. — Sitz ders. in Iserlohn. (ebend.) 435.
- 7) für den Kreis Siegen. (A. E. v. 25. Mai 49.) 215. — Sitz ders. in der Stadt Siegen. (ebend.) 215.

San-

Handelsstand, Wahl der Mitglieder und Vorstehenden des Gewerberaths und deren Stellvertreter zum dritten Theile aus jenem. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 3—14. 19.) 94—98.

Handschlag, siehe Verpflichtung durch solchen.

Handschuhmacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Handwerke, einzelne, welche Arbeiten zu den unter denselben begriffenen Verrichtungen gehören, darüber hat der Gewerberath, mit Berücksichtigung der über ihre Abgrenzung bestehenden Anordnungen, nach den Verhältnissen des öffentlichen Gewerbebetriebes zu entscheiden. (B. v. 9. Febr. 49. §. 28.) 99. f. — in wie weit die gleichzeitige Ausübung mehrerer Handwerke durch dieselbe Person, nach Anhörung der theilhaftigen Zünfte und des Gewerberaths, durch Ortsstatuten beschränkt werden können. (§. 29.) 100. — Betrieb derselben in Fabrikanstalten. (§§. 30—32.) 100. — Strafbestimmungen für die Übertretung oder Umgehung der desfallsigen Vorschriften. (ebend. §. 74.) 109.

Handwerker, allgemeine Vorschriften für deren Prüfungen. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 35—43.) 101—103. — desgl. über deren selbstständigen Gewerbebetrieb. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 23—34.) 98—101. — die allgemeinen Interessen des Betriebes ders. hat der Gewerberath in seinem Bezirke wahrzunehmen und die zur Förderung desselben geeigneten Einrichtungen zu berathen und anzuregen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 93. — auch ist derselbe mit seinen Ansichten und Vorschlägen in allen Angelegenheiten zu hören, bei denen es sich um Anordnungen handelt, welche in die Verhältnisse des Handwerksbetriebes eingreifen. (ebend. §. 2.) 93. f. — nähere Bezeichnung derjenigen Handwerker, welche vor dem Beginn des Betriebes ihre Befähigung dazu nachweisen müssen. (ebend. §§. 23—26.) 98, 99. — in wie weit darin nach örtlichen Verhältnissen und nach Vernehmung des Gewerberaths Ausnahmen oder Erweiterungen stattfinden können. (§§. 26—28.) 99, 100. — Befugnisse des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten in letzter Beziehung. (ebend. §§. 26—28.) 99, 100. — Strafbestimmungen für die Übertretung oder Umgehung jener Vorschriften. (ebend. §§. 74, 75.) 109, 110. — Verwendung der deshalb erkannten Geldbußen. (ebend. §. 75.) 110. — in Wesel, Kreditverein für dies., f. Wesel.

Handwerkerstand, Wahl der Mitglieder des Gewerberaths und deren Stellvertreter, zum Theile aus jenem. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 3—14. 19.) 94—98. — desgl. der Mitglieder des Gewerbegerichts. (B. v. 9. Febr. 49. §. 4.) 111.

Handwerkerwaaren, in wiefern das Halten von Magazinen zu deren Detailverkauf nur gestattet werden kann. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 33, 34.) 100, 101. — Strafbestimmung für Übertretung der desfallsigen Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109. — neue, deren öffentliche Versteigerungen dürfen nur mit besonderer Genehmigung der Kommunalbehörde des Versteigerungsortes stattfinden, soweit sie nicht im Wege der Exekution, oder im Auftrage eines Gerichts oder einer andern öffentlichen Behörde erfolgen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 69.) 108. — Strafbestimmung für die Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109. — gewisse, Genehmigung zu deren fernern Verkauf auf Wochenmärkten von einheimischen Verkäufern, mit Ausschließung der auswärtigen, nach bisheriger Ortsgebräuchlichkeit. (B. v. 9. Febr. 49. §. 70.) 108. f.

Handwerksgehülften, f. Gehülften.

Handwerksgefellten, f. Gesellen.

Handwerksmeister, f. Meister.

Harzgerode, Ort, f. Chausseebau Nr. 14.

Hattingen, Stadt, f. Chausseebau Nr. 25.

Hausverfassung, königliche, f. königliche Familie.

Hahnrode, Gemeinde, f. Chausseebau Nr. 20.

Hebammen, deren zeitliche Befreiung von der Klassensteuer hört mit dem 1. Janr. 1850. auf. (B. v. 7. Dezbr. 49.) 436.

Heßengereuth, Ort und Gemeinde, f. Chausseebau Nr. 18.

Herausgeber von Druckschriften, Verantwortlichkeit derselben für den Inhalt der letzteren. (B. v. 30. Juni 49. §. 12.) 228. — von Zeitungen und Zeitschriften, deren Name und Wohnort müssen gleichfalls auf diesen genannt sein, wenn sie von den Verlegern verschieden sind. (ebend. §. 2.) 226. — Strafen für Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften. (§. 10.) 228. — der im Selbstverlage erscheinenden Druckschriften, deren oder des Verfassers Name und Wohnort muß auf letztern genannt sein. (B. v. 30. Juni 49. §. 1.) 226. — f. auch Druckschriften, Zeitungen und Zeitschriften.

Herrnprotsch = Brandschützer Deichverband, f. Deichverband.

Hirschberger Kreis, f. Handelskammern.

Hochverrath, nach §. 92. Tit. 20. Thl. II. des Allgemeinen Landrechts, Strafbestimmung für die ohne Erfolg gebliebene öffentliche Aufforderung oder Anreizung zu demselben. (B. v. 30. Juni 49. §§. 14, 31.) 229, 232. — während des zeit- oder distriktweise erklärten Belagerungszustandes desselben angeklagt, dessen Untersuchung und Verurteilung von dazu ange-

Hochverrath, (Fortf.)

ordneten Kriegsgerichten. (B. v. 10. Mai 49. §. 10.) 168. — als solcher sind im Bezirke des Rheinischen Appellationsgerichtshofes zu Köln die Verbrechen und und Vergehen wider die innere und äußere Sicherheit des Staats (Art. 75—108. des Rheinischen Strafgesetzbuches) anzusehen. (ebend. §. 10.) 168. — s. auch politische Verbrechen.

Hochzeitsversammlungen, deren Züge, wo solche hergebracht sind, gehören nicht zu den öffentlichen Aufzügen, welche einer vorgängigen Genehmigung oder einer Anzeige bedürfen. (B. v. 29. Juni 49. §. 11.) 223.

Hofgericht, zu Greifswald, Aufhebung desselben. (B. v. 2. Janr. 49. §. 24.) 8.

Holbach, Ort, siehe Chauffeebau Nr. 21.

Holzdiebstahl, in dem Verfahren wegen desselben wird durch die Vorschriften der Verordnung vom 3. Janr. 49. nichts geändert. (das. §. 181.) 46.

Horstmar, Ort, siehe Chauffeebau Nr. 22.

Hülfskassen, deren Errichtung für Innungsgeossen, Gesellen, Gehülfsen und Fabrikarbeiter, und Aufbringung der Beiträge zu solchen von letztern. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 56—59.) 105. 106.

Hutmacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Hypothekenbücher, an die Gerichte, welche solche führen, haben die Notarien die von ihnen aufgenommenen Verträge über Zertheilung, Abzweigung und Abtrennung von Grundstücken einzusenden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 31.) 10. — über einen zusammen gehörigen Komplex von Gütern, welche in den Bezirken verschiedener Gerichte gelegen sind, deren Führung. (B. v. 2. Janr. 49. §. 16.) 5. — Verfahren bei Eintragung der Westpreussischen Pfandbriefe in dieselben und deren Löschung in solchen. (A. E. v. 5. Novbr. 49.) 433. f.

Hypothekensachen, deren Regulirung durch Einzelrichter in ihrem Bezirke. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 8.) 8.

Hypothekenscheine, von der Schlesiſchen Landschaft, behufs Bewilligung eines neuen landschaftlichen Pfandbriefdarlehens extrahirt, deren gebührenfreie Ausfertigung, blos gegen Erstattung der Stempel und Kopialien. (A. E. v. 11. Mai 49.) 182. f.

J.

Jagdfrevel, an den Landesgrenzen mit fremden Staaten, s. Forstfrevel.

Immediat-Kommission, zur Entscheidung von Ansprüchen an Provinzen, Kreise und Kommunen für Lieferungen und Leistungen aus den Kriegsjahren 1806—7. und 1812—15. in zweiter und letzter Instanz durch die Order v. 27. Oktbr. 1820. niedergelegt, deren Auflösung. (A. E. v. 7. Dezbr. 48.) 90. — Wiedereintritt des ordentlichen Rechtsweges in jenen Angelegenheiten bei den kompetenten Gerichten in den sonst zulässigen Instanzen. (ebend.) 90. — in den von den Regierungen bereits in erster Instanz entschiedenen Sachen soll das Geheime Ober-Tribunal zur Entscheidung auf das eingelegte oder einzulegende Rechtsmittel in zweiter und letzter Instanz an die Stelle der Immediat-Kommission treten. (ebend.) 90.

Immobilien, s. Güter, unbewegliche, desgl. Grundstücke, Sequestrationen und Subhastationen.

Injurien (Beleidigungen, Ehrenkränkungen), im Amte verübt, deren Rüge und Bestrafung gegen richterliche Beamte. (B. v. 10. Juli 49. §. 6.) 254. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (B. v. 11. Juli 49. §. 7.) 272. — dem Thronfolger, einem andern Mitgliede des königlichen Hauses oder dem Regenten des Preussischen Staats zugefügt, deren Bestrafung. (B. v. 30. Juni 49. §. 21.) 230. — desgl. in Beziehung auf das Oberhaupt eines deutschen oder eines andern, mit dem preussischen Staate in anerkanntem völkerrechtlichen Verkehre stehenden Staates. (ebend. §. 22.) 230. — desgl. rücksichtlich der beiden Kammern und deren Mitglieder, sowie einer andern politischen Körperschaft, einer öffentlichen Behörde, eines öffentlichen Beamten, eines Religionsdieners, eines Geschworenen oder eines Mitgliedes der bewaffneten Macht, in Beziehung auf ihren Beruf und während dessen Ausübung. (ebend. §§. 23. 31.) 230. 231. 232. — gegen Beamte bei Ausübung ihres Amtes oder in Beziehung auf dasselbe, wozu auch Beleidigungen der im Dienste befindlichen Personen der bewaffneten Macht gehören, solche sind fortan nach Abschnitt II. und beziehungsweise Abschnitt III. der Verord. v. 3. Janr. 49. zu behandeln und unterliegen auch hinsichtlich der Rechtsmittel den Vorschriften ders. (B. v. 3. Janr. 49. §. 181.) 46. — alle sonstigen Injurien, mit Ausnahme der schweren Realinjurien, können fortan nur im Wege des Civilprozesses verfolgt werden. (ebend. §. 181.) 46. — Verfolgung der oben in den §§. 22. und 23. der Verord. v. 30. Juni 49. gedachten Bestrafung durch den

Injurien (Beleidigungen, Ehrenkränkungen), (Fortf.)

den Staatsanwalt in Beziehung auf die Beleidigung einer Kammer nur mit deren Ermächtigung, hinsichtlich der übrigen nur auf Antrag des Beleidigten. (B. v. 30. Juni 49. §. 34.) 233. — schreitet der Staatsanwalt nicht ein, so bleibt dem Beleidigten die Verfolgung im Wege des Civilprocesses unbenommen. (ebend. §. 34.) 233. — ist auf die von der Staatsanwaltschaft angehobene Klage eine gerichtliche Untersuchung einge-
leitet, so wird deren Fortgang, die Erlassung und Vollziehung des Urtheils durch eine Zurücknahme der Ermächtigung oder des Antrages oder durch eine Verzichtleistung auf die Bestrafung nicht gehemmt. (ebend. §. 34.) 233. — öffentliche Bekanntmachung des gefällten Urtheils in der durch letzteres zu bestimmenden Art und Weise auf Kosten des Verurtheilten. (S. 36.) 234. — gegen Privatpersonen ohne Merkmale der Verläumdung begangen, die Bestimmungen der bestehenden Gesetze darüber werden durch die obige Verordnung v. 30. Juni 49. nicht berührt. (S. 41. ders.) 235. — f. auch Majestätsverbrechen.

Injurien-Klagen, in so weit sie im Wege des Civilprocesses angestellt werden können, solche werden von den in der Verord. v. 30. Juni 49. über die Verjährung enthaltenen Bestimmungen nicht berührt. (S. 35. ders.) 234.

Injuriensachen, deren Verhandlung und Entscheidung durch die mit den Kreis- und Stadtgerichten in Verbindung stehenden Einzelrichter. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 20. 22.) 6. 7. — es soll jedoch dem Ermessen des Kreis- oder Stadtgerichts überlassen bleiben, auf den Antrag einer Partei die Verhandlung und Entscheidung vor das Kollegium zu verweisen. (ebend. §. 20.) 6. — Aufhebung des ermittelten Gerichtsstandes der Richter, der gerichtlichen Polizeibeamten und Patrimonialgerichtsherrn in solchen, mit Bezug auf die §§. 1. u. 2. des Gesetzes vom 11. Aug. 48. (B. v. 2. Janr. 49. §. 10.) 4. — im Civilproceß verhandelt, Festsetzung der Gebühren in solchen nach der Gebührentaxe und dem Ermessen des Richters. (B. v. 2. Janr. 49. §. 29.) 10.

Innungen, über deren Errichtung, Vereinigung oder Auflösung ist der Gewerberath mit seinen Ansichten und Vorschlägen zu hören. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 93. — auch hat derselbe die Befolgung der Vorschriften über dies. zu überwachen. (ebend. §. 2.) 93. 94. — Verfahren bei deren Vergleichsausschüsse in Streitigkeiten von Innungsgegnossen mit ihren Gehülfen, Gesellen und Lehrlingen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 25.) 117. — Vernehmung ders. über die Anlegung von Magazinen zum Detailverkauf von Handwerkerwaaren. (B. v. 9. Febr. 49. §. 34.) 100. 101. — bei jeder

Innungen, (Fortf.)

derselben werden die Meister- und Gesellen-Prüfungen durch eine Kommission bewirkt. (ebend. §. 37.) 101. — gegen die Entscheidungen dieser Kommission findet der Rekurs an die Kreis-Prüfungs-Kommission statt. (ebend. §§. 38—41.) 102. — Verpflichtungen ders. in Beziehung auf die Verhältnisse der Gesellen, Gehülfen und Lehrlinge. (SS. 45. 46.) 103. — Errichtung von Hilfs- und Unterstützungskassen bei solchen und Aufbringung der Beiträge zu dens. seitens aller dabei Betheiligten. (SS. 56—59.) 105. 106. — ältere, Revision und Feststellung deren Statuten nach Maßgabe obiger Verord. v. 9. Febr. 49. (S. 66. ders.) 107. 108. — betheiligte, dieselben sind über die Zulassung von Ausländern zum stehenden Gewerbebetriebe, so wie über die Gesuche ausländischer Gewerbetreibenden um Naturalisation, zu hören. (B. v. 9. Febr. 49. §. 67.) 108.

Innungs-Gebühren und Abgaben, bei der Aufnahme neuer Mitglieder in eine Innung und bei der Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge, deren Regulirung. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 60—66.) 106—108. — Aufhebung früherer Zahlungen und Abgaben bei dergl. Veranlassungen an den Fiskus, an eine Gemeinde oder an eine Ortsarmenkasse, desgl. an andere Berechtigte (Kirchen, milde Stiftungen etc.), soweit diese nicht nachweisen, daß ihre Hebungrechte auf besondern lästigen Erwerbstiteln beruhen. (S. 63.) 107. — Verfahren bei Anmeldung, Geltendmachung und Anerkennung solcher Hebungrechte bis zum Schlusse des Jahres 1849. (SS. 64. 65.) 107. — Rekursverfahren gegen die Entscheidungen der Regierungen in diesen Angelegenheiten. (S. 65.) 107. — Revision der Statuten der älteren Innungen nach Maßgabe obiger Bestimmungen und Feststellung ders. (SS. 60. 66.) 106. 107. f.

Insertionskosten, siehe Einrückungsgebühren, desgl. Intelligenz-Insertionszwang.

Intelligenzblätter, deren amtliche Ausgabe hört mit dem 1. Janr. 1850. überall auf. (B. v. 21. Dezbr. 49. §. 2.) 441. — Entschädigung des Militär-Waisenhauses zu Potsdam für die Entziehung der demstiftungsmäßig bisher aus der Herausgabe von Intelligenzblättern zuständigen Einkünfte aus der Staatskasse. (B. v. 21. Dezbr. 49. §. 4.) 441. — auch übernimmt der Staat die in Folge der Aufhebung des bisherigen Intelligenzblattwesens etwa zu gewährenden Entschädigungen an Beamte und sonstige Interessenten. (ebend. §. 4.) 441. — anderweite Publikation der bisher zur Aufnahme in solche gesetzlich bestimmten Bekanntmachungen durch den öffentlichen Anzeiger der Amtsblätter. (ebend. §. 3.) 441.

Intelligenz-Insertionszwang, bisher zu Gunsten des Militair-Waisenhauses in Potsdam bestanden, wird mit dem 1. Janr. 1850. gänzlich aufgehoben und demselben dafür eine jährliche Entschädigungsrente aus der Staatskasse gezahlt. (V. v. 21. Dezbr. 49. §§. 1. u. 4.) 441. — auch übernimmt der Staat die in Folge dieser Aufhebung etwa zu gewährenden Entschädigungen an Beamte und sonstige Interessenten. (ebend. §. 4.) 441.

Justizbeamte, Ernennung und Qualifikation derselben. (V. v. 2. Janr. 49. §§. 36. u. 37.) 12. — schon angestellte, deren Beförderung in eine höhere Stelle. (ebend. §. 37.) 12. — aufgelöster Privatgerichte, Fürsorge für dieselben und anderweite Unterbringung ders. (V. v. 2. Janr. 49. §§. 4—7.) 2. 3. — Pensionsverhältnisse der bei Königl. Gerichten angestellten bisherigen Privat-Gerichtsbeamten. (ebend. §. 7.) 3. — der aufgehobenen landesherrlichen Gerichte, deren Übernahme. (ebend. §. 6.) 3. — welche kein Richteramt bekleiden, Vorschriften für das Disziplinar-Strafverfahren gegen dieselben. (V. v. 11. Juli 49. §§. 59—83.) 281—287. — Verhängung von Ordnungsstrafen gegen dieselben. (ebend. §. 60.) 282. — desgl. gegen Beamte der Staatsanwaltschaft und der gerichtlichen Polizei. (§§. 61. 62.) 282. — gegen Bureau- und Unterbeamte. (§§. 63. und 71.) 282. 284. — gegen Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher, so wie gegen Parketsekretäre bei den Rheinischen Gerichten. (§§. 64. 65. u. 72.) 282. 283. 285. — gegen Bureau- und Unterbeamte bei den General-Kommissionen und dem Revisionskollegium, so wie gegen deren Spezialkommissarien. (§§. 66. u. 67.) 283. — gegen die bei dem General-Auditorate angestellten, oder dieser Behörde untergeordneten Beamten. (§. 68.) 283. — Entscheidung über die Beschwerden der Justizbeamten gegen Ordnungsstrafen. (§. 69.) 283. 284. — besondere Bestimmungen für Advokaten, Rechtsanwälte und Notarien. (§§. 73—82.) 285—287. — Erledigung des Amtes eines Rechtsanwalts, Notars und Gerichtsvollziehers. (§. 83.) 287.

Justizbehörden, siehe Gerichtsbehörden, Kreis- und Stadtgerichte, Appellationsgerichte, Ober-Tribunal &c.

Justizkommissarien, hinsichtlich deren Anstellung für bestimmte Gerichtsbezirke es bei den bestehenden Bestimmungen verbleibt, nehmen den Amtscharakter: „Rechtsanwalt“ an. (V. v. 2. Janr. 49. §. 30.) 10. — siehe ferner Rechtsanwälte.

Justizministerium (Justizminister), nach der Bestimmung desselben werden bis zur Aufstellung neuer Etats für die Gerichtsbehörden die vorhandenen Fonds zur Besoldung der erforderlichen Beamten verwendet. (V. v. 2. Janr. 49. §. 41.) 13. — Ernennung

Justizministerium, (Justizminister), (Fortf.)

der Assessoren, Rechtsanwälte, Notarien und Referendarien von dems. im Namen des Königs. (V. v. 2. Janr. 49. §. 36.) 12. — von dems. hängt die Verleihung des vollen Stimmrechts an die den Kreis- oder Stadtgerichten als unbesoldete Mitglieder überwiesenen Gerichtsassessoren ab. (V. v. 2. Janr. 49. §. 36.) 12. — auf Antrag desselben erfolgt die definitive Ernennung der Ober-Staatsanwälte und der Staatsanwälte durch des Königs Majestät. (V. v. 3. Janr. 49. §. 3.) 14. — von demselben sind jedem Staatsanwälte, so weit das Bedürfnis es erfordert, Gehülfen beizunordnen. (V. v. 3. Janr. 49. §. 2.) 14. — dasselbe hat das Weitere wegen der durch Beschluß des Gerichts bestimmten unfreiwilligen Versetzung eines Richters in den Ruhestand zu veranlassen. (V. v. 10. Juli 49. §. 65.) 266. — dessen Aufsicht sind die Ober-Staatsanwälte und Staatsanwälte unterworfen, daher sie dessen Anweisungen nachzukommen haben. (V. v. 3. Janr. 49. §. 3.) 14. — durch dasselbe sind die Beschwerden, welche die Disziplin, den Geschäftsbetrieb oder Verzögerungen in Rechtsangelegenheiten betreffen, (§. 37. der Verord. v. 21. Juli 46.) schließlich zu erledigen. (V. v. 2. Janr. 49. §. 35.) 11. — solches erteilt dem Staatsanwälte des betreffenden Gerichts den Befehl zur Beantragung der unfreiwilligen Versetzung eines Richters. (V. v. 10. Juli 49. §. 56.) 264. — von dems. sind die Gerichtsbehörden zur Ausführung der Verord. v. 2. Janr. 49., die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des erimierten Gerichtsstandes, sowie die anderweitige Organisation der Gerichte betr., mit der erforderlichen weiteren Anweisung zu versehen. (V. v. 2. Janr. 49. §. 41.) 13. — auch ist von dems. für den zur Ausführung dieser Verord. auf den 1. April 49. festgesetzten Zeitpunkt nöthigenfalls ein späterer zu bestimmen, und öffentlich bekannt zu machen. (ebend. §. 41.) 13. — Erlaß einer Instruktion seitens desselben wegen Übergabe der Rechtsangelegenheiten der Erimierten von den Appellationsgerichten an die ordentlichen Gerichte. (V. v. 2. Janr. 49. §. 25.) 9. — es bestimmt die zur Abhaltung der Schwurgerichte bei schweren Verbrechen geeigneten Gerichtsbehörden und die ihnen anzuweisenden Bezirke, auf den Vorschlag des Appellationsgerichts. (V. v. 2. Janr. 49. §. 22.) 7. — von demselben und dem Minister des Innern sind die Anordnungen wegen Bildung der Geschworenenlisten zu treffen. (V. v. 3. Janr. 49. §. 184.) 47. — durch dasselbe findet eine Bestätigung des richterlichen Urtheils in Untersuchungssachen nicht mehr statt. (V. v. 3. Janr. 49. §. 26.) 18. — es bestimmt das Gericht zur Führung des Hypothekenbuchs über einen zusammengehörigen Komplex von Gütern, welche in

Justizministerium, (Justizminister), (Fortf.)

in den Sprengeln verschiedener Obergerichte belegen sind, sowie eintretenden Falls zur Leitung von Sequestrationen und Subhastationen ders. (V. v. 2. Janr. 49. §. 16.) 5.

Justizräthe, Kreis=, siehe Kreis=Justizräthe.

Justizsenat zu Ehrenbreitstein, ders. bleibt unter Vorbehalt weiterer Bestimmung bestehen. (V. v. 2. Janr. 49. §§. 24. 25.) 8. — solcher ist zugleich das Disziplinargericht in Ansehung seiner Mitglieder und aller übrigen Richter seines Gerichtsprengels. (V. v. 10. Juli 49. §. 21.) 257. 258. — Abgabe der Rechtsangelegenheiten der Crimirten an die ordentlichen Gerichte seitens desselben. (V. v. 2. Janr. 49. §. 25.) 9. — Einführung eines gleichmäßigen, auf Mündlichkeit und Öffentlichkeit beruhenden Verfahrens in Civilproessen in dessen Bezirk, unter Aufhebung der bisherigen, demselben entgegenstehenden Prozeßvorschriften. (V. v. 21. Juli 49.) 307—333. — die Kompetenz der Schöffengerichte und Landtschreibereien im Bezirke desselben wird durch besondere Instruktionen geregelt. (V. v. 2. Janr. 49. §. 20.) 7. — s. auch Prozesse.

Justizvisitationen, solche verbleiben den Appellationsgerichten. (V. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 6. und §. 35.) 9. 11.

Jüterbogk-Luckenwalder Kreisstände, s. Chausseebau Nr. 4.

K.

Kammacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (V. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Kammergericht, in Berlin, dasselbe bleibt unter Vorbehalt weiterer Bestimmung bestehen, es erhält aber fortan die Bezeichnung „Appellationsgericht“ (V. v. 2. Janr. 49. §§. 24. 25.) 8. — in Stelle des Gesetzes vom 17. Juli 1846. wegen des Verfahrens in den bei dems. zu führenden Untersuchungen, tritt nunmehr die Verord. v. 3. Janr. 49. (das. §. 183.) 46. — siehe auch Appellationsgerichte.

Kammern, Ausübung der Rechtsgeschäfte, so wie der Amtshandlungen der Behörden und einzelnen Beamten, am 22. und 29. Janr. 49., den Wahltagen für dieselben, gleichwie an Sonn- und Festtagen. (A. E. v. 5. Janr. 49.) 48. — beide, werden auf den 7. Aug. 49. zusammenberufen. (V. v. 30. Mai 49. Art. 2.) 212. — innerhalb zweier

Kammern, (Fortf.)

Meilen von dem Orte des Sitzes ders. dürfen während deren Sitzungsperiode keine Volksversammlungen unter freiem Himmel stattfinden. (V. v. 29. Juni 49. §. 12.) 223. — Strafen für die Übertretungen dieses Verbots. (ebend. §. 17.) 224. — auf die Versammlungen deren Mitglieder während der Dauer der Sitzungsperiode findet die Verordnung v. 29. Juni 49 wegen des Versammlungs- und Beretnigungsrechts keine Anwendung. (V. v. 29. Juni 49. §. 21.) 225. — denselben muß sofort nach ihrem Zusammentreten über die während eines erklärten Belagerungszustandes erfolgte zeit- und distriktsweise Suspendirung der Art. 5. 6. 7. 24. 25. 26. 27 und 28. der Verfassungsurkunde v. 5. Dezbr. 48. oder einzelne dieser Artikel, Rechenschaft gegeben werden. (V. v. 10. Mai 49. §. 5.) 166. — desgl. wenn auch außer dem Belagerungszustande im Falle des Krieges oder Aufruhrs die Art. 5. 6. 24. 25. 26. 27. 28. der Verf.-Urk. vom Staats-Ministerium zeit- und distriktsweise außer Kraft gesetzt worden sind. (ebend. §. 16.) 170. 171. — Bestrafung der denselben und ihren Mitgliedern zugesügten Beleidigungen. (V. v. 30. Juni 49. §§. 23. und 31.) 231. 232. — wegen Beleidigung einer Kammer kann die Staatsanwaltschaft nur mit deren Ermächtigung die Verfolgung einleiten, sonst aber nur auf den Antrag des Beleidigten. (ebend. §. 34.) 233. — nach eingeleiteter gerichtlicher Untersuchung wird deren Fortgang durch Zurücknahme dieser Ermächtigung oder durch eine Verzichtleistung auf die Bestrafung nicht gehemmt. (ebend. §. 34.) 233. — öffentliche Bekanntmachung des gefällten Urtheils in der durch letzteres zu bestimmenden Art und Weise auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234.

Erste Kammer.

Vertagung derselben. (V. v. 27. Apr. 49.) 159.

Zweite Kammer.

Auflösung derselben. (V. v. 27. Apr. 49.) 159. — Ausführung der ferneren Wahl der Abgeordneten für dieselbe. (V. v. 30. Mai 49.) 205—211. — die Bestimmungen dieser Verordnung sind statt des Wahlgesetzes vom 6. Dezbr. 1848. zur Anwendung zu bringen. (ebend.) 205. — die Abgeordn. derselben werden von Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Urwahlbezirken gewählt. (ebend. §. 1.) 205. — Zahl der in jedem Regierungsbezirke zu wählenden Abgeordneten. (§. 2. nebst Verzeichniß) 205. 211. — Bildung der Wahlbezirke für dieselbe. (§§. 3. u. 4.) 205. — desgl. der Urwahlbezirke zur Wahl der Wahlmänner der Abgeordneten. (§§. 5—7.) 205. 206. — Bildung besonderer Wahlbezirke im Militair und den Stamm-Mannschaften der Landwehr. (§. 9.) 206. — Erforder-

nisse

Kammern, (Fortf.) zweite Kammer.

nisse zur Zulassung als stimmberechtigte Urwähler. (§§. 8. und 9.) 206. — Theilung der Urwähler in drei Abtheilungen nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats- oder Kommunal-Steuern, so daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt. (§§. 10—14.) 206. 207. — Aufstellung, Auslegung und Berichtigung der Urwählerlisten. (§§. 15. u. 16.) 207. 208. — Anordnung der Wahlen der Wahlmänner und Verfahren bei solchen. (§§. 17—25.) 208. 209. — desgl. bei den Wahlen der Abgeordneten. (§§. 26—31.) 209. — Erfordernisse zur Wählbarkeit als Abgeordnete. (§. 29.) 209. — die Tage zur Wahl der Wahlmänner und der Abgeordneten sind von dem Minister des Innern festzusetzen. (§§. 17. u. 28.) 208. 209. — die zur Ausführung obiger Verordnung erforderlichen näheren Bestimmungen hat das Staatsministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen. (§. 32.) 210. — die Urwähler für solche haben sich am 17. Juli 49. zur Wahl der Wahlmänner zu versammeln. (B. v. 30. Mai 49. Art. 1.) 212. — Aussetzung der Rechtsgeschäfte und Amtshandlungen an diesem Tage. (A. E. v. 9. Juli 49.) 251. — s. auch Wahlen.

Kantonirungen, des Militärs, in solchen findet eine Bewilligung der Tagegelder nicht statt; vielmehr verbleibt es in dieser Hinsicht bei den bestehenden Vorschriften. (A. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 6.) 87.

Kanzleidiener, siehe Unterbeamte.

Kasernen, wenn in solchen Kommandirte auf Dienstreisen ihr Unterkommen finden, so erfolgen die Tagegelder nur bis zur Ankunft am Bestimmungsorte. (A. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 4.) 87.

Kassation, siehe Amtsentsetzung.

Kassationshof, Rheinischer, siehe Revisions- und Kassationshof.

Kassationsrekurs, derselbe findet in Disziplinarsachen nicht statt. (B. v. 10. Juli 49. §. 45.) 262.

Kastellane, siehe Unterbeamte.

Kaufmännische Korporationen, Personen, welche durch einen Beschluß derselben von deren Mitgliedschaft ausgeschlossen sind, können auch nicht an der Wahl der Mitglieder eines Gewerberaths und deren Stellvertreter theilnehmen. (B. v. 9. Februar 49. §. 7. Nr. 3.) 94. 95. — auch nicht an derjenigen für die Gewerbegerichte. (B. v. 9. Febr. 49. §. 6. Nr. 3.) 112.

Kaufmännische Rechte, Personen, welche solche durch ein rechtskräftiges Erkenntniß verloren haben, sind von der Theilnahme an der Wahl der Mitglieder eines Gewerberaths und deren Stellvertreter ausgeschlossen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 7. Nr. 4.) 94. 95. — auch an derjenigen für die Gewerbegerichte. (B. v. 9. Febr. 49. §. 6. Nr. 4.) 112.

Kaution, in baarem Gelde oder in geldwerthen Papieren, deren freiwillige Bestellung seitens des verurtheilten Verklagten nach eingelegtem Rechtsmittel gegen das Erkenntniß eines Gewerbegerichts. (B. v. 9. Febr. 49. §. 55.) 124.

Kies, von benachbarten Grundstücken zum Chausseebau, siehe leßt.

Kindesstatt, Annahme an solcher, (Adoption) — §. 667 Tit. 2. Thl. II. des Allg. L.-R. — die Bestätigung ders. gehört fortan vor das ordentliche persönliche Gericht. (B. v. 2. Janr. 49. §. 14.) 5.

Kirchen, die für solche erhobenen Zahlungen und Abgaben bei der Aufnahme neuer Mitglieder in eine Innung und bei der Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge sind aufgehoben, soweit nicht nachgewiesen ist, daß ihre Hebungsbefugnisse auf besonderen lästigen Erwerbstiteln beruhen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 63.) 107. — Präklusivfrist für die Anmeldung und Anerkennung von dergl. Hebungsbefugnissen. (ebend. §§. 64. 65.) 107.

Kirchenbeamte, auf solche ist die Verordnung vom 11. Juli 49., betr. die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, nicht anwendbar. (§. 1. ders.) 271.

Kirchensachen, evangelische, innere, zu dem Ressort der Konsistorien gehörig, dieselben sollen in der höhern Instanz von der evangelischen Abtheilung des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten unter dem Vorsteher des Direktors derselben selbstständig und kollegialisch bearbeitet werden, bis der Art. 12. der Verfassungsurkunde vom 5. Dezbr. 48. in Vollziehung zu setzen sein wird. (A. E. vom 26. Janr. 49.) 125. — die gedachte Abtheilung soll sich unverzüglich mit der Berathung der für letzte Angelegenheit erforderlichen Maßregeln beschäftigen. (ebend.) 125. — in Betreff der den Regierungen zur Zeit noch zustehenden Befugnisse in Kirchensachen bewendet es vorläufig bei der gegenwärtigen Einrichtung. (ebend.) 125. — Ressortverhältnisse der gedachten Abtheilung zu dem Ministerium. (ebend.) 125.

Kirchliche Vereine und deren Versammlungen, auf solche beziehen sich die Bestimmungen der Verordnung v. 29. Juni 49. über das Versammlungs- und Vereinigungsgesetz nicht. (daselbst §. 2.) 221. — auch nicht auf kirchliche Prozessionen, Wallfahrten und Bittgänge. (ebend. §. 11.) 223.

Klagen, gerichtliche, deren An- und Aufnahme und Beantwortung gehört zur Kompetenz der Einzelrichter. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 2.) 7. — dieselben können

Klagen, gerichtliche, (Fortf.)

können von Fabrikinhabern und denselben gleichgestellten Personen gegen ihre Arbeiter, Gehülfen, Faktoren u., wegen Forderungen für die den Letztern behufs der Anrechnung bei der Lohnzahlung kreditirten Waaren, nicht erhoben werden. (B. v. 9. Febr. 49. S. 55.) 105. — auch nicht aus Verträgen und Verabredungen zwischen Fabrikinhabern oder ihnen gleichgestellten Personen einerseits und Arbeitern andererseits über die Verwendung des Verdienstes der Letztern zu andern Zwecken, als zur Vertheilung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien. (ebend. SS. 50. 53. 54.) 104. — bei den Gewerbegerichten, s. dies. — siehe auch Prozesse.

Klassensteuer, die zeitherigen Befreiungen der ehemals Reichsunmittelbaren, der Geistlichen und Schullehrer, der Offiziere des stehenden Heeres und der Landwehr und der Militairbeamten, sofern dieselben nicht mobil gemacht sind, sowie der Hebammen, werden aufgehoben, und die bisher befreiten Personen v. 1. Janr. 1850. ab nach den bestehenden Einschätzungs-Grundsätzen zur Klassensteuer veranlagt. (B. v. 7. Dezbr. 49.) 436. — diejenigen, welche nicht wenigstens jährlich 18 Rthlr. derselben entrichten, können zu Geschworenen nicht berufen werden. (B. v. 3. Janr. 49. S. 63. Nr. 9.) 25. — Ausnahmen von diesem Prinzip. (ebend. S. 63.) 25. — siehe auch Staatssteuern.

Kleider, gebrauchte, in wie fern die polizeiliche Erlaubniß zu dem Handel mit solchen zu versagen ist. B. v. 9. Febr. 49. S. 68.) 108.

Klempenow, Ort, siehe Chausseebau Nr. 9.

Klempner, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. S. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. S. 74.) 109.

Knopfmacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. S. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. S. 74.) 109.

Kodizille, deren Annahme und Aufbewahrung in gerichtlichen Depositorien. (B. v. 18. Juli 49. S. 8.) 297. — s. auch letztwillige Dispositionen.

Kommissarien, Spezial-, der General-Kommissionen und landwirthschaftlichen Regierungs-Abtheilungen, Disziplinar-Strafverfahren gegen dieselben. (B. v. 11. Juli 49. S. 67.) 283.

Jahrgang 1849.

Kommissionaire, s. Geschäftsvermittler.

Kommunal-Abgaben, s. Gemeinde-Abgaben.

Kommunalbeamte, s. Gemeindebeamte.

Kommunalbehörden, Mitwirkung derselben bei den Urwahlen für die zweite Kammer. (B. v. 30. Mai 49. SS. 6. 11. 15 u. 16.) 206. 207 f. — solche haben während eines erklärten Belagerungszustandes den Anordnungen und Aufträgen der Militairbefehlshaber Folge zu leisten. (B. v. 10. Mai 49. S. 4.) 166. — Aufstellung und Fortführung der Verzeichnisse der Wahlberechtigten zur Wahl der Mitglieder des Gewerbe-raths und deren Stellvertreter durch dieselben. (B. v. 9. Febr. 49. SS. 11. 12.) 95. 96. — sie entscheiden über nachgesuchte nachträgliche Einschreibungen in jene Verzeichnisse, mit Vorbehalt des Rekurses an die Regierung. (ebend. S. 11.) 95. — von solchen sind in denjenigen Orten, für welche ein Gewerberath nicht besteht, die dem Letzteren zugewiesenen Angelegenheiten zu erledigen. (B. v. 9. Febr. 49. S. 22.) 98. — Mitwirkung derselben bei den Wahlen der Mitglieder und deren Stellvertreter für die Gewerbegerichte. (B. v. 9. Febr. 49. SS. 9. 10.) 113. — Konkurrenz ders. bei Stiftung von Hilfs- und Unterstützungskassen und ähnlichen Einrichtungen für Gesellen oder Gehülfen, so wie für die Fortbildung ders. und der Lehrlinge. (B. v. 9. Febr. 49. S. 57.) 105. — desgl. bei Erörterung streitiger, angeblich auf besonderen lästigen Erwerbstiteln beruhenden Zahlungen und Abgaben an Kirchen, milde Stiftungen u. bei der Aufnahme neuer Mitglieder in eine Innung und bei der Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge. (ebend. S. 65.) 107. — desgl. hinsichtlich der polizeilichen Erlaubniß zum Trödelhandel, zum Pandleihgewerbe, zu Kommissions- und Konzipienten-Geschäften, zum Gewerbe der Lohnlakaien und anderer Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder in Wirthshäusern ihre Dienste anbieten. (ebend. S. 68.) 108. — nur mit deren Genehmigung und nach vorgängiger Vernehmung der betheiligten Innungen und des Gewerberaths kann die Anlegung von Magazinen zum Detailverkauf von Handwerkerwaaren denjenigen gestattet werden, welche nicht zum selbstständigen Betriebe der betreffenden Handwerke befugt sind. (B. v. 9. Febr. 49. S. 34.) 100 f. — auch nur mit besonderer Genehmigung ders. können im Orte öffentliche Versteigerungen neuer Handwerkerwaaren stattfinden. (ebend. S. 69.) 108. — Zustimmung ders. zum Betriebe eines stehenden Gewerbes von Ausländern, so wie zur Naturalisation ausländischer Gewerbetreibenden. (ebend. S. 67.) 108.

Kommunalsteuern, s. Gemeinde-Abgaben.

Kompetenz-Streitigkeiten zwischen den Appellationsgerichten in Disziplinarsachen richterlicher Beamten, deren Entscheidung von dem obersten Gerichtshofe. (B. v. 10. Juli 49. §. 28.) 259. — desgleichen zwischen den Disziplinarbehörden in Disziplinarsachen nicht richterlicher Beamten, deren Entscheidung von dem Staatsministerium, nach Vernehmung des Gutachtens des Disziplinarhofes. (B. v. 11. Juli 49. §. 30.) 277. — der Gerichtsbehörden erster Instanz hinsichtlich der zu ihrem Ressort übergehenden Sachen, deren Entscheidung durch die Obergerichte. (B. v. 2. Janr. 49. §. 16.) 5. — eine Verhandlung und Entscheidung des Rechtsstreits in erster Instanz vor dem Obergerichte in den Fällen der §§. 131 bis 147. Tit. 2. Thl. I. der Allgem. G. Ord. findet nicht weiter statt, vielmehr kann dieselbe nur einem anderen Gerichte erster Instanz übertragen werden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 17.) 5. — in Untersuchungen erster Instanz, über solche hat das Gericht der höheren Instanz zu entscheiden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 36.) 20.

Konditoren, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Königinn Majestät, Strafe für deren Beleidigung durch Wort, Schrift, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung etc. (B. v. 30. Juni 49. §. 20.) 230.

Königliche Autorität, Strafbestimmung für denjenigen, der die öffentlichen Zeichen derselben wegnimmt, zerstört oder beschädigt. (B. v. 30. Juni 49. §. 15. Nr. 3.) 229.

Königliche Familie, rücksichtlich der Rechtsstreitigkeiten unter Mitgliedern derselben, so wie der nicht streitigen Rechtsangelegenheiten der zu derselben gehörigen Personen, namentlich in Betreff der Testamentserrichtungen, Nachlassregulirungen, Familienschlüsse, Ehesachen, Vormundschafts- und ähnliche Angelegenheiten, behält es bei der Hausverfassung sein Bewenden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 11.) 4.

Königliches Haus, Bestrafung der den Mitgliedern desselben zugesügten Beleidigungen. (B. v. 30. Juni 49. §. 21.) 230. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils in der darin zu bestimmenden Art und Weise, auf Kosten des Verurtheilten. (ebend. §. 36.) 234.

Königsberg, in Pr., Stadt, s. Chausseebau Nr. 1. und Eisenbahnen Nr. 1.

Königs Majestät, in dessen Namen soll die Gerichtsbarkeit durch vom Staate bestellte Gerichtsbehörden ausgeübt werden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 1.) 4.

Königs Majestät, (Fortf.)

— desgl. sind in dessen Namen die gerichtlichen Urtheile auszufertigen. (B. v. 2. Janr. 49. §. 33.) 11. — s. auch Majestätsverbrechen.

Konkurs, diejenigen, welche sich in solchem befinden, sind von der Theilnahme an der Wahl der Mitglieder des Gewerberathes und deren Stellvertreter ausgeschlossen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 7. Nr. 2.) 94. 95. — auch rücksichtlich der Wahlen für die Gewerbegerichte. (B. v. 9. Febr. 49. §. 6. Nr. 2.) 112. — desgleichen rücksichtlich der Wahlen für das Volkshaus des deutschen Parlaments. (B. v. 26. Novbr. 49. §. 8. Nr. 2.) 424. — in solchem ist die ritterschaftliche Privatbank von Pommern nicht verpflichtet, die Unterpfänder ihrer Schuldner herauszugeben. (Statuten der Bank v. 24. Aug. 49. §. 46.) 371.

Konfistorien, die nach der Instruktion vom 23. Oktober 1817., der Order vom 31. Dezember 1825. und der Verordnung vom 27. Juni 1845. §. 1. zu deren Ressort gehörenden Angelegenheiten sollen in der höheren Instanz einwirken von der evangelischen Abtheilung des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten unter dem Voritze des Direktors derselben selbstständig und kollegialisch bearbeitet werden. (A. G. v. 26. Janr. 49.) 125. — Aufhebung des Konfistoriums zu Greifswald. (B. v. 2. Janr. 49. §. 24.) 8.

Kontumazialbescheide, deren Abfassung und Vollstreckung gehört zur Kompetenz der Einzelrichter. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 2.) 7. — deren Abfassung seitens der Gewerbegerichte. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 27. Nr. 4. 29.) 117. 118. — Verfahren bei Einlegung des Rechtsmittels der Restitution gegen letztere. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 51—53.) 123.

Kontumazialverfahren gegen vorgeladene, aber ausgebliebene Angeklagte in Untersuchungen wegen Vergehen. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 32. 33. 35.) 20. — desgl. gegen Angeklagte schwerer Verbrechen. (ebend. §§. 79—81.) 29.

Konzipienten schriftlicher Aufsätze für Andere, s. Aufsätze.

Korbflechter, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Korduaner, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Kör-

Körperschaften, politische, Bestrafung der denselben zugefügten Beleidigungen. (B. v. 30. Juni 49. §§. 23. 31.) 231. 232. — Verfolgung solcher Bestrafung durch die Staatsanwaltschaft nur auf den Antrag der Beleidigten. (ebend. §. 34.) 233. — öffentliche Bekanntmachung des gefällten Urtheils in der in letztem zu bestimmenden Art und Weise, auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234.

Korporationen, solche müssen bei dem ordentlichen Gerichte belangt werden, in dessen Bezirke der Vorstand derselben seinen Sitz hat. (B. v. 2. Janr. 49. §. 9.) 3. — Ausnahmen hievon bestimmen die Gesetze (ebend. §. 9.) 3.

Kosten, in Disziplinar=Untersuchungen wegen Amtssuspension, deren Bestreitung aus dem innebehaltenen Theile des Dienst Einkommens des Angeschuldigten. (B. v. 10. Juli 49. §§. 50. 51.) 263. — (B. v. 11. Juli 49. §§. 55. 56.) 281. — für den Anwalt aufgelaufene, deren Erstattung von dem zu den Prozeßkosten verurtheilten Gegner. (B. v. 2. Janr. 49. §. 29.) 10. — diejenigen eines ohne Erfolg eingelegten Rechtsmittels, fallen demjenigen zur Last, welcher dasselbe eingewendet hat. (B. v. 3. Janr. 49. §. 179.) 46. — ist dies der Staatsanwalt, so werden sie niedergeschlagen. (ebend. §. 179.) 46. — bei der Versäumniß von Fristen und Terminen trägt der Säumige die dadurch verursachten Kosten. (ebend. §. 179.) 46. — im Untersuchungsverfahren, solche hat nur der Angeklagte zu tragen, wenn er zu einer Strafe rechtskräftig verurtheilt worden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 178.) 45. — durch Ansetzung eines neuen Termins in Untersuchungssachen verursacht, deren Tragung von früher gehörig vorgeladenen, aber ausgebliebenen Zeugen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 20.) 17. — für die öffentliche Bekanntmachung gewisser Straf=Erkenntnisse in der darin ausgesprochenen Art und Weise, deren Tragung seitens des Verurtheilten. (B. v. 30. Juni 49. §. 36.) 234. — aus der Zahl der bei dem Gerichte zur Praxis berechtigten Rechtsanwälte können sich die wegen Polizeivergehen Angeschuldigten auf ihre Kosten vertreten lassen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 164.) 43. — die Kosten der ersten Einrichtung der Gewerberäthe werden von den Gemeinden, diejenigen der laufenden Geschäftsführung, mit Einschluß der Besoldungen des Schriftführers und des Boten, durch Beiträge der Gewerbetreibenden des Bezirks ausgebracht. (B. v. 9. Febr. 49. §. 21.) 98. — für die laufende Geschäftsführung der Gewerbegerichte, mit Einschluß der Besoldungen des Gerichtsschreibers und des Gerichtsboten, deren Deckung durch die eingehenden Gebühren und Strafgeelder, und soweit diese nicht ausreichen, durch Beiträge der Gewerbetreibenden

Kosten, (Fortf.)

des Gerichtsbezirks. (B. v. 9. Febr. 49. §. 16.) 115. — des Verfahrens in Streitigkeiten vor den Gewerbegerichten, Ausspruch in den Erkenntnissen der letztern über die Verpflichtung zu deren Tragung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 38.) 120. — des Verfahrens vor dem Vergleichsausschusse der Gewerbegerichte, deren Aufbringung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 24.) 116. 117. — für die öffentliche Bekanntmachung der rechtskräftigen Verurtheilung wegen verbotswidriger Lohnabfindung der Fabrikarbeiter &c., solche fallen dem Verurtheilten zur Last. (B. v. 9. Febr. 49. §. 75.) 110. — bei Beleihung des ländlichen Grundeigenthums mit neuen Pfandbriefen der Schlessischen Landschaft, deren Aufbringung. (A. E. v. 11. Mai 49. u. §. 18. des beigefügten Regulativs.) 182. 189. f. — f. auch Kriminalkosten, desgl. Gebühren und Gebühren-taren.

Kottwig, Ort und Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 26.

Krankenkassen, deren Errichtung für Innungsgeossen, Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter und Aufbringung der Beiträge zu solchen von letztern. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 56—59.) 105. 106.

Krappitz, Ort, siehe Chausseebau Nr. 11.

Kreditverein für Handwerker des Stadtbezirks Wesel, siehe Wesel.

Kreisgerichte, Gerichte erster Instanz, deren Errichtung, Jurisdiktionsbezirk, Geschäfts- und Ressortverhältnisse, in Verbindung mit Einzelrichtern. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 18—23.) 6—8. — der Bezirk eines jeden ders. soll ungefähr 40,000 bis 70,000 (durchschnittlich 50,000) Einwohner umfassen, und für jeden landrätlichen Kreis oder nach dem Umfange für zwei ders. ein solches in der Kreisstadt bestehen. (ebend. §. 19.) 6. — Errichtung eines besondern Kreisgerichts in Städten von 50,000 und mehr Einwohnern, neben dem beizubehaltenden Stadtgerichte. (ebend. §. 19.) 6. — Eintheilung der Kreisgerichte in zwei Haupt-Abtheilungen, von welchen der ersten Abtheilung die streitige Gerichtsbarkeit in Civil- und Strafsachen, einschließlich der Kredit- und Subhastationsachen, der zweiten Abtheilung aber alle übrigen Gegenstände der Justizverwaltung, welche nicht den Appellationsgerichten vorbehalten sind, zugewiesen werden. (ebend. §. 20.) 6. — Ernennung ständiger Kommissarien bei der ersten Abtheilung durch den Direktor, für die von Einzelrichtern zu verhandelnden und zu entscheidenden Vagant-, Injurien- und Untersuchungs-Sachen. (ebend. §. 20.) 6. — jedes Kreisgericht soll aus einem Direktor und der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern f*
(Räthen

Kreisgerichte, (Fortf.)

(Räthen und Assessoren), mindestens zusammen aus sechs, ausnahmsweise aus fünf Richtern bestehen. (ebend. §. 19.) 6. — soweit es bei der ersten Abtheilung für die Aburtheilung der Verbrecher an der erforderlichen Anzahl von Richtern fehlen sollte, sind von dem Direktor Mitglieder der zweiten Abtheilung zu Ergänzungsrichtern zu bestellen. (ebend. §. 20.) 6. 7. — der Direktor kann Vorsitzender beider Abtheilungen sein. (ebend. §. 20.) 6. — Aufstellung eines Geschäftsregulativs für dies. (ebend. §. 20.) 7. — in wie fern Deputationen und besondere Abtheilungen der Kreisgerichte für die kollegialisch zu behandelnden Civil- und Strafsachen eines gewissen Bezirks beibehalten werden können. (ebend. §. 21.) 7. — Überweisung von Gerichtsassessoren zu unbefoldeten Mitgliedern ders., mit Verleihung des vollen Stimmrechts. (V. v. 2. Janr. 49. §. 36.) 12. — dergl. Mitglieder mit letztem dürfen jedoch bei einem Gerichte niemals die Hälfte der etatsmäßigen Richter erreichen. (ebend. §. 36.) 12. — Anwendung der Gebührenart v. 23. Aug. 1815. für Untergerichte in großen Städten bei dens. (V. v. 2. Janr. 49. §. 29.) 10. — bei den Einzelrichtern ders. nach jener Tare für sämtliche Untergerichte. (ebend. §. 29.) 10. — die Aufsichts- und Beschwerde-Instanz über dieselben bilden die Appellationsgerichte. (V. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 3. und §. 35.) 9. 11. — dieselben entscheiden da, wo keine Handelsgerichte bestehen, über den Rekurs und die Appellation gegen die Bescheide und Erkenntnisse der Gewerbegerichte. (V. v. 9. Febr. 49. §. 54.) 123. — in Westpreußen, hypothekarisches Verfahren bei denselben hinsichtlich der Eintragung und Löschung Westpreussischer Pfandbriefe. (M. E. v. 5. Novbr. 49.) 433. f.

Kreisgerichts-Direktoren, zur Verwaltung des Amtes eines solchen ist die Ablegung der großen Staatsprüfung erforderlich. (V. v. 2. Janr. 49. §. 37.) 12.

Kreis-Justizräthe, das Institut derselben wird aufgehoben. (V. v. 2. Janr. 49. §. 23.) 8. — ein Anspruch auf Entschädigung steht den betheiligten Beamten nicht zu. (ebend. §. 23.) 8.

Kreis-Kommissionen und Kreis-Abtheilungskommissionen, deren Bildung für die Vorarbeiten zur Aufhebung der bestehenden Grundsteuerfreiheiten. (V. v. 29. Juni 49. §§. 2—6.) 237. 238. — Bewilligung von Reise- und Tagegeldern für deren Mitglieder. (ebend. §. 5.) 238. — s. auch Distrikts-Kommissionen.

Kreis-Obligationen, Arnswalder, s. lq.

Kreis-Prüfungs-Kommissionen für Handwerker, s. Prüfungen.

Kreisstadt, in solcher soll der Sitz des Kreisgerichts sein. (V. v. 2. Janr. 49. §. 19.) 6.

Kriegsgerichte, deren Anordnung für die in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke, unter Suspension des Art. 7. der Verfassungs-Urkunde v. 5. Dezbr. 48. (V. v. 10. Mai 49. §. 10.) 168. — dieselben bestehen aus fünf Mitgliedern, und zwar aus zwei richterlichen Civilbeamten und drei Offizieren, von mindestens Hauptmannsrang. (ebend. §. 11.) 168. — die Zahl solcher Gerichte richtet sich nach dem Bedürfnis, und den Gerichtsprengel eines jeden ders. bestimmt der kommandirende General. (ebend. §. 11.) 168. — Geschäftsverfahren und Vereidung der Mitglieder und des Gerichtsschreibers bei dens. (§§. 12. 13.) 168—170. — den Vorsitz in den Sitzungen ders. führt ein richterlicher Beamte. (ebend. §. 12.) 168. — Abfassung, Bekanntmachung und Vollstreckung der Urtheile, von welchen diejenigen, welche auf Todesstrafe lauten, zuvor der Bestätigung des Militärbefehlshabers unterliegen. (§. 13.) 169. 170. — die Wirksamkeit dieser Gerichte hört mit Aufhebung des Belagerungszustandes auf, und sind dann deren Verhandlungen und die noch schwebenden Untersuchungssachen an die ordentlichen Gerichte abzugeben. (§§. 14. u. 15.) 170. — der zuletzt gedachte §. 15. erhält eine andere Fassung. (V. v. 4. Juli 49.) 250.

Kriegs-Lieferungen und Leistungen, aus den Jahren 1806—7. und 1812—15., Auflösung der zur Entscheidung von Ansprüchen an Provinzen, Kreise und Kommunen für solche in zweiter und letzter Instanz durch die Ordre v. 27. Oktbr. 1820 niedergesetzten Immediat-Kommissionen. (M. E. v. 7. Dezbr. 48.) 90. — Wiedereintritt des ordentlichen Rechtsweges in jenen Angelegenheiten bei den kompetenten Gerichten in den sonst zulässigen Instanzen. (ebend.) 90. — in den von den Regierungen bereits in erster Instanz entschiedenen Sachen soll das Geheime Obergericht zur Entscheidung auf das eingelegte oder einzulegende Rechtsmittel in zweiter und letzter Instanz an die Stelle der Immediat-Kommission treten. (ebend.) 90. — die Regierungen haben die schwebenden Sachen, in denen noch keine Entscheidung erfolgt ist, zur weiteren Verhandlung und Entscheidung an die kompetenten Gerichte abzugeben. (ebend.) 90.

Kriegsministerium, (Kriegsminister), dasselbe ist ermächtigt, die erforderlichen Erläuterungen zu dem v. 1. Janr. 49. an in Kraft tretenden Reisekosten-Regulativ für die Armee v. 28. Dezbr. 48. zu erlassen und im Sinne derselben etwaige Anträge und Zweifel zu erledigen. (§. 9. desselben.) 85. — dasselbe hat zu be-

stim-

Kriegsministerium, (Kriegsminister), (Fortf.)

stimmen, wann Unteroffiziere und Soldaten bei Dienst- und Versetzungsreisen ausnahmsweise auf der Eisenbahn oder mit Dampfschiffen befördert werden sollen. (Regulativ v. 28. Dezbr. 48. §. 1. Nr. 1. litt. c. Nr. 2.) 81. — mit der Ausführung der vorläufigen, am 1. Janr. 49. in Kraft tretenden Bestimmungen wegen der Tagegeldbewilligung bei Militäirdienst- und Versetzungsreisen beauftragt, wird solches zugleich ermächtigt, dieselben für ihre Anwendung näher zu deklariren. (A. E. v. 28. Dezbr. 48. §§. 10. 11.) 88. — dasselbe kann die Tagegelber bei Dienstreisen im Inlande in geeigneten Fällen über den siebenten Tag des Aufenthalts am Bestimmungsorte hinaus weiter bewilligen. (ebend. §. 4.) 86. — es ernennt die Mitglieder der Militär-Disziplinar-Kommissionen. (B. v. 11. Juli 49. §. 87.) 288. — demselben ist der Lehrplan der Thierarzneischule vor dessen Genehmigung durch den Minister der Medizinal-Angelegenheiten zur Äußerung mitzutheilen, auch mit demselben jede organische Verfügung über die Ausbildung der Thierärzte vorher zu verathen. (A. E. v. 22. Juni 49.) 335.

Kriegszeit, Erklärung des Belagerungszustandes während derselben, Suspension einiger Artikel der Verfassungs-Urkunde v. 5. Dezbr. 48 und Errichtung von Kriegsgerichten. (B. v. 10. Mai 49.) 165—171. — f. auch Belagerungszustand.

Kriminalgericht, zu Berlin, dessen Einrichtung wird durch besondere Instruktion geregelt. (B. v. 2. Janr. 49. §. 20.) 7. — in Stelle des Gesetzes vom 17. Juli 1846., wegen des Verfahrens in den bei dems. zu führenden Untersuchungen, tritt nunmehr die Verord. v. 3. Janr. 49. (§. 183 ders.) 46.

Kriminalkosten, deren Übertragung auf den Staat nach Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit. (B. v. 2. Janr. 49. §. 2.) 1. — siehe auch Kosten.

Kriminal-Ordnung, vom 11. Dezbr. 1805. — die Erlassung aller den Civilgerichten in Strassachen nach §. 20. derselben obliegenden vorläufigen Verfügungen, desgl. die Funktion eines auf Antrag des Staatsanwalts zu bestellenden Untersuchungsrichters, gehören zur Kompetenz der Einzelrichter. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 5.) 8. — die §§. 532. 588. und 589., das Rechtsmittel der Restitution betreffend, treten außer Kraft. (B. v. 3. Janr. 49. §. 156.) 42. — die §§. 577. 578. 580. 581. 585. und 587. derselben, das Kontumazialverfahren gegen abwesende und flüchtige Verbrecher betreffend, treten außer Kraft; wogegen es bei den Vorschriften der §§. 579. 582. 583. 584. und 586. ders. verbleibt. (B. v. 3. Janr. 49. §. 25.) 18.

Kriminal-Untersuchungen, wegen schwerer Verbrechen, sowie wegen politischer und Preß-Verbrechen, deren Führung und Entscheidung, unter Zuziehung von Schwurgerichten. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 36. 38—184.) 20. 21—47. — f. auch Untersuchungen.

Kündigung, auf solche angestellte Beamte, Verfahren wegen deren Entlassung. (B. v. 11. Juli 49. §. 90.) 288. f.

Kupfermühle, Ortschaft, f. Stadt Stettin.

Kupferschmiede, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Kuratelsachen, deren Regulirung durch Einzelrichter des Gerichtsbezirks. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 8.) 8.

Kürschner, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Kwilez, Ort, f. Chausseebau Nr. 12.

L.

Lacirer, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Laer, Ort, f. Chausseebau Nr. 22.

Landeshuter Kreis, f. Handelskammern.

Landesverrath, desselben während des zeit- oder distriktweise erklärten Belagerungszustandes angeklagt, dessen Untersuchung und Bestrafung von dazu angeordneten Kriegsgerichten. (B. v. 10. Mai 49. §. 10.) 168. — als solcher sind im Bezirke des Rheinischen Appellationshofes zu Cöln die Verbrechen und Vergehen wider die innere und äußere Sicherheit des Staats (Art. 75—108. des Rheinischen Strafgesetzbuchs) anzusehen. (ebend. §. 10.) 168. — f. auch politische Verbrechen.

Landleute, auf die Anfertigung von Fabrikaten, deren Erzeugung zu den Nebenbeschäftigungen derselben in der Gegend gehört, finden die Bestimmungen des §. 23. der Verord. v. 9. Febr. 49., wegen Nachweises der Befähigung zum selbständigen handwerksmäßigen Gewerbetriebe, keine Anwendung. (das. §. 30.) 100. — die durch örtliche Verhältnisse bedingten näheren Festsetzungen hierüber bleiben der Regierung, nach Anhörung des Gewerberaths und der Kommunalbehörde, vorbehalten. (B. v. 9. Febr. 49. §. 30.) 100.

Länd-

Ländliche Grundstücke, deren Aufnahme in den ostpreussischen landschaftlichen Kreditverband. (A. E. v. 4. Mai 49.) 182. — von dem Schlesischen landschaftlichen Kreditverbande nach dem Landschaftsreglement vom 9. Juli 1770. zeitlich ausgeschlossen, deren Beleihung mit Darlehen in neuen schlesischen landschaftlichen Pfandbriefen. (A. E. vom 11. Mai 49. nebst Regulativ.) 182—203. — s. auch Landschaften und Grundstücke.

Landräthe, dieselben können durch Königliche Verfügung jederzeit mit Gewährung des vorschriftsmässigen Wartegeldes einstweilig in den Ruhestand versetzt werden. (B. v. 11. Juli 49. §. 94.) 290. — Wirksamkeit ders. bei der Bildung der Wahlbezirke behufs der Wahlen für die zweite Kammer. (B. v. 30. Mai 49. §. 5.) 205. — desgl. bei den Wahlen für das Volkshaus des deutschen Parlaments. (B. v. 26. Novbr. 49. §§. 23. 25.) 427. — als Vorsitzende der Kommissionen für die Vorarbeiten zur Aufhebung der bestehenden Grundsteuerfreiheiten. (B. v. 29. Juni 49. §. 2.) 237. — dies. können zu Geschworenen nicht berufen werden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 3.) 25.

Landrätliche Kreise, Errichtung eines Kreisgerichts für jeden derselben, oder mit Hinzufügung eines Theils des Nachbarkreises, sonst aber für zwei derselben. (B. v. 2. Janr. 49. §. 49.) 6. — s. auch Kreisgerichte.

Landrecht, Allgemeines.

A. Bestimmungen über die Anwendung desselben im Allgemeinen.

— in denjenigen Landestheilen, in welchen dasselbe nicht Gesetzeskraft hat, entscheidet rücksichtlich der Kompetenz zu Untersuchungen gewisser Verbrechen das durch Gerichtsgebrauch hergebrachte Strafmaß, in hiernach zweifelhaften Fällen aber die Bestimmung des Allg. L. R. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 38. u. 61.) 21. 24.

B. Bestimmungen über einzelne Paragraphen desselben.

Thl. I.

Tit. 16. §§. 93—95.,

Anwendung desselben im gerichtlichen Depostalverkehr auf die Bescheinigung der Handzeichen bei Quittungen der des Schreibens und Lesens unkundigen Personen. (B. v. 18. Juli 49. §. 13.) 298.

Thl. II.

Tit. 2. §. 667.,

Bestätigung einer Annahme an Kindesstatt. (B. v. 2. Janr. 49. §. 14.) 5.

Tit. 8. §§. 713 bis 1249.,

von Wechseln, dieselben treten mit dem 1. Febr. 49. durch Einführung der allg. Deutschen Wechsel-Ordnung außer Kraft. (Einführungs-Ord. v. 6. Janr. 49. §. 1.) 49.

Landrecht, Allgemeines, (Fortf.)

Tit. 18. §. 586.,

Subhaftationsfreie Veräußerung unbeweglicher Güter der Pflegebefohlenen. (B. v. 2. Janr. 49. §. 14.) 5.

Tit. 20. Abschnitt 2 bis 5 einschliesslich. (§§. 91—213.)

die darin aufgeführten Verbrechen gelten im Sinne der Verord. v. 3. Janr. 49. als politische Verbrechen; jedoch sind als solche nicht anzusehen die in den §§. 157 bis 160. 166. 180 bis 195. 207 bis 213. gedachten Gesetzes-Übertretungen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 61.) 24. 25.

Tit. 20. §. 92.,

Strafbestimmung für die ohne Erfolg gebliebene öffentliche Aufforderung oder Anreizung zu dem darin gedachten Verbrechen des Hochverraths. (B. v. 30. Juni 49. §§. 14. u. 31.) 229. 232.

Tit. 20. §§. 151—155. 620. 621.,

Aufhebung derselben durch die neuern Vorschriften und Bestimmungen für die Presse. (B. v. 30. Juni 49. §. 43.) 235.

Tit. 20. §. 333.,

die Bestimmung desselben ist nicht anwendbar, wenn nicht die Verletzung der Amtspflicht von dem Richter oder Beamten in der Absicht verübt worden ist, sich oder Anderen Vortheil zu verschaffen, oder dem Staate oder Anderen Nachtheil zuzufügen. (B. v. 10. Juli 49. §. 3.) 254. — (B. v. 11. Juli 49. §. 4.) 272.

Landschaften (landschaftliche Kreditssysteme, Kreditinstitute). — Ostpreussische, Aufnahme ländlicher Grundstücke in deren landschaftlichen Kreditverband. (A. E. v. 4. Mai 49.) 182. — Westpreussische, Abänderung einiger Bestimmungen deren Landschaftsreglements vom 19. April 1787. Thl. III. Kap. 1. §§. 24—27. in Bezug auf die Ausfertigung, Eintragung und Löschung ihrer Pfandbriefe. (A. E. v. 5. Novbr. 49.) 433. f. — Schlesische, Beleihung des nach deren Landschaftsreglement v. 9. Juli 1770. von ihrem landschaftlichen Kreditverbände bisher ausgeschlossenen ländlichen Grundeigenthums, mit neuen landschaftlichen Pfandbriefen. (A. E. v. 11. Mai 49. nebst Regulativ.) 182—203.

A. Von den Darlehen. (§§. 1—18. des Regulativs.) 183—190. — Beleihungsfähigkeit der Grundstücke. (§. 1.) 183. 184. — Antrag und Beleihungsquote. (§§. 2. und 3.) 184. — Abschätzung mit Tarregulativ. (§. 4. und Anl. A.) 184. f. 198—201. — Beleihung ohne Tare. (§. 5.) 185. — Verbindlichkeiten des Darlehnehmers. (§. 6.) 185. f. — Persönliche Verbindlichkeit, Valuta und Jahreszahlung. (§§. 7. 8. 9.) 186. — Zahlungstermine, Stundung und Beirückung. (§§. 10. 11. und 12.) 186. 187. — Sequestrationen und Subhaftationen. (§§. 13. 14. 15.) 188. — Überwachung, Rückzahlung und Kosten. (§§. 16. 17. und 18.) 189. 190.

B. Von

Landschaften, (Fortf.)

- B. Von den Pfandbriefen. (§§. 19—29.) 190—196.
— Umfang der Emission ders. (§. 19.) 190. — Ausfertigung ders. nach beigelegten Mustern. (§§. 20. und 21. nebst Anl. B. und C.) 190, 191, 202, 203. — Rechte des Inhabers. (§. 22.) 191. f. — Zinszahlung. Verzählung. (§. 23.) 192. — Kapitalzahlung. (§. 24.) 192—194. — Umlauf, Deposition und Umfertigung. (§§. 25, 26, 27.) 194, 195. — Aufgebot, Amortisation. (§. 28.) 195. — Kapital-Verzählung. (§. 29.) 195. f.
- C. Von dem Sicherheitsfonds. (§§. 30, 31. und 32.) 196, 197. — Quellen des Fonds. (§. 30.) 196. — Verwaltung. (§. 31.) 196. — Rechnungslegung und Vorbehalt der Revision des gegenwärtigen Regulativs. (§. 32.) 196, 197.

Landschreibereien, im Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein, deren Kompetenz wird durch besondere Instruktion geregelt. (V. v. 2. Janr. 49. §. 20.) 7.

Landwehr, deren Stammmannschaften nehmen an den Wahlen für die zweite Kammer an ihrem Standorte Theil, ohne Rücksicht darauf, wie lange sie sich an demselben vor der Wahl aufgehalten haben. (V. v. 30. Mai 49. §. 9.) 206. — Landwehrpflichtige, welche zur Zeit der Wahlen zum Dienste einberufen sind, wählen an dem Orte ihres Aufenthalts für ihren Heimatsbezirk. (ebend. §. 9.) 206. — in gleicher Art bei den Wahlen zum Volksause des deutschen Parlaments. (V. v. 26. Novbr. 49. §. 10.) 425. — bei den Übungen ders. findet eine Bewilligung der Tagegelber nicht statt; vielmehr verbleibt es in dieser Hinsicht bei den bestehenden Vorschriften. (A. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 6.) 87. — s. auch Soldatenstand, desgl. bewaffnete Macht.

Landwehr-Offiziere, deren zeitliche Befreiung von der Klassensteuer hört mit dem 1. Janr. 1850, auf, sofern dieselben nicht mobil gemacht sind. (G. v. 7. Dezbr. 49.) 436.

Längensalza, Stadt, siehe Chausseebau Nr. 15. u. 16.

Lebensalter, 24jähriges, solches muß derjenige vollendet haben, welcher als stimmfähiger Wähler zu den Wahlen für die zweite Kammer zugelassen werden will. (V. v. 30. Mai 49. §. 8.) 206. — die Wählbarkeit zum Abgeordneten der Lettern wird auch durch die Vollendung des dreißigsten Lebensjahrs bedingt. (ebend. §. 29.) 209. — die Wähler zum Volksause müssen das 25te Lebensjahr zurückgelegt haben. (V. v. 26. Novbr. 49. §§. 1. u. 7.) 419, 424. — die wählbaren Abgeordneten zu demselben das 30te Lebensjahr. (ebend. §§. 6. u. 41.) 420, 430. — 30jähriges ist zur Berufung als Geschworne erforderlich. (V. v. 3. Janr. 49. §. 62.) 25. — ein 70jähriges entbindet davon. (ebend. §. 63.) 25.

Lebensmittel, Beschränkung des Einkaufs derselben auf Wochenmärkten für gewisse Klassen von Käufern auf eine bestimmte Zeit. (V. v. 9. Febr. 49. §. 71.) 109.

Lebervereiter, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbständigem Beginn. (V. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Lehnssachen, dieselben verbleiben den Appellationsgerichten, so lange über solche von der Gesezgebung nicht anderweit bestimmt worden. (V. v. 2. Janr. 49. §. 25. N. 1. 4. u. §. 35.) 9, 11.

Lehrlinge, allgemeine Bestimmungen über deren Verhältnisse. (V. v. 9. Febr. 49. §§. 44, 45, 47, 49.) 103, 104. — als solche sind alle diejenigen zu betrachten, welche bei einem Lehrherrn zur Erlernung eines Gewerbes in Arbeit treten. (§. 44.) 103. — Festsetzung deren Aufnahme und Entlassung bei den Innungen durch Ortsstatuten. (§. 45.) 103. — bei deren Aufnahme und Entlassung dürfen neben der Erstattung der im §. 159. der Gewerbeordnung erwähnten baaren Auslagen (als: Stempel, Kopialien, Diäten für die einzelnen Innungsgeossen und Sachverständige, welche die Prüfung bewirkt haben etc.) keine Gebühren oder Zahlungen eingezogen werden. (V. v. 9. Febr. 49. §§. 60, 61.) 106, 107. — Beförderung von Einrichtungen, welche die Fortbildung ders. bezwecken und Aufbringung der dazu erforderlichen Beiträge seitens der selbstständigen Gewerbetreibenden. (ebend. §§. 57, 59.) 105, 106. — die Befolgung der Vorschriften über deren Annahme und Behandlung hat der Gewerberath zu überwachen. (V. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 93, 94. — Festsetzung deren täglicher Arbeitszeit durch den Gewerkerath für die einzelnen Handwerkszweige. (§. 49.) 104. — Handwerkemeister dürfen sich zu den technischen Arbeiten ihres Gewerbes nur der Lehrlinge ihres Handwerks bedienen, soweit nicht von dem Gewerberathe eine Ausnahme gestattet wird. (ebend. §. 47.) 103. — Strafbestimmung für die Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109. — Erledigung deren Streitigkeiten mit ihren selbstständigen Gewerbetreibenden über Arbeits- und Lehrverhältnisse etc. durch die Gewerbegerichte im Wege der gütlichen Vermittelung oder nöthigenfalls durch Erkenntniß. (V. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 111. — in Stelle des Verfahrens vor dem Vergleichsausschusse der Gewerbegerichte (§§. 17. ff.) tritt für Streitigkeiten von Innungsgeossen mit ihren Lehrlingen, das Vergleichsverfahren vor einem Vergleichsausschusse der Innungen ein. (ebend. §. 25.) 117.

Zeichenbegängnisse, gewöhnliche, solche gehören nicht zu den öffentlichen Aufzügen, welche einer vorgängigen Genehmigung oder einer Anzeige bedürfen. (B. v. 29. Juni 49. §. 11.) 223.

Leistungen, Natural-, Feststellung der Normalpreise für deren Ablösung. (B. v. 19. Nov. 49. §. 4.) 414—416. — aus den Kriegsjahren 1806—7. und 1812—15., f. Kriegs-Lieferungen und Leistungen.

Testwillige Dispositionen, deren Aufnahme gehört zur Kompetenz der Einzelrichter. (B. v. 2. Jan. 49. §. 22. Nr. 7.) 8. — deren Annahme und Aufbe-
wahrung in gerichtlichen Depositorien. (B. v. 18. Juli 49. §. 8.) 297. — f. auch Testamente und Kobizille.

Lieferungen aus den Kriegsjahren 1806—7. und 1812—15., f. Kriegslieferungen.

Limlingerode, Gemeinde, f. Chausseebau Nr. 20.

Lindow, Ort, f. Chausseebau Nr. 6.

Lippeschiffahrts-Abgaben, Aufhebung der für solche bestimmten Empfangsstelle zu Lünen und Übertragung der derselben beigelegten Hebebefugniß auf die Empfangsstellen zu Hamm und Haltern. (A. E. v. 22. Okt. 49.) 407.

Lippstadt, Stadt, f. Eisenbahnen Nr. 5.

Lohulakaien, in wie fern die polizeiliche Erlaubniß zu deren Gewerbe zu versagen ist. (B. v. 9. Febr. 49. §. 68.) 108.

Lohnzahlungen, deren Leistung in baarem Gelde an Fabrikarbeiter und sonstige Personen, die mit der Anfertigung der Fabrikate für Fabrikhaber und für diejenigen, welche mit Ganz- oder Halbfabrikaten Handel treiben, beschäftigt sind. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 50—55.) 104, 105. — Strafbestimmungen für die Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109, 110. — Verwendung der deshalb erkannten Geldbußen. (ebend. §. 75.) 110. — behufs der Anrechnung bei solchen dürfen denselben keine Waaren kreditirt werden. (B. v. 50.) 104. — welche Leistungen an die Arbeiter, Gehülfsen zc. dabei in Anrechnung kommen können. (ebend. §§. 50, 51, 52.) 104. — dahin gehören auch die von den Fabrikhabern vorschußweise geleisteten Beiträge der Fabrikarbeiter zu deren Unterstützungskassen. (ebend. §§. 58, 59.) 106.

Losprechung, vorläufige, (Freisprechung von der Instanz), auf solche soll in Untersuchungen nicht mehr erkannt werden. (B. v. 3. Jan. 49. §. 22.) 18.

Louisenhain, Ort, siehe Chausseebau Nr. 10.

Luckenwalde-Züterbogker Straße, siehe Chausseebau Nr. 4.

Luxemburg, Großherzogthum, Vertrag mit demselben wegen Verhütung und Bestrafung der Forst-, Jagd- und Fischereifrevel an den gegenseitigen Landesgrenzen (v. 9. Febr. 49.) 131—135.

M.

Mackenrode, Ort und Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 20.

Magazine von Handwerkerwaaren, zum Detailverkauf, in wie weit das Halten von solchen nur gestattet werden kann. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 33. u. 34.) 100, 101. — Strafbestimmung für die Übertretung der desfallsigen Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Magdeburg, Stadt, Errichtung eines Gewerbegerichts für dieselbe, so wie für Neustadt-Magdeburg und Sudenburg und für die Ortschaft Buckau. (A. E. v. 25. Mai 49.) 242. — Sitz desselben in Magdeburg. (ebend.) 242.

Mahnungen, deren Erlass an Richter wegen geringer Disziplinarvergehen. (B. v. 10. Juli 49. §§. 16. u. 17.) 256. f.

Majestätsverbrechen (Majestätsbeleidigung), durch Verletzung der Ehrfurcht gegen den König und die Königin in Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildlicher oder anderer Darstellung, dessen Bestrafung. (B. v. 30. Juni 49. §. 20.) 230.

Maler, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Mandatsverfahren wegen Polizeivergehen, siehe leg.

Marientburg, Stadt, siehe Eisenbahnen Nr. 1.

Marktorde, Normal-, deren Feststellung bei Ablösungen der Reallasten durch Bildung von Distrikts-Kommissionen. (B. v. 19. Novbr. 49.) 413—416.

Märsche, bei diesen, so wie bei marsch- und etappenmäßig zurückzulegenden Reisen des Militärs, findet eine Bewilligung der Tagelöhner nicht statt, vielmehr verbleibt es in dieser Hinsicht bei den bestehenden Vorschriften. (A. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 6.) 87.

Materialien (an Sand, Kies und Feldsteinen) von benachbarten Grundstücken zum Chausseebau, f. leg.

Maurer, Nachweis deren Befähigung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45. der allgem. Gewerbeord. v. 17. Janr. 45. vorgeschriebene Zeugniß der Regierung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 24.) 99.

Medizinal-Polizei, f. Medizinal-Verwaltung.

Medizinal-Verwaltung, gesammte, mit Einschluß der Medizinal- und Sanitäts-Polizei, deren Überweisung an den Minister der Unterrichts- und Medizinal-Angel., unter Aufhebung der Ordrer v. 29. Janr. 25. (A. E. v. 22. Juni 49.) 335. — letzterer soll in allen Fällen, in welchen dabei die Interessen anderer Ressorts be-

Medizinal-Verwaltung, (Fortf.)

betroffen werden, vor der Entscheidung sich mit den beteiligten Ministerien benehmen und nach Lage der Umstände gemeinschaftlich mit ihnen handeln. (ebend.) 335.

Meineid, von Zeugen begangen, gegen jedes rechtskräftige Urtheil kann der in Untersuchungen Verurtheilte zu jeder Zeit das Rechtsmittel der Restitution einwenden, wenn jenes auf die Aussage eines solchen Zeugen gegründet ist, zuvor muß aber das gedachte Verbrechen des Letztern rechtskräftig festgestellt sein. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 151. 153.) 41.

Weisdorf, Ort, s. Chauffeebau Nr. 14.

Weisenburg, die, s. Chauffeebau Nr. 26.

Meister (Handwerksmeister), deren Vertretung im Gewerberathe. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 5—14. 19.) 94—98. — solche dürfen sich zu den technischen Arbeiten ihres Gewerbes nur der Gesellen, Gehülften und Lehrlinge ihres Handwerks bedienen, soweit nicht von dem Gewerberathe eine Ausnahme gestattet wird. (B. v. 9. Febr. 49. §. 47.) 103. — Strafbestimmung für die Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109. — s. auch Baumeister.

Meister-Prüfungen, behufs des selbstständigen handwerksmäßigen Gewerbebetriebes, Erfordernisse für die Zulassung zu solchen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 35.) 101. — Bewirkung ders. vor den bei den Innungen bestehenden Prüfungskommissionen oder bei den in den einzelnen Kreisen angeordneten Kreis-Prüfungskommissionen. (ebend. §§. 37—41.) 101. 102. — Rekursverfahren gegen Entscheidungen in dergl. Angelegenheiten. (SS. 38. 40. 41.) 102. — Anordnungen für die Prüfungsaufgaben und Prüfungszeugnisse bei dens. (SS. 42. u. 43.) 102. 103. — Inhaber von Magazinen zum Detailverkauf von Handwerkerwaaren dürfen sich mit deren Anfertigung nicht befassen, wenn sie nicht die zum Betriebe des betreffenden Handwerks erforderliche Meisterprüfung bestanden haben. (ebend. §. 33.) 100. — die Befolgung der vorstehenden Prüfungs-Vorschriften hat der Gewerberath zu überwachen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 93. 94. — s. auch Prüfungen.

Memel, Stadt, der dortige Hafengeldtarif vom 19. Apr. 1844. bleibt mit den inzwischen auf Grund besonderer Anordnungen eingetretenen Ermäßigungen einzelner Abgaben bis auf Weiteres in Kraft. (M. E. v. 12. Janr. 49.) 92.

Messe, Reminiscere-, inländische, zu Frankfurt a. d. O., deren Anfang wird wiederum auf den Montag nach Reminiscere festgesetzt, wonach der §. 1. der revivirten Mesordnung vom 31. Mai 1832. abgeändert wird. (M. E. v. 18. Juli und Minist.-Bekanntmachung v. 8. Aug. 49.) 346.

Jahrgang 1849.

Messerschmiede, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Metallgeräth, altes, in wie fern die polizeiliche Erlaubniß zum Handel mit solchem zu versagen ist. (B. v. 9. Febr. 49. §. 68.) 108.

Metallurgische Gesellschaft zu Bonn, früher zu Stolberg, allerhöchste Genehmigung des Fortbestehens derselben als einer Aktiengesellschaft und Bestätigung des für dieselbe in Stelle des früheren Gesellschaftsvertrages angenommenen Statuts, v. 30. Mai 1849. (Minist. Bekanntmach. v. 6. Oktbr. 49.) 381.

Meuterei, an einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke, deren kriegsgerichtliche Untersuchung und Bestrafung. (B. v. 10. Mai 49. §. 10.) 168.

Militair, siehe bewaffnete Macht, Landwehr und Soldatenstand.

Militairbeamte, denen ein bestimmter Rang beigelegt ist, Vergütung der Reise- und Umzugskosten für dies. in Dienstangelegenheiten und bei Versetzungen. (Regulativ v. 28. Dezbr. 48.) 81—85. — desgl. Gewährung von Tagegeldern in und bei dens. (M. E. v. 28. Dezbr. 48.) 85—88. — deren zeitliche Befreiung von der Klassensteuer hört mit dem 1. Janr. 1850. auf, sofern dieselben nicht mobil gemacht sind. (B. v. 7. Dezbr. 49.) 436. — Disziplinar-Strafverfahren gegen dieselben. (B. v. 11. Juli 49. §§. 85—89.) 287. 288. — in Betreff der Verfügung von Disziplinarstrafen, die nicht in der Entfernung aus dem Amte bestehen, gegen Militairbeamte, kommen die auf diese Beamten bezüglichen besonderen Bestimmungen zur Anwendung. (ebend. §. 89.) 288. — dasselbe gilt von der Amtssuspension aller Beamten der Militairverwaltung im Falle des Krieges. (ebend. §. 89.) 288. — s. auch Reise- und Umzugskosten, desgl. Tagegelde.

Militairbefehlshaber, oberste, dieselben können für den Fall eines Aufruhrs, auf den Antrag des Verwaltungschefs des Regierungsbezirks, in dringenden Fällen rücksichtlich einzelner Orte und Bezirke den Belagerungszustand erklären. (B. v. 10. Mai 49. §. 2.) 165. — letzteres kann, wenn Gefahr im Verzuge ist, durch den Militairbefehlshaber unmittelbar geschehen. (ebend. §. 2.) 165. — mit der Erklärung des Belagerungszustandes geht die vollziehende Gewalt an dieselben über, auch haben alsdann die Civil-Verwaltungs- und die Kommunal-Behörden den Anordnungen und Aufträgen ders. Folge zu leisten. (ebend. §. 4.) 166. — zeit- und distriktweise Suspendirung der SS. 5. 6. 7. 24. 25. 26. 27. u. 28. der Verfassungsurkunde v. 5. Dezbr. 48. durch dieselben während des Belagerungszustandes.

Militairbefehlshaber, oberste, (Fortf.)

(B. v. 10. Mai 49. §. 5.) 166. — Ausübung der höhern Militairgerichtsbarkeit seitens ders. während des Belagerungszustandes eines Orts oder Bezirks über sämmtliche zur Belagerung gehörende Militairpersonen. (ebend. §. 7.) 167.

Militair-Disziplinar-Kommissionen, eine solche besteht für jedes Armeekorps und ist die entscheidende Disziplinarbehörde für Militairbeamte, welche der Militair-Intendantur nicht untergeordnet sind. (B. v. 11. Juli 49. §§. 86. 87. 88.) 288. — die Mitglieder ders. werden von dem Kriegsministerium ernannt. (ebend. §§. 86—88.) 288.

Militair-Gerichtsbarkeit, deren Ausübung über Militairpersonen während eines erklärten Belagerungszustandes. (B. v. 10. Mai 49. §§. 6. u. 7.) 166. 167.

Militair-Gerichtsstand, in Strassachen, derselbe soll durch besondere Gesetze anderweit bestimmt werden, bis wohin es bei den darüber bestehenden Vorschriften verbleibt. (B. v. 2. Janr. 49. §. 10.) 4. — auch verbleibt es hinsichtlich desselben wegen der in der Verord. v. 30. Juni 49. vorgesehenen strafbaren Handlungen bei den bestehenden Vorschriften. (§. 40. ders.) 235.

Militair-Intendantur, dieselbe ist die entscheidende Disziplinarbehörde erster Instanz für die ihr untergeordneten Militairbeamten und Civilbeamten der Militairverwaltung. (B. v. 11. Juli 49. §§. 85. 88.) 287. 288.

Militairpersonen, Vergütung der Reise- und Umzugskosten für dies. in Dienstangelegenheiten und bei Versetzungen. (Regulativ v. 28. Dezbr. 48.) 81—85. — desgl. Gewährung von Tagegeldern in und bei dens. (M. E. v. 28. Dezbr. 48.) 85—88. — dieselben stehen während des Belagerungszustandes unter den Gesetzen, welche für den Kriegszustand erteilt sind. (B. v. 10. Mai 49. §§. 6. 7.) 166—167. — Theilnahme derselben an den Wahlen für die zweite Kammer. (B. v. 30. Mai 49. §. 9.) 206. — desgl. an den Wahlen für das Volkshaus des deutschen Parlaments. (B. v. 26. Novbr. 49. §. 10.) 425. — im aktiven Dienst befindlich, dies. können zu Geschworenen nicht berufen werden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 4.) 25. — im Dienst befindliche, die denselben zugesetzten Beileidigungen sind fortan nach Abschnitt II. und beziehungsweise Abschnitt III. der Verord. v. 3. Janr. 49. zu behandeln und unterliegen auch hinsichts der Rechtsmittel den Vorschriften ders. (B. v. 3. Janr. 49. §. 181.) 46. — im Dienst befindliche, Begründung des Mandatverfahrens in Polizeistrafachen durch deren Anzeige, wenn sie solche aus eigener dienstlicher Wahrnehmung befunden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 171.) 44. — f. auch Militairgerichtsbarkeit und Militairgerichtsstand. — desgl. Reise- und Umzugskosten und Tagegelber.

Militairpflichtige, ausgetretene, gegen solche soll, anstatt der Vermögens-Konfiskation, nunmehr auf Gelbbuße von fünfzig bis eintausend Thalern erkannt werden. (B. v. 4. Janr. 49.) 47. 48.

Militair-Probendienst, die Reisen der Anstellungsberechtigten zur Leistung desselben schließen den Anspruch auf Tagegelber aus; dagegen werden letztere auch bei selbst nachgesuchten Kommandos gegeben, wenn diese an sich unmittelbar im dienstlichen Interesse liegen. (M. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 5.) 87.

Militair-Prüfungs-Kommissionen, die Reisen der zu Prüfenden zu denselben schließen den Anspruch auf Tagegelber aus. (M. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 5.) 87.

Militair-Strafgesetzbuch, bei dessen Vorschriften über die Ausübung der niederen Militairgerichtsbarkeit verbleibt es auch während eines erklärten Belagerungszustandes. (B. v. 10. Mai 49. §. 7.) 167. — nach den Bestimmungen des §. 125. des ersten Theils desselben werden Personen des Soldatenstandes bestraft, welche gegen die Vorschrift des Art. 37. der Verfassungsurkunde zur Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten oder zur Berathung militairischer Befehle und Anordnungen in Vereine zusammentreten oder zu solchen Zwecken sich sonst versammeln. (B. v. 29. Juni 49. §. 22.) 225.

Militair-Übungen, der Linientruppen und der Landwehr, bei solchen findet eine Bewilligung der Tagegelber nicht statt; vielmehr verbleibt es in dieser Hinsicht bei den bestehenden Vorschriften. (M. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 6.) 87.

Militair-Unterrichts- und Vorbereitungs-Anstalten, die Reisen der Schüler zu solchen schließen den Anspruch auf Tagegelber aus; dagegen werden letztere auch bei selbst nachgesuchten Kommandos gegeben, wenn diese an sich unmittelbar im dienstlichen Interesse liegen. (M. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 5.) 87.

Militair-Waisenhaus zu Potsdam, der bisher zu Gunsten desselben bestandene Intelligenz-Insertionszwang wird mit dem 1. Janr. 1850. gänzlich aufgehoben. (M. v. 21. Dezbr. 49.) 441. — für die Entziehung der demselben stiftungsmäßig daraus und aus der Herausgabe von Intelligenzblättern bisher zuständigen Einkünfte wird ihm aus der Staatskasse eine jährl. Entschädigungsrente von vierzig tausend Thalern gezahlt. (ebend. §. 4.) 441.

Militair-Werkstätten und Fabriken, zur Beschaffung militairischer Bedürfnisse bestimmt, solche bleiben der besonderen Regelung vorbehalten, daher die Bestimmungen der Verord. v. 9. Febr. 49. über Handwerks-, Innungs- und Fabrikenverhältnisse, auf solche keine Anwendung finden. (§. 76. der gedachten Verord.) 110.

Min.

Minden=Cölnner Eisenbahn, s. Eisenbahnen Nr. 6.

Minister (Staatsminister), Befugnisse derselben im Disziplinar=Strafverfahren gegen die ihnen unmittelbar oder mittelbar untergebenen Beamten. (W. v. 11. Juli 49. §§. 22. 25. Nr. 1. u. 2. §§. 36. 91. 93. 97. 99.) 275. 276. 277. 289. 290. 291. — dieselben können zu Geschworenen nicht berufen werden. (W. v. 3. Jan. 49. §. 63. Nr. 1.) 25.

Ministerialdirektoren, dieselben können durch Königliche Verfügung jederzeit mit Gewährung des vorchriftsmäßigen Wartegeldes einstweilig in den Ruhestand versetzt werden. (W. v. 11. Juli 49. §. 94.) 290.

Ministerien, betheiligte in Angelegenheiten der Medizinal=Verwaltung, mit solchen soll der Minister der Medizinal=Angelegenheiten sich über deren Interessen benehmen und nach Lage der Umstände gemeinschaftlich mit ihnen handeln. (A. E. v. 22. Juni 49.) 335.

Ministerium der geistlichen, Unterrichts= und Medizinal=Angelegenheiten, von der evangelischen Abtheilung desselben sollen einstweilen in höherer Instanz die zu dem Ressort der Konsistorien gehörenden Angelegenheiten, unter dem Vorstehe des Direktors gedachter Abtheilung, selbstständig und kollegialisch bearbeitet werden, bis der Art. 12 der Verfassungsurkunde v. 5. Dezbr. 48 in Vollziehung zu setzen sein wird. (A. E. v. 26. Janr. 49.) 125. — Ressortverhältnisse jener Abtheilung zu dem Ministerium. (ebend.) 125. — in Betreff der den Regierungen zur Zeit noch zustehenden Befugnisse in Kirchensachen bewendet es vorläufig bei der gegenwärtigen Einrichtung, während in Fällen gemischten Ressorts es des Einverständnisses der evangelischen Abtheilung bedarf. (ebend.) 125. — Überweisung der gesamten Medizinal=Verwaltung, mit Einschluß der Medizinal= und Sanitäts=Polizei, an dasselbe. (A. E. v. 22. Juni 49.) 335. (s. auch Thierarzeneischule u. Thierärzle.)

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, dasselbe erteilt die Genehmigung zur Errichtung von Gewerberäthen. (W. v. 9. Februar 49. §§. 1. u. 3.) 93. 94. — es entscheidet über die Beschwerden gegen die Anordnungen der Regierungen bei den Wahlen für die Gewerberäthe. (ebend. §. 12.) 96. — bezgl. über Beschwerden gegen die Anordnungen der Regierungen in Wahlangelegenheiten für die Gewerbegebiete. (W. v. 9. Febr. 49. §. 10.) 113. — Feststellung der Statuten der ältern Innungen durch

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, (Fortf.)

dasselbe nach Maßgabe der Verordn. v. 9. Febr. 49. (§. 66. ders.) 107. 108. — Entscheidung desselben über die Ausführung der Bestimmungen wegen Zulassung zum selbstständigen Betriebe gewisser Handwerke. (ebend. §§. 26—28.) 99. — demselben bleiben die näheren Bestimmungen über die Prüfungs=Aufgaben der Handwerker und über die Form der Prüfungs= und Entlassungszeugnisse vorbehalten. (ebend. §. 42) 102. — an dasselbe findet der Rekurs oder die Berufung auf rechtliches Gehör gegen die Entscheidungen der Regierungen über streitige, angeblich auf besondern lässigen Erwerbsmitteln beruhende Zahlungen und Abgaben an Kirchen, milde Stiftungen &c. bei der Aufnahme neuer Mitglieder in eine Innung und bei der Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge statt. (ebend. §. 65.) 107. — demselben ist die Königliche Telegraphen=Direktion untergeordnet. (A. E. v. 23. März 49.) 146. — von demselben ressortirt unmittelbar die Königliche Kommission für die Westphälische Eisenbahn. (A. E. v. 2. Febr. 49.) 127. — diese Kommission führt fortan den Namen: „Königliche Direktion der Westphälischen Eisenbahn.“ (A. E. v. 5. Novbr. 49.) 404. — Ausübung des Obergerichtsrechts über die ritterschaftliche Privatbank von Pommern durch dasselbe. (Statuten der Bank v. 24. Aug. 49. §. 9.) 362. — dasselbe bestimmt mit dem Finanzministerium den Zinssatz für die späteren Emissionen der von der Deichbaugesellschaft zur Melioration des Nieder=Oderbruchs ausgestellten, auf jeden Inhaber lautenden Obligationen über eine Anleihe von 1,300,000 Rthlr. (Allerh. Privil. v. 5. Novbr. 49.) 408.

Ministerium des Innern (Minister des Innern), dasselbe setzt die Tage fest, an welchen die angeordneten Wahlen für die zweite Kammer stattfinden sollen. (W. v. 30. Mai 49. §§. 17. u. 28.) 208. 209. — desgl. den Tag der Wahl der Wahlmänner für die Wahlen der Abgeordneten zum Volks Hause des deutschen Parlaments. (W. v. 26. Novbr. 49. §. 26.) 428. — nach der Überweisung der gesamten Medizinal=Verwaltung an das Ministerium der Medizinal=Angelegenheiten geht an dasselbe vom Ministerio des Innern auch die Medizinal= und Sanitätspolizei über. (A. E. v. 22. Juni 49.) 335. — von demselben und dem Justizminister sind die Anordnungen wegen Bildung der Geschworenenlisten zu treffen. (W. v. 3. Janr. 49. §. 184.) 47. — Ermächtigung desselben zur Gründung eines besondern Amtsblatts nebst Anzeiger für Berlin, wenn sich solches als zweckmäßig ergibt. (W. v. 21. Dezbr. 49. §. 2.) 441.

Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten, demselben ist der Lehrplan der Thierarzneischule vor dessen Genehmigung durch den Minister der Medizinal-Angelegenheiten zur Äußerung mitzutheilen, auch mit demselben jede organische Verfügung über die Ausbildung der Thierärzte vorher zu berathen. (A. E. v. 22. Juni 49.) 335.

Mobiler Zustand des Militäirs, in solchem werden bei Dienst- und bei Versetzungsreisen Taggelder in der Regel nicht gewährt; Ausnahmen kann nur das Kriegs-Ministerium genehmigen. (A. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 8.) 87. — Befreiung der Offiziere des stehenden Heeres und der Landwehr und der Militärbeamten von der Klassensteuer während desselben. (B. v. 7. Dezbr. 49.) 436.

Mord, an einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke, dessen kriegsgerichtliche Untersuchung und Bestrafung. (B. v. 10. Mai 49. §. 10.) 168.

Mühlenbaumeister, Nachweis deren Befähigung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45. der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Janr. 45. vorgeschriebene Zeugniß der Regierung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 24.) 99.

Müller, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Mündliches Verfahren, in den Verhandlungen vor dem erkennenden Richter, und der Verkündigung der Urtheile. (B. v. 2. Janr. 49. §. 32.) 10. 11. — in Untersuchungen wegen Vergehen, sowie wegen Polizeivergehen. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 31. 164. 170.) 19. 43. 44. — desgl. wegen Verbrechen. (ebend. §§. 48. 54.) 23. — desgl. in Untersuchungen mit Schwurgerichten wegen schwererer Verbrechen, sowie wegen politischer und Preßverbrechen. (§§. 14. 19. 98. 100. 117. 121.) 16. 17. 31. 32. 35. 36. — desgl. in der Appellations-Instanz. (ebend. §§. 134. 136.) 38. — desgl. in der Nichtigkeitsbeschwerde vor dem Ober-Tribunal. (§. 145.) 40. — (ohne Öffentlichkeit), vor den Disziplinargerichten in Disziplinar-Strassachen gegen richterliche Beamte (B. v. 10. Juli 49. §§. 34—39.) 260. 261. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (B. v. 11. Juli 49. §§. 24. 37—41. 43.) 275. 278. 279. — s. auch Öffentliches Verfahren.

Münzkartel, zwischen den Staaten des Zollvereins, vom 21. Oktbr. 1845, demselben ist auch das Herzogthum Anhalt-Köthen beigetreten. (Minist.-Bekanntmach. v. 31. Aug. 49.) 356.

Musikalien, mit Text oder sonstigen Erläuterungen, dieselben werden den Druckschriften im Sinne der Verordnung v. 30. Juni 49. gleichgestellt. (§. 30. ders.) 232. — siehe ferner Druckschriften.

Muth, Beamte, die solchen in ihrem Berufe nicht thätigen, sollen im Disziplinar-Strafverfahren des Dienstes entlassen werden. (B. v. 11. Juli 49. §. 20.) 274.

N.

Nachlaßregulirungen, in der Königlichen Familie, rücksichtlich derselben behält es bei der Hausverfassung sein Bewenden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 11.) 4.

Nachlaßsachen, deren Regulirung durch Einzelrichter des Gerichtsbezirks. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 8.) 8.

Nadler, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Nagelschmiede, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Natural-Abgaben, (und Leistungen), Feststellung der Normalpreise für deren Ablösung. (B. v. 19. Novbr. 49.) 414—416.

Naturalisation, ausländischer Gewerbetreibendene Verfahren bei Anträgen derselben auf solche, in Folge des §. 8. des Gesetzes v. 31. Dezbr. 42. — Ges.-Samml. 1843. S. 15. (B. v. 9. Febr. 49. §. 67.) 108.

Natural-Lieferungen in den Kriegen von 1806—7 und 1812—15, siehe Kriegslieferungen.

Natural-Quartier, der Anspruch auf solches fällt für die Zeit, in welcher Taggelder gegeben werden, im Kommandoorte des Militäirs weg. (A. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 3.) 86.

Nebenämter, die Entziehung der Gelegenheit zu solchen bei Dienstversetzungen ist nicht als eine Verkürzung im Einkommen anzusehen. (B. v. 11. Juli 49. §. 94. Nr. 1.) 289.

Nebenkosten bei Dienstreisen, siehe Reisekosten.

Neudorf, Ort, siehe Chausseebau Nr. 10.

Neuhof, Ort, siehe Chausseebau Nr. 21.

Neu-

Neußer Stadtoobligationen, auf den Inhaber lautend, zum Betrage von 80,000 Rthlr., deren Ausstellung und Emission als Darlehn behufs Regulirung des städtischen Schuldenwesens. (Allerh. Privil. v. 14. März 49.) 139—144. — jährliche Verzinsung derselben mit fünf Prozent auf die bei den Obligationen befindlichen Zinscoupons. (ebend.) 139. 140. — allmälige Tilgung derselben durch Ankauf oder jährliche Verloosung. (ebend.) 141. 142.

Neustadt, Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 20.

Neustadt-Eberswalde, siehe Chausseebau Nr. 5.

Neu-Vorpommern, siehe Pommern.

Nichtigkeit, bei Strafe derselben soll der Fällung des Urtheils in Untersuchungssachen ein mündliches öffentliches Verfahren vor dem erkennenden Gerichte vorhergehen. (B. v. 3. Jan. 49. §. 14.) 16.

Nichtigkeitsbeschwerde, Rechtsmittel, durch solche können Appellationserkenntnisse über die im §. 38 der Verord. v. 3. Janr. 49. bezeichneten Verbrechen und Erkenntnisse der Geschworenengerichte (§. 60. ibid.) angefochten werden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 138.) 39. — dieselbe findet wegen Verletzung von Formlichkeiten im Verfahren und wegen Verletzung eines Strafgesetzes statt. (ebend. §§. 139. 140.) 39. — die Entscheidung über dieselbe erfolgt auf mündlichen Vortrag von einem aus sieben Mitgliedern bestehenden Senate des Ober-Tribunals in öffentlicher Sitzung. (ebend. §§. 144—150.) 40. 41. — Anbringung ders. binnen einer präklusivischen Frist von 10 Tagen bei dem Gerichte erster Instanz, vom Tage der Verkündung des Urtheils. (ebend. §§. 143. 144.) 39. 40. — durch die Einlegung ders. von Seiten des Angeklagten wird die Vollstreckung der Strafe aufgehalten. (B. v. 3. Janr. 49. §. 159.) 42. — findet in Disziplinarsachen nicht statt. (B. v. 10. Juli 49. §. 45.) 262. — dieselbe wird als Appellations-Beschwerde behandelt, wenn die Berufung zulässig und eingelegt ist. (ebend. §. 45.) 262. — in wie weit solche gegen Erkenntnisse der Gewerbegerichte stattfinden kann, ist nach der in den verschiedenen Landestheilen bestehenden allgemeinen Prozeßgesetzgebung zu beurtheilen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 54.) 123.

Nieder-Oderbruch, siehe Oderbruch.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn, siehe Eisenbahnen Nr. 4.

Nierenhof, Ort, siehe Chausseebau Nr. 25.

Nogat, die, (Strom), Ausführung des Brückenbaues über dieselbe und der durch die Ostseisenbahn-Anlage bedingten Strom- und Deichregulirungen an ders. für Rechnung des Staats. (G. v. 7. Dezbr. 49. §. 1, Nr. 1, u. §. 2.) 437.

Normal-Markttorte, } bei Ablösungen der Reallasten,
Normal-Preise,

deren Feststellung durch Bildung von Distrikts-Kommissionen. (G. v. 19. Novbr. 49.) 413—416.

Notarien, deren Ernennung durch den Justizminister im Namen des Königs. (B. v. 2. Janr. 49. §. 36.) 12. — besondere, können in den Städten von 50,000 und mehr Einwohnern angestellt werden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 30.) 10. — die gleichzeitige Funktion ders. soll den bei dem Ober-Tribunal und den Appellationsgerichten künftig anzustellenden Rechtsanwälten in der Regel nicht beigelegt werden. (ebend. §. 30.) 10. — Disziplinar-Strafverfahren gegen dieselben. (B. v. 11. Juli 49. §§. 73—82.) 285—287. — Niederlegung ihres Amtes bei körperlicher oder geistiger Unfähigkeit. (ebend. §. 83.) 287. — Befugniß ders. zur rechtsgültigen Aufnahme von Verträgen über Zertheilung von Grundstücken, über Abzweigung einzelner Theile u., in Anwendung des §. 2. des Gesetzes v. 3. Janr. 45. (B. v. 2. Janr. 49. §. 31.) 10. — sie sind aber verpflichtet, solche Verträge an die betreffende Hypothekenbehörde einzusenden. (ebend. §. 31.) 10. — Wählbarkeit ders. zu Geschworenen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63.) 25.

D.

Ober-Appellationsgericht, zu Greifswald, dasselbe bleibt unter Vorbehalt weiterer Bestimmung bestehen, erhält aber die Bezeichnung: „Appellationsgericht“. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 24. und 25.) 8. — Aufhebung desjenigen zu Posen. (B. v. 2. Janr. 49. §. 24.) 8. — f. ferner Appellationsgerichte.

Ober-Bergämter, siehe Iep.

Oberlandesgerichte (Obergerichte), zu Insterburg, Königsberg, Marienwerder, Bromberg, Posen, Stettin, Cöslin, Frankfurt, Breslau, Glogau, Ratibor, Raumburg, Halberstadt, Magdeburg, Münster, Paderborn und Arnberg, dieselben bleiben, unter Vorbehalt weiterer Bestimmung, bestehen, jedoch erhalten sie die Bezeichnung: „Appellationsgerichte“. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 24. u. 25.) 8. — f. ferner Appellationsgerichte.

Oberpräsidenten, dieselben können durch Königl. Verfügung jederzeit mit Gewährung des vorschrittmäßigen Wartegeldes einstweilig in den Ruhestand versetzt werden. (B. v. 11. Juli 49. §. 94.) 290. — durch dieselben können bei den Wahlen der Abgeordneten für die zweite Kammer, Kreise, die zu verschiedenen Regierungsbezirken gehören, zu einem Wahlbezirke vereinigt werden. (B. v. 30. Mai 49. §. 3.) 205. — Wirksamkeit ders. bei den Wahlen zum Volkshause des deutschen Parlaments. (B. v. 26. Novbr. 49. §§. 3, u. 37.) 429.

Ober-

Ober-Prokuratoren, Rheinische, Befugnisse derselben in Disziplinar-Strassachr. (V. v. 11. Juli 49. §§. 62. 64.) 282. 283. — s. auch Staatsanwälte u. Staatsanwaltschaft.

Oberrod, Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 18.

Ober-Staatsanwälte, dieselben gehören nicht zu den richterlichen Beamten, daher sie in ihrer Amtsführung nicht der Aufsicht der Gerichte, sondern der des Justizministers unterworfen sind, dessen Anweisungen sie nachzukommen haben. (V. v. 3. Janr. 49. §. 3.) 14. — Aufstellung eines solchen bei jedem Appellationsgerichte. (ebend. §. 2.) 14. — die definitive Ernennung ders. erfolgt durch des Königs Majestät auf den Antrag des Justizministers. (ebend. §. 3.) 14. — dieselben können auch die Funktionen der Staatsanwaltschaft bei den Gerichten erster Instanz übernehmen, wenn sie dies für zweckmäßig erachten. (ebend. §. 10.) 16. — solche können nur nach einer mindestens vierjährigen Dienstzeit bei einem Appellationsgerichte, eine eiatmäßige Richterstelle bei dem Obertribunale bekleiden. (V. v. 2. Janr. 49. §. 37.) 12. — s. auch Staatsanwaltschaft.

Ober-Tribunal, Geheimen, in Berlin, dasselbe führt künftig den Namen: „Ober-Tribunal“ (V. v. 2. Janr. 49. §. 27.) 9. — die Vereinigung des Rheinischen Revisions- u. Kassationshofes mit demselben wird einem besondern Gesetze vorbehalten. (ebend. §. 27.) 9. — die Präsidenten und Räte desselben werden durch des Königs Majestät selbst ernannt. (V. v. 2. Janr. 49. §. 36.) 12. — bei demselben kann Niemand eine etatsmäßige Richterstelle bekleiden, welcher nicht mindestens vier Jahre als Richter oder Ober-Staatsanwalt bei einem Appellationsgerichte fungirt hat. (V. v. 2. Janr. 49. §. 37.) 12. — den bei dems. künftig anzustellenden Rechtsanwaltschaften soll in der Regel die gleichzeitige Funktion eines Notars nicht beigelegt werden. (V. v. 2. Janr. 49. §. 30.) 10. — dasselbe bildet fortan in den Rechtsfachen aus dem Bezirke des Appellationsgerichts zu Greifswald die dritte und höchste Instanz. (ebend. §. 28.) 9. — dasselbe ist die entscheidende Instanz über Nichtigkeitsbeschwerden gegen Appellationsurtheile, über die im §. 38. der Verord. v. 3. Janr. 49. bezeichneten Verbrechen u. gegen Erkenntnisse der Geschworenengerichte (§. 60 ibid.) (V. v. 3. Janr. 49. §§. 144 — 150.) 40. 41. — als Disziplinargericht in Ansehung seiner Mitglieder u. der Präsidenten u. Direktoren der Appellationsgerichte. (V. v. 10. Juli 49. §§. 21. 23.) 257. 258. — Verweisung der Erledigung einer Disziplinarsache von einem Appellationsgerichte an ein anderes durch dasselbe. (ebend. §§. 26. 32. 68 u. 69.) 259. 260. 267. — Berufung

Ober-Tribunal, (Fortf.)

an dasselbe gegen die von den Appellationsgerichten erlassenen Urtheile. (§§. 41. 43.) 261. — dasselbe beschließt über die unfreiwillige Versetzung eines Richters. (V. v. 10. Juli 49. §. 56.) 264. — dasselbe und dessen erster Präsident üben die ihnen beigelegten Befugnisse auch in Ansehung der landwirthschaftlichen Auseinandersetzungs-Beörden aus. (V. v. 10. Juli 49. §§. 68. u. 69.) 267. — Verhältnisse desselben zu dem General-Auditoriate. (ebend. §§. 72 — 77.) 267. 268. — in den von den Regierungen bereits in erster Instanz entschiedenen Ansprüchen aus den Kriegsjahren 1806 — 7. u. 1812 — 15. tritt dasselbe in die Stelle der aufgelösten Immediat-Kommission für die zweite und letzte Instanz. (A. E. v. 7. Dezbr. 48.) 90.

Oder, Strom (linken Ufers), Statut des Herrnprotsch-Brandschützer Deichverbandes zur gemeinsamen Anlegung und Unterhaltung eines zum Schutze gegen die Übersfluthungen ders. und der Weistritz, in Gemeinschaft mit der theiligten fiskalischen Forstverwaltung, zu erbauenden Deiches, (v. 2. Oktbr. 49.) 383 — 402. — s. ferner Deichverband.

Oderberg, Ort, siehe Chausseebau Nr. 5.

Oderbruch, Nieder-, Ausführung des Meliorationswerks für denselben durch die bestehende Deichbaugesellschaft nach dem früheren Plane mittelst Durchstichs der Höhe bei Hohensaathen, in Verfolg der Verordnung vom 22. Aug. 1848. (A. E. v. 23. Juli 49.) 338. — Aufnahme einer Anleihe seitens der zur Melioration desselben bestehenden Deichbaugesellschaft, zum Betrage von 1,300,000 Rthlr. gegen Ausstellung und Emission auf jeden Inhaber lautender, mit Zinskoupons versehener Obligationen. (Allerb. Privil. vom 5. Novbr. 49. nebst beigelegtem Plan.) 408 — 412. — der Zinssatz für die erste Emission dieser Obligationen wird auf 4½ Prozent bestimmt; für jede spätere Emission wird derselbe von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und von dem Finanzminister festgesetzt. (ebend.) 408. — allmähliche Tilgung derselben aus dem von der Deichkorporation aufzubringenden Tilgungsfonds, nach der durch das Loos zu bestimmenden Reihenfolge. (ebend. und §§. 4 — 6. des Planes.) 408. 409. f. — Bewilligung der Staatsgarantie für die Zinsen dieser Anleihe. (ebend.) 408.

Öffentlich, im Sinne der §§. 13. 14. 16. 17. 18. 19. 23. und 29. der Verordnung v. 30. Juni 49. ist eine Handlung, wenn sie an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Zusammenkünften, oder durch Druck- und andere Schriften vorgenommen wird, welche verkauft, verbreitet, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausgestellt oder angeschlagen werden. (V. v. 30. Juni 49. §. 31.) 232.

Öffentliches Verfahren, bei den Verhandlungen vor dem erkennenden Gerichte durch mündlichen Vortrag. (V. v. 2. Janr. 49. §. 32.) 10. 11. — die Verkündigung der Urtheile sind ohne Beschränkung öffentlich. (ebend. §§. 32. und 34.) 11. — Ausnahmen für gewisse Sachen werden durch die Gesetze bestimmt. (ebend. §. 32.) 11. — in Untersuchungen vor Schwurgerichten wegen schwerer Verbrechen, sowie wegen politischer und Preßverbrechen. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 14. 15. 83.) 16. 29. — dasselbe soll der Fällung des Urtheils, bei Strafe der Nichtigkeit, vor dem erkennenden Gerichte vorhergehen. (ebend. §. 14.) 16. — bei den während des Belagerungszustandes angeordneten Kriegsgerichten. (V. v. 10. Mai 49. §. 13.) 169. — Ausschließung der Öffentlichkeit der Verhandlungen, wenn das Gericht dies aus Gründen des öffentlichen Wohls oder der Sittlichkeit für angemessen erachtet. (V. v. 2. Janr. 49. §. 32.) 10. 11. — (V. v. 3. Janr. 49. §. 15.) 16. — (V. v. 10. Mai 49. §. 13. Nr. 1.) 169. — in den Sitzungen der Gewerbegerichte. (V. v. 9. Febr. 49. §. 40.) 120. — s. auch Untersuchungen.

Öffentliches Wohl, Ausschließung der Öffentlichkeit der gerichtlichen Verhandlungen aus Gründen desselben. (V. v. 2. Janr. 49. §. 32.) 11. — (V. v. 3. Janr. 49. §. 15.) 16. — (V. v. 10. Mai 49. §. 13. Nr. 1.) 169.

Offiziere, Vergütung der Reise- und Umzugskosten für dieselben in Dienstangelegenheiten und bei Versetzungen. (Regulativ v. 28. Dezbr. 48.) 81—85. — desgl. Gewährung von Tagegeldern in und bei dens. (A. E. v. 28. Dezbr. 48.) 85—88. — welche zu ihrer Ausbildung bei einer andern Waffe Dienste zu leisten wünschen, haben auf Tagegelde während dieser Zeit keinen Anspruch; dagegen werden letztere auch bei selbst nachgesuchten Kommandos gegeben, wenn diese an sich unmittelbar im dienstlichen Interesse liegen. (A. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 5.) 87. — (des stehenden Heeres und der Landwehr), deren zeitherige Befreiung von der Klassensteuer hört mit dem 1. Janr. 1850. auf, sofern dieselben nicht mobil gemacht sind. (V. v. 7. Dezbr. 49.) 436. — s. auch Reise- und Umzugskosten, desgl. Tagegelde.

Opposition, Rechtsmittel des Einspruchs, findet in Disziplinar-Strafsachen gegen Beamte nicht statt. (V. v. 10. Juli 49. §. 40.) 261. — (V. v. 11. Juli 49. §. 44.) 279.

Ordnungsstrafen, gegen richterliche Beamte, in Warnungen, Verweisen und Geldbußen bestehend, Vorschriften für das Disziplinarverfahren wegen solcher. (V. v. 10. Juli 49. §§. 16—19. 20—45.) 256—262. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte, (V. v.

Ordnungsstrafen, (Fortf.)

11. Juli 49. §§. 17. 18. 20. 21. — 51.) 274—280. — gegen die Verfügung von solchen findet nur die Beschwerde bei der vorgesetzten Instanz statt. (ebend. §. 23.) 275. — sobald die Beschwerde erhoben wird, ist davon derjenigen Behörde Anzeige zu machen, welche die Strafe verfügt hat. (ebend. §. 23.) 275. **Ortsstatuten**, über die durch solche auf Grund der §§. 168. und 169. der allg. Gew.=Ord. v. 17. Janr. 45. und der §§. 45. 56. 57. 58. der Verord. v. 9. Febr. 49. festzusetzenden Innungs- u. Verhältnisse ist der Gewerberath mit seinen Aufsichten und Vorschlägen zu hören. (V. v. 9. Febr. 49. §. 2.) 93. f. — durch solche kann die gleichzeitige Ausübung mehrerer Handwerke durch dieselbe Person, wenn dadurch erhebliche Nachtheile entstehen, den örtlichen Verhältnissen entsprechend, beschränkt werden. (V. v. 9. Febr. 49. §. 29.) 100. — Festsetzungen in solchen über die Anlegung von Magazinen zum Detailverkauf von Handwerkerwaaren. (ebend. §. 34.) 100. 101. — Aufnahme der Anordnungen über die Verhältnisse der Gesellen, Gehülfen und Lehrlinge in dieselben. (ebend. §§. 45. 46.) 103. — desgl. über die Errichtung von Hilfs- und Unterstützungs-Kassen für Innungsgegnossen, Gesellen und Gehülfen, desgl. für die Fortbildung der Letztern und der Lehrlinge, und Ausbringung der Beiträge zu solchen seitens aller Betheiligten. (SS. 56. 57. u. 59.) 105. 106. — desgl. in Beziehung auf Fabrikarbeiter. (SS. 58. 59.) 106. — Strafbestimmung für die Übertretung oder Umgehung der in Folge der vorstehenden §§. 29. u. 34. getroffenen Festsetzungen. (ebend. §. 74.) 109.

Orsbahn, siehe Eisenbahnen Nr. 1.

Ortspreussische Landschaft, siehe Landschaften.



Paderborn, Stadt, siehe Eisenbahnen Nr. 5.

Pantoffelmacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (V. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Parquetssekretaire, Rheinische, Disziplinar-Strafverfahren gegen dieselben. (V. v. 11. Juli 49. §. 65.) 283.

Parlament, deutsches, behufs der Berathung und Vereinbarung des Verfassungswerks, Ausführung der Wahlen der Abgeordneten für das Volkshaus desselben. (V. v. 26. Novbr. 49.) 419—430. — Anordnung derselben auf den 31. Janr. 1850. (ebend. §§. 24. u. 38.) 423, 429.

Parteinahme, feindselige, gegen die Staatsregierung, Beamte, welche sich deren schuldig machen, sollen im Disziplinar-Strafverfahren des Dienstes entlassen werden. (B. v. 11. Juli 49. §. 20.) 274.

Parzellirungen (Dismembrationen, Zertheilungen, Zerstückelungen) von Grundstücken, über solche können fortan auch von Notarien rechtsgültig Verträge aufgenommen werden, in Anwendung des §. 2. des Gef. v. 3. Janr. 45. (B. v. 2. Janr. 49. §. 31.) 10. — sie sind aber verpflichtet, solche Verträge an die betreffende Hypothekenbehörde einzusenden. (ebend. §. 31.) 10.

Patrimonialgerichtsbarkeit, jeder Art, deren Aufhebung in Civil- und Strafsachen. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 1—8.) 1—3. — siehe ferner Gerichtsbarkeit und Gerichtsstand.

Patrimonialgerichtsherren, die Ausnahmen hinsichtlich deren Gerichtsstandes in den §§. 1. u. 2. des Gesetzes vom 11. Aug. 48. (Gef.-Samml. S. 201.) werden aufgehoben. (B. v. 2. Janr. 49. §. 10.) 4.

Pensionen, der Verlust derselben wird durch die Verurtheilung zu Zuchthausstrafe oder Festungsarbeit, zu einer andern Freiheitsstrafe von einjähriger oder längerer Dauer, zu einer schwereren Strafe, zu Unfähigkeit zu öffentlichen Ämtern, zu einer sonstigen Entziehung oder Einschränkung staatsbürgerlicher Rechte oder zu der Stellung unter Polizeiaufsicht, von selbst verwirkt, ohne daß darauf besonders erkannt wird. (B. v. 10. Juli 49. §. 9.) 255. — (B. v. 11. Juli 49. §. 10.) 273. — deren Verlust in Folge der Dienstentlassung im Disziplinar-Strafverfahren, ohne daß darauf besonders zu erkennen ist. (B. v. 10. Juli 49. §. 18. Nr. 4.) 257. — (B. v. 11. Juli 49. §. 19. Nr. 2.) 274.

Pensionirungen, unfreiwillige, der Richter (richterlichen Beamten), Verfahren rücksichtlich derselben. (B. v. 10. Juli 49. §§. 58.—66.) 265. 266. — desgl. der nicht richterlichen Beamten. (B. v. 11. Juli 49. §. 94. Nr. 3. §§. 95—102.) 290. 291. — die desfalligen Bestimmungen finden nur auf Beamte im unmittelbaren Staatsdienste Anwendung; in Bezug auf die mittelbaren Staatsdiener bleiben die wegen Pensionirung derselben bestehenden Vorschriften in Kraft. (ebend. §. 101.) 291. — bei solchen wird den in Königl. Gerichten angestellten bisherigen Privat-Gerichtsbeamten ihre frühere Dienstzeit mitangerechnet. (B. v. 2. Janr. 49. §. 7.) 3.

Pensionsbeiträge, alle mit fixirtem Gehalte wie der angestellte Privat-Justizbeamte sind, wenn sie bisher noch nicht pensionsberechtigt waren, bei ihrem Eintritt in den unmittelbaren Staatsdienst dem Zwölftel-Pensionen abzuge unterworfen. (B. v. 2. Janr. 49. §. 7.) 3.

Pensionsreglement, vom 30. Apr. 1825., Anwendung der Bestimmungen desselben auch auf die bei Königl. Gerichten angestellten bisherigen Privat-Gerichtsbeamten. (B. v. 2. Janr. 49. §. 7.) 3.

Pergamentenr, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Perrückenmacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Personal-Arrest, dessen Vollstreckung gegen den durch Erkenntniß eines Gewerbegerichts verurtheilten Verklagten bleibt ausgesetzt, bis über das gegen letzteres eingelegte Rechtsmittel entschieden ist. (B. v. 9. Febr. 49. §. 55.) 124.

Pfandbriefe, Westpreussische, Vorschriften für deren Ausfertigung, Eintragung und Löschung, in Abänderung der darüber sprechenden Bestimmungen des Landschafts-Reglements vom 19. April 1787. Tbl. III. Kap. 1. §§. 24—27. (A. E. v. 5. Novbr. 49.) 433. f. — Schlesische landschaftliche, Einführung von Zinskupons zu denselben und Verfahren bei Aufkündigung dieser Pfandbriefe. (A. E. v. 7. Dezbr. 48. nebst Regulativ.) 76—79. — die Ausfertigung von Zinsrekognitionen (A. R. D. v. 6. Aug. 1840. — Gef.-Samml. S. 230.) findet nicht weiter statt, und die gegenwärtig existirenden müssen zurückgegeben werden. (§. 2. des Regulativs.) 76. — Aufgebot und Mortifikation verlorner Zinskupons nach Vorschrift der Verord. v. 16. Janr. 1810.; jedoch bleibt die Anwendung der §§. 3. u. 4. der letztgedachten Verord. hierbei ausgeschlossen. (§. 5. des Regulativs.) 77. — Verfahren bei Aufkündigung der Pfandbriefe und nach derselben. (§§. 6. 7. des Regulativs.) 77—79. — die Bestimmungen der A. R. D. v. 6. Aug. 1840., betr. das Verfahren zu Herbeischaffung aufgekündigter Schlesischer Pfandbriefe, sind aufgehoben. (§. 6. lit. k. des Regulativs.) 78. 79. — Löschung gekündigter aber nicht eingelieferter Pfandbriefe im Hypothekenbuche. (§. 6. lit. f.) 78. — verwahrliche Niederlegung von Pfandbriefen bei der Landschaft gegen Depositalkrekognitionen und Entrichtung gewisser Depositalkgebühren. (§. 8. des Regulativs.) 79. — neue der Schlesischen Landschaft, nebst beigegebenen Zinskupons, Beleihung des nach dem Schlesischen Landschafts-Reglement v. 9. Juli 1770. von dem landschaftlichen Kreditverban-

Pfandbriefe, (Fortf.) — Schlesische.

verbände bisher ausgeschlossenen ländlichen Grundeigenthums mit solchen. (M. E. v. 11. Mai 49, nebst Regulativ.) 182—203.

Pfandleihergewerbe, in wie fern die polizeiliche Erlaubniß zu dessen Betriebe zu versagen ist. (V. v. 9. Febr. 49. §. 68.) 108.

Pfefferküchler, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (V. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Pferdeausfuhr, über die Grenzen gegen die nicht zum deutschen Bundesgebiete gehörigen Länder, Aufhebung des unter dem 16. März 48. angeordneten Verbots derselben. (M. E. v. 15. Juni 49.) 293.

Pflegebefohlene, zur subhastationsfreien Veräußerung unbeweglicher Güter ders. (§. 586. Tit. 18. Thl. II. Allg. L. R. — A. R. D. v. 10. Nov. 1830, Ges. Samml. S. 144.) bedarf es nicht weiter der Genehmigung der vorgesetzten Behörde, vielmehr genügt der Beschluß des kompetenten kollegialischen Gerichts. (V. v. 2. Janr. 49. §. 14.) 5.

Pflichttreue, auf die Verletzung derselben seitens der Beamten soll im Disziplinar-Strafverfahren die Dienstentlassung erfolgen. (V. v. 11. Juli 49. §. 20.) 274.

Pillau, Stadt, der dortige Hafengeldtarif v. 18. Oktbr. 1838. bleibt mit den inzwischen auf Grund besonderer Anordnungen eingetretenen Ermäßigungen einzelner Abgaben bis auf Weiteres in Kraft. (M. E. v. 12. Janr. 49.) 92.

Plakate, in Städten und Ortschaften, für welche Gegenstände und Zwecke deren Aufschlagung, Anheftung oder sonstige öffentliche Bekanntmachung nur zulässig sind. (V. v. 30. Juni 49. §. 8.) 227. — Strafe für Übertretungen der desfalligen Vorschriften. (ebend. §. 11.) 228. — Bezeichnung der Stellen durch eine allgemeine und öffentlich bekannt gemachte Verfügung der Ortspolizeibehörde, an welchen solche als hiezu ungeeignet nicht stattfinden dürfen. (ebend. §. 8.) 227. — auf die amtlichen Bekanntmachungen öffentlicher Behörden sind die vorstehenden Bestimmungen nicht anwendbar. (ebend. §. 8.) 227.

Platten, zu unerlaubten Druckschriften, deren Vernichtung. (V. v. 30. Juni 49. §. 37.) 234.

Plätze, öffentliche, siehe Straßen, desgl. Anschlagzettel, Plakate, Druckschriften und Versammlungen.

Plünderung, an einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke, deren kriegsgerichtliche Untersuchung und Bestrafung. (V. v. 10. Mai 49. §. 10.) 168.

Politische Verbrechen und Vergehen, welche Vergehen nach den Bestimmungen der Verord. v. 30. Juni 49. als politische nicht zu betrachten sind. (§. 39. ders.) 235. — die in der Verord. v. 29. Juni 49., die Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts betr., mit Strafe bedrohten Handlungen werden als politische Vergehen nicht betrachtet, unbeschadet der Zuständigkeit der Schwurgerichte in Ansehung der politischen Vergehen, welche in Versammlungen begangen werden. (V. v. 29. Juni 49. §. 20.) 224. 225. — gerichtliche Untersuchung und Entscheidung politischer Verbrechen, unter Zuziehung von Geschworenen, als beisitzenden Richtern. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 60. 61. und 75.) 24. 25. 28. — als solche gelten die im Allg. L. R. Thl. II. Tit. 20. Abschn. 2. bis Abschn. 5. einschließlich aufgeführten Verbrechen. (V. v. 3. Janr. 49. §. 61.) 24. — jedoch sind als solche nicht anzusehen die in den §§. 157—160. 166. 180—195. 207—213. gedachten Gesetzes-Übertretungen. (ebend. §. 61.) 25. — bei solchen, über welche am 1. April 49. noch nicht in erster Instanz erkannt worden, ist das Verfahren nach den Vorschriften der obigen Verord. v. 3. Janr. 49. umzuleiten. (§. 181. ders.) 47.

Polizeianwälte, dieselben verwalten bei den Untersuchungen wegen Vergehen die Geschäfte des Staatsanwalts. (V. v. 3. Janr. 49. §. 28.) 19. — sie werden von dem Regierungspräsidenten, nach Anhörung des Ober-Staatsanwalts, als solche kommissarisch ernannt, über ihre Amtsführung hat aber der Ober-Staatsanwalt die Aufsicht zu führen. (ebend. §. 28.) 19. — im Übrigen findet Alles, was über die Pflichten und Befugnisse der Staatsanwälte bestimmt ist, auch auf diese Polizeianwälte Anwendung. (ebend. §. 28.) 19. — durch solche soll die Verfolgung der Übertreter der Polizeistrafgesetze vor Gericht geschehen. (V. v. 3. Janr. 49. §. 163.) 43. — deren Ernennung, Beaufsichtigung, Befugnisse und Obliegenheiten. (ebend. §§. 28. ff. 163. 165. 177.) 19. 43. 45. — Disziplinar-Strafverfahren gegen dieselben. (V. v. 11. Juli 49. §§. 61. 70.) 282. 284.

Polizeiaufsicht, die Verurtheilung zur Stellung unter solche, zieht den Verlust des Amtes oder der Pension von selbst nach sich, ohne daß darauf besonders erkannt wird. (V. v. 10. Juli 49. §. 9.) 255. — (V. v. 11. Juli 49. §. 10.) 273.

Polizeibeamte, die als solche in einer Sache thätig gewesen, können in eben ders. nicht auch zugleich Geschworene sein. (V. v. 3. Janr. 49. §. 95.) 31. — gerichtliche, die Ausnahmen hinsichtlich deren Gerichtsstandes in den §§. 1. 2. des Gesetzes vom 11. Aug. 48. (Ges.-Samml. S. 201.) werden aufgehoben. (V. v.

Polizeibeamte, (Forts.)

2. Janr. 49. §. 10.) 4. — Disziplinar-Strafverfahren gegen dieselben. (B. v. 11. Juli 49. §§. 61. 62. 70.) 282. 284.

Polizeibehörden, denselben verbleibt die ihnen gesetzlich obliegende Verpflichtung, Verbrechen nachzuforschen und alle keinen Aufschub gestattenden vorbereitenden Anordnungen zur Aufklärung der Sache und vorläufigen Haftnahme des Thäters zu treffen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 4.) 14. 15. — Einsetzung der von ihnen aufgenommenen Verhandlungen an den betreffenden Staatsanwalt, dessen Requisitionen wegen Einleitung oder Vollständigung solcher polizeilichen Voruntersuchungen sie Folge zu leisten haben. (ebend. §. 4.) 15. — Königl. e, deren Vorsteher können durch Königl. Verfügung jederzeit mit Gewährung des vorschriftsmäßigen Wartegeldes einstweilig in den Ruhestand versetzt werden. (B. v. 11. Juli 49. §. 94.) 290. — Orts- = Polizeibehörden, Pflichten und Befugnisse ders. zur Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts. (B. v. 29. Juni 49. §§. 1—10.) 221—223. — Hinterlegung eines Exempl. von jeder Nummer, jedem Heft oder Stück einer Zeitung oder einer in monatlichen oder kürzeren Fristen erscheinenden Zeitschrift, welche im Inlande herauskommen, bei derselben seitens des Herausgebers, sobald die Austheilung oder Vertheilung beginnt. (B. v. 30. Juni 49. §. 5.) 226. 227. — Strafe für dessen Unterlassung. (ebend. §. 10.) 228. — dieselben haben durch eine allgemeine und öffentlich bekannt gemachte Verfügung die Stellen zu bezeichnen, welche für die Anschlagung, Anheftung und sonstige öffentliche Ausstellung von Anschlagzetteln und Plakaten, wenn auch erlaubten Inhalts, nicht geeignet sind. (B. v. 30. Juni 49. §. 8.) 227. — Strafe für Zuwiderhandlung dagegen. (ebend. §. 11.) 228. — ohne deren, immer bei sich zu führende Erlaubniß darf Niemand auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen oder an andern öffentlichen Orten, Druckschriften oder andere Schriften ausrufen, verkaufen, vertheilen, anheften oder anschlagen. (ebend. §. 9.) 228. — Strafe für Übertretungen dieser Vorschrift. (§. 11.) 228.

Polizeidirektoren, dieselben können zu Geschworenen nicht berufen werden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 3.) 25.

Polizeigerichtsbarkeit, deren Verwaltung in erster Instanz durch einzelne dazu kommissarisch ernannte Polizeirichter, unter Assistenz von Polizeianwälten. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 4.) 8. — (B. v. 3. Janr. 49. §§. 162. 163.) 42. 43. — Verfahren bei Ausübung derselben. (ebend. §§. 164—177.) 43—45. — s. auch Polizeivergehen.

Polizeipräsidenten, diese können zu Geschworenen nicht berufen werden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 3.) 25.

Polizeirichter, einzelne, kommissarisch ernannte, Verwaltung der Polizeigerichtsbarkeit durch dieselben, unter Assistenz von Polizeianwälten. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 4.) 8. — (B. v. 3. Janr. 49. §§. 162. 163.) 42. 43. — Verfahren bei Ausübung ihrer Funktionen. (ebend. §§. 164—177.) 43—45. — s. auch Polizeivergehen.

Polizeivergehen, Verfahren bei Untersuchungen und Bestrafungen derselben. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 161—177.) 42—45. — Verwaltung der Polizeigerichtsbarkeit in erster Instanz von einzelnen dazu kommissarisch bestellten Polizeirichtern. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 4.) 8. — (B. v. 3. Janr. 49. §. 162.) 42. — Verfolgung der Übertreter der Polizeistrafgesetze vor Gericht durch Polizeianwälte. (B. v. 3. Janr. 49. §. 163.) 43. — ordentliches Verfahren wegen derselben und Urtheilsfällung. (§. 164.) 43. — Einlegung des Rechtsmittels des Rekurses und Entscheidung darüber von einer aus drei Mitgliefern bestehenden Abtheilung des Appellationsgerichts, wogegen ein weiteres Rechtsmittel nicht stattfindet. (ebend. §§. 165—170.) 43. 44. — Mandatsverfahren, wenn die Anklage wegen eines Polizeivergehens auf der Anzeige eines Beamten oder einer im Dienste befindlichen Militärperson beruht. (§§. 171—173.) 44. — Zulässigkeit des Restitutionsgesuchs, gegen dessen Zurückweisung mittelst Resolution dem Angeschuldigten binnen 24 Stunden die Beschwerde an das Appellationsgericht offen steht. (§§. 175—177.) 45. — wird für die Zulassung der Restitution entschieden, so geht die Sache zur Verhandlung in erster Instanz an den Polizeirichter zurück. (§. 176.) 45. — die Angeschuldigten können sich sowohl in dieser, als in der folgenden Instanz durch einen Bevollmächtigten aus der Zahl der Rechtsanwälte vertreten lassen. (§. 164.) 43.

Pommern, Provinz. — Neuorpommern, Fürsorge für diejenigen städtischen Beamten in demselben, welche das Richteramt nur in Verbindung mit andern Funktionen als Gemeindebeamte zeitlich verwalteten. (B. v. 2. Janr. 49. §. 4.) 2. — für solches soll über die Ausschließung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens vor Gericht, aus Gründen des öffentlichen Wohls und der Sittlichkeit, eine besondere Verordnung ergehen. (B. v. 2. Janr. 49. §. 32.) 11. — Einführung eines gleichmäßigen, auf Mündlichkeit und Öffentlichkeit beruhenden Verfahrens in Civilprozessen im Bezirke des Appellationsgerichts zu Greifswald, unter Aufhebung der bisherigen, demselben entgegenstehenden Prozeßvorschriften. (Verord. v. 21. Juli 49.) 307—333. — s. auch Appellationsgericht, Hofgericht und Konsistorium daselbst.

Pom-

Pommersche Provinzial-Chausseebau-Obligationen, auf den Inhaber lautend, zum Betrage von 300,000 Rthlr., deren Ausfertigung und Ausgabe als Anleihe seitens der Altpommerschen Landstube, mit fünf Prozent jährlicher Verzinsung auf die den Obligationen beigelegten Zinskoupons, zur Förderung des Chausseebaues in Altpommern. (Privil. v. 4. Mai 49.) 213—215. — allmähliche Tilgung derselben aus denjenigen 25,000 Rthlrn., welche die Provinz alljährlich zum Chausseebau aufzubringen hat, durch jährliche Ausloosung von mindestens einhundert Stück, zum Betrage von 10,000 Rthlr. vom Jahre 1852. ab. (ebend.) 213.

Pommersche ritterschaftliche Privatbank, s. Bank.

Portofreiheit der ritterschaftlichen Privatbank von Pommern, wie solche derselben innerhalb der Provinz für die Korrespondenz mit ihren Beamten und Agenten bereits verliehen ist. (Statuten der Bank v. 24. Aug. 49. §. 43.) 370.

Posamentierer, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Posen, Provinz, (Großherzogthum). — das Ober-Appellationsgericht zu Posen wird aufgehoben, die Oberlandesgerichte zu Posen und Bromberg bleiben aber unter Vorbehalt weiterer Bestimmung bestehen, jedoch erhalten sie die Bezeichnung: „Appellationsgerichte“. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 24. 25.) 8. — die von den Bestimmungen der Verord. v. 2. Janr. 49., die Aufhebung des erimierten Gerichtsstandes betr., abweichenden Vorschriften der Verord. v. 16. Juni 34. (Ges. Samml. S. 75 ff.) über die Einrichtung der Justizbehörden in jener Provinz, treten außer Kraft. (B. v. 2. Janr. 49. §. 9.) 3.

Postamtsvorsteher, } Befugniß derselben zur Verhängung von Geldbußen gegen ihre Untergebenen, soweit ihnen solche durch besondere Gesetze oder Instruktionen beigelegt ist. (B. v. 11. Juli 49. §. 22.) 275.

Präsident, dieser Amtscharakter soll dem ersten Direktor eines Stadtgerichts in Städten von 50,000 und mehr Einwohnern zustehen. (B. v. 2. Janr. 49. §. 19.) 6.

Preise, Normal-, bei Ablösung der Reallasten, deren Feststellung durch Bildung von Distrikts-Kommissionen. (B. v. 19. Novbr. 49.) 413—416.

Presse, Anordnungen und Vorschriften für dieselbe, mit Aufhebung des Pressgesetzes vom 17. März 1848. und der §§. 151—155. 620. und 621. Tit. 20. Thl. II. des Allg. Landrechts, sowie der Art. 102. 201. 204. 217., ferner der Art. 367. bis 372. und die auf diese Art. bezügliche Bestimmung des Artikels 374. des Rheinischen Strafgesetzbuches. (B. v. 30. Juni 49. §§. 1—12. 24. 30. 32. 37. 43.) 226—228. 231. 232. 234. 235. 236. — s. auch Druckschriften, Zeitungen, Zeitschriften, Drucker, Herausgeber, Verleger u.

Pressverbrechen, deren gerichtliche Untersuchung und Bestrafung unter Zuziehung von Geschworenen, als beistehenden Richtern. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 60. 61. 75.) 24. 25. 28. — bei solchen, über welche am 1. Apr. 49. noch nicht in erster Instanz erkannt worden, ist das Verfahren nach den Vorschriften der obigen Verord. umzuleiten. (ebend. §. 184.) 47.

Pressvergehen, welche Vergehen nach den Bestimmungen der Verord. v. 30. Juni 49. als jene nicht zu betrachten sind. (§. 39. ders.) 235. — als solche werden auch die in der Verord. v. 29. Juni 49., die Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- u. Vereinigungsrechts betr., mit Strafe bedrohten Handlungen nicht betrachtet. (B. v. 29. Juni 49. §. 20.) 224.

Privatbank, ritterschaftliche, von Pommern, siehe Bank.

Privat-Gerichte, siehe Gerichtsbehörden.

Privat-Gerichtsbarkeit, deren Aufhebung ohne Entschädigung der zeitlichen Inhaber. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 1—8.) 1—3. — siehe ferner Gerichtsbarkeit.

Privat-Gerichtsbeamte, siehe Justizbeamte.

Privatpersonen, Verfahren mit deren Anträgen auf Verfolgung von Verbrechen seitens der Staatsanwälte. (B. v. 3. Janr. 49. §. 9.) 15. 16. — in Zeitungen oder Zeitschriften angegriffen, Verpflichtung der Herausgeber dieser, zur resp. unentgeltlichen Aufnahme der Entgegnungen behufs der Berichtigung der in denselben erwähnten Thatsachen. (B. v. 30. Juni 49. §. 7.) 227. — Strafe für die verweigerte Aufnahme. (ebend. §. 10.) 228. — die Bestimmungen der bestehenden Gesetze über die gegen dies. begangenen Beleidigungen, welche die Merkmale der Verläumdung nicht enthalten, werden durch die Verord. v. 30. Juni 49. nicht berührt, (§. 41. ders.) 235.

Privilegirter Gerichtsstand, dessen Aufhebung. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 9—17.) 3—5.

Probe, auf solche angestellte Beamte, Verfahren wegen deren Entlassung. (B. v. 11. Juli 49. §. 90.) 288 f. — Probendienst im Militair, siehe Militair-Probendienst.

Professoren, Wählbarkeit ders. zu Geschworenen. (B. v. 3. Janr. 49. S. 63.) 25.

Protokolle, deren Aufnahme mit Eingefessenen des Gerichtsbezirks über Gesuche in ihren Rechtsangelegenheiten und deren Weiterbeförderung gehört zur Kompetenz der Einzelrichter. (B. v. 2. Janr. 49. S. 22. Nr. 6.) 8. — deren Führung von einem vereideten Gerichtsschreiber in Untersuchungen wegen Vergehen. (B. v. 3. Janr. 49. S. 37.) 20. — desgl. wegen Verbrechen. (ebend. S. 38.) 21. — desgl. wegen schwerer Verbrechen, sowie wegen politischer und Preßverbrechen, vor Schwurgerichten. (ebend. §§. 99. 114.) 31. 32. 35. — deren Führung in Disziplinar-Untersuchungen gegen richterliche Beamte. (Verord. v. 10. Juli 49. S. 39.) 261. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (B. v. 11. Juli 49. S. 43.) 279.

Protokollführer, vereidete, Zuziehung eines solchen zu den Voruntersuchungen wegen Verbrechen. (Verord. v. 3. Janr. 49. S. 43.) 22.

Provinzialbehörden, als entscheidende Disziplinarbehörden in erster Instanz gegen nicht richterliche Beamte ihres Ressorts. (B. v. 11. Juli 49. §§. 26. Nr. 2., 28. 29. 33.) 276. 277. — Verfahren u. Entscheidung ders. (ebend. §§. 33—44.) 277—279. — Berufung an das Staatsministerium gegen deren Entscheidungen. (SS. 45—51.) 279. 280. — dieselben sind ermächtigt, die ihnen untergeordneten Beamten mit Geldbuße bis zu dreißig Thalern zu belegen. (Verord. v. 11. Juli 49. S. 22.) 273. — siehe ferner Regierungen, Oberpräsidenten u., desgl. Verwaltungsbehörden.

Provinzialrechte, welche auf die nach den zeitherigen Bestimmungen vom ordentlichen Gerichtsstande eximirten Personen und Sachen nicht Anwendung gefunden haben, deren Anwendung bleibt für solche auch ferner ausgeschlossen. (B. v. 2. Janr. 49. S. 15.) 5.

Provinzial-Schulkollegien, siehe leh.

Provinzial-Steuerdirektionen, siehe leh.

Provinzial-Steuerdirektoren, siehe leh.

Prozesse, Civil-, (Rechtsstreitigkeiten), über die Verpflichtung zur Entrichtung von Besitzveränderungs-Abgaben, die wegen deren amtlichen Sistirung im §. 2. Nr. 2. Lit. g. u. Nr. 3. des Gesetzes vom 9. Oktbr. 1848 enthaltenen Bestimmungen beziehen sich auch auf diejenigen Prozesse, in welchen bereits bezahlte Besitzveränderungs-Abgaben zurückgefordert werden, sofern hierbei Streit über die Existenz der Verpflichtung zu deren Entrichtung entsteht. (Dekl. v. 3. Juli 49.) 249. — dieser Deklaration haben beide Kammeru ihre Genehmigung erteilt. (Staatsminist.-Bekanntm. v. 12. Septbr. 49.) 377. — Einführung eines gleichmäßigen,

Prozesse, (Fortf.)

auf Mündlichkeit und Öffentlichkeit beruhenden Verfahrens in solchen in den Bezirken des Appellationsgerichts zu Greifswald und des Justizsenats zu Ehrenbreitstein, unter Aufhebung der bisherigen, demselben entgegenstehenden Prozeßvorschriften. (Verord. v. 21. Juli 49.) 307—333.

Erster Abschnitt. Vom Mandatsprozeß. (SS. 1—5.) 307—309.

Zweiter Abschnitt. Ordentlicher Prozeß. (SS. 6—41.) 309—317.

1) Verfahren in nicht einfachen und nicht schleunigen Sachen. (SS. 6—36.) 309—316.

2) desgl. in schleunigen und einfachen Sachen. (SS. 37. 38.) 316.

3) desgl. in Injurien-Prozessen und geringfügigen Sachen. (S. 39.) 316. 317.

4) Verhandlung vor einem Kommissar. (S. 40.) 317.

5) Insinuation der Erkenntnisse und Verfügungen. (S. 41.) 317.

Dritter Abschnitt. Von den Rechtsmitteln und Beschwerden gegen erlassene Entscheidungen, Bescheide und Verfügungen.

I. Gemeinsame Bestimmungen für die Rechtsmittel der Appellation, Revision und Nichtigkeitsbeschwerde. (SS. 42—46.) 317. 318.

II. Bestimmungen über die Appellation. (SS. 47—55.) 318—320.

III. Vom Rechtsmittel der Revision. (SS. 56—58.) 320. 321.

IV. Von dem Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde. (SS. 59—63.) 321. 322.

V. Von dem Rechtsmittel des Refurses. (SS. 64—66.) 322. 323.

VI. Von der Restitution. (SS. 67—69.) 323. 324.

VII. Von der Konkurrenz verschiedener Rechtsmittel. (SS. 70—73.) 324. 325.

VIII. Von Beschwerden. (SS. 74. 75.) 325.

Vierter Abschnitt. Besondere Prozeßarten. (SS. 76. bis 79.) 325—327.

Fünfter Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen. (SS. 80—90.) 328—331.

Sechster Abschnitt. Transitorische Bestimmungen. (SS. 91—98.) 331—333.

Prozessionen, kirchliche, solche gehören nicht zu denjenigen öffentlichen Aufzügen, welche einer vorgängigen Genehmigung oder Anzeige bedürfen. (B. v. 29. Juni 49. S. 11.) 223.

Prozeßkosten, siehe Kosten, Gebühren und Gebühren-taren.

Prüfungen, juridische, rücksichtlich derselben bleibt eine Revision der darüber bestehenden Vorschriften vorbehalten. (B. v. 2. Janr. 49. S. 37.) 12. — Staatsprüfung, große juridische, — Referendarien, welche solche

Prüfungen, (Fortf.)

solche zurückgelegt haben, werden bis zu ihrer anderweitigen Anstellung zu Gerichtsassessoren bestellt. (B. v. 2. Janr. 49. §. 36.) 12. — die Ablegung ders. ist zur Verwaltung des Amtes eines Direktors bei allen Kreisgerichten erforderlich. (ebend. §. 37.) 12. — der Handwerker, allgemeine Vorschriften für solche. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 35—43.) 101—103. — Bedingungen der Zulassung zu den abzulegenden Meisterprüfungen der Gesellen. (ebend. §. 35.) 101. — desgl. zu den Gesellenprüfungen der Lehrlinge. (§. 36.) 101. — Errihtung einer Prüfungs-Kommission für Meister- und Gesellenprüfungen bei jeder Innung. (§. 37.) 101. — desgl. einer Kreis-Prüfungs-Kommission oder mehrerer derselben für jedes Handwerk in den einzelnen Kreisen, nach Maßgabe der örtlichen und gewerblichen Verhältnisse, durch die Regierung. (§§. 38—41.) 102. — Rekursverfahren in dergl. Prüfungs-Angelegenheiten. (§§. 38. 40. 41.) 102. — Anordnungen für die Prüfungsaufgaben, Prüfungs- und Entlassungszeugnisse. (§. 42.) 102. — die Prüfungszeugnisse der Prüfungs-Kommissionen, sowie die Befähigungszeugnisse der Regierung, gelten überall als genügender Nachweis der gewerblichen Befähigung sowohl für die Aufnahme in eine Innung, wie für die Befugniß zum selbstständigen Betriebe des Handwerks. (§. 43.) 103. — s. auch Militair-Prüfungskommissionen.

Pulvertransporte, bei solchen können den Offizieren, welche dieselben führen, Tagegelder zugestanden werden. (M. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 6.) 87.

Q.

Quartier, Natural-, der Anspruch auf solches fällt für die Zeit, in welcher Tagegelder gegeben werden, im Kommando-Orte des Militairs weg. (M. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 3.) 86.

Quittungen, Vorschriften für deren Ausstellung und Prüfung im gerichtlichen Depostalverkehr. (B. v. 18. Juli 49. §§. 2. 4. 20.) 295. 296. 300.

R.

Rademacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerkes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Räthe, deren Anstellung bei den Appellationsgerichten. (B. v. 2. Janr. 49. §. 25.) 8.

Ratscher, Ort und Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 17. u. 18.

Raub, an einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke, dessen kriegsgerichtliche Untersuchung und Bestrafung. (B. v. 10. Mai 49. §. 10.) 168.

Realinjurien, schwere, siehe Injurien.

Reallasten, Feststellung der bei Ablösungen derselben anzunehmenden Normalpreise und Normal-Marktforte durch Bildung von Distrikts-Kommissionen. (B. v. 19. Novbr. 49.) 413—416.

Rechte, s. Provinzial- und statutarische Rechte; desgl. bürgerliche, staatsbürgerliche und kaufmännische Rechte.

Rechtsanwälte, diesen Amtscharakter nehmen fortan die Justizkommissarien und Advokaten an. (B. v. 2. Janr. 49. §. 30.) 10. — hinsichtlich deren Anstellung für bestimmte Gerichtsbezirke verbleibt es bei den bestehenden Bestimmungen. (ebend. §. 30.) 10. — denjenigen bei dem Obertribunal und den Appellationsgerichten soll in der Regel die gleichzeitige Funktion eines Notars nicht beigelegt werden. (ebend. §. 30.) 10. — dieselben müssen die Qualifikation der Mitglieder des Gerichts, bei welchem sie angestellt sein wollen, besitzen. (B. v. 2. Janr. 49. §. 37.) 12. — deren Ernennung durch den Justizminister im Namen des Königs. (B. v. 2. Janr. 49. §. 36.) 12. — Disziplinar-Strafverfahren gegen dieselben. (B. v. 11. Juli 49. §§. 73—82.) 285—287. — Niederlegung ihres Amtes bei körperlicher oder geistiger Unfähigkeit. (ebend. §. 83.) 287. — Erstattung der für solche aufgewendeten Ausgaben von den zu den Prozeßkosten verurtheilten Gegnern. (B. v. 2. Janr. 49. §. 29.) 10. — aus der Zahl der bei dem Gerichte zur Praxis berechtigten können sich die wegen Polizeivergehen Angeschuldigten auf ihre Kosten vertreten lassen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 164.) 43. — Wählbarkeit derselben zu Geschworenen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63.) 25.

Rechtsgeschäfte, Aussetzung derselben am 22. und 29. Janr. 49., den Tagen der Wahlen für die Kammern, gleichwie an Sonn- und Festtagen. (M. E. v. 5. Janr. 49.) 48. — desgl. am 17. Juli 49., dem Tage der Wahlen zur zweiten Kammer. (M. E. v. 9. Juli 49.) 251.

Rechtsmittel, die Kosten eines ohne Erfolg eingelegten Rechtsmittels fallen demjenigen zur Last, welcher dasselbe eingewendet hat. (B. v. 3. Janr. 49. §. 179.) 46. — deren Einlegung gegen die in Untersuchungen erster Instanz wegen Vergehen und Verbrechen gefällten Erkennt-

Rechtsmittel, (Fortf.)

kenntnisse. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 126—160.) 36—42. — dem Verurtheilten in gerichtlichen Untersuchungen zustehend, über solche bedarf es einer Belehrung desselben nicht. (V. v. 3. Janr. 49. §. 24.) 18. — durch Einlegung eines solchen von Seiten des Staatsanwalts darf die Freilassung des in Haft befindlichen Angeklagten, wenn das Urtheil eine Freiheitsstrafe gegen ihn nicht verhängt hat, niemals verzögert werden. (V. v. 3. Janr. 49. §. 157.) 42. — ist der Angeklagte zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt, so hält das von dem Staatsanwalt gegen das Urtheil eingelegte Rechtsmittel den Antritt der Strafe nicht auf. (ebend. §. 158.) 42. — dagegen wird durch die Einlegung der Appellation oder Nichtigkeitsbeschwerde von Seiten des Angeklagten die Vollstreckung der Strafe aufgehalten. (ebend. §. 159.) 42. — gegen die Urtheile der während des Belagerungszustandes angeordneten Kriegsgerichte finden Rechtsmittel nicht statt; jedoch unterliegen deren Todesurtheile der Bestätigung des Militärbefehlshabers. (V. v. 10. Mai 49. §. 13. Nr. 6.) 170. — in wie weit solche gegen Erkenntnisse und Bescheide der Gewerbegerichte stattfinden. (V. v. 9. Febr. 49. §§. 51—54.) 123. — s. auch Appellation, Nichtigkeitsbeschwerde, Restitution zc., desgl. Berufung.

Rechtsverfahren (gerichtliches Verfahren, Rechtsweg, rechtliches Gehör), allgemeine Bestimmungen über dasselbe. (V. v. 2. Janr. 49. §§. 32—35.) 10. 11. — Zulässigkeit desselben gegen die Entscheidungen der Regierungen über streitige, angeblich auf besondern lästigen Erwerbstiteln beruhende Zahlungen und Abgaben an Kirchen, milde Stiftungen zc. bei der Aufnahme neuer Mitglieder einer Innung und bei der Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge. (V. v. 9. Febr. 49. §. 65.) 107. — findet in den dem Gewerberäthe zur Entscheidung überwiesenen Angelegenheiten nicht statt. (V. v. 9. Febr. 49. §§. 2. 28. 35. 36. 47. 49.) 94. 99. 101. 103. — s. auch Prozesse, Rechtsmittel zc. — desgl. Kriegslieferungen.

Referendarien, deren Ernennung durch den Justizminister im Namen des Königs. (V. v. 2. Janr. 49. §. 36.) 12. — diejenigen, welche die große Staatsprüfung zurückgelegt haben, werden bis zu ihrer anderweitigen Anstellung zu Gerichtsassessoren bestellt. (ebend. §. 36.) 12. — Überweisung der letzteren an Kreis- oder Stadengerichte als deren unbesoldete Mitglieder, wenn sie nicht bei einem Appellationsgerichte vorübergehend, oder bei der Staatsanwaltschaft zu beschäftigen sind. (ebend. §. 36.) 12. — in wie fern solche ohne weiteres Verfahren aus dem Dienste entlassen werden können. (V. v. 11. Juli 49. §. 91.) 289.

Regent des preussischen Staats, Bestrafung der demselben zugefügten Beleidigungen. (V. v. 30. Juni 49. §. 21.) 231. — desgl. in Beziehung auf das Oberhaupt eines deutschen oder eines anderen, mit dem preussischen Staate in anerkanntem völkerrechtlichen Verkehr stehenden Staats. (ebend. §. 22.) 230. — Verfolgung letzterer durch die Staatsanwaltschaft nur auf Antrag des Beleidigten. (ebend. §. 34.) 233. — siehe auch Majestätsverbrechen.

Regierungen, als entscheidende Disziplinarbehörden in erster Instanz gegen nicht richterliche Beamte ihres Ressorts. (V. v. 11. Juli 49. §§. 26. Nr. 2. 28. 29. 33.) 276. 277. — Verfahren und Entscheidung ders. (ebend. §§. 33—44.) 277—279. — Berufung an das Staatsministerium gegen deren Entscheidungen. (§§. 45—51.) 279. 280. — dieselben sind ermächtigt, die ihnen untergeordneten Beamten mit Geldbuße bis zu dreißig Thalern zu belegen. (V. v. 11. Juli 49. §. 22.) 275. — solche ernennen den Wahlkommissar für jeden Wahlbezirk zur Wahl der Abgeordneten der zweiten Kammer und bestimmen den Wahlort. (V. v. 30. Mai 49. §. 26.) 209. — in Betreff der denselben zur Zeit noch zustehenden Befugnisse in Kirchensachen bewendet es vorläufig bei der gegenwärtigen Einrichtung. (A. E. vom 26. Janr. 49.) 125. — dieselben haben, nach Auflösung der Immediatkommission zur Entscheidung von Ansprüchen an Provinzen, Kreise und Kommunen aus den Kriegsjahren 1806—7. u. 1812—15. in zweiter und letzter Instanz und nach Wiedereintritt des ordentlichen Rechtsweges in diesen Angelegenheiten, die bei ihnen in erster Instanz schwebenden Sachen, in denen noch keine Entscheidung erfolgt ist, zur weiteren Verhandlung und Entscheidung an die kompetenten Gerichte abzugeben. (A. E. v. 7. Dezbr. 48.) 90. — für die bei den Regierungen bereits in erster Instanz entschiedenen Sachen tritt das Geheime Ober-Tribunal in zweiter und letzter Instanz an die Stelle der aufgelösten Immediat-Kommission. (ebend.) 90. — Kompetenz ders. bei Errichtung von Gewerberäthen, in Ausführung der Verordn. v. 9. Febr. 49. (§§. 2. 10. 11. 12. 13. 15. 18. 19. 20. 21.) 93—98. — Kompetenz derselben bei Ausführung der Verordnung vom 9. Febr. 49., die Errichtung von Gewerbegerichten betr. (§§. 8. 10. 14. 15. 16. 39.) 113. 114. 115. 120. — denselben müssen die nach Maßgabe der Verordn. v. 9. Febr. 49. revidirten Entwürfe der Statuten älterer Innungen behufs der Feststellung durch das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eingereicht werden. (§. 66. ders.) 107. 108. — desgl. bei Führung des Nachweises der Befähigung zum selbstständigen handwerksmäßigen Gewerbebetriebe, in Ausführung

Regierungen, (Fortf.)

zung ebend. Verord. (§§. 24. 26. 28. 30. 43.) 99. 100. 103. — dieselben entscheiden über streitige, angeblich auf besondern lästigen Erwerbstiteln beruhende Zahlungen und Abgaben an Kirchen, milde Stiftungen u. bei der Aufnahme neuer Mitglieder in eine Innung und bei der Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge. (V. v. 9. Febr. 49. §. 65.) 107. — sie ertheilen die Genehmigung zur Beschränkung des Einkaufs von Lebensmitteln auf den Wochenmärkten seitens gewisser Klassen von Käufern, während einer bestimmten Zeit. (ebend. §. 71.) 109. — dieselben können die Fortsetzung des herkömmlichen Wochenmarktsverkehrs mit Handwerkerwaaren, ohne Zulassung auswärtiger Verkäufer derselben Waaren, gestatten. (V. v. 9. Febr. 49. §. 70.) 108. f. — siehe auch Provinzial- und Verwaltungsbehörden.

Regierungsbezirke, Zahl der in jedem derselben zu wählenden Abgeordneten für die zweite Kammer. (V. v. 30. Mai 49. §. 2. nebst Verzeichniß.) 205. 211. — auf den Antrag deren Verwaltungschefs kann für den Fall eines Aufruhrs der oberste Militärbefehlshaber rücksichtlich einzelner Orte und Bezirke provisorisch den Belagerungszustand erklären. (V. v. 10. Mai 49. §. 2.) 165.

Regierungspräsidenten (und Vicepräsidenten), dieselben können durch Königl. Verfügung jederzeit mit Gewährung des vorschrittmäßigen Wartegeldes einseitig in den Ruhestand versetzt werden. (V. v. 11. Juli 49. §. 94.) 290. — Ernennung von Polizeianwaltschaft durch erstere, nach Anhörung des Oberstaatsanwalts, zu den Geschäften des Staatsanwalts in Untersuchungen wegen Vergehen. (V. v. 3. Janr. 49. §. 28.) 19. — dieselben stellen die Geschworenen-Listen definitiv zusammen. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 66. u. 67.) 26. — zu Geschworenen selbst können sie nicht berufen werden. (V. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 3.) 25.

Reichenbach, Kreis, siehe Handelskammern.

Reichsunmittelbare, ehemalige, deren zeitliche Befreiung von der Klassensteuer hört mit dem 1. Janr. 1850. auf. (G. v. 7. Dezbr. 49.) 436.

Reichschläger, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (V. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Reinickendorf, Ort, bei Berlin, s. Chausseebau Nr. 2.

Reisekosten, deren Festsetzung für die Offiziere und Militärpersonen, sowie für diejenigen Militärbeamten, denen ein bestimmter Militärrang beigelegt ist, bei Dienst- und Versetzungsreisen. (Regulativ v. 28. Dezember 48.) 81—85. — bei dergl. Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen, nebst Vergütung der Reisekosten. (ebend. §. 1. Nr. 1—4.) 81. 82. — bei solchen, welche nicht auf Eisenbahnen oder mit Dampfschiffen zurückgelegt werden können. (ebend. §. 2. Nr. 1. u. 2.) 82. 83. — Berechnung einzelner Meilentheile bei solchen. (§. 3.) 83. — Offiziere und Militärbeamte, welche mehr als eine Fourageration beziehen, erhalten für Dienstreisen innerhalb einer Entfernung von 6 Meilen, von ihrem Wohnsitz ab gerechnet, keine Entschädigung. (§. 4.) 83. — Entschädigungen für den Umzug bei Versetzungen, resp. mit und ohne Familie. (§§. 5—8.) 83. bis 85. — solche finden bei Versetzungen auf eigenen Antrag nicht statt. (§. 7.) 84. — das Kriegsministerium ist ermächtigt, die erforderlichen Erläuterungen zur obigen vom 1. Janr. 1849. an in Kraft tretenden Verordnung zu erlassen und im Sinne ders. etwaige Anträge und Zweifel zu erledigen. (§. 9.) 85. — der Geschworenen mit 8 Sgr. für jede Meile der Hin- und der Herreise. (V. v. 3. Janr. 49. §. 74.) 27. — für die Mitglieder der Distrikts-Kommissionen zur Feststellung der bei Ablösung der Reallasten zu beachtenden Normalpreise und Normal-Marktpreise. (G. v. 19. Novbr. 49. §. 5.) 416. — desgl. für die Mitglieder der Kreis-Kommissionen und Kreis-Abtheilungs-Kommissionen behufs der Vorarbeiten zur Aufhebung der bestehenden Grundsteuer-Freiheiten. (V. v. 29. Juni 49. §. 5.) 238.

Rekurs, an das Revisions-Kollegium für Landeskultursachen gegen die Entscheidungen der Auseinandersetzungsbehörden wegen der bei Ablösungen der Reallasten anzunehmenden Normalpreise und Normal-Marktpreise. (G. v. 19. Novbr. 49. §. 2.) 413. — an die Regierungen gegen die Entscheidungen der Kommunalbehörden über die Gesuche wegen nachträglicher Einschreibungen in die Verzeichnisse der Wahlberechtigten zur Wahl der Mitglieder des Gewerberaths und deren Stellvertreter. (V. v. 9. Febr. 49. §. 11.) 95. f. — in wie weit solcher gegen die Bescheide der Gewerbegerichte stattfinden kann, ist nach der in den verschiedenen Landestheilen bestehenden allgemeinen Prozeßgesetzgebung zu beurtheilen. (V. v. 9. Febr. 49. §. 54.) 123. — jedoch entscheidet über denselben das Handelsgericht, oder wo ein solches nicht besteht, das Kreis- oder Stadtgericht des Bezirks. (ebend. §. 54.) 123. — an das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten oder Berufung auf rechtliches Gehör,

Refurs (Fortf.)

gegen die Entscheidungen der Regierungen über streitige, angeblich auf besondern lästigen Erwerbstiteln beruhende Zahlungen und Abgaben an Kirchen, milde Stiftungen u., bei der Aufnahme neuer Mitglieder in eine Innung und bei der Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge. (V. v. 9. Febr. 49. §. 65. 107. — gegen die Entscheidungen der Handwerker-Prüfungskommissionen an die Kreis-Prüfungskommissionen. (V. v. 9. Febr. 49. §§. 38. 40. 41.) 102. — gegen Urtheile erster Instanz in Untersuchungen wegen Polizeivergehen, dessen Einlegung innerhalb einer zehntägigen präklusivischen Frist bei dem Polizeirichter. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 165—170.) 43. 44. — die Entscheidung darüber gebührt einer aus drei Mitgliedern bestehenden Abtheilung des Appellationsgerichts, wogegen ein weiteres Rechtsmittel nicht stattfindet. (ebend. §§. 168—170.) 43. 44.

Refursinstanz, dieselbe bilden die Appellationsgerichte für alle Refursachen in Civil- und Strafsachen ihres Bezirks. (V. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 2.) 9. — in Bagatellsachen und Verkündigung des Refursbescheides in öffentlicher Sitzung, mit Bezug auf die A. R. D. v. 8. Aug. 1832. §. 3. Lit. d. (V. v. 2. Janr. 49. §. 34.) 11.

Religionsdiener, aller Konfessionen, dies. können zu Geschworenen nicht berufen werden. (V. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 5.) 25. — Bestrafung der denselben in Ausübung ihres Berufs oder in Beziehung auf solchen öffentlich zugesügten Beleidigungen. (V. v. 30. Juni 49. §§. 23. u. 31.) 231. 232. — Verfolgung solcher Bestrafung durch die Staatsanwaltschaft nur auf Antrag des Beleidigten. (ebend. §. 34.) 233. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils in der durch letzteres zu bestimmenden Art und Weise. (§. 36.) 234.

Religionsgesellschaften, im Staate bestehende, Bestrafung desjenigen, der sich über eine solche oder ihre Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche öffentlich in einer Weise ausläßt, welche dieselben dem Hase oder der Verachtung aussetzt. (V. v. 30. Juni 49. §§. 19. u. 31.) 230. 232. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils in der durch letzteres zu bestimmenden Art und Weise, auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234.

Religiöse Vereine und deren Versammlungen, auf solche beziehen sich die Bestimmungen der Verordnung vom 29. Juni 49. über das Versammlungs- und Vereinigungsrecht nicht. (daselbst §. 2.) 221.

Reminiscere-Messe zu Frankfurt a. d. O., siehe Messe.

Residenz, jedesmalige des Königs Majestät, innerhalb zweier Meilen von dem Orte derselben dürfen Volksversammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden. (V. v. 29. Juni 49. §. 12.) 223. — Strafen für die Übertretungen dieses Verbots. (ebend. §. 17.) 224.

Restitution, Rechtsmittel, dasselbe kann der Verurtheilte gegen jedes rechtskräftige Urtheil zu jeder Zeit einwenden, wenn er darzuthun vermag, daß das Urtheil auf eine falsche Urkunde oder auf die Aussage eines meineidigen Zeugen gegründet ist. (V. v. 3. Janr. 49. §. 151.) 41. — Anbringung desselben bei dem Gerichte erster Instanz. (ebend. §. 152.) 41. — demnächst rechtskräftige Feststellung der angeblichen Verbrechen der Fälschung und des Meineides. (ebend. §. 153.) 41. — Erneuerung des mündlichen Verfahrens und Fällung eines neuen Urtheils, gegen welches die gewöhnlichen Rechtsmittel zulässig sind. (ebend. §. 155.) 41. 42. — über die Zurückweisung des Restitutionsgesuchs steht dem Imploranten frei, innerhalb der nächsten 10 Tage, nach dem Empfange des Bescheides, bei dem Gerichte der höheren Instanz Beschwerde zu führen, eine weitere Beschwerdeführung ist aber unzulässig. (ebend. §. 154.) 41. — die §§. 532. 588. und 589. der Kriminal-Ordnung treten außer Kraft. (ebend. §. 156.) 42. — findet in Disziplinar-Strafsachen gegen Beamte nicht statt. (V. v. 10. Juli (49. §. 40.) 261. — V. v. 11. Juli 49. §. 44.) 279. — Zulässigkeit der Gesuche um solche gegen Kontumazialbescheide der Gewerbegerichte und weiteres Verfahren rüdsichtlich derselben. (V. v. 9. Febr. 49. §§. 51—53.) 123. — Begründung des Restitutionsgesuchs wegen versäumter Ableistung eines rechtskräftig erkannten Eides durch das Erbieten des Ausgebliebenen zur Ableistung desselben. (ebend. §. 53.) 123. — Restitutionsgesuche gegen polizeiliche Strafverfügungen im Mandatsverfahren, siehe Polizeivergehen.

Revisions, Rechtsmittel, deren Zulässigkeit gegen die Erkenntnisse der Gewerbegerichte ist nach der in den verschiedenen Landestheilen bestehenden allgemeinen Prozeßgesetzgebung zu beurtheilen. (V. v. 9. Febr. 49. §. 54.) 123.

Revisions- und Kassationshof, Rheinischer, in Berlin, dessen Vereinigung mit dem Geheimen Ober-Tribunal daselbst, welches künftig den Namen: „Ober-Tribunal“ führt, wird einem besonderen Gesetze vorbehalten. (V. v. 2. Janr. 49. §. 27.) 9. — als Disziplinargericht in Ansehung seiner Mitglieder, der Präsidien-

Revisions- und Kassationshof, (Fortf.)

sidenten des Rheinischen Appellationsgerichtshofes und des Direktors des Justizsenats zu Ehrenbreitstein. (V. v. 10. Juli 49. §§. 21. 24. 27. 28. 32.) 257. 258. 259. f. — derselbe beschließt über die unfreiwillige Versetzung eines Richters. (V. v. 10. Juli 49. §. 56.) 264.

Revisions-Kollegium für Landeskultursachen,

inwieweit auf dasselbe, sowie auf dessen Präsidenten, Dirigenten und etatsmäßigen Rätthe die Disziplinar-Vorschriften der Verordnung vom 10. Juli 49. anwendbar sind. (§§. 67. Nr. 1. 68—71. ders.) 267. — unfreiwillige Versetzung der Mitglieder desselben. (V. v. 10. Juli 49. §. 70.) 267. — als endgültige Refurs-Instanz gegen die Entscheidungen der Auseinandersetzungsbehörden wegen der bei Ablösungen der Real-lasten anzunehmenden Normalpreise und Normal-Markts-orte. (G. v. 19. Novbr. 49. §. 2.) 413. — Wahrnehmung der Verrichtungen der Staatsanwaltschaft bei demselben. (V. v. 10. Juli 49. §. 71.) 267.

Rheinischer Revisions- und Kassationshof,
siehe Revisions- und Kassationshof.

Rheinisches Handelsgesetzbuch, die Art. 110. bis 189. desselben treten mit dem 1. Febr. 49. durch Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung außer Kraft. (Einführungs-Ord. v. 6. Janr. 49.) 49.

Rheinisches Strafgesetzbuch, die in den Art. 75—108. desselben gedachten Verbrechen und Vergehen wider die innere und äußere Sicherheit des Staats sind im Bezirke des Rheinischen Appellationsgerichtshofes zu Köln als Hochverrath und Landesverrath anzusehen, namentlich bei kriegsgerichtlicher Untersuchung und Bestrafung der während des Belagerungszustandes begangenen Verbrechen. (V. v. 10. Mai 49. §. 10.) 168. — Strafbestimmung für die ohne Erfolg gebliebene öffentliche Aufforderung oder Anreizung zu einem durch die Artikel 86. u. 87. desselben vorgesehenen Verbrechen. (V. v. 30. Juni 49. §§. 14. u. 31.) 229. 232. — Aufhebung der Art. 102. 201. 204. 217., ferner der Art. 367—372. und die auf diese Art. bezügliche Bestimmung des Art. 374. desselben, durch die über die Presse u. ergangenen neueren Vorschriften und Bestimmungen. (V. v. 30. Juni 49. §. 43.) 235. 236.

Rheinische Strafprozeßordnung, die Art. 280. 281. 282. ders., das Disziplinar-Strafverfahren gegen Beamte der Staatsanwaltschaft und der gerichtlichen Polizei betr., sind aufgehoben. (V. v. 11. Juli 49. §. 61.) 282. — an den in den Art. 525. bis 541. ders. enthaltenen Bestimmungen über die Regulirung des Gerichtsstandes wird in Beziehung auf die Beschlagnahme Jahrgang 1849.

Rheinische Strafprozeßordnung, (Fortf.)

von Druckschriften nichts geändert. (V. v. 30. Juni 49. §. 38.) 234.

Rheinprovinz, für den Ostrhein soll über die Aufschließung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens vor Gericht, aus Gründen des öffentlichen Wohls und der Sittlichkeit eine besondere Verordnung ergehen. (V. v. 2. Janr. 49. §. 32.) 11. — f. auch öffentliches und mündliches Verfahren.

Rheinsberg, Ort, siehe Chausseebau, Nr. 6.

Rheinschiffahrts-Akte, vom 31. März 1831, Zusatz-Artikel XIX. zu derselben, betr. die Führung eines andern Segelschiffes, als das in dem Patente bezeichnete, sowie die Patentirung zur Führung von Dampfschiffen auf dem Rheine. (Genehmigungs-Urkunde v. 10. Septbr. 49.) 375. 376.

Richter (richterliche Beamte), die Ausnahmen hinsichtlich deren Gerichtsstandes in den §§. 1. u. 2. des Gesetzes vom 11. Aug. 48. (Ges.-Samm. S. 201.) werden aufgehoben. (V. v. 2. Janr. 49. §. 10.) 4. — kollegialischer Gerichte, aus den Ausfertigungen der von dens. abgefaßten Erkenntnisse müssen die Namen der Richter ersichtlich sein. (ebend. §. 33.) 11. — dieselben können zu Geschworenen nicht berufen werden. (V. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 2.) 25. — deren Wahl für Handels- und Gewerbegerichte (V. v. 2. Janr. 49. §. 18.) 6. — als solche sollen in Ehescheidungsprozessen in erster Instanz drei, in zweiter Instanz fünf genügen. (ebend. §. 12.) 4. — disponibel werdende, deren anderweite Anstellung. (ebend. §. 26.) 9. — bei aufgehobenen Privatgerichten angestellt gewesen, anderweite Unterbringung ders. (V. v. 2. Janr. 49. §§. 4. 6. 7.) 2. 3. — desgl. in Neuvorpommern. (ebend. §. 4.) 2. — Ergänzungsrichter, deren Berufung zur ersten Abtheilung der Kreis- und Stadtgerichte für die Aburtheilung der Verbrechen. (V. v. 2. Janr. 49. §. 20.) 6. 7. — auch an einzelstehende Richter (Bezirksrichter oder Gerichtskommissarien) kann nöthigenfalls eine solche Berufung ergehen. (ebend. §. 21.) 7. (f. auch Einzelrichter.) — Bestimmungen über die Dienstvergehen der Richter und deren Bestrafung, sowie über die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand. (V. v. 10. Juli 49.) 253—270.

Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen über Dienstvergehen und deren Bestrafung. (§§. 1—19.) 253—257.

Dienstvergehen überhaupt. (§. 1.) 253. — Amtsverbrechen. (§§. 2. u. 3.) 253. 254. — Bloße Dienstvergehen. (§§. 4—6.) 254. — Disziplinar- und gewöhnliches Strafverfahren wegen der nämlichen That-sachen. (§§. 7. 8.) 254. 255. — Verlust des Amtes als

Richter, (Fortf.)

Folge anderer Strafen. (§. 9.) 255. — unerlaubte Entfernung vom Amte. (§§. 10—14.) 255, 256. — Zustellung der Vorladungen u. (§. 15.) 256. — Mahnung an die Amtspflicht. (§§. 16, 17.) 256, f. — Disziplinar-Strafen. (§§. 18, 19.) 257.

Zweiter Abschnitt. Vom dem Disziplinar-Versahren. (§§. 20—45.) 257—262.

Disziplinar-Versahren. (§. 20.) 257. — Disziplinar-gerichte. (§§. 21—27.) 257—259. — Kompetenz-Streitigkeiten. (§. 28.) 259. — Voruntersuchung. (§§. 29—34.) 259, 260. — mündliche Verhandlung. (§§. 35—40.) 260, 261. — Berufung. (§§. 41—45.) 261, 262.

Dritter Abschnitt. Von der Amtszuspension. (§§. 46—52.) 262, 263.

Suspension kraft des Gesetzes. (§§. 46, 47.) 262. — Suspension durch Beschluß. (§§. 48, 49.) 262, 263. — Einfluß der Suspension auf das Dienst Einkommen. (§§. 50—52.) 263.

Vierter Abschnitt. Von der unfreiwilligen Versetzung auf eine andere Stelle. (§§. 53—57.) 263, 264.**Fünfter Abschnitt. Von der unfreiwilligen Versetzung in den Ruhestand.** (§§. 58—66.) 265, 266.**Sechster Abschnitt. Nähere Bestimmungen, betreffend die Auseinandersezungs-Behörden, das General-Auditoriat und die Auditeure.** (§§. 67—81.) 266—269. — Anwendbarkeit derselben. (§. 67.) 266, f. — Bestimmungen wegen der Auseinandersezungs-Behörden. (§§. 68—71.) 267. — desgl. wegen des General-Auditorats und der Auditeure. (§§. 72—79.) 267—269.

Bestimmungen für den Bezirk des rheinischen Rechts wegen Verfolgung und Bestrafung der Verletzungen der Amtspflicht in der bisherigen Weise und nach den bestehenden Gesetzen, an welchen durch die Bestimmungen der §§. 2. u. 4. der gegenwärtigen Verordnung nichts geändert wird. (§. 80.) 269. — in den nämlichen Bezirken findet wegen Dienstvergehen, welche Untersuchungsrichter oder Friedensrichter als Beamte der gerichtlichen Polizei begehen, lediglich eine Bestrafung und ein Verfahren nach den Bestimmungen dieser Verordnung statt. (§. 81.) 269.

Übergangs-Bestimmungen. Beendigung der Untersuchungen, welche im Wege des gewöhnlichen Strafverfahrens oder des Disziplinarverfahrens bereits eröffnet sind, in der bisherigen Weise und Vollstreckung der desfalligen Strafresolute. (§. 82.) 269. — Suspension vom Amte. (§. 83.) 269. — Aufhebung aller, dieser Verord. entgegenstehenden Vorschriften. (§. 84.) 270. — f. auch Einzelrichter. — nicht richterliche Beamte, siehe Beamte.

Richterstellen, rücksichtlich der zur Verwaltung ders. notwendigen Qualifikationen bleibt eine Revision der darüber bestehenden Vorschriften vorbehalten. (B. v. 2. Janr. 49, §. 37.) 12.

Niemer, siehe Sattler.

Ritterschaftliche Privatbank von Pommern, siehe Bank.

Nothgießer, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49, §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Ruhestand, einstweilige Versetzung nicht richterlicher Beamten in denselben, mit Gewährung von Wartegeld. (B. v. 11. Juli 49, §§. 50, 94.) 280, 289, 290. — gänzliche Versetzung richterlicher und nicht richterlicher Beamten in denselben, siehe Pensionirungen.

Ruhestörer, in öffentlichen, gerichtlichen Sitzungen, deren Entfernung aus den Sitzungssälen und nach den Umständen sofortige Bestrafung derselben mit einer Gefängnißstrafe bis zu acht Tagen, nachdem der Staatsanwalt darüber gehört worden. (B. v. 3. Janr. 49, §. 180.) 46. — (B. v. 30. Juni 49, §. 40.) 235.

Muppiner Kreisstände, siehe Chausseebau Nr. 6.

S.

Saarbrücker Eisenbahn, siehe Eisenbahnen Nr. 9.
Sachsa, Ort und Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 21.

Sachverständige, dies. können in einer und derselben Sache nicht auch zugleich Geschworne sein. (B. v. 3. Janr. 49, §. 95.) 31. — deren Zuziehung bei den Verhandlungen vor den Gewerbegerichten und deren Vergleichsausschüssen. (B. v. 9. Febr. 49, §§. 20, 31.) 116, 118. — bergmännische, deren Zuziehung seitens der ordentlichen Gerichte in streitigen Bergwerksachen. (B. v. 2. Janr. 49, §. 13.) 4.

Sand, von benachbarten Grundstücken zum Chausseebau, siehe leg.

Sanitäts-Polizei, siehe Medizinal-Verwaltung.

Sattler, mit Einschluß der Niemer und Täschner, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49, §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Schadenersatz, Klagen vor den Civilgerichten auf solchen werden von den in der Verordn. v. 30. Juni 49. über die Verjährung enthaltenen Bestimmungen nicht berührt. (§. 35. ders.) 234. — wenn das Gesetz bei bloßen Dienstvergehen die Verpflichtung zu solchem ausspricht, so gehört die Klage der Beteiligten vor das Civilgericht. (B. v. 10. Juli 49, §. 5.) 254. — (B. v. 11. Juli 49, §. 6.) 272.

Schieferdecker, Nachweis deren Befähigung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45. der allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Janr. 45. vorgeschriebene Zeugniß der Regierung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 24.) 99.

Schiffzimmerleute, Nachweis deren Befähigung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45. der allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Janr. 45. vorgeschriebene Zeugniß der Regierung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 24.) 99.

Schlesien, Provinz, (Herzogthum), — Einführung von Zinskoupons zu den Schlesiſchen landschaftlichen Pfandbriefen und Verfahren bei Aufkündigung oder verwehrlicher Niederlegung der letztern bei der Landschaft. (A. E. v. 7. Dezbr. 48. nebst Regulativ.) 76—79. — s. auch Pfandbriefe, Schlesiſche.

Schlesiſche Landschaft, siehe Landschaften.

Schlesiſche Pfandbriefe, siehe Pfandbriefe.

Schleusinger Kreisstände, siehe Chausseebau Nr. 17.

Schlosser, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Schmiede, Grob- und Klein-, jeder Art, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Schnee, Aufhebung der Verpflichtung zur unentgeltlichen Hilfsleistung bei Räumung desselben von den Chausseen. (B. v. 6. Janr. 49.) 80. — mit Bezug auf die Verord. vom 8. März 1832. soll vielmehr dafür das zu der Zeit am Orte gewöhnliche Tagelohn aus der Chausseeaufkasse gezahlt werden. (ebend.) 80. — obiger Verordnung haben beide Kammern ihre Genehmigung erteilt. (Staatsminist. = Bekanntmachung v. 4. Oktbr. 49.) 378.

Schneider, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Schöffengerichte, im Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein, deren Kompetenz wird durch besondere Instruktion geregelt. (B. v. 2. Janr. 49. §. 20.) 7.

Schönaner Kreis, siehe Handelskammern.

Schöppingen, Ort, siehe Chausseebau Nr. 22.

Schornsteinfeger, Nachweis deren Befähigung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45. der allgemeinen Gewerbeordnung v. 17. Janr. 45. vorgeschriebene Zeugniß der Regierung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 24.) 99.

Schriften, alle auf mechanischem Wege irgend einer Art vorgenommenen Vervielfältigungen derselben werden im Sinne der Verord. v. 30. Juni 49. den Druckschriften gleichgestellt (§. 30. ders.) 232. — zu deren Ausruf, Verkauf, Vertheilung, Anheftung oder Anschlagung auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen oder an andern öffentlichen Orten ist die ortspolizeiliche Erlaubniß erforderlich, die immer mit sich geführt werden muß, auch jederzeit zurückgezogen werden kann. (B. v. 30. Juni 49. §. 9.) 228. — Strafe für Übertretung dieser Vorschrift. (ebend. §. 11.) 228. — siehe ferner Druckschriften.

Schuhmacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Schuldig oder nicht schuldig, ob der Angeklagte eins von beiden sei, hat der erkennende Richter nach seiner freien Überzeugung zu entscheiden; er ist aber verpflichtet, die Gründe, welche ihn dabei geleitet haben, in dem Urtheile anzugeben. (B. v. 3. Janr. 49. §. 22.) 18. — auf vorläufige Losprechung (Freisprechung von der Instanz) soll nicht mehr erkannt werden. (ebend. §. 22.) 18. — der für schuldig Erklärte ist zur vollen gesetzlichen Strafe zu verurtheilen. (ebend. §. 23.) 18. — Verfahren vor und nach dem Ausspruche der Geschworenen: „schuldig oder nicht schuldig“ bei schweren Verbrechen, sowie bei politischen und Preßverbrechen, nebst Urteilsprechung. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 96—125.) 31—36. — ist die That, deren der Angeklagte für schuldig erklärt worden ist, durch ein Strafgesetz nicht vorgesehen, so spricht der Gerichtshof den Angeklagten frei. (ebend. §. 125.) 36. — s. auch Erkenntnisse und Rechtsmittel.

Schulkollegien, Provinzial-, als entscheidende Disziplinarbehörden in erster Instanz gegen nicht richterliche Beamte ihres Ressorts. (B. v. 11. Juli 49. §. 26. Nr. 2. und §§. 28. 29. 33.) 276. 277. — Verfahren und Entscheidung ders. (ebend. §§. 33—44.) 277—279. — Berufung an das Staatsministerium gegen deren Entscheidungen. (SS. 45—51.) 279. 280.

Schullehrer, deren zeitliche Befreiung von der Klassensteuer hört mit dem 1. Janr. 1850. auf. (B. v. 7. Dezbr. 49.) 436.

Schwägerschafts-Verhältniß, bis zum dritten Grade, zwischen Richtern bei dem nämlichen Gerichte, als Veranlassung zur unfreiwilligen Versetzung. (B. v. 10. Juli 49. §. 54.) 264. — Verschwägerter im zweiten Grade können nicht zu gleicher Zeit Mitglieder des Gewerberaths sein. (B. v. 9. Febr. 49. §. 8.) 95.

Schweidniß, Kreis, s. Handelskammern.

Schwertfeger, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebd. §. 74.) 109.

Schwurgerichte, in Untersuchungen wegen schwerer Verbrechen, die in den Gesetzen mit einer härtern als dreijährigen Freiheitsstrafe bedroht sind und die nicht zu den im §. 38. der Verord. v. 3. Janr. 49. bezeichneten gehören, so wie wegen politischer und Preßverbrechen, allgemeine Anordnungen und Vorschriften für dieselben. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 60—160.) 24—42. — ein solches wird dem für dergl. Verbrechen aus 5 Richtern und einem Gerichtsschreiber bestehenden Gerichte zugeordnet. (ebend. §. 60.) 24. — für solche sind die dazu geeigneten Gerichtsbehörden und die ihnen anzuweisenden Bezirke durch den Justizminister auf den Vorschlag des Appellationsgerichts besonders zu bestimmen. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22.) 7.

Bildung der Geschworenen-Listen. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 62—68.) 25, 26.

Eröffnung der Untersuchung. (SS. 75—78.) 28.

Hauptverfahren. (SS. 79—125.) 28—36.

a. Vorladung und Kontumazialverfahren. (SS. 79—82.) 28, 29.

b. Bildung des Schwurgerichts. (SS. 83—97.) 29—31.

c. Verhandlung der Sache vor dem Schwurgerichte. (SS. 98—116.) 31—35.

d. Urteilsprechung. (SS. 117—125.) 35, 36.

Anfechtung der Erkenntnisse. (SS. 126—160.) 36—42.

1. Appellation. (SS. 126—137.) 36—39.

2. Nichtigkeitsbeschwerde. (SS. 138—150.) 39—41.

3. Restitution. (SS. 151—156.) 41, 42.

4. Folgen der Einlegung der Rechtsmittel auf die Haft des Angeklagten. (SS. 157—159.) 42.

5. Aufhebung des Rechtsmittels der Aggravation. (§. 160.) 42.

— die in den SS. 13—22. der Verord. v. 30. Juni 49. vorgesehenen strafbaren Handlungen gehören zur Kompetenz ders. (B. v. 30. Juni 49. §. 39.) 234, 235. — dasselbe gilt von den in dem §. 23. erwähnten Veleidigungen, welche mittelst verkaufter, verbreiteter, öffentlich ausgestellter oder angeschlagener Druckschriften begangen werden. (ebend. §. 39.) 235. — die übrigen Vergehen, welche in dem §. 23., sowie diejenigen, welche

Schwurgerichte, (Fortf.)

in den SS. 10. und 11. 24. und 29. vorgesehen sind werden als politische oder Preßvergehen nicht betrachtet. (ebend. §. 39.) 235. — Ausschließung deren Mitwirkung, wenn nach den bestehenden Gesetzen die in der Sitzung eines Gerichts begangenen strafbaren Handlungen sofort abgeurtheilt, oder die in derselben vorgefallenen oder ermittelten Disziplinarvergehungen sofort disziplinarisch geahndet werden sollen. (ebend. §. 40.) 235.

Seifensieder, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Seiler, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Selbstverlag, auf den in solchem erscheinenden Druckschriften muß der Name und Wohnort des Verfassers oder Herausgebers genannt sein. (B. v. 30. Juni 49. §. 1.) 226. — Strafe für Zuwiderhandlung dagegen. (S. 10.) 228.

Senatspräsidenten, deren Anstellung bei den Appellationsgerichten. (B. v. 2. Janr. 49. §. 25.) 8.

Sequestrationen, eines zusammengehörigen Komplexes von Gütern, welche in den Bezirken verschiedener Gerichte gelegen sind, deren Leitung. (B. v. 2. Janr. 49. §. 16.) 5. — der von der Schlesischen Landschaft mit neuen Pfandbriefen beliehenen ländlichen Grundstücke, Anordnungen für dieselben. (A. E. v. 14. Mai 49. und SS. 13. und 14. des beigefügten Regulativs.) 182, 188.

Servis, der Anspruch auf solchen fällt für die Zeit, in welcher Tagegelder gegeben werden, im Kommando-Ort des Militärs weg. (A. E. v. 28. Dezbr. 48. §. 3.) 86.

Sicherheitsbeamte, Handhabung der Sicherheitspolizei seitens derselben in Verbindung mit dem Staatsanwalte. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 4, 7, 8.) 14, 15.

Siebmacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Siegen, Kreis, Errichtung einer Handelskammer für dens. (A. E. v. 25. Mai 49.) 215. — Sitz derselben in der Stadt Siegen. (ebend.) 215.

Silberarbeiter, (Silberschläger), Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Silberberg, Ort, siehe Chausseebau Nr. 10.

Sittlichkeit, Beschränkung der Öffentlichkeit der gerichtlichen Verhandlungen, aus Gründen der ersteren. (B. v. 2. Janr. 49. §. 32.) 11. — (B. v. 3. Janr. 49. §. 15.) 16. — (B. v. 10. Mai 49. §. 13. Nr. 1.) 169. — Strafen für den Verkauf, für die Vertheilung, oder sonstige Verbreitung, sowie für die öffentliche Ausstellung und Anschlagung der dieselbe verletzenden Druckschriften. (B. v. 30. Juni 49. §. 24.) 231. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils in der durch letzteres zu bestimmenden Art und Weise, auf Kosten des Verurtheilten. (ebend. §. 36.) 234.

Sitzungen, öffentliche gerichtliche, Strafverfahren gegen Ruhestörer in denselben. (B. v. 3. Janr. 49. §. 180.) 46. — (B. v. 30. Juni 49. §. 40.) 235.

Soda, ungereinigter, Festsetzung des Eingangszolls für dieselbe vom 1. Mai 49. ab ohne Unterschied auf 1 Nthlr. für den Zentner. (A. E. v. 3. März 49.) 129.

Soest, Stadt, siehe Eisenbahnen Nr. 5.

Soldatenstand, Personen desselben, welche zur Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten oder zur Verathung militärischer Befehle und Anordnungen in Vereinen zusammen treten, oder zu solchen Zwecken sich sonst versammeln, werden nach den Bestimmungen des §. 125. des ersten Theils des Militärstrafgesetzbuchs bestraft. (Verord. v. 29. Juni 49. §. 22.) 225. — die Bestimmungen der bestehenden Gesetze über die von Personen desselben unter sich begangenen Beleidigungen werden durch die B. v. 30. Juni 49. nicht berührt. (§. 41. ders.) 235. — (der Linie und Landwehr), Bestrafung der Aufseher oder Anreizung der Personen desselben zum Ungehorsam. (B. v. 23. Mai 49.) 180. — (Verord. v. 30. Juni 49. §. 42.) 235. — in Stelle der B. v. 23. Mai 49. tritt nunmehr das unter Zustimmung der Kammern erlassene Gesetz (v. 19. Novbr. 49.) 417. — kriegsrechtliche Bestrafung desjenigen, welcher Personen desselben an einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke zu Verbrechen gegen die Subordination oder zu Vergehungen gegen die militärische Zucht und Ordnung zu verleiten sucht. (B. v. 10. Mai 49. §§. 9. u. 10.) 167. 168.

Sonntage, zum Arbeiten an solchen sind Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter nicht verpflichtet, vorbehaltlich der anderweitigen Vereinbarung in Dringlichkeitsfällen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 49.) 104.

Spandienste, Ermittlung der Normalpreise für deren Ablösung. (B. v. 19. Novbr. 49. §. 4. A.) 414.

Sporer, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Sporteln, siehe Gebühren.

Staatsanleihe, von höchstens ein und zwanzig Millionen Thalern, deren eventuelle Aufnahme für den etwa nicht zu deckenden Mehrbedarf behufs Ausführung des Baues der Ostbahn, der Westphälischen und der Saarbrücker Eisenbahn. (B. v. 7. Dezbr. 49. §. 2.) 437. 438.

Staatsanwälte, deren Bestellung für jedes Kreis- oder Stadtgericht aus der Zahl der zum höheren Richteramte befähigten Beamten. (B. v. 3. Janr. 49. §. 2.) 14. — ihr amtlicher Beruf ist es, bei Verbrechen die Ermittlung der Thäter herbeizuführen, und dieselben vor Gericht zu verfolgen. (ebend. §. 2.) 14. — soweit es das Bedürfnis erfordert, sind denselben vom Justizminister Gehülfen beizugeben. (ebend. §. 2.) 14. — sie und ihre Gehülfen gehören nicht zu den richterlichen Beamten, daher sie der Aufsicht des Oberstaatsanwalts und dieser mit ihnen der des Justizministers unterworfen wird. (ebend. §. 3.) 14. — die definitive Ernennung ders. erfolgt durch des Königs Majestät auf den Antrag des Justizministers. (ebend. §. 3.) 14. — nur wenn dies. mindestens vier Jahre als solche definitiv angestellt gewesen, können sie etatsmäßige Mitglieder eines Appellationsgerichts werden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 37.) 12. — bei den kompetenten Gerichten für Strafsachen bestellt, dieselben nehmen die Geschäfte des Staatsanwaltes in Entscheidungsprozessen wahr. (B. v. 2. Janr. 49. §. 12. 4. — (und deren Gehülfen), dies. können zu Geschworenen nicht berufen werden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 2.) 25. — siehe auch Oberstaatsanwälte, desgl. Staatsanwaltschaft.

Staatsanwaltschaft, deren Einrichtung, Pflichten und Befugnisse. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 2—13.) 14—16. — Verhältnis ders. zu anderen Behörden (Polizeibehörden, Sicherheitsbeamten u.) (ebend. §§. 4. 5. 7. 8.) 14. 15. — bei den Gerichten, deren Beamte können durch Königliche Verfügung jederzeit mit Gewährung des vorschriftsmäßigen Wartegeldes einstweilig in den Ruhestand versetzt werden. (B. v. 11. Juli 49. §. 94.) 290. — deren Funktionen im Disziplinarstrafverfahren gegen richterliche Beamte. (B. v. 10. Juli 49. §§. 8. 23. 26. 30. 31. 35. 36. 41. 48.

Staatsanwaltschaft, (Fortf.)

49. 56. 71. 78.) 255. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 267. 269. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (B. v. 11. Juli 49. §§. 38. 39. 40. 45. 47. 49. 61. 62. 70. 83. 88.) 278. 279. 282. 284. 287. 288. — vorläufige Beschlagnahme von Druckschriften durch dieselbe und deren Organe — Polizeibehörden, Sicherheitsbeamte, Beamte der gerichtlichen Polizei — und weiteres Verfahren vor der zuständigen Gerichtsbehörde. (B. v. 30. Juni 49. §§. 32. 33.) 232. 233. — Befugniß derselben, in Ansehung der in den §§. 23. und 29. vorgedachter Verordnung vorgesehenen Beleidigungen die Verfolgung einzuleiten. (ebend. §. 34.) 233. — es findet jedoch wegen Beleidigung einer Kammer nur mit Ermächtigung derselben und wegen der in den §§. 22. 23. und 29. sonst vorgesehenen Beleidigungen nur auf den Antrag des Beleidigten eine Verfolgung statt. (ebend. §. 34.) 233. — nach eingeleiteter gerichtlicher Untersuchung wird deren Fortgang durch Zurücknahme jener Ermächtigung oder durch eine Verzichtleistung auf die Bestrafung nicht gehemmt. (§. 34.) 233. — schreitet die Staatsanwaltschaft nicht ein, so bleibt dem Beleidigten die Verfolgung im Wege des Civilprozesses unbenommen. (ebend. §. 34.) 233.

Staatsbeamte (Staatsdiener) f. Beamte.

Staatsbürgerliche Rechte, die Verurtheilung zu deren immerwährender oder zeitiger Entziehung oder Einschränkung, zieht den Verlust des Amtes oder der Pension von selbst nach sich, ohne daß darauf besonders erkannt wird. (B. v. 10. Juli 49. §. 9.) 255. — (B. v. 11. Juli 49. §. 10.) 273.

Staats-Garantie, deren Bewilligung für die Zinsen der von der Deichbau-Gesellschaft zur Melioration des Nieder- Oderbruchs gemachten Anleihe von 1,300,000 Rthlr. (Allerh. Privil. v. 5. Novbr. 49.) 408.

Staatsgebäude, wo solche entbehrliche und für den Gewerberath geeignete Räumlichkeiten darbieten, werden diese dem Gewerberathe überwiesen werden. (B. v. 9. Febr. 49. §. 21.) 98. — desgl. in Beziehung auf die Beschaffung der Geschäftslokale für die Gewerbegerichte. (B. v. 9. Febr. 49. §. 16.) 115.

Staatsministerium, dasselbe hat die zur Ausführung der Wahlen der Abgeordneten für die zweite Kammer erforderlichen näheren Bestimmungen in einem zu erlassenden Reglement zu treffen. (B. v. 30. Mai 49. §. 32.) 210. — Erlaß eines Reglements seitens desselben zur speziellen Ausführung der Wahlen der Abgeordneten zu dem Volkshause des deutschen Parlaments. (B. v. 26. Novbr. 49. §. 43.) 430. — von demselben kann für den Fall eines Aufruhrs

Staatsministerium, (Fortf.)

die Erklärung des Belagerungszustandes erfolgen. (B. v. 10. Mai 49. §. 2.) 165. — alsdann kann dasselbe erforderlichenfalls die Art. 5. 6. 7. 24. 25. 26. 27. und 28. der Verfassungs-Urkunde v. 5. Dezbr. 48. zeit- und distriktweise außer Kraft setzen. (ebend. §. 5.) 166. — auch außer dem Belagerungszustande können im Falle des Krieges oder Aufruhrs die Art. 5. 6. 24. 25. 26. 27. und 28. ders. vom Staats-Ministerium zeit- und distriktweise außer Kraft gesetzt werden. (ebend. §. 16.) 170. — erfolgt die zeit- oder distriktweise Suspendirung der in den §§. 5. u. 16. angeführten Artikel der Verfassungs-Urkunde oder einzelner dieser Artikel, so muß den Kammern sofort nach ihrem Zusammentreten darüber Rechenschaft gegeben werden. (§§. 5. u. 16.) 166. 170. 171. — Befugnisse desselben in Disziplinar-Strassachen gegen Beamte. (B. v. 11. Juli 49. §§. 22. 27. 28. 29. 30. 45—51. 97.) 275. 276. 277. 279. 280. 290.

Staats-Oberhaupt, eines deutschen oder eines andern mit dem Preussischen Staate in anerkanntem völkerrechtlichen Verkehr stehenden Staats, Bestrafung der demselben zugefügten Beleidigungen. (B. v. 30. Juni 49. §. 22.) 230. — Verfolgung solcher Bestrafung durch die Staatsanwaltschaft nur auf Antrag des Beleidigten. (ebend. §. 34.) 233. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils in der durch letzteres zu bestimmenden Art und Weise, auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234. — des Preussischen Staats, f. Königs Majestät u. Majestätsverbrechen.

Staatsprüfungen, große, f. Prüfungen.

Staatssteuern, direkte, (Klassensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer) nach Maßgabe deren Entrichtung werden die Urwähler bei den Wahlen für die zweite Kammer in drei Abtheilungen getheilt. (B. v. 30. Mai 49. §§. 10—13.) 206. 207.

Staatsverband, Preussischer, demselben muß auch derjenige bereits ein Jahr lang angehört haben, welcher zum Abgeordneten der zweiten Kammer wählbar sein will. (B. v. 30. Mai 49. §. 29.) 209. — f. auch Volkshaus und Wohnsitz.

Städte, in denjenigen Provinzen, in welchen bereits früher Königl. Gerichte an die Stelle der städtischen getreten sind, deren Verhältniß erleidet bis zu dessen anderweiter Regulirung durch die Verord. v. 2. Jan. 49. keine Veränderung. (daselbst §. 8.) 3. — f. auch Notarien, Stadt- u. Kreisgerichte.

Stadtgerichte, Gerichte erster Instanz, kollegialische Einrichtung, Jurisdiktionsbezirke, Geschäfts- und Res-
fortverhältnisse derselben, in Verbindung mit Einzelrichtern.

Stadtgerichte, (Fortf.)

tern. (B. v. 2. Jan. 49. §§. 18—22.) 6—8. — Überweisung von Richteraffessoren zu unbefol deten Mitgliedern ders., mit Verlei hung des vollen Stimrechts. (B. v. 2. Jan. 49. §. 36.) 12. — dergl. Mitglieder mit letzterem dürfen jedoch die Hälfte der etatsmäßigen Richter niemals erreichen. (ebend. §. 36.) 12. — Anwendung der Gebührtaxe v. 23. Aug. 1815. für Untergerichte in großen Städten bei dens. (B. v. 2. Jan. 49. §. 29.) 10. — bei den Einzelrichtern ders. nach jener Taxe für sämtliche Untergerichte. (ebend. §. 29.) 10. — die Aufsichts- u. Beschwerde-Instanz über dieselben bilden die Appellationsgerichte. (B. v. 2. Jan. 49. §. 25. Nr. 3. u. §. 35.) 9. 11. — in Städten von 50,000 u. mehr Einwohnern wird neben den beizubehaltenden Stadtgerichten, ein besonders Kreisgericht eingerichtet, sofern es mit Rücksicht auf den Geschäftsumfang unangemessen erscheint, ihre Bezirke auf den übrigen Theil des betreffenden Kreises auszudehnen. (ebend. §. 19.) 6. — Eintheilung der Stadtgerichte in zwei Hauptabtheilungen, von welchen der ersten Abtheilung die streitige Gerichtsbarkeit in Civil- und Strafsachen, einschließlich der Kredit- u. Substitutions sachen, der zweiten Abtheilung aber alle übrigen Gegenstände der Justizverwaltung, welche nicht den Appellationsgerichten vorbehalten sind, zugewiesen werden. (ebend. §. 20.) 6. — Ernennung ständischer Kommissarien bei der ersten Abtheilung durch den Direktor, für die von Einzelrichtern zu verhandelnden u. zu entscheidenden Bagatell-, Injurien- u. Untersuchungs-Sachen. (ebend. §. 20.) 6. — soweit es bei der ersten Abtheilung für die Aburtheilung der Verbrechen an der erforderlichen Anzahl von Richtern fehlen sollte, sind von dem Direktor Mitglieder der zweiten Abtheilung zu Ergänzungsrichtern zu bestellen. (ebend. §. 20.) 6. 7. — dem ersten Direktor eines Stadtgerichts in Städten von 50,000 und mehr Einwohnern soll der Amtscharakter „Präsident“ zustehen. (ebend. §. 19.) 6. — der Direktor kann Vorsitzender beider Abtheilungen sein. (ebend. §. 20.) 6. — Aufstellung eines Geschäftsregulativs für dieselben. (ebend. §. 20.) 7. — dieselben entscheiden da, wo keine Handelsgerichte bestehen, über den Rekurs und die Appellation gegen die Bescheide und Erkenntnisse der Gewerbegerichte. (B. v. 9. Febr. 49. §. 54.) 123. — die Einrichtung des Stadtgerichts zu Berlin wird durch besondere Instruktion geregelt. (B. v. 2. Janr. 49. §. 20.) 7.

Stadtgerichtsdirektoren, dem ersten ders. in Städten von 50,000 und mehr Einwohnern soll der Amtscharakter „Präsident“ zustehen. (B. v. 2. Janr. 49. §. 19.) 6.

Städtische Gerichtsbarkeit, s. leh.

Stadtoobligationen, Kölner, Neuffer, s. diese.

Standesherrliche Gerichtsbarkeit, deren Aufhebung in Civil- und Strafsachen. (B. v. 2. Janr. 49. §. 1.) 1. — Übernahme der Justizbeamten der standesherrlichen Gerichte. (ebend. §. 6.) 3.

Statutarische Rechte, welche auf die nach den zeit herigen Bestimmungen vom ordentlichen Gerichtsstande erimirtten Personen und Sachen nicht Anwendung gefunden haben, deren Anwendung bleibt für solche auch ferner ausgeschlossen. (B. v. 2. Janr. 49. §. 15.) 5.

Steina, Ort, s. Chauffeebau No. 21.

Steinhauer, Nachweis deren Befähigung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45. der allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Janr. 45. vorgeschriebene Zeugniß der Regierung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 24.) 99.

Stellmacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Stellvertretungskosten, deren Aufbringung aus dem innebehaltenen Theile des Dienst Einkommens eines angeklagten und vom Amte suspendirten Beamten. (B. v. 10. Juli 49. §. 50.) 263. — (B. v. 11. Juli 49. §. 55.) 281.

Stempel, in Ansehung derselben kommen bei dem gerichtlichen Verfahren vor den Gewerbegerichten die allgemeinen Vorschriften zur Anwendung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 57.) 124.

Stempelfreiheit der Verhandlungen über die vor dem Gewerbegerichte oder dem Vergleichsausschusse zu Stande gekommenen Vergleiche und deren Ausfertigungen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 56.) 124. — für die ritterschaftliche Privatbank von Pommern. (Statuten ders. v. 24. Aug. 49. §. 42.) 370.

Sterbekassen, deren Errichtung für Innungsgeossen, Gesellen, Gehülfsen und Fabrikarbeiter und Aufbringung der Beiträge zu solchen von letzteren. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 56—59.) 105. 106.

Stettin, Stadt, Errichtung eines Gewerbegerichts für den Polizeibezirk derselben, mit Einschluß der Drischast Kupfermühle. (A. G. v. 2. Oktbr. 49.) 403. — in dem Tarif zur Erhebung des Hafengeldes daselbst vom 25. Aug. 48. (Ges. Samml. S. 249.) soll es unter I. B. 16. statt: „Kreide für je 3 Centner 1 Egr.“ heißen: „Kreide für je 36 Centner 1 Egr.“ (Minist.-Verordnung v. 30. Dezbr. 48.) 91.

Stettiner Kaufmannschaft, Aufnahme eines Darlehens von derselben im Betrage von 100,000 Rthlr., gegen Ausfertigung und Ausgabe auf den Inhaber lautender, mit Zinskoupons zu fünf Prozent versehener Obligationen, zur Errichtung eines neuen Theatergebäudes daselbst. (Privil. v. 25. Mai 49.) 215. 216. — deren Tilgung durch jährliche Ausloosung vom Jahre 1850, ab nach dem dafür aufgestellten Amortisationsplane. (ebend.) 216.

Steuerdefraudationen und Kontraventionen, die Untersuchungen wegen derselben sind fortan nach Abschnitt II. und beziehungsweise Abschn. III. der Verord. v. 3. Janr. 49. zu behandeln und unterliegen auch rücksichts der Rechtsmittel den Vorschriften ders. (B. v. 3. Janr. 49. §. 181.) 46.

Steuerdirektionen, Provinzial-, als entscheidende Disziplinarbehörde in erster Instanz gegen nicht richterliche Beamte ihres Ressorts. (B. v. 11. Juli 49. §. 26. Nr. 2. u. §§. 28. 29. 33.) 276. 277. — Verfahren und Entscheidung ders. (ebend. §§. 33—44.) 277—279. — Berufung an das Staatsministerium gegen deren Entscheidungen. (§§. 45—51.) 279. 280.

Steuerdirektoren, Provinzial-, dies. können zu Geschworenen nicht berufen werden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 3.) 25.

Steuern, direkte, siehe Staatssteuern und Gemeindeabgaben, direkte.

Steuersätze, in wie weit deren Entrichtung die Wählbarkeit zu Geschworenen begründet oder davon ausschließt. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 9.) 25.

Stiftungen, milde, die für solche erhobenen Zahlungen und Abgaben bei der Aufnahme neuer Mitglieder in eine Innung und bei der Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge sind aufgehoben, so weit nicht nachgewiesen ist, daß ihre Hebungrechte auf besondern lästigen Erwerbstiteln beruhen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 63.) 107. — Präklusivfrist für die Anmeldung und Anerkennung von dergl. Hebungrechten. (ebend. §§. 64. 65.) 107.

Stiftungssachen, dies. verbleiben den Appellationsgerichten, sofern deren Verwaltung in der Stiftungs-Urkunde ausdrücklich dem Obergerichte übertragen ist. (B. v. 2. Janr. 49. §. 25. Nr. 4. u. §. 35.) 9. 11.

Stimmenmehrheit, durch solche werden die Beschlüsse des Gerichts und seiner Abtheilungen gefaßt, auch wenn es auf Fällung des Urtheils ankommt. (B. v. 3. Janr. 49. §. 26.) 18.

Stimmrecht, volles, dessen Verleihung an die einem Kreis- oder Stadtgerichte als unbesoldete Mitglieder

Stimmrecht, (Forts.)

überwiesenen Gerichtsassessoren hängt von der Bestimmung des Justizministers ab. (B. v. 2. Janr. 49. §. 36.) 12.

Stinnes, Matthias, Handlung zu Mühlheim an der Ruhr, Bestätigung des Statuts des zur Fortführung der von ders. bisher betriebenen Handlungsgeschäfte unter dem Namen: „Matthias Stinnes'sche Handlungs-Aktien-Gesellschaft zu Mühlheim an der Ruhr“, zusammengetretenen Aktienvereins, sowie der nachträglichen Bestimmung in dem Notariatsakte v. 30. Juni 49., mittelst Allerhöchster Genehmigungs-Urkunde v. 22. Oktbr. 49. (Minist. Bekanntmach. v. 12. Novbr. 49.) 405. — das Statut nebst der nachträglichen Bestimmung gelangt durch das Amtsblatt der Königl. Regierung in Düsseldorf zur öffentlichen Kenntniß. (ebend.) 405.

Strafanstalt, eine vorläufige Abführung des zu einer Freiheitsstrafe Verurtheilten nach derselben ist, selbst mit dessen Einwilligung, nicht ferner zulässig. (B. v. 3. Janr. 49. §. 159.) 42. — siehe auch Strafvollstreckung.

Strafbare Handlungen, verschiedene, durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung begangen, deren Verfolgung und Bestrafung. (B. v. 30. Juni 49. §§. 13—43.) 228—236. — f. auch Beleidigungen, Vergehen, Verbrechen u.

Strafen, für Vergehen gegen die Telegraphenanstalten des Staats oder der Eisenbahngesellschaften. (B. v. 15. Juni 49.) 217—219. — für Übertretung oder Umgehung der Verbotsbestimmungen im Betriebe der Handwerker, Fabrikhaber und derjenigen Personen, welche mit Ganz- oder Halbfabrikaten Handel treiben — §§. 23. 25. 26. 29. 31. 32. 33. 47. 50—52. 69. d. Verord. v. 9. Febr. 49. — (nach §§. 74. u. 75. ders.) 109. 110. — für Überschreitungen der in den Verkaufslokalen aufgestellten Backwaaren-Taxen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 72.) 109. — für Übertretungen der zur Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts gegebenen Vorschriften. (B. v. 29. Juni 49. §§. 13—20. 22.) 223—225. — für vorgeladene, aber ohne genügende Entschuldigung ausgebliebene Geschworene. (B. v. 3. Janr. 49. §. 72.) 27. — für gehörig vorgeladene, aber ausgebliebene Zeugen in Untersuchungen. (B. v. 3. Janr. 49. §. 20.) 17. — volle gesetzliche, zu solchen sind die in Untersuchungen für schuldig Erklärten zu verurtheilen. (ebend. §. 23.) 18. — für die Aufforderung, Anreizung oder Verleitung der Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam. (B. v. 23. Mai 49.) 180. — (B. v. 30. Juni 49. §. 42.) 235. — (B. v. 19. Novbr. 49.)

Strafen, (Fortf.)

417. — desgl. während des erklärten Belagerungszustandes. (B. v. 10. Mai 49. §§. 9. u. 10.) 167.
 168. — für die während des erklärten Belagerungszustandes in dessen Bereich begangenen Verbrechen und Vergehen, deren kriegsrechtlicher Ausspruch und Vollstreckung. (B. v. 10. Mai 49. §§. 6—10. 13.) 166—168. 169. 170. — f. auch Disziplinar- und Ordnungsstrafen, Geldstrafen, Freiheitsstrafe, Zuchthausstrafe u. — desgl. strafbare Handlungen.

Strafgelder, siehe Geldstrafen.**Strafgesetzbuch, Rheinisches, siehe leg.**

Strafmaß, mit welchem in den Gesetzen Vergehen und Verbrechen bedroht sind, Bemessung der gerichtlichen Kompetenz nach demselben in Untersuchungen wegen solcher in erster Instanz. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 27. 38. 60. 61.) 18. 21. 24. 25. — im Disziplinarstrafverfahren gegen Richter und Beamte. (B. v. 10. Juli 49. §§. 16—19.) 256. 257. — (B. v. 11. Juli 49. §§. 17—20.) 274.

Strafprozessordnung, Rheinische, f. leg.

Strafvollstreckung, dieselbe wird durch das vom Staatsanwälte gegen das Urtheil eingelegte Rechtsmittel nicht aufgehalten, wenn der Angeklagte zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt ist. (B. v. 3. Janr. 49. §. 158.) 42. — dagegen hält die Einlegung der Appellation oder Nichtigkeitsbeschwerde von Seiten des Angeklagten die Vollstreckung der Strafe auf. (ebend. §. 159.) 42. — eine vorläufige Abführung des zu einer Freiheitsstrafe Verurtheilten nach der Strafanstalt ist, selbst mit dessen Einwilligung, nicht ferner zulässig. (ebend. §. 159.) 42. — das Gericht ist jedoch befugt und verpflichtet, die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln gegen den Verurtheilten zu treffen. (ebend. §. 159.) 42.

Straßen (und Plätze), öffentliche, in wie fern Personen zu Dienstleistungen auf solchen die polizeiliche Erlaubniß zu versagen ist. (B. v. 9. Febr. 49. §. 68.) 108. — f. auch Versammlungen und Aufzüge. — desgl. Anschlagzettel, Plakate, Druckschriften.

Strehlig, Groß-, Ort, siehe Chausseebau Nr. 11.

Studirende, deren Gerichtsstand soll durch ein besonderes Gesetz anderweit bestimmt werden, bis wohin es bei den darüber bestehenden Vorschriften verbleibt. (B. v. 2. Janr. 49. §. 10.) 4.

Stuhlmacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Stummsdorf, Ort, siehe Chausseebau Nr. 13.
 Jahrgang 1849.

Subalternbeamte, aufgehobener Privatgerichte, anderweite Unterbringung derselben. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 5. 6. 7.) 2. 3.

Subhastationen, eines zusammengehörigen Komplexes von Gütern, welche in den Bezirken verschiedener Gerichte gelegen sind, deren Leitung. (B. v. 2. Janr. 49. §. 16.) 5. — unbeweglicher Güter der Pflegebefohlenen (§. 586. Tit. 18. Thl. II. des Allg. L. R. — A. R. D. v. 10. Novbr. 1830. Ges. Samml. S. 144.), zur Dispensation von solchen bedarf es nicht weiter der Genehmigung der vorgesetzten Behörde, vielmehr genügt der Beschluß der kompetenten kollegialischen Gerichte. (B. v. 2. Janr. 49. §. 14.) 5. — der von der Schlesischen Landschaft mit neuen Pfandbriefen beliehenen ländlichen Grundstücken, Anordnungen für dieselben. (A. E. v. 11. Mai 49. und §. 15. des beigegeführten Regulativs.) 182. 188.

Supernumerarien, in Ansehung deren Entlassung kommen die darauf bezüglichen besonderen Bestimmungen zur Anwendung. (B. v. 11. Juli 49. §. 92.) 289. — siehe auch Civil-Supernumerarien.

Symbole, siehe Zeichen.

T.

Tagegelder (Diäten), deren Gewährung für die Offiziere und Militärpersonen, sowie für diejenigen Militärbeamten, denen ein bestimmter Militärrang beigelegt ist, bei Dienst- und Verreisungsreisen. (A. E. v. 28. Dezbr. 48.) 85—88. — Aufstellung der einzelnen Sätze für solche (ebend. §. 1.) 85. 86. — Fortfall der zeitlichen Reisezulagen. (§. 2.) 86. — gegen die Tagegelder fällt der Anspruch auf Naturalquartier oder Servis im Kommandoorte weg. (§. 3.) 86. — Zeitberechnung für deren Gewährung. (§§. 4. u. 7.) 86. 87. — in welchen Verhältnissen solche nicht gewährt werden. (§§. 5—8.) 87. — auf das Korps der Landgendarmarie und auf das Korps der Feldjäger finden die Bestimmungen dieser Verord. nicht Anwendung. (§. 9.) 87. — die Bewilligung nach obigen Bestimmungen beginnt mit dem 1. Janr. 49. (§. 10.) 88. — das Kriegsministerium wird zugleich ermächtigt, obige vorläufigen Bestimmungen für ihre Anwendung näher zu deklariren. (§. 11.) 88. — solche werden den Geschworenen nicht gezahlt. (B. v. 3. Janr. 49. §. 74.) 27. — für die Mitglieder der Distrikts-Kommissionen zur Feststellung der bei Ablösung der Reallasten zu beachtenden Normalpreise und Normal-Marktpreise. (B. v. 19. Novbr.

Tagegelber, (Diäten), (Fortf.)

49. §. 5.) 416. — desgl. für die Mitglieder der Kreis-Kommissionen und Kreis-Abtheilungs-Kommissionen behufs der Vorarbeiten zur Aufhebung der bestehenden Grundsteuerfreiheiten. (B. v. 29. Juni 49. §. 5.) 238.

Tapezierer, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Täschner, siehe Sattler.

Taxen, für Waaren, deren Aufstellung in den dafür bestimmten Verkaufsorten. (B. v. 9. Febr. 49. §. 72.) 109. — Bestrafung der Überschreitungen solcher Taxen nach §. 186. der Gewerbe-Ord. (§. 72.) 109.

Tageregulativ für die Beleihung des ländlichen Grundeigenthums mit neuen Pfandbriefen der Schlessischen Landschaft. (A. E. v. 11. Mai 49. Anl. A.) 182. 184. 198—201.

Telegraphenanstalten, des Staats oder der Eisenbahn-Gesellschaften, Bestrafung der Vergehen gegen dieselben. (B. v. 15. Juni 49.) 217—219. — Strafen für vorsätzliche Handlungen, welche die Benutzung dieser Anstalten zu ihren Zwecken verhindern oder stören. (ebend. §. 1.) 217. — Verschärfung ders., wenn durch dergl. Handlungen ein Mensch am Körper oder an der Gesundheit beschädigt worden, oder dadurch das Leben verloren hat. (ebend. §. 2.) 218. — Strafen für fahrlässige Handlungen bei denselben. (§. 3.) 218. — Bestrafung und Entlassung der zur Beaufsichtigung und Bedienung ders. angestellten Offizianten und Personen für dergl. Vergehen. (§§. 4—6.) 218 f. — Ausschließung ders. von jeder ferneren Anstellung im Telegraphen- oder Eisenbahndienste und Strafbarkeit, wenn letztere dennoch erfolgt. (§§. 5. 6.) 218. f.

Telegraphen-Direktion, Königliche, deren Einsetzung zur Verwaltung der Staats-telegraphen. (A. E. v. 23. März 49.) 146. — derselben sollen die allgemeinen Befugnisse einer öffentlichen Behörde zustehen. (ebend.) 146. — sie ist dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten untergeordnet. (ebend.) 146.

Tennstadt, Stadt, s. Chausseebau Nr. 16.

Termine, in Untersuchungssachen, bei deren Versäumnis trägt der Säumnige die dadurch verursachten Kosten. (B. v. 3. Janr. 49. §. 179.) 46. — s. auch Zeugen.

Testamente, deren Aufnahme gehört zur Kompetenz der Einzelrichter. (B. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 7.)

Testamente, (Fortf.)

8. — deren Annahme und Aufbewahrung in gerichtlichen Depostorien. (B. v. 18. Juli 49. §. 8.) 297. — rücksichtlich deren Errichtung in der königlichen Familie behält es bei der Hausverfassung sein Bewenden. (B. v. 2. Janr. 49. §. 11.) 4.

Thatsachen, erdichtete oder entstellte, welche in der Voraussetzung ihrer Wahrheit die Einrichtungen des Staats oder die Anordnungen der Obrigkeit dem Hass oder der Verachtung aussetzen, Strafe für deren öffentliche Behauptung oder Verbreitung. (B. v. 30. Juni 49. §. 18.) 230. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234. — Berichtigung derselben in Zeitungen und Zeitschriften. (ebend. §. 7.) 227.

Thierarzeneischule, deren Lehrplan ist vor dessen Genehmigung durch den Minister der Medizinal-Angelegenheiten mit den Ministern des Krieges und für landwirthschaftliche Angelegenheiten zur Äußerung mitzutheilen. (A. E. v. 22. Juni 49.) 335.

Thierärzte, jede organische Verfügung über die Ausbildung derselben hat der Minister der Medizinal-Angelegenheiten mit den Ministern des Krieges und für landwirthschaftliche Angelegenheiten vorher zu berathen. (A. E. v. 22. Juni 49.) 335.

Thronfolger, Königlicher, Bestrafung der demselben durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung zugefügten Beleidigungen. (B. v. 30. Juni 49. §. 21.) 230. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils in der durch Ieg. zu bestimmenden Art und Weise, auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234.

Tischler, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Titel, die Untersuchung und Entscheidung über deren Verlust erfolgt in erster Instanz mit Zuziehung eines Gerichtsschreibers durch Gerichtsabtheilungen, welche aus drei Mitgliedern bestehen. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 27. u. 38.) 19. 21. — die Kompetenz der Einzelrichter ist davon ausgeschlossen. (ebend. §§. 27. 38.) 19. 21. — der Beamten, deren Verlust in Folge der Dienstentlassung im Disziplinar-Strafverfahren, ohne daß darauf besonders zu erkennen ist. (B. v. 10. Juli 49. §. 18. Nr. 4.) 257. — (B. v. 11. Juli 49. §. 19. Nr. 2.) 274.

Todesstrafe, deren Verwirkung durch gewisse an einem im Belagerungszustand erklärten Orte oder Be-

Todesstrafe, (Fortf.)

Bezirke begangenen schweren Verbrechen. (V. v. 10. Mai 49. §. 8.) 167. — Untersuchung und Aburtheilung solcher Verbrechen durch die Kriegsgerichte. (ebend. §. 10.) 168. — die auf solche lautenden kriegsrechtlichen Erkenntnisse unterliegen der Bestätigung des Militärbefehlshabers. (ebend. §. 7. u. §. 13. Nr. 6.) 167. 170. — die in Friedenszeiten während des Belagerungszustandes gegen Militärpersonen ausgesprochenen Todesurtheile bedürfen der Bestätigung des kommandirenden Generals der Provinz. (ebend. §. 7.) 167. — Vollstreckung ders. durch Erschießen binnen 24 Stunden nach Bekanntmachung der erfolgten Bestätigung. (§. 13. Nr. 7. u. 8.) 170. — Umwandlung der bei Aufhebung des Belagerungszustandes noch nicht vollzogenen Todesstrafe von den ordentlichen Gerichten in die anderweit gesetzliche Strafe. (ebend. §. 13.) 170.

Töpfer, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (V. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74. 109.

Tribunal zu Königsberg, in Pr., dessen Aufhebung. (V. v. 2. Janr. 49. §. 24.) 8. — s. auch Ober-Tribunal.

Trödelhandel (Handel mit gebrauchten Kleidern oder Betten, mit gebrauchter Wäsche oder mit altem Metallgeräth), in wie fern die polizeiliche Erlaubniß zu demselben versagen ist. (V. v. 9. Febr. 49. §. 68.) 108.

Tuchbereiter, } Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (V. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Tumulte, siehe Volksaufläufe.

II.

Überschwemmung, deren vorsätzliche Verursachung an einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke wird durch kriegsrechtliches Erkenntniß mit dem Tode bestraft. (V. v. 10. Mai 49. §. 8.) 167.

Uhrmacher, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (V. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Umzugskosten (Versetzungskosten), reglementsmäßige, deren Vergütung bei Dienstversetzungen in ein anderes Amt von gleichem Range und etatsmäßigem Dienst Einkommen. (V. v. 10. Juli 49. §. 55.) 264. — (V. v. 11. Juli 49. §. 94. Nr. 1.) 289. — deren Gewährung für Offiziere und Militärpersonen, so wie für Militärbeamte, denen ein bestimmter Militärrang beigelegt ist, bei Versetzungen im Dienst. (Regulativ v. 28. Dez. 48. §§. 5—8.) 83. 84. — dieselben finden in der Regel nur statt, wenn mit der Versetzung keine Verbesserung im Dienst Einkommen verbunden ist. (ebend. §. 6.) 84. — solche können jedoch in dem Falle bis zur Hälfte bewilligt werden, wenn der Jahresbetrag der Verbesserung die bestimmten Vergütungssätze nicht erreicht. (ebend. §. 6.) 84. — sie erfolgen bei Versetzungen nicht, welche auf eigenen Antrag stattfinden. (ebend. §. 7.) 84.

Unbewegliche Güter, siehe Grundstücke.

Ungehorsam gegen die Gesetze oder Verordnungen, oder gegen die Anordnungen der zuständigen Obrigkeit, Strafbestimmung für denjenigen, welcher dazu öffentlich auffordert oder anreizt. (V. v. 30. Juni 49. §§. 16 u. 31.) 229. 232. — strafbare Aufforderung, Anreizung oder Verleitung der Personen des Soldatenstandes zu demselben. (V. v. 10. Mai 49. §§. 9. u. 10.) 167. 168. — (V. v. 23. Mai 49.) 180. — (V. v. 30. Juni 49. §. 42.) 235. — (V. v. 19. Novbr. 49.) 417.

Universitäts-Bibliothek, in der betreffenden Provinz, Verpflichtung der Verleger von Druckschriften, von jedem ihrer Verlagsartikel ein Exempl. unentgeltlich an dieselbe einzusenden. (V. v. 30. Juni 49. §. 4.) 226.

Universitätsgerichte, der Gerichtsstand der Studierenden in Beziehung auf solche, soll durch besondere Gesetze anderweit bestimmt werden, bis wohin es bei den darüber bestehenden Vorschriften verbleibt. (V. v. 2. Janr. 49. §. 10.) 4.

Unruhen, siehe Volksaufläufe.

Unsitthliche Druckschriften, Strafen für deren Verkauf, Vertheilung, Verbreitung, Ausstellung und Anschlagung. (V. v. 30. Juni 49. §. 42.) 231. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils in der durch letzteres zu bestimmenden Art und Weise, auf Kosten des Verurtheilten. (ebend. §. 36.) 234.

Unterbeamte, welche zu solchen in Beziehung auf das Disziplinar-Strafverfahren zu rechnen sind, wird durch das Staats-Ministerium bestimmt. (V. v. 11. Juli 49. §. 22.) 275. — Verfahren in Disziplinarsachen gegen dieselben. (ebend. §§. 63. 71.) 282. 284. — (Kanzleidieners, Boten, Kastellane &c.) bei den obersten Verwaltungsges-

Unterbeamte, (Fortf.)

tungsbehörden, oder in solchen Verwaltungszweigen angestellt, in welchen keine Provinzialdienstbehörden bestehen, über deren Entlassung im Disziplinarverfahren entscheidet endgültig der betreffende Minister. (B. v. 11. Juli 49. §. 93.) 289. — aufgehobener Privatgerichte, anderweite Unterbringung ders. (B. v. 2. Janr. 49. §§. 5. 6. 7.) 2. 3.

Unterspand der Schuldner der ritterschaftlichen Privatbank von Pommern, Befugniß der letzteren zum Verkauf der ersteren, sowie zu dessen Zurückhaltung im Konkurse der Schuldner. (Statuten der Bank v. 24. Aug. 49. §. 46.) 371.

Unterstaatssekretäre, dieselben können durch königliche Verfügung jederzeit mit Gewährung des vorchriftsmäßigen Wartegeldes einstweilig in den Ruhestand versetzt werden. (B. v. 11. Juli 49. §. 94.) 290. — solche können zu Geschworenen nicht berufen werden. (B. v. 3. Janr. 49. §. 63. Nr. 1.) 25.

Unterstützungskassen, für Innungsgegnossen, hilfsbedürftige Gesellen, Gehülften und Fabrikarbeiter, sowie zur Fortbildung der Lehrlinge, Gesellen oder Gehülften, deren Errichtung und Aufbringung der Beiträge zu solchen. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 56—59.) 105. 106.

Untersuchungen, Aufhebung des eximierten Gerichtsstandes der Richter, der gerichtlichen Polizeibeamten und Patrimonialgerichtsherrn in solchen, mit Bezug auf die §§. 1. u. 2. des Ges. v. 11. Aug. 48. (B. v. 2. Janr. 49. §. 10.) 4. — in Stelle des Gesches vom 17. Juli 1846., wegen des Verfahrens in den bei dem Kammergerichte und dem Kriminalgerichte zu Berlin zu führenden Untersuchungen, tritt nunmehr obige Verord. v. 3. Janr. 49. (das. §. 183.) 46. — Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in solchen. (B. v. 3. Janr. 49.) 14—47.

Abschnitt I. Allgemeine Vorschriften über das Verfahren bei Untersuchungen. (§§. 1—26.) 14—18.

Anklage-Prozeß. (§. 1.) 14.

Staatsanwaltschaft (§§. 2. 3.) 14.

Verhältniß ders. zu andern Behörden. (§§. 4—13.) 14—16.

Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens. (§§. 14. 15.) 16.

Vertheidigung. (§§. 16—21.) 16. 17.

Beweis und Urteil. (§§. 22—26.) 17. 18.

Abschnitt II. Besondere Vorschriften über das Untersuchungsverfahren. (§§. 27—61.) 18—25.

bei Vergehen. (§§. 27—37.) 18—21. — bei Verbrechen. (§§. 38—59.) 21—24. — bei schweren Verbrechen. (§§. 60. 61.) 24. 25.

Untersuchungen, (Fortf.)

Abschnitt III. Von den Schwurgerichten. (§§. 62—125.) 25—36.

Bildung der Geschworenen-Listen. (§§. 62—74.) 25—27.
Eröffnung der Untersuchung. (§§. 75—78.)

Haupt-Verfahren. (§§. 79—125.) 28—36.

a. Vorladung und Kontumazial-Verfahren. (§§. 79 bis 82.) 28. 29.

b. Bildung des Schwurgerichts. (§§. 83—97.) 29—31.

c. Verhandlung der Sache vor dem Schwurgerichte. (§§. 98—116.) 31—35.

d. Urteilsprechung. (§§. 117—125.) 35. 36.

Abschnitt IV. Von der Anfechtung der Erkenntnisse. (§§. 126—160.) 36—42.

1. Appellation. (§§. 126—137.) 36—39.

2. Nichtigkeitsbeschwerde. (§§. 138—150.) 39—41.

3. Restitution. (§§. 151—160.) 41. 42.

Abschnitt V. Von dem Verfahren bei Untersuchung von Polizeivergehen. (§§. 161—177.) 42—45.

1. Öffentliches Verfahren. (§§. 164—170.) 43. 44.

2. Mandats-Verfahren. (§§. 171—177.) 44. 45.

Abschnitt VI. Von den Kosten des Untersuchungs-Verfahrens. (§§. 178. 179.) 45. 46.

Abschnitt VII. Allgemeine Bestimmungen. (§§. 180. bis 184.) 46. 47.

Verfahren gegen Personen, welche Störung in der öffentlichen Sitzung verursachen. (§. 180.) 46.

— desgl. wegen Holzdiebstahls, Steuerbetrugationen und Kontraventionen, desgl. wegen Injurien gegen Beamte und Militärpersonen. (§. 181.) 46.

— der fiskalische Untersuchungsprozeß findet nicht mehr statt. (§. 182.) 46.

— Aufhebung aller dieser Verord. entgegenstehenden Bestimmungen. (§. 183.) 46.

— Ausführung ders. mit dem 1. Apr. 1849. und Verfahren wegen der zu diesem Zeitpunkte noch anhängigen Sachen. (§. 184.) 47.

— kriegsgerichtliche, siehe Kriegsgerichte. — wegen Polizeivergehen, s. auch l. c.; desgl. Voruntersuchungen.

Untersuchungsakten, solche müssen dem Vertheidiger des Angeklagten auf Verlangen in der Gerichtsregistratur zur Einsicht vorgelegt werden; eine Verabfolgung ders. an den Vertheidiger ist nicht gestattet. (B. v. 3. Janr. 49. §. 17.) 17. — polizeilich: und gerichtliche, Einsicht ders. von den Staatsanwälten. (ebend. §. 8.) 15.

Untersuchungsprozeß, fiskalischer, derselbe findet nicht ferner statt. (B. v. 3. Janr. 49. §. 182.) 46.

Untersuchungsrichter, deren Ernennung von den Gerichten zur Ermittlung von Verbrechen, auf Antrag der Staatsanwälte. (B. v. 3. Janr. 49. §. 5.) 15. — im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln, deren Befragung für Dienstvergehen. (B. v. 10. Juli 49. §. 81.) 269.

Untersuchungssachen, deren Führung von Einzelrichtern. (V. v. 2. Janr. 49. §§. 20. 22.) 6. 8.

Urlaub, vorschriftsmäßiger, Bestrafung der Beamten, welche sich ohne solchen von ihrem Amte entfernen, oder den ertheilten Urlaub überschreiten, mit Entziehung des Dienst Einkommens, resp. mit Dienstentlassung im Disziplinarverfahren. (V. v. 10. Juli 49. §§. 10—14.) 255. 256. — (V. v. 11. Juli 49. §§. 11—15.) 273. 274.

Urteil, siehe Erkenntnisse.

Urwähler, stimmberechtigte bei den Wahlen für die zweite Kammer, als solche sind alle selbständige Preußen, welche das 24ste Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte verloren haben, in der Gemeinde zuzulassen, worin sie seit 6 Monaten ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, sofern sie nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhalten. (V. v. 30. Mai 49. §. 8.) 206. — dieselben haben sich am 17. Juli 49. zur Wahl der Wahlmänner zu versammeln. (V. v. 30. Mai 49. Art. I.) 212. — s. auch Kammern und Volkshaus.

B.

Veräußerungen unbeweglicher Güter, siehe Subhationen.

Verbindungszeichen, (Vereinigungszeichen) verbotene äußere, Strafbestimmung für denjenigen, der solche an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Zusammenkünften trägt. (V. v. 30. Juni 49. §. 15. Nr. 2.) 229.

Verbrechen, deren Untersuchung und Entscheidung in erster Instanz durch Gerichtsabtheilungen mit Zuziehung eines Gerichtsschreibers. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 36. 38—59.) 20. 21—24. — schwere, deren gerichtliche Untersuchung und Entscheidung vor einem aus 5 Richtern und einem Gerichtsschreiber bestehenden Gerichte, unter Zuziehung von Geschworenen, als beistehenden Richtern. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 60—125.) 24—36. — verschiedene, durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung begangen, deren Verfolgung und Bestrafung. (V. v. 30. Juni 49. §§. 13. bis 43.) 228—236. — während des erklärten Belagerungszustandes begangen, deren Bestrafung. (V. v. 10. Mai 49. §§. 8. 9.) 167. — Untersuchung und Aburtheilung ders. durch Kriegsgerichte, siehe Isp. — s. auch Untersuchungen, Schwurgerichte, Geschworene.

Verbrecher, abwesende und flüchtige, solche sind auf den Antrag des Staatsanwalts mittelst Ediktalen vorzuladen. (V. v. 3. Janr. 49. §. 25.) 18. — die §§. 577, 578. 580. 581. 585. u. 587. der Kriminal-Ord. treten außer

Verbrecher, (Fortf.)

Kraft; wogegen es bei den Vorschriften der §§. 579. 582. 583. 584 u. 586. daselbst verbleibt. (V. v. 3. Janr. 49. §. 25.) 18.

Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, deren Vorsteher sind verpflichtet, die Statuten des Vereins binnen drei Tagen nach dessen Errichtung und alle späteren Abänderungen der Ortspolizei zur Kenntnissnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu ertheilen. (V. v. 29. Juni 49. §. 2.) 221. — Strafen für Übertretung oder Nichtbefolgung dieser Vorschriften. (ebend. §. 14.) 223. — Personen des Soldatenstandes, welche zur Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten oder zur Berathung militärischer Befehle und Anordnungen in Vereine zusammentreten, oder zu solchen Zwecken sich sonst versammeln, werden nach den Bestimmungen des §. 125. des ersten Theils des Militärstrafgesetzbuchs bestraft. (ebend. §. 22.) 225. — auf kirchliche und religiöse Vereine beziehen sich obige Bestimmungen nicht. (S. 2.) 221.

Vereinigungsrecht, Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs desselben. (V. v. 29. Juni 49.) 221—225.

Verfasser einer Druckschrift, Verantwortlichkeit desselben für deren Inhalt. (V. v. 30. Juni 49. §. 12.) 228.

Verfassungs-Urkunde, für den Preussischen Staat, v. 5. Dezbr. 1848. — deren Art. 5. 6. 7. 24. 25. 26. 27. und 28. können erforderlichen Falls mit der Erklärung des Belagerungszustandes zeit- und distriktweise von dem Staatsministerium oder dem Militärbefehlshaber, welcher letzteren ausspricht, außer Kraft gesetzt werden. (V. v. 10. Mai 49. §. 5.) 166. — unter Suspension des Art. 7. wird nach Erklärung des Belagerungszustandes zur Anordnung von Kriegsgerichten geschritten. (ebend. §. 10.) 168. — auch außer dem Belagerungszustande können im Falle des Krieges oder Aufruhrs die Artikel 5. 6. 24. 25. 26. 27. und 28. ders. vom Staatsministerium zeit- und distriktweise außer Kraft gesetzt werden. (§. 16.) 170. — erfolgt die zeit- und distriktweise Suspension der in den §§. 5. u. 16. angeführten Artikel der Verfassungs-Urkunde, oder einzelner dieser Artikel, so muß den Kammermännern sofort nach ihrem Zusammentreten darüber Rechnung gegeben werden. (§§. 5. u. 16.) 166. 170. 171.

Vergehen, welche in den Gesetzen mit Geldbuße bis zu 50 Rthlr. oder Freiheitsstrafe bis zu 6 Wochen, oder körperlicher Züchtigung, an deren Stelle jetzt verhältnismäßige Freiheitsstrafe tritt, oder mit mehreren dieser Strafen zugleich bedroht sind, in Ansehung derselben erfolgt die Untersuchung und die Entscheidung erster

Vergehen, (Fortf.)

erster Instanz durch kommissarisch dazu bestellte Einzelrichter, mit Zuziehung eines Gerichtsschreibers. (V. v. 3. Janr. 49. §. 27.) 18. 19. — Wahrnehmung der Geschäfte des Staatsanwalts bei den Untersuchungen dieser Art durch kommissarisch ernannte Polizeianwälte. (ebend. §. 28.) 19. — weiteres Verfahren in diesen Untersuchungen. (ebend. §§. 29—37.) 19—21. — verschiedene, durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung begangenen, deren Verfolgung und Bestrafung. (V. v. 30. Juni 49. §§. 13—43.) 228—236. — s. auch Dienstvergehen, Polizeivergehen, politische und Preßvergehen 1c.

Vergleichs-Ausschüsse, bei den Gewerbegerichteten u. Innungen, siehe diese.

Vergolder, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (V. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Verhaftungen, solche sind von dem Staatsanwalt, wenn nicht Gefahr im Verzuge obwaltet, nicht selbst vorzunehmen. (V. v. 3. Janr. 49. §. 7.) 15. — deren Anordnung und Ausführung seitens der Gerichte, der Polizeibehörden und Sicherheitsbeamten. (ebend. §§. 4. 5. 7. 13.) 14. 15. 16.

Verjährung des Rechts zur Verfolgung wegen der in der Verordnung vom 30. Juni 49. vorgesehenen, öffentlich begangenen strafbaren Handlungen, nach sechs Monaten. (§. 35. ders.) 233 f. — Unterbrechung ders. durch jeden Antrag der Staatsanwaltschaft und durch jeden Beschluß des Richters. (ebend. §. 35.) 233. — von dem Tage der letzten unterbrechenden Handlung an beginnt eine neue Verjährung von sechs Monaten. (ebend. §. 35.) 234. — diese Bestimmungen berühren nicht die Injurienklagen, insoweit sie im Wege des Civilprozesses angestellt werden können, auch nicht die Klagen auf Schadensersatz vor den Civilgerichten. (ebend. §. 35.) 234.

Verkaufsstellen, gewisse, Verabredungen zwischen Fabrikhabern und deren Arbeitern 1c. wegen Entnehmung der Bedürfnisse der Letztern aus erstern, sind nichtig. (V. v. 9. Febr. 49. §. 54.) 104.

Verlagsartikel, von Druckschriften, Verpflichtung deren Verleger zur unentgeltlichen Einsendung zweier Exemplare, und zwar eins an die Landesbibliothek in Berlin und eins an die Universitätsbibliothek der betreffenden Provinz. (V. v. 30. Juni 49. §. 4.) 226.

Verläumdung, derselben macht sich derjenige schuldig, welcher in Beziehung auf einen Andern unwahre Thatsachen behauptet, oder verbreitet, welche denselben in der öffentlichen Meinung dem Hase oder der Verachtung aussetzen. (V. v. 30. Juni 49. §. 25.) 231. — Beweis-

Verläumdung, (Fortf.)

führung rücksichtlich der Wahrheit der behaupteten oder verbreiteten Thatsachen. (ebend. §§. 26—28.) 231. 232. — Bestrafung derselben. (ebend. §§. 23. 29. u. 31.) 231. 232. — Verfolgung dieser Bestrafung durch die Staatsanwaltschaft nur auf Antrag des Beleidigten. (§. 34.) 233. — öffentliche Bekanntmachung des darüber gefällten Urtheils auf Kosten des Verurtheilten. (§. 36.) 234. — ohne Merkmale derselben, werden die Bestimmungen der bestehenden Gesetze über die gegen Privatpersonen begangenen Beleidigungen von obiger Verordnung nicht berührt. (§. 41. ders.) 235.

Verleger, von Druckschriften, Nennung deren Name und Wohnort auf letzteren. (V. v. 30. Juni 49. §§. 1. und 2.) 226. — Strafe für Zuwiderhandlung dagegen. (§. 10.) 228. — Verantwortlichkeit derselben für den Inhalt einer Druckschrift. (ebend. §. 12.) 228.

Vermögens-Konfiskation, anstatt derselben, soll gegen Deserteure und ausgetretene Militairpflichtige auf Geldbußen von funfzig bis zu Eintausend Thalern erkannt werden. (V. v. 4. Janr. 49.) 47. 48.

Vernichtung unerlaubter Druckschriften mit den dazu bestimmten Platten und Formen. (V. v. 30. Juni 49. §. 37.) 234. — s. ferner Druckschriften.

Verpflichtung durch Handschlag der ernannten Mitglieder und Stellvertreter der Gemeinderäthe. (V. v. 9. Febr. 49. §. 13.) 96. — durch Eidesleistung, s. diese.

Versammlungen, gesetzlich nicht verbotene, denen die erforderliche Anzeige oder Genehmigung vorhergegangen ist, über solche können die Ankündigungen durch Anschlagzetteln und Plakate erfolgen. (V. v. 30. Juni 49. §. 8.) 227. — in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, werden als öffentliche Zusammenkünfte angesehen. (V. v. 30. Juni 49. §. 31.) 232. — in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, hat der Unternehmer mindestens 24 Stunden zuvor bei der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen. (V. v. 29. Juni 49. §. 1.) 221. — Strafe für Unterlassung der Letztern. (ebend. §. 13.) 223. — stehen Zeit und Ort statutenmäßig oder durch einen besondern Beschluß des Vereins im Voraus fest, so bedarf es einer solchen Anzeige nur vor der ersten Versammlung. (ebend. §. 3.) 222. — Befugniß der Ortspolizeibehörde, in jede solcher Versammlungen einen oder zwei Polizeibeamte, oder eine oder zwei andere Personen als Abgeordnete zu senden, und für solche die Einräumung eines angemessenen Platzes zu verlangen. (§. 4.) 222. — Strafen für verweigerten Zutritt und versagte Platzeinräumung. (§. 15.) 223. f. — Berechtigung der Abgeordneten der Polizeibehörde zur Auflösung der Versammlung, wenn darin Anträge oder

Vor-

Versammlungen, (Forts.)

Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten, unbeschadet des gegen die Betheiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens. (§. 5.) 222. — Verpflichtung aller Anwesenden, nach erklärter Auflösung der Versammlung, sich sofort aus derselben zu entfernen. (§. 6.) 222. — Strafe für die dieser Anordnung sich Widersetzenden. (§. 16.) 224. — Niemand darf in einer Versammlung bewaffnet erscheinen, mit Ausnahme der im Dienste befindlichen Polizeibeamten. (§. 7.) 222. — Strafe für Übertretung dieses Verbots. (§. 18.) 224. — desgl. für denjenigen, welcher dazu auffordert, oder in einer Versammlung Waffen aushiebt. (§. 19.) 224. — auf die durch das Gesetz oder die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen, sowie auf die Versammlungen der Mitglieder beider Kammern während der Sitzungsperiode finden die Bestimmungen der obigen Verordnung keine Anwendung. (§. 21.) 225. — auf kirchliche und religiöse Versammlungen beziehen sich obige Bestimmungen ebenfalls nicht. (§. 2.) 221. — öffentliche unter freiem Himmel, Anordnungen für dieselben. (§. 8.) 222. — polizeiliche Verbotung derselben bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung. (§. 9.) 222 f. — Strafen für die Aufforderer zu solchen, sowie für die Theilnehmer an denselben. (§. 17.) 224. — Verbot der Volksversammlungen unter freiem Himmel innerhalb zweier Meilen von dem Orte der jedesmaligen Residenz des Königs oder von dem Orte des Sitzes beider Kammern während deren Sitzungsperiode. (§. 12.) 223. — Strafen für die Aufforderer zu solchen, so wie für die Theilnehmer an dens. (§. 17.) 224. — auf öffentlichen Plätzen und Straßen, sowie öffentliche Aufzüge in Städten und Ortschaften, solche bedürfen der polizeilichen Genehmigung, mit Ausnahme der in hergebrachter Art stattfindenden Leichenbegängnisse, kirchlichen Prozessionen, u. für welche selbst eine Anzeige nicht erforderlich ist. (§§. 10. u. 11.) 223. — Strafen für diejenigen, welche an obigen Versammlungen auf öffentlichen Plätzen und Straßen theilnehmen, dazu auffordern, oder darin als Ordner, Leiter oder Redner thätig sind. (§. 17.) 224. — Bestrafung der Personen des Soldatenstandes, welche sich zur Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten, oder zur Verathung militärischer Befehle u. versammeln, nach den Bestimmungen des §. 125. des ersten Theils des Militär-Strafgesetzbuchs. (§. 22.) 225.

Versammlungsrecht, Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs desselben. (V. v. 29. Juni 49.) 221—225.

Verschwägerete, s. Schwägerschafts-Verhältnisse.

Versetzungen, in Militärbienst-Verhältnissen, Gewährung von Reise- und Umzugskosten bei solchen. (Regulativ v. 28. Dezbr. 48.) 81—85. — desgl. von Tagegeldern. (A. E. v. 28. Dezbr. 48.) 85—88. — dem auf eigenes Ansuchen Versetzten steht ein Anspruch auf Tagegelde nicht zu. (ebend. §. 7.) 87. — unfreiwillige, der Beamten, von einer Stelle in eine andere, siehe Dienstversetzung. — desgl. in den Ruhestand, siehe Pensionirungen. — siehe auch Reise- und Umzugskosten, desgl. Tagegelde.

Versteigerungen, öffentliche, von neuen Handwerkerwaaren, siehe leß.

Verteidigung (Vertheidiger), Anordnungen für dieselbe in Untersuchungs-Sachen gegen Angeklagte. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 16. 17.) 16. 17. — bei Vergehen (ebend. §. 30.) 19. — bei Verbrechen (§. 53.) 23. — bei schweren Verbrechen, sowie bei politischen und Presseverbrechen vor Schwurgerichten. (ebend. §§. 16. 100. 121.) 17. 32. 36. — in der zweiten Instanz (Appellations-Instanz) (§§. 134. 136.) 38. — für die Nichtigkeitkeitsbeschwerde. (§. 145.) 40. — im Disziplinar-Strafverfahren gegen richterliche Beamte. (V. v. 10. Juli 49. §§. 35. 37.) 260. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte wegen Entfernung aus dem Amte. (V. v. 11. Juli 49. §§. 39. 41.) 278. — einer solchen kann sich der Beschuldigte vor den während des Belagerungszustandes angeordneten Kriegsgerichten bedienen. (V. v. 10. Mai 49. §. 13. Nr. 2.) 169.

Verträge (und Verabredungen), zwischen Fabrikhabern und deren Arbeitern, Gehülfen u., welche den Bestimmungen der §§. 50—52. u. 54. der Verord. v. 9. Febr. 49. in Beziehung auf Lohnzahlungen und Waarenkredit zuwiderlaufen, sind nichtig. (bas. §. 54.) 104.

Bervielfältigungen von Schriften, auf mechanischem Wege irgend einer Art vorgenommen, werden im Sinne der Verord. v. 30. Juni 49. den Druckschriften gleichgestellt. (§. 30. vers.) 232. — siehe ferner Druckschriften.

Verwaltungsbehörden, Verhältnisse derselben zu den Gerichtsbehörden. (V. v. 2. Janr. 49. §. 38.) 12. 13. — sie sollen sich gegenseitig bei Erledigung der ihnen obliegenden Geschäfte innerhalb ihres Ressorts Unterstützung leisten. (ebend. §. 38.) 12. — die Verwaltungsbehörden sind jedoch nicht ferner befugt, in Angelegenheiten ihres Ressorts den Justiz-Unterbehörden Anweisungen zu ertheilen, und sie zu deren Befolgung anzuhalten. (ebend. §. 38.) 12. 13. — die diesem entgegenstehende Bestimmung der Order v. 31. Dezbr. 1825. unter D. Nr. XII. (Ges. Samml. von 1826. S. 11.) wird aufgehoben. (V. v. 2. Janr. 49. §. 38.)

Verwaltungsbehörden, (Fortf.)

§. 38.) 13. — dieselben haben während eines erklärten Belagerungszustandes den Anordnungen und Aufträgen der Militärbefehlshaber Folge zu leisten. (V. v. 10. Mai 49. §. 4.) 166.

Verwandte, im zweiten Grade, können nicht zu gleicher Zeit Mitglieder des Gewerberaths sein. (V. v. 9. Febr. 49. §. 8.) 95. — siehe auch Schwägerschafts-Verhältniß.

Verweis, als Ordnungsstrafe gegen richterliche Beamte, Disziplinarverfahren wegen solcher. (V. v. 10. Juli 49. §§. 18. 19.) 257. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (V. v. 11. Juli 49. §§. 18. 20. 21.) 274. 275.

Volksaufläufe (Aufstände, Aufruhr, Unruhen, Tumulte), Erklärung des Belagerungszustandes zur Unterdrückung ders., Suspension der Artikel 5. 6. 7. 24. 25. 26. 27. 28. der Verfassungsurkunde v. 5. Dezbr. 48. oder einzelner dieser Artikel, und Anordnung von Kriegsgerichten zur Untersuchung und Bestrafung der während ders. begangenen Verbrechen. (V. v. 10. Mai 49.) 165—171. — auch außer dem Belagerungszustande können im Falle des Aufruhrs die Art. 5. 6. 24. 25. 26. 27. u. 28. vom Staatsministerium zeit- und distriktweise außer Kraft gesetzt werden. (ebend. §. 16.) 170. f. — erfolgt die zeit- und distriktweise Suspendirung der in den §§. 5. u. 16. zuvor angeführten Artikel der Verfassungsurkunde, oder einzelner dieser Artikel, so muß den Kammern sofort nach ihrem Zusammentreten darüber Rechenschaft gegeben werden. (§§. 5. u. 16.) 166. 170. 171. — f. auch Belagerungszustand und Kriegsgerichte.

Volkshaus, des deutschen Parlaments, Ausführung der Wahl der Abgeordneten zu demselben. (V. v. 26. Novbr. 49.) 419—430. — der Tag der Wahlen der Wahlmänner im Preussischen wird von dem Minister des Innern festgesetzt. (ebend. §. 26.) 428. — die Wahlen der Abgeordneten finden am 31. Janr. 1850. statt. (ebend. §. 38.) 429. — f. auch Wohnsitz.

Volksversammlungen, öffentliche, unter freiem Himmel, Anordnungen für dieselben. (V. v. 29. Juni 49. §§. 8—10.) 222. 223. — Verbotung derselben seitens der Ortspolizeibehörde bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung. (ebend. §. 9.) 222. 223. — solche dürfen innerhalb zweier Meilen von dem Orte der jedesmaligen Residenz des Königs oder von dem Orte des Sitzes beider Kammern während deren Sitzungsperiode nicht stattfinden. (§. 12.) 223. — Strafen für die Übertretungen obiger Verbotsvorschriften. (§. 17.) 224. — f. auch Versammlungen.

Volpersdorf, Ort, siehe Chausseebau Nr. 10.

Vorladungen, in Disziplinar = Strafsachen gegen Beamte. (V. v. 10. Juli 49. §§. 15. 33. 34. 37.) 256. 260. 261. — (V. v. 11. Juli 49. §§. 16. 34. 37. 41.) 274. 277. 278. — der Angeklagten bei Vergehen. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 32. 35.) 19. 20. — bei Verbrechen. (ebend. §. 51.) 23. — desgl. bei schweren Verbrechen, sowie bei politischen und Preßverbrechen. (ebend. §§. 79. u. 80.) 28. 29. — desgl. in der Appellations = Instanz (ebend. §. 134.) 38. — abwesender und flüchtiger Verbrecher, siehe Ediktalien. — zu den Verhandlungen vor den Gewerbegerichten, siehe lezt.

Vormundschaftsgericht, zu Berlin, dessen Einrichtung wird durch besondere Instruktion geregelt. (V. v. 2. Janr. 49. §. 20.) 7.

Vormundschaftssachen, deren Regulirung durch Einzelrichter des Gerichtsbezirks. (V. v. 2. Janr. 49. §. 22. Nr. 8.) 8. — in der Königlichen Familie, rücksichtlich derselben behält es bei der Hausverfassung sein Bewenden. (V. v. 2. Janr. 49. §. 11.) 4.

Vorpommern, Neu-, siehe Pommern.

Voruntersuchungen, Vorschriften für deren Anordnung und Führung. (V. v. 3. Janr. 49. §§. 4. 13. 16.) 14. 15. 16. — gerichtliche, durch einen vom Gerichte zu ernennenden Untersuchungsrichter wegen Verbrechen. (ebend. §§. 5. 42—47.) 15. 22. 23. — desgl. wegen schwerer Verbrechen, politischer und Prozeßverbrechen vor Schwurgerichten (ebend. §§. 75—77.) 28. — desgl. in Disziplinar = Strafsachen gegen richterliche Beamte. (V. v. 10. Juli 49. §§. 20. 29. 32. 33.) 257. 259. 260. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (V. v. 11. Juli 49. §§. 24. 34—36. 104.) 275. 277. 292. — siehe auch Untersuchungen.

W.

Waagen, deren Aufstellung mit den erforderlichen geeichten Gewichten in den Verkaufslökalen für Backwaaren. (V. v. 9. Febr. 49. §. 73.) 109.

Waaren, solche dürfen behufs der Anrechnung bei der Lohnzahlung Fabrikarbeitern und sonstigen Personen nicht kreditirt werden, die mit der Anfertigung der Fabrikate für Fabrikhaber und für diejenigen, welche mit Ganz- oder Halbfabrikaten Handel treiben, beschäftigt sind. (Verordnung v. 9. Febr. 49. §§. 50—54.) 104. — Strafbestimmung für die Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §§. 74. 75.) 109. 110. — Verwendung der deshalb erkannten Geldbußen. (ebend. §. 75.) 110. — die Bestrafung wegen Ablohnung der Fabrikarbeiter durch solche schließt von der Theil-

Waaren, (Fortf.)

Theilnahme an der Wahl der Mitglieder eines Gewerberaths und deren Stellvertreter aus. (B. v. 9. Febr. 49. §. 7. Nr. 5.) 94. 95. — Forderungen für dergleichen Waaren können weder eingeklagt, noch durch Abrechnung oder sonst geltend gemacht werden, vielmehr fallen solche der Arbeiter = Kranken-, Sterbe-, Spar- oder ähnlichen Hülfskasse, in deren Ermangelung aber der Ortsarmenkasse zu. (§. 55.) 105.

Waffen, mit solchen darf Niemand in einer Versammlung erscheinen, außer den im Dienste befindlichen Polizeibeamten. (B. v. 29. Juni 49. §. 7.) 222. — Strafe für Übertretung dieses Verbots, desgl. für denjenigen, der dazu auffordert oder in einer Versammlung Waffen aushält. (ebend. §§. 18. u. 19.) 224. — wer mit solchen oder mit sonst gefährlichen Werkzeugen versehen, sich des Angriffs oder des Widerstandes gegen die bewaffnete Macht oder gegen Abgeordnete der Civil- oder Militärbehörde in offener Gewalt während des erklärten Belagerungszustandes schuldig macht, wird kriegsrechtlich mit dem Tode bestraft. (B. v. 10. Mai 49. §. 8.) 167. — zur Ausrüstung der Bürgerwehren vom Staate verabreicht, deren Zurückgabe an letzteren. (B. v. 24. Oktbr. 49. §. 2.) 402.

Wahlen der Abgeordneten zur zweiten Kammer, Vorschriften für die Ausführung derselben. (B. v. 30. Mai 49.) 205—211. — die dafür bestimmten Tage sind von dem Minister des Innern festzusetzen. (ebend. §§. 17. u. 28.) 208. 209. — die zur Ausführung derselben erforderlichen näheren Bestimmungen hat das Staatsministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen. (ebend. §. 32.) 210. — die Urwähler für die zweite Kammer haben sich am 17. Juli 49. zur Wahl der Wahlmänner zu versammeln. (B. v. 30. Mai 49. Art. 1.) 212. — für die Kammern, am 22. u. 29. Janr. 49. Aussetzung der Rechtsgeschäfte, sowie der Behörden und einzelnen Beamten, an diesen Tagen, gleichwie an Sonn- und Festtagen. (A. E. v. 5. Janr. 49.) 48. — desgl. für die Wahlen der zweiten Kammer am 17. Juli 49. (A. E. v. 9. Juli 49.) 251. — der Abgeordneten zu dem Volkshause des deutschen Parlaments, deren Ausführung. (B. v. 26. Novbr. 49.) 419—430. — dieselben finden am 31. Janr. 1850. statt. (ebend. §. 38.) 429. — der Vorsteher, Mitglieder, Stellvertreter, Schriftführer und Boten der Gewerberäthe. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 3—14. 19. 20.) 94—98. — desgl. der Mitglieder und deren Stellvertreter, des Vorstehenden und dessen Stellvertreters, eines Gerichtschreibers und Gerichtsboten, für die Gewerbe-gerichte. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 4—15.) 111—115. — siehe auch Kammern (zweite.)

Jahrgang 1849.

Waisen = Unterstützungskassen, deren Errichtung für Innungsgeossen u. Fabrikarbeiter u. Aufbringung der Beiträge zu solchen von letztern. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 56—59.) 105. 106.

Walbau, Ort u. Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 18.

Waldenburg, Kreis, siehe Handelskammern.

Wallfahrten, kirchliche, solche gehören nicht zu denjenigen öffentlichen Aufzügen, welche einer vorgängigen Genehmigung oder einer Anzeige bedürfen. (B. v. 29. Juni 49. §. 11.) 223.

Warburg, Stadt, siehe Eisenbahnen Nr. 5.

Warnung, als Ordnungsstrafe gegen richterliche Beamte, Disziplinarverfahren wegen solcher. (B. v. 10. Juli 49. §§. 18. 19.) 257. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (B. v. 11. Juli 49. §§. 18. 20. 21.) 274. 275.

Wartegeld, vorschriftsmäßiges, einstweilige Versehung der nicht richterlichen Beamten in den Ruhestand mit Gewährung eines solchen, unter Beachtung der Vorschriften der Verordnungen v. 14. Juni u. 24. Oktbr. 1848. (B. v. 11. Juli 49. §. 94. Nr. 2.) 289. 290. — findet nur auf Beamte im unmittelbaren Staatsdienst Anwendung. (ebend. §. 101.) 291.

Wartegeldempfänger, dieselben sollen bei Wiederbesetzung erledigter Stellen, für welche sie sich eignen, vorzugsweise berücksichtigt werden. (B. v. 11. Juli 49. §. 94. Nr. 2.) 290.

Wäße, gebraucht, in wie fern die polizeiliche Erlaubniß zu dem Handel mit solcher zu versagen ist. (B. v. 9. Febr. 49. §. 68.) 108.

Weber, jeder Art, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Wechsel, in den Städten Elberfeld und Barmen vom 10. bis 25. Mai 49. zahlbar, deren vierzehntägige Verlängerung dieser Zahlungszeit. (B. v. 17. Mai 49.) 175. — dieser Verordnung haben beide Kammern ihre Genehmigung erteilt. (Staatsminist.-Bekanntmachung v. 6. Oktbr. 49.) 278. — siehe ferner Wechselordnung.

Wechsel-Amortisation, dieselbe ist bei dem ordentlichen Gerichte des Zahlungsortes, und wo Handelsgerichte bestehen, bei diesen nachzusehen. (Einführungs-Ord. zur allgem. deutschen Wechsel-Ord., v. 6. Janr. 49. §. 2.) 49. — Verfahren bei solcher (ebend. §. 2.) 49. 50.

Wechselklagen, Gerichtsstand für solche. (Einführungs-Ord. zur allgem. deutschen Wechselord., vom 6. Janr. 49. §§. 5. und 6.) 50.

Wechselordnung, Allgemeine Deutsche, Einführungs-Ordnung zu derselben (vom 6. Janr. 49.) 49. 50. — dieselbe tritt für den ganzen Umfang der Preuß. Monarchie am 1. Febr. 49. in Kraft. (ebend. §. 1.) 49. — dagegen erlischt mit diesem Tage die Wirksamkeit der bisherigen Wechselordnungen, namentlich treten die §§. 713. bis 1249. Tit. 8. Thl. II. des A. L. R., sowie die Artikel 110. bis 189. des Rheinischen Handelsgesetzbuchs, außer Kraft. (ebend. §. 1.) 49. — Verfahren bei Amortisation eines Wechsels. (ebend. §. 2.) 49. 50. — Aufnahme von Wechsel-Protesten. (ebend. §§. 3. und 4.) 50. — bezgl. von Wechselklagen. (ebend. §§. 5. 6.) 50.

Übersichtlicher Inhalt

der Allgemeinen Deutschen Wechselordnung.

Erster Abschnitt. Von der Wechselfähigkeit. (Art. 1—3.) 51.

Zweiter Abschnitt. Von gezogenen Wechseln. (Art. 4—95.) 51—70.

I. Erfordernisse eines gezogenen Wechsels. (Art. 4—7.) 51. 52.

II. Verpflichtungen des Ausstellers. (Art. 8.) 52.

III. Indossament. (Art. 9—17.) 52—54.

IV. Präsentation zur Annahme. (Art. 18—20.) 54. 55.

V. Annahme (Acceptation) — (Art. 21—24.) 55.

VI. Regreß auf Sicherstellung. (Art. 25—29.) 56. 57.

1) wegen nicht erhaltener Annahme. (Art. 25—28.) 56.

2) wegen Unsicherheit des Acceptanten. (Art. 29.) 57.

VII. Erfüllung der Wechselverbindlichkeit. (Art. 30—40.) 57—59.

1) Zahlungstag. (Art. 30—35.) 57. 58.

2) Zahlung. (Art. 36—40.) 58. 59.

VIII. Regreß Mangels Zahlung. (Art. 41—55.) 59—62.

IX. Intervention. (Art. 56—65.) 62—64.

1) Ehrenannahme. (Art. 56—61.) 62. 63.

2) Ehrenzahlung. (Art. 62—65.) 63. 64.

X. Bervielfältigung eines Wechsels. (Art. 66—72.) 64. 65.

1) Wechselduplikate. (Art. 66—69.) 64. 65.

2) Wechselkopien. (Art. 70—72.) 65.

XI. Abhanden gekommene Wechsel. (Art. 73. 74.) 65. 66.

XII. Falsche Wechsel. (Art. 75. 76.) 66.

XIII. Wechselverfälschung. (Art. 77—80.) 66. 67.

XIV. Lagerrecht des Wechselgläubigers. (Art. 81—83.) 67.

XV. Ausländische Gesetzgebung. (Art. 84—86.) 67. 68.

XVI. Protest. (Art. 87—90.) 68. 69.

XVII. Ort und Zeit für die Präsentation und andere im Wechselverfahre vorkommende Handlungen. (Art. 91—93.) 69.

XVIII. Mangelhafte Unterschriften. (Art. 94. 95.) 69. 70.

Dritter Abschnitt. Von eigenen Wechseln. (Art. 96—100.) 70. 71.

Wechsel-Proteste, deren Aufnahme. (Einführungs-Ord. zur allgem. deutschen Wechselord., v. 6. Janr. 49. §§. 3. und 4.) 50. — zu den Gerichtsbeamten, welche solche aufnehmen können, gehören im Bezirke des Appellationsgerichtshofes in Köln auch die Gerichtsvollzieher. (ebend. §. 3.) 50.

Weichsel, Strom, Ausführung des Brückenbaues über dieselbe und der durch die Ostseebahn-Anlage bedingten Strom- und Deichregulirungen an ders. für Rechnung des Staats. (G. v. 7. Dezbr. 49. §. 1. Nr. 1. §. 2.) 437.

Weissensee, Ort, siehe Chausseebau Nr. 3.

Weistritz, die, siehe Deichverband gegen die Überfluthungen ders.

Wengern, Ort und Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 24.

Wernigerode, Gemeinde, siehe Chausseebau Nr. 20.

Wernigerode, Grafschaft, Errichtung eines Gewerbegerichts für dieselbe in der Stadt Wernigerode. (A. E. v. 15. Juni 49.) 294.

Wesel, Stadt, dem Statute des daselbst unter der Benennung: „Kreditverein für Handwerker des Stadtbereichs Wesel“ zusammengetretenen Aktienvereins ist unterm 22. Juni 49. die Allerhöchste Befestigung erteilt. (Minist.-Bekanntmach. v. 12. Aug. 49.) 350. — das Statut selbst wird durch das Amtsblatt der Regierung zu Düsseldorf bekannt gemacht werden. (ebend.) 350.

Westphalen, Provinz, der unter dem 18. Dezbr. 1848. erlassenen Verordnung über die bürgerliche Erbfolge in derselben haben beide Kammern ihre Genehmigung erteilt. (Staatsminist.-Bekanntmach. v. 13. Novbr. 49.) 406.

Westphälische Eisenbahn, siehe Eisenbahnen Nr. 5.

Westpreussische Landschaft, siehe leg.

Westpreussische Pfandbriefe, siehe Pfandbriefe.

Wetter, Ort, siehe Chausseebau Nr. 24.

Widerruf, auf solchen angestellte Beamte, Verfahren wegen deren Entlassung. (B. v. 11. Juli 49. §. 90.) 288. f.

Widersezung, thätliche, gegen die bewaffnete Macht oder gegen Abgeordnete der Civil- oder Militärbehörde während des erklärten Belagerungszustandes, deren kriegsgerichtliche Untersuchung und Bestrafung. (B. v. 10. Mai 49. §§. 8—10.) 167. 168.

Widersbach, Ort, siehe Chausseebau Nr. 17.

Wirker, jeder Art, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift (ebend. §. 74.) 109.

Witt:

Wittwen-Unterstützungskassen, deren Errichtung für Zünftsangehörigen und Fabrikarbeiter und Aufbringung der Beiträge zu solchen von letzteren. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 56—59.) 105. 106.

Wochenmärkte, Genehmigung zu dem ferneren Verkauf gewisser Handwerkerwaaren auf denselben von einheimischen Verkäufern, mit Ausschließung der auswärtigen, nach bisheriger Ortsgewohnheit. (B. v. 9. Febr. 49. §. 70.) 108. f. — Beschränkung des Einkaufs von Lebensmitteln auf denselben, seitens gewisser Klassen von Käufern, während einer bestimmten Zeit, (ebend. §. 71.) 109.

Wohl, öffentliches, siehe leg.

Wohnsitz, sechsmonatlicher in einer Gemeinde, durch solchen wird die Zulassung als stimmberechtigter Wähler bei den Wahlen für die zweite Kammer, sowie durch einjährigen die Zulassung als Abgeordneter bedingt. (B. v. 30. Mai 49. §. 8.) 206. — dreijähriger, für die Wähler und Abgeordneten zum Volkshause. (B. v. 26. Novbr. 49. §§. 7. 41.) 424. 430. — einjähriger, in der Gemeinde des Aufenthaltsorts ist zur Berufung als Geschworener erforderlich. (B. v. 3. Janr. 49. §. 62.) 25.

Worbische Kreisstände, s. Chausseebau Nr. 19.

Wort, Verfolgung und Bestrafung der durch solches zugefügten Beleidigungen und sonst begangenen strafbaren Handlungen. (B. v. 30. Juni 49. §§. 13—43.) 228—236.

Würden, die Untersuchung und Entscheidung über deren Verlust erfolgt in erster Instanz mit Zuziehung eines Gerichtsschreibers durch Gerichtsabtheilungen, welche aus drei Mitgliedern bestehen. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 27 und 38.) 19. 21. — die Kompetenz der Einzelrichter ist davon ausgeschlossen. (ebend. §§. 27. 38.) 19. 21.

3.

Zahlungsunfähig, Personen, welche sich dafür erklärt haben, sind von der Theilnahme an der Wahl der Mitglieder des Gewerberaths und deren Stellvertreter ausgeschlossen. (B. v. 9. Febr. 49. §. 7. Nr. 2.) 94. 95 — siehe ferner Konkurs.

Zeichen (oder Symbole), welche geeignet sind, den Geist des Aufruhrs zu verbreiten oder den öffentlichen Frieden zu stören, Strafbestimmung für diejenigen, welche solche an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Zusammenkünften ausstellen, verkaufen oder sonst verbreiten. (B. v. 30. Juni 49. §. 15.) 229. — desgl. für diejenigen, welche verbotene äußere Verbindungen oder

Zeichen (oder Symbole), (Fort.)

Vereinigungszeichen an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Zusammenkünften tragen. (ebend. §. 15. Nr. 2.) 229. — desgl. für diejenigen, welche in böswilliger Absicht die öffentlichen Zeichen der Königl. Autorität wegnehmen, zerstören oder beschädigen. (ebend. §. 15. Nr. 3.) 229.

Zeitschriften, von solchen muß jede Nummer, jedes Stück oder Heft, außer dem Namen und Wohnort des Druckers, den Namen und Wohnort des Verlegers, so wie des Herausgebers, wenn dieser von dem Verleger verschieden ist, enthalten. (B. v. 30. Juni 49. §. 2.) 226. — Strafen für Zuwiderhandlung dagegen. (§. 10.) 228. — vorläufige Beschlagnahme derselben durch die Staatsanwaltschaft und deren Organe, wenn sie den Vorschriften des vorstehenden §. 2. nicht entsprechen, oder wenn ihr Inhalt sich als Thatbestand einer strafbaren Handlung darstellt. (ebend. §. 32.) 232. — diejenigen, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, dürfen von Niemandem verbreitet werden. (ebend. §. 3.) 226. — Strafe für Übertretung dieser Vorschrift. (§. 10.) 228. — im Inlande, in monatlichen oder kürzern Fristen herauskommend, von jeder Nummer, jedem Heft oder Stück ders. muß der Herausgeber, sobald die Austheilung oder Versendung beginnt, ein Exempl. bei der Ortspolizeibehörde hinterlegen. (§. 5.) 226. 227. — Strafe für dessen Unterlassung. (§. 10.) 228. — welche Anzeigen aufnehmen, deren Herausgeber sind auch zur Aufnahme jeder amtlichen Bekanntmachung gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren verpflichtet. (§. 6.) 227. — Strafe für deren Verweigerung. (§. 10.) 228. — desgl. zur resp. unentgeltlichen Aufnahme von Entgegnungen behufs der Berichtigung der in dens. erwähnten Thatfachen, zu welchen sich die betheiligte Behörde oder die angegriffene Privatperson veranlaßt findet. (§. 7.) 227. — Strafe für verweigerte Aufnahme. (§. 10.) 228.

Zeitungen, jede Nummer ders. muß, außer dem Namen und Wohnort des Druckers, den Namen und Wohnort des Verlegers, sowie des Herausgebers, wenn dieser von dem Verleger verschieden ist, enthalten. (B. v. 30. Juni 49. §. 2.) 226. — Strafe für Zuwiderhandlung dagegen. (§. 10.) 228. — vorläufige Beschlagnahme derselben durch die Staatsanwaltschaft und deren Organe, wenn sie den Vorschriften des vorstehenden §. 2. nicht entsprechen, oder wenn ihr Inhalt sich als Thatbestand einer strafbaren Handlung darstellt. (ebend. §. 32.) 232. — diejenigen, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, dürfen von Niemandem verbreitet werden. (ebend. §. 3.) 226. — Strafe für Übertretung dieser Vorschrift. (§. 10.) 228. — im

Zeitungen, (Fortf.)

Inlande herauskommend, von jeder Nummer ders. muß der Herausgeber, sobald die Austheilung oder Versendung beginnt, ein Exemplar bei der Ortspolizeibehörde hinterlegen. (§. 5.) 226. 227. — Strafe für dessen Unterlassung. (§. 10.) 228. — welche Anzeigen aufnehmen, deren Herausgeber sind auch zur Aufnahme jeder amtlichen Bekanntmachung gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren verpflichtet. (§. 6.) 227. — Strafe für deren Verweigerung. (§. 10.) 228. — desgl. zur resp. unentgeltlichen Aufnahme von Entgegnungen behufs der Berichtigung der in dens. erwähnten Thatsachen, zu welcher sich die theilnehmende Behörde oder die angegriffene Privatperson veranlaßt findet. (§. 7.) 227. — Strafe für verweigernde Aufnahme. (§. 10.) 228.

Zerstückelungen, Zertheilungen von Grundstücken, siehe Parzellirungen.

Zeugen, deren Vorladung, Vernehmung und Vereidung in gerichtlichen Untersuchungen. (B. v. 3. Janr. 49. §§. 20—22.) 17. 18. — gehörig vorgeladene, aber ausgebliebene, Strafverfahren gegen solche, mit Auflegung aller durch Ansetzung eines neuen Termins verursachten Kosten. (ebend. §. 20.) 17. — deren Vorladung und Vernehmung in Untersuchungen von Vergehen. (ebend. §§. 31. 32. u. 37.) 19. 20. — desgl. von Verbrechen. (ebend. §§. 45. 52.) 22. 23. — desgl. von schweren Verbrechen, sowie von politischen und Preßverbrechen vor Schwurgerichten. (§§. 98. 99.) 31. 32. — desgl. in der Appellations-Instanz. (ebend. §. 134.) 38. — Vernehmung und Vereidung derselben im Disziplinar-Strafverfahren gegen richterliche Beamte. (B. v. 10. Juli 49. §§. 33. 36. 63. 64.) 260. 266. — desgl. gegen nicht richterliche Beamte. (B. v. 11. Juli 49. §§. 34. 40.) 277. 278. — können in einer und ders. Sache nicht auch zugleich Geschworene sein. (B. v. 3. Janr. 49. §. 95.) 31. — deren Vernehmung und Vereidung in dem Verfahren vor den Gewerbegerichten. (B. v. 9. Febr. 49. §§. 20. 32—35.) 116. 118. 119. — meineidige, siehe Meineid.

Ziegelbecker, Nachweis deren Befähigung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45. der allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Janr. 45. vorgeschriebene Zeugniß der Regierung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 24.) 99.

Zimmerleute, Haus- und Schiffs-, Nachweis deren Befähigung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45. der allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Janr. 45. vorgeschriebene Zeugniß der Regierung. (B. v. 9. Febr. 49. §. 24.) 99.

Zinngießer, Nachweis deren Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes vor dessen selbstständigem Beginn. (B. v. 9. Febr. 49. §. 23.) 98. — Strafbestimmung für Übertretung oder Umgehung dieser Vorschrift. (ebend. §. 74.) 109.

Zinsgarantie, von Seiten des Staats, für die von der Deichbau-Gesellschaft zur Melioration des Nieder-Oberbruchs gemachte Anleihe von 1,300,000 Rthlr. (Allerh. Privil. vom 5. Novbr. 49.) 408.

Zinskupons, Einführung ders. zu den Schlesischen land-schaftlichen Pfandbriefen, in Stelle der früheren Zins-recognitionen. (A. E. v. 7. Dezbr. 48. nebst Regulativ) 76—79.

Zirke, Stadt, siehe Chausseebau Nr. 12.

Zolltarif, für die Jahre 1846—48. f. — Abänderung desselben in Beziehung auf den Eingangs-zoll für ungereinigte Soda, welcher nunmehr ohne Unterschied vom 1. Mai 49. ab auf 1 Rthlr. für den Zentner festgesetzt wird. (A. E. v. 3. März 49.) 129.

Zörbig, Stadt, siehe Chausseebau Nr. 13.

Zuchthausstrafe, die Verurtheilung zu solcher zieht den Verlust des Amtes oder der Pension von selbst nach sich, ohne daß darauf besonders erkannt wird. (B. v. 10. Juli 49. §. 9.) 255. — (B. v. 11. Juli 49. §. 10.) 273.

Züchtigung, körperliche, in deren Stelle jetzt verhältnismäßige Freiheitsstrafe tritt, Vergehen, welche in den Gesetzen mit solcher bedroht sind, deren Untersuchung und Entscheidung in erster Instanz erfolgt durch kommissarisch dazu bestellte Einzelrichter, mit Zuziehung eines Gerichtsschreibers. (B. v. 3. Janr. 49. §. 27.) 18. 19.

Zusammenkünfte, öffentliche, als solche werden auch Versammlungen angesehen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen. (B. v. 30. Juni 49. §. 31.) 232.

Zwangsmittel, jeder Art, durch welche in Untersuchungen der Angeklagte zu irgend einer Erklärung genöthigt werden soll, sind unzulässig. (B. 3. Janr. 49. §. 18.) 17.

Druckfehler-Berichtigung.

Seite 14 dieses Sachregisters ist unter Chausseebau Nr. 21. in der 12ten und 16ten Zeile von oben statt 204., zu setzen: 294.